Heft 3, September 2005/85. Jahrgang E 1459

Badische Heimat

MEIN HEIMATLAND
ISSN 0930-7001

Zeitschrift für Landes- und Volkskunde,
Natur-, Umwelt- und Denkmalschutz

Herausgeber: Landesverein Badische Heimat e. V.
Für Heimatkunde und Heimatpflege, Natur- und Denkmalschutz,
Volkskunde und Volkskunst, Familienforschung

Landesvorsitzender: Adolf Schmid, Freiburg

Schriftleitung und Redaktion: Heinrich Hauß
Weißdornweg 39, 76149 Karlsruhe, Tel. und Fax: (07 21) 75 43 45

Geschäftsstelle:
Haus Badische Heimat,
Hansjakobstr. 12, 79117 Freiburg
Tel. (07 61) 7 37 24, Fax (07 61) 7 07 55 06

Geschäftszeiten: Mo., Di., Do., Fr. 9.00–12.00 Uhr

Internet: http://www.badische-heimat.de
E-Mail: info@badische-heimat.de

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wird vom Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Regierungspräsidium Freiburg, unterstützt.

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Jahrespreis für Einzelmitglieder 26 €. Preis des Heftes im Einzelverkauf für Nichtmitglieder 7,50 €. Nachbestellung eines Heftes für Mitglieder 6,50 €.

Für den Inhalt der einzelnen Beiträge sind ausschließlich deren Verfasser verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte, Bildmaterial und Besprechungsstücke wird keine Haftung übernommen. Rücksendung bei unangeforderten Manuskripten erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt. Alle Rechte der Vervielfältigung und Verbreitung behält sich der Landesverein vor. Veröffentlichte Manuskripte gehen in das Eigentum des Landesvereins über.

Zahlstellen
des Landesvereins:

Postbank Karlsruhe,
Kto.-Nr. 16468-751,
BLZ 660 100 75

Sparkasse Freiburg – Nördl. Breisgau
Kto.-Nr. 2003201,
BLZ 680 501 01

Gesamtherstellung:
G. Braun Buchverlag
im DRW-Verlag Weinbrenner GmbH & Co. KG
Kaiserallee 87
76185 Karlsruhe
Dorothee Kühnel
Tel. (07 21) 50 98-61
Fax (07 21) 50 98-89
E-Mail: kuehnel@gbraun-buchverlag.de
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 9 gültig

Unser Partner
Rothaus
TANNEN ZÄPFLE

Titelbild: Nancy, Place Stanislas, Rathaus
Foto: Heinrich Hauß

Inhalt

Place Stanislas – UNESCO Weltkulturerbe
Vortrag am 22. Juni 2005, in Karlsruhe
Veranstalter: Badische Heimat, Ortsgruppe Karlsruhe
Zusammenfassung in deutscher Sprache
Michèle Maubeuge 324

Stanislas Leszczynski (1677–1766)
Zweimal zum polnischen König gewählt, zweimal vom Throne gestürzt
Eine komplexe europäische Geschichte in der Zeit von 1704–1735
Heinrich Hauß 330

Ein Bauernsohn als Malerfürst und Fürstenmaler
Franz Xaver Winterhalter (1805–1873) zum 200. Geburtstag
Jürgen Glocker 335

Das „Schwarzwaldmädel“
Rückblicke und Ausblicke auf eine Erfolgs-Geschichte
Brigitte Heck 341

Das Kriegsende in Freiburg
Besetzung und Befreiung
Thomas Schnabel 349

Das „Untere Wasserwerk“ beim Schwetzinger Schlossgarten
Der Brunnenmeister bittet um Gehaltserhöhung
Detlev Lorentz 361

Landvermessung – oder: An der Stůr ist fast gar nůtt bezalt
Zur Geschichte des ältesten bekannten Gemarkungsplans der Gemeinde Hausen im Wiesental
Elmar Vogt 367

Die Bergkirche in Kadelburg
Silvia Carmen Baumgartner . . . 377

Über den früheren Weinbau in der Umgebung von Waldshut am Hochrhein
Und von den Reben im Allgemeinen
Franz Falkenstein. 385

Ein mesolithisches Sonnenwende-Heiligtum im Nordschwarzwald?
Otto Klaus Schmich. 404

Teilstück der Römerstraße Speyer – Stettfeld – Cannstatt
Otto Klaus Schmich. 408

Dramatische Stunden Ende April 1945 im Wutachtal im Südlichen Schwarzwald
Wie Hauptlehrer Karl Schweickert seine Gemeinde vor der völligen Zerstörung rettete
Anton Burkard 412

Zwischen Sonne und Halbmond
Der „Türkenlouis“: Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden (1655–1707)
Adolf Schmid 417

Die Wandlungen im Bild Rastatts
Max Weber (†) 419

Ansprache bei der Entgegennahme des Uhland-Preises
Manfred Bosch 421

„Die badischen Juden sind nicht vergessen“[1]
Ernst Otto Bräunche 425

Die Hausfassade J 4, 2a in der Mannheimer Innenstadt
Volker Keller. 438

Rede von Herrn Minister Peter Hauk
anlässlich der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande an Herrn Professor Dr. em. Karl-Friedrich Schreiber . . 446

„Offenhaltung der Landschaft“ Bilanzierung und Perspektiven
Peter Hauk 448

Aktuelle Informationen

50 Jahre Städtepartnerschaft Karlsruhe–Nancy
Ein schöner Anlass zum Feiern
Heinrich Hauß 451

Nancy
Stadt der Wirtschaft und Kultur
Heinrich Hauß 452

Architektur und Baukunst sind echte kommunalpolitische Führungsaufgaben
Heinrich Hauß 453

Reinhold-Schneider-Blätter
Mitteilungen der Reinhold-Schneider-Gesellschaft
Heinrich Hauß 454

In 44 Bänden ein „unglaublicher Wissensschatz angesammelt“
Heinrich Hauß 454

Archiv „Soziale Bewegungen“ in Freiburg
„Gedächtnis ohne Auftraggeber“
Heinrich Hauß 456

Regionalgruppe Freiburg
hatte eingeladen zum Besuch bei den Nachbarn links des Rheins
Anton Burkard 456

Johann Peter Hebel-Gedenkplakette 2005 für Liesa Trefzer-Blum
Roswitha Frey. 457

„Hebeldank des Jahres 2005“ für Professor Dr. Rolf Max Kully
Elmar Vogt 458

Ausstellung: „Die europäische Post der Thurn und Taxis“
Anton Burkard 459

Aus und über Meßkirch hinaus
Bei einem grundlegenden Gedanken ankommen: Dem Seinlassen
Heinrich Hauß 459

Europäische Metropolregion Rhein-Neckar und Europäisches Städtenetz am Oberrhein
Fehlen eines adäquaten Partners auf der linken Rheinseite
Heinrich Hauß 460

Ausstellungen in Baden 461

Buchbesprechungen 469

Michèle Maubeuge

Place Stanislas – UNESCO Weltkulturerbe

Vortrag am 22. 6. 2005, Veranstalter: Badische Heimat, Ortsgruppe Karlsruhe
Zusammenfassung in deutscher Sprache

Stanislas Leszczynski, der zweimal auf den polnischen Thron gewählt worden war, entkam dem Exil und seiner unsicheren Lage durch die Heirat seiner Tochter Marie mit dem französischen König Louis XV.

In seinen Gemächern im Schloss von Lunéville, wohin er sich gewöhnlich genau um 22.00 Uhr zurückzog, hatte er eines Abends die Idee, einen Platz bauen zu lassen, den er seinem Schwiegersohn widmen wollte. Der Architekt Emmanuel Héré war an jenem Abend zugegen, als diese Idee entstand. Bereits am nächsten Tag machten sich die beiden Männer an die Verwirklichung des Projekts. Stanislas, selbst Zeichner und Maler, arbeitete an den Entwürfen mit. Die Grundsteinlegung erfolgte 1752 durch den Vetter des Königs, den Herzog von Ossolinski. Als erster Bau entstand der Pavillon Jacquet an der Westseite des künftigen Platzes.

Die ehemalige Place Royale (heute: Place Stanislas) liegt am Übergang zwischen Alt- und Neustadt, die beide durch Befestigungsanlagen umgeben und klar voneinander abgegrenzt waren. Marschall de Belle Isle (der für die Festungswerke der Region verantwortlich war) ordnete daher an, dass der nördliche Teil des Platzes nicht über die erste Stufe der Befestigungen hinausragen dürfe, um die Sicht von der Ringmauer aus nicht zu behindern. Der Platz ist nicht ganz symmetrisch, was die Planer jedoch geschickt zu kaschieren wussten.

Stanislas hatte in der Mitte des Platzes eine Bronzestatue vorgesehen, die seinen Schwiegersohn als römischen General darstellte, der nach Frankreich blickt und mit einem Kommandostab in Richtung der Ostgrenze weist. Diese Skulptur spielt auf die Eingliederung Lothringens ins französische Territorium, die nach dem Tod von Stanislas erfolgen wird, an. Die kriegerische Haltung von Ludwig XV. zeigte seinen Willen, sein Königreich zu verteidigen. Die vier Allegorien am Fuß der Statue waren Symbole für die Tugenden des Herrschers: Kraft, Umsicht, Gerechtigkeit und Milde; sie waren aus Blei, wahrscheinlich vergoldet. Die Skulpturengruppe war von einer Einfriedung umgeben, was die Unantastbarkeit der Erbmonarchie betonen sollte.

Der Pavillon Jacquet (im Westen) und der Pavillon Alliot (im Osten) rahmten das Gebäude ein, in dem sich das Rathaus, die Residenz von Stanislas (wo er praktisch nie wohnte) und verschiedene Verwaltungen befanden.

Das zweite Gebäude auf der westlichen Seite war die von Stanislas gegründete medizinische Schule; später wurde es u. a. als Feldlazarett genutzt (während des Krieges von 1914–1918) und in den dreißiger Jahren zog das Musée des Beaux-Arts hier ein. Sein Pendant auf der östlichen Seite ist das „Hôtel des Fermes“ mit einer wechselvollen Geschichte: Das ehemalige Finanzpachtamt wurde zum Hotel „Au Brochet Bleu“ („Zum Blauhecht“), dann zum bischöflichen Palais und kurz vor dem 1. Weltkrieg schließlich zur Opéra de Nancy.

Außer Emmanuel Héré haben mindestens 400 Handwerker auf der Baustelle gearbeitet, von denen einige uns noch namentlich bekannt sind: die Familie Mique, die Gentilhâtre, die Bildhauer Mesny, Babin, Dieudonné …

Die Übergänge zwischen den verschiedenen Gebäuden schmücken Arbeiten des Kunstschmieds Jean Lamour: Portiken, die die Brunnen an der Nordseite umgeben, und Streben mit Laternen an den anderen Orten. Jean Lamour hatte zuerst als Schmied für die

Stadt Nancy gearbeitet und die Laternen in Stand gehalten. Dann wurde Stanislas auf ihn aufmerksam und verpflichtete ihn. Barthélémy Guibal und Louis Cyfflé waren an der Ausführung der Skulpturen in der Mitte des Platzes beteiligt. Stanislas beendete ihre von Missgunst bestimmte Rivalität durch ein Bonmot: „Statut realisée par Guibal sur un coup de Cyfflet (coup de sifflet = Pfiff)“ – Wortspiel: etwa: „Statue geschaffen von Guibal auf einen Pfiff (von Cyfflet) hin“. Joly, der zweite Architekt von Stanislas, entwarf für das Innere des Rathauses eine Treppe mit zwei Flügeln, umgeben von Trompe-l'Oeil-Gemälden, die Jean Girardet geschaffen hatte; von ihm stammt auch das Dekor im Salon Carré, in der die Versammlungen der wissenschaftlichen Gesellschaft stattfanden, die der ehemalige polnische König gegründet hatte.

In den Wirren der Geschichte änderte sich die Gestaltung des Platzes noch mehrmals: Die Statue Ludwigs XV. wurde in der Revolution umgestoßen und eingeschmolzen, dann nacheinander durch zwei andere Statuen ersetzt, bis eine Spende es dem Bildhauer Jacquot ermöglichte, ein Bronzeportrait von Stanislas anzufertigen.

Die wiederholt – mehr oder weniger originalgetreu – restaurierten Gitter erhielten schließlich wieder ihr ursprüngliches Aussehen anhand der Stiche, die Jean Lamour davon hatte machen lassen. Die Mitte des Platzes wurde auch mehrfach umgestaltet und auf verschiedene Weise genutzt, ist jedoch immer der zentrale Ort für politische Veranstaltungen und Feste geblieben.

Der Stadt Nancy war es ein Anliegen das Pflaster so wiederherzustellen, wie es ursprünglich ausgesehen hatte, als der Platz noch Place Royale hieß. Abgeschlossen wurde dieses Projekt genau in diesem Jahr, in dem sich die Enthüllung der Statue von Ludwig XV. (November 1755) zum 250. Male jährt.

Das ursprüngliche Erscheinungsbild des Platzes kennen wir von einem Bild aus dem 18. Jahrhundert, das sich im Schloss von Pange befindet. In unseren Archiven finden sich außerdem Materialbestellungen und Aufträge für die Arbeiten. Wir konnten daraus schließen, dass der Belag des Platzes bei seiner Einweihung aus eisenhaltigem Kalkstein bestand, während der Rinnstein durch schwarzen Kalkstein abgesetzt war. Diagonal über den Platz verlaufende Linien und die Einfassung der Statue bestanden ebenfalls aus schwarzem Kalkstein. Entlang der Trottoirs aus weißem Stein verlief ein kleiner Holzzaun zum Schutz der Fußgänger, man setzte sich darauf, band die Pferde daran fest und die Diener stützten sich darauf, wenn sie in die Kutschen kletterten.

Da die Steinbrüche von Dommartemont (eisenhaltiger Kalkstein) und von Art sur Meurthe (schwarzer Kalkstein) nicht mehr zugänglich sind, hat man zur Erneuerung des Belags nun Pflastersteine aus Kroatien und Hainaut benutzt.

Die Statue von Stanislas wurde gereinigt; der Originalsockel aus Genueser Marmor erstrahlt jetzt wieder in seinem ursprünglichen Glanz. Die Stufen wurden zweifarbig, schwarz und weiß, erneuert. Die Einfassung hat man originalgetreu restauriert. Die Kandelaber (aus der Gießerei in Dommartin), die im XIX. Jahrhundert auf dem Gelände verteilt worden waren, wurden erneuert. Im Rathaus wurden die Ehrentreppe und der „Salon Carré“ gereinigt, die Fresken restauriert.

Michèle Maubeuge wurde 1947 in Vézélize, Department Meurthe et Moselle geboren. Von 1968 bis 1974 studierte sie Kunstgeschichte an der Universität Nancy II. Von 1972 bis 1975 lehrte sie Kunstgeschichte und Architektur an der Ecole des Beaux Art in Metz, von 1975 bis 1983 am Lycée Henri Poincaré in Nancy. Sie hielt zahlreiche Vorträge am Musée des Beaux Arts, für das Office du Tourisme. Sie ist Beraterin für Kultur für das Tourismusbüro in Nancy, für das sie Rundgänge, Prospekttexte, Sommerprogramme, Texte für „Son et Lumières“, Theaterspaziergänge und vieles mehr entwarf. Sie ist anerkannte Führerin für Historische Monumente und Gedenkstätten.

Seit 1983 arbeitet sie als „attachée culturelle“ bei der Stadt Nancy; eines ihrer wichtigsten Projekte dort ist der jährlich im September auf der Place Stanislas stattfindende Salon „Le livre sur la place“, also eine Art Bücherschau mit einem großen Begleitprogramm.

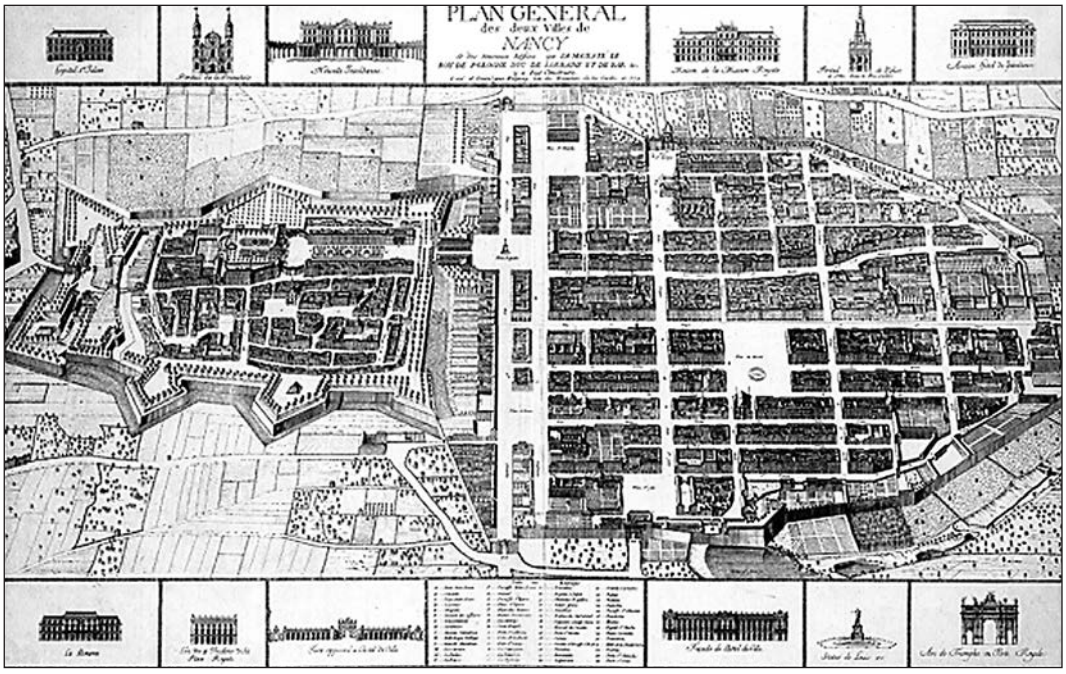
Sie ist außerdem als Kunstexpertin bei dem Appellationsgericht von Nancy zugelassen.

Sie hat zahlreiche Artikel über lothringische Kunst und Kultur in den unterschiedlichsten Zeitschriften publiziert, Bücher über die Kathedrale von Metz, die Stadt Nancy, Porzellane und Faiencen in Lothringen zur Revolutionszeit, Edmond de Goncourt chez lui, Nancy im Spiegel der Postkarten der Belle Epoque – um nur einige Titel zu nennen.

Und zuletzt 2003 „les meilleures recettes illustrées de Lorrain“.

Sicht auf den Place Stanislas durch den Triumphbogen Foto: Heinrich Hauß

Blick auf den neugestalteten Place Stanislas

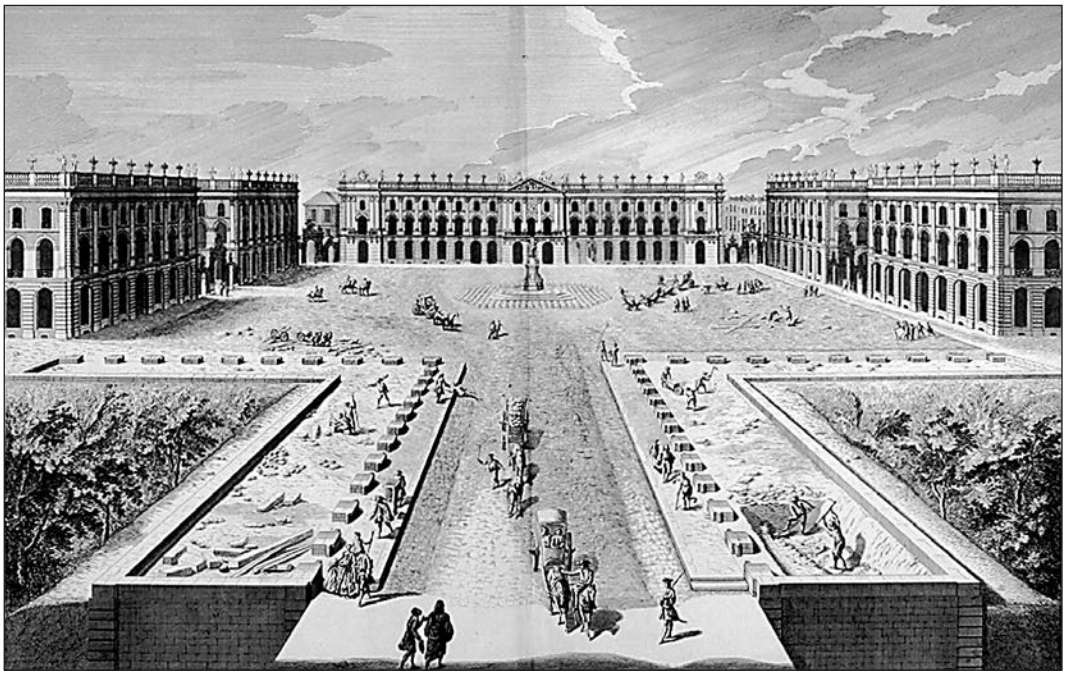


Plan der beiden Stadtteile Nancys (Ville Vieille und Ville Neuwe)

Die Fotos wurden von Frau Michèle Maubeuge, Nancy, zur Verfügung gestellt

Gitter von dem Kunstschmied Jean Lamour (1698–1771) Foto: Heinrich Hauß

Attika des Triumphbogens mit einem Medaillon Ludwigs XV. von Jean Baptiste Walneffer. Bekrönung durch einen trompetenblasenden Putto. Die Inschrift lautet: „Der Feinde Schrecken, der Verträge Freund, der Völker Zierde und Zuneigung".



Bau des „Place Royale" nach der Sammlung des Architekten Emmanuel Héré (1705–1763)

Die Fotos wurden von Frau Michèle Maubeuge zur Verfügung gestellt

1955–2005: 50 Jahre Städtepartnerschaft Karlsruhe–Nancy
und 1755–2005: 250 Jahre Place Stanislas, Nancy

Heinrich Hauß

Stanislas Leszczynski (1677–1766)

Zweimal zum polnischen König gewählt, zweimal vom Throne gestürzt
Eine komplexe europäische Geschichte in der Zeit von 1704–1735

I. König von Polen der Ehren wegen, Herzog von Lothringen dem Namen nach

1704 wird Stanislas Leszczynski zum ersten Mal zum polnischen König gewählt, 1709 wird er von August II., Kurfürst von Sachsen, (1670–1733) vertrieben und nach dem Tode Augusts 1733 zum zweitenmal gewählt; der Sohn Augusts II. aber setzt sich als König August III. durch. 1735 verzichtet Stanislas Leszczynski auf den Thron, behält den Titel König und erhält als Entschädigung für den Verlust der polnischen Krone die Herzogtümer Bar und Lothringen. Stanislas ist nun „König von Polen der Ehren wegen und Herzog von Lothringen dem Namen nach“ (F. Maguin, R. Florentin).

II. König von fremden Gnaden (1706–1709)

Im Jahre 1697 nach dem Tode Jan III. Sobieski, wurde zunächst zwar Prinz François

Louis de Conti mit vier Fünftel der Wählerstimmen zum König Polens gewählt, einen Monat später aber wurde auch Kurfürst von Sachsen, Friedrich August, gewählt. Ausschlaggebend für die Wahl war, dass er zum Katholizismus übergetreten war. Er wurde König von Polen mit der Unterstützung Österreichs. Er musste aber 1706 im Frieden von Altranstädt unter dem Druck der Schweden und Karl XII. auf den polnischen Thron zu Gunsten von Stanislas Leszczynski verzichten. Dabei spielte für Karl XII. die Einsetzung von Stanislas als polnischen König die Entlastung für den Kampf gegen Russland eine Rolle. Stanislas war ein König von fremden Gnaden, des Schutzherren Karl XII., er konnte sich deshalb auch nur bis 1709, der Schlacht von Poltawa halten, bei der Peter I. Karl XII. vernichtend geschlagen hatte. Mit der Schlacht von Poltawa endet die schwedische Großmachtstellung. Zar Peter I. setzte sich nun für August II. ein, um den Preis eines Mitspracherechts in polnischen Angelegenheiten. August II. gewinnt die Königswürde zurück und regiert bis zu seinem Tode 1733. Stanislas musste ins Exil gehen.

III. Heirat Maria Leszczynskas mit Ludwig XV.

Nach dem Tode Philipps von Orléans im Jahre 1712 übernahm der Herzog Louis Henri de Bourbon die Regentschaft für Ludwig XV. Durch eine Krankheit Ludwigs XV. aufgeschreckt, löst er das Verlöbnis mit der erst neunjährigen spanischen Infantin Maria und Ludwig XV. Als Grund diente ihm die Tatsache, dass im Falle des kinderlosen Todes des jungen Herrschers die Feinde des Herzogs von Bourbon, eine Nebenlinie der Orléans, die Nachfolge angetreten hätten! So kommt es 1725 zu der folgenschweren Vermählung des 15jährigen Ludwig XV. mit Maria Leszczynska, der Tochter des vertriebenen polnischen Königs. Stanislas Leszczynski findet in seinem Schwiegervater Ludwig XV. einen Befürworter einer zweiten Kandidatur für die polnische Krone. Am 12. 9. 1733 wird Stanislas Leszczynski erneut zum polnischen König gewählt, aber am 5. 10. 1733 auch August III. (1696–1763), der Sohn Augusts II. Der folgende Polnische Thronfolgekrieg (1734–1738) wird beendet durch den Präliminarfrieden von Paris 1735, der im Frieden von Wien (1738) bestätigt wird. Stanislas Leszczynski verzichtet zu Gunsten von August III. auf den polnischen Thron, behält aber den Titel eines Königs. Als Entschädigung für den Verlust der polnischen Krone erhält er die Herzogtümer Bar und Lothringen von Franz Stephan von Lothringen, dem zukünftigen Ehemann Maria Theresias (Heirat 1736). Franz Stephan erhält nach dem Aussterben der Medici das Großherzogtum Toskana. 1737 stirbt der letzte Großherzog der Toskana, Gian Gastone. Nach dem Tode Stanislas Leszczynskis (1766) sollten dann die Herzogtümer Bar und Lothringen mit Frankreich vereinigt werden. Für die französische Politik war damit die Vereinigung des Herzogtums Lothringen mit der österreichischen Monarchie vermieden. Die bisher gescheiterte Erwerbung des Großherzogtums Lothringen ist im wesentlichen Verdienst des Kardinals André Hercule de Fleury (seit 1723 amtierender Premierminister, stirbt 1743).

IV. Der geheime Vertrag von Meudon (1736)

Zukünftige französische Herrschaft in Lothringen

In den Jahren 1670 bis 1697 war Lothringen vorübergehend von den Franzosen besetzt. Im Frieden von Rijswijk (1697) musste das Großherzogtum in den Grenzen von 1670 wieder hergestellt werden. Eine Annexion des Herzogtums hätte die europäischen Mächte auf den Plan gerufen. Es musste also nach einer politisch akzeptableren Methode gesucht werden.

Der Vertrag von Meudon zeigt die Konturen der zukünftigen Herrschaft Frankreichs in Lothringen und macht alle Hoffnung auf Unabhängigkeit zunichte. Alle politische und militärische Macht ist Leszczynski entzogen. Er ist ein König ohne Krone und ein Herzog, der nicht regiert. Die Steuern in Lothringen werden von Frankreich eingezogen. Die Verwaltung liegt in den Händen eines Kanzlers, Chaumont de La Galaizière, eigentlich ist er ein französischer Intendant. Das Durchmarschrecht französischer Truppen durch das Herzogtum ist natürlich gewährleistet.

Stanislas „deux fois élu par son pays, deux fois déthrôné par l' entranger“ ist ab 1737 (Ankunft in Lunéville) „Roi de Pologne – ‚honoraire‘ duc de Lorraine – nominal“ – König der Ehren wegen, Herzog von Lothringen dem Namen nach – (F. Maguin/R. Florentin). Umso erstaunlicher, was Stanislas in der ihm verbleibenden Zeit von 1737 bis zu seinem Tode 1766 aus diesem äußerst unbequemen Zustand macht. Die verantwortlichen Politiker mögen damit gerechnet haben, dass der bereits Sechzigjährige keine längere Lebensspanne mehr vor sich habe. Sie haben sich gründlich getäuscht, Stanislas wird neunundachtzig Jahre!

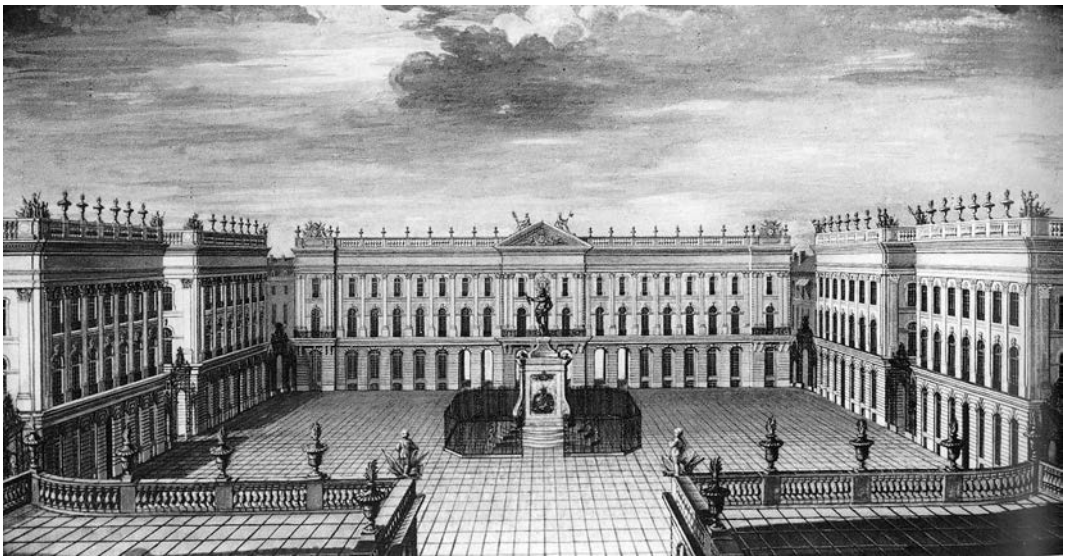
V. Place Royale

Ein Traum von Größe und Würde eines zu Ende gehenden Zeitalters

Mit dem Frieden von Paris/Wien im Jahre 1737 verliert das Problem Lothringen das europäische Interesse. Mit der Lösung, dass Stanislas nach dem Verzicht auf die polnische Krone Nominalherzog von Lothringen und Bar wurde, hatte Frankreich eine Zwischenlösung gefunden, ohne das Herzogtum Lothringen einfach zu annektieren, was den Widerstand der europäischen Mächte hervorgerufen hätte. Im April 1737 läßt sich Stanislas mit 60 Jahren in Lunéville nieder. Nach 30 Jahren eines abenteuerlichen und gefährlichen Lebens hat er aber nicht seine außerordentliche Vitalität verloren. Mit dem Architekten Emmanuel Héré plant und baut er ab 1751 das Plätzesystem zwischen der alten und der neuen Stadt in Nancy. Mit dem urbanistischen Projekt erfüllte sich Stanislas einen Traum.

„Doch wovon träumte der Herzog? Wohl von nichts weniger als von einem Denkmal einstiger Größe und Würde eines schnell zu Ende gehenden Zeitalters, des adligen Europa. Vielleicht auch von dem abendländischen Reich des Charlemagne, das einst sein Herz hier im Zwischenreich hatte, welches nach Karls Enkel Lothar seinen Namen erhielt: Lotharingien. Nostalgische Träume, romantische Unwirklichkeit, von der Reise nach Utopia, dem Reich, das nie da war und nie sein wird als in den Träumen der Dichter. Das in Stein zu gestalten, gültig festzuhalten, ist ein großes Vorhaben“ (Heinz Coubier).

Der Platz verwirklicht aber auch eine politische Intention: Der Platz dient nicht der Verherrlichung des regierenden Fürsten, Stanislas, sondern dem Regenten Lothringens von morgen. König Ludwig XV., dem Lothringen nach dem Tode Stanislas' zufallen würde. „Die Place Royale verkündet so im voraus einen nicht mehr umkehrbaren Prozess“ (F. Roze).



Place Royale (heute Place Stanislas), Südseite mit dem Rathaus. Gouache. Musée historique lorrain

Blick auf den Place Stanislas mit Außenbewirtschaftung des Café Restaurant Foy von einem Seitenfenster des Musée des Beaux Arts

Foto: Heinrich Hauß

Am 26. November 1755, nach nur drei Jahren Bauzeit, wird die Place Royale am 26. November 1755 eingeweiht.

VI. „Hier ist das Ende erreicht, die Revolution steht vor der Tür“

Aber der Platz vermittelt aus heutiger Sicht auch eine Vision, die mit der revolutionären Zukunft zu tun hat: Die Place Royale:

„Der wahrhaft königliche Traum von verlorenen Reichen, verlorener Hoheit, verlorener Noblesse, steht räumlich unvermittelt in einer Welt von unverkennbarer bürgerlicher Enge. Das eine wie das andere signalisiert auf seine Art das gleiche: Hier ist das Ende einer Welt erreicht – die Revolution steht vor der Tür“ (Heinz Coubier).

Und in der Tat, am Abend des 5. Januar 1757, zwei Jahre nach der Eröffnung der Place Royale, attackierte Robert François Damies gegen 18 Uhr den König, Ludwig XV., mit einem Messer. Er wollte den Parlamenten zu ihren Rechten gegenüber der Krone verhelfen. Man hat deshalb im Attentat von Damies eine Wende gesehen, die das Land auf den Weg in die Revolution brachte (W. Schmale, Geschichte Frankreichs, 2000).

VII. Der wohltätige König

Stanislas hat in Nancy das schönste monumentale Platzensemble des 18. Jahrhunderts errichten lassen. Es ist aber nicht nur seine Bautätigkeit, die ihm einen Platz im Gedächtnis der Menschen sichert, es ist vor allem die Großzügigkeit und Wohltätigkeit des Königs. 35 Jahre Streit, Schwierigkeiten und politische Umschwünge haben es nicht vermocht, die angeborene Güte des Königs zu mindern.

Der König gab sich nicht damit zufrieden, nur ein gutmütiger Monarch an einem kleinen Hof zu sein, vielmehr interessierte er sich für soziale Fragen. Aus Anlass der Eröffnungssitzung der „Societé royale des sciences et belles lettres“ 1751 erhielt Stanislas deshalb auch den Beinamen „Le Bienfaisant“ – der Wohltäter. Die Verleihung des Beinamens wurde wie folgt begründet: Er hat die Religion gefördert, das Elend gemildert, den Gebrechen abgeholfen und den Gemeinsinn, die Friedensliebe, die Toleranz und die Überlieferung der Freiheitsliebe gefördert. Stanislas Leszczynski entwickelte sich ganz entgegen seiner mauvaise fortune – als Herzog honoris causa – zu einer der originellsten und erfreulichsten Personen im Zeitalter der Aufklärung.

Literatur

Manfred Alexander, Kleine Geschichte Polens.

Heinz Coubier, Europäische Stadtplätze. Genius und Geschichte, 1985.

Beate Coudier, Frédéric Maguin, Nancy Royale, 2005.

Fischer Weltgeschichte, Das Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung. 1648–1779, Herausgegeben und verfasst von Günter Barudio, Bd. 15, 1981.

„Klar und lichtvoll wie ein Regel“. Planstädte der Neuzeit vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, 1990.

Jacques Levron, Stanislas Leszczynski, 1984.

Frédéric Maguin, Robert Florentin, Sur les pas de … Stanislas Leszczynski, 2005.

Propyläen Weltgeschichte, Von der Reformation zur Aufklärung, Herausgegeben von Golo Mann und August Nitschke, Victor Lucien Tapie, Das Zeitalter Ludwig XIV., Bd. 7.

Wolfgang Schmale, Geschichte Frankreichs, 2000.

Siehe auch Seite 451!

Anschrift des Autors:
Heinrich Hauß
Weißdornweg 39
76149 Karlsruhe

Jürgen Glocker

Ein Bauernsohn als Malerfürst und Fürstenmaler

Franz Xaver Winterhalter (1805–1873) zum 200. Geburtstag

Im zweiten Band von Marcel Prousts epochalem Roman „Auf der Suche nach der verlorenen Zeit“ wird der junge Marcel der Prinzessin Mathilde vorgestellt, einer Tochter von Jérome Bonaparte, dem jüngsten Bruder Napoleons, der von 1807 bis 1814 König von Westfalen war, und einer Tochter des Königs von Württemberg: „Ah! Da ist jemand, der Sie interessieren wird, sagte Swann zu mir. Die alte Dame war jetzt nur noch drei Schritte von uns entfernt und lächelte uns mit erwärmender Freundlichkeit an. Swann nahm den Hut ab, Madame Swann versank in einen Hofknicks und wollte die Hand der Dame küssen, die einem Porträt von Winterhalter glich …“

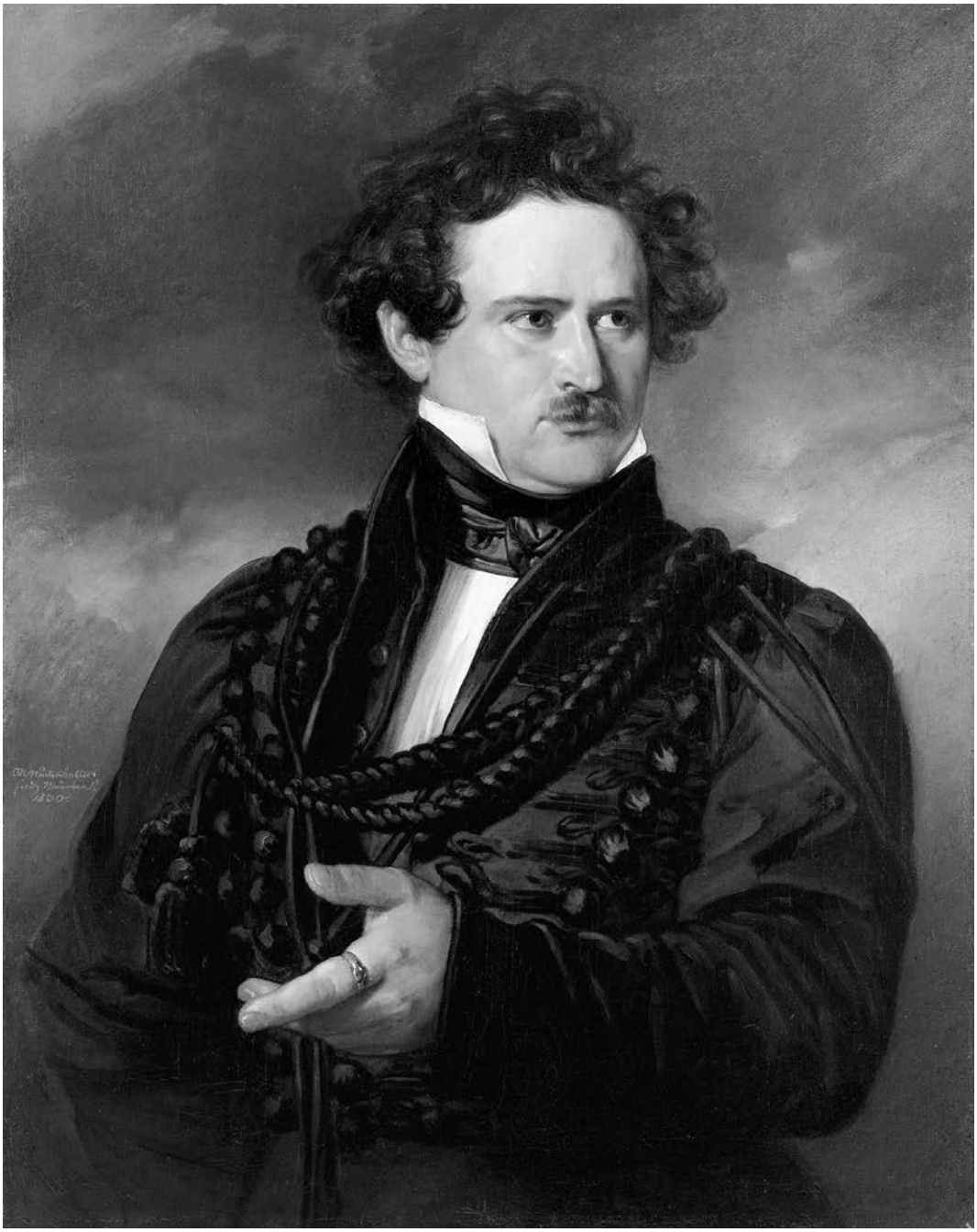
Erstaunlich ist nicht, dass uns Franz Xaver Winterhalter in dieser Passage begegnet, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts entworfen und im Jahr 1919 veröffentlicht wurde; erstaunlich ist vielmehr die Art und Weise, wie Winterhalter

Decamerone, ca. 1837

© Staatl. Kunsthalle Karlsruhe

Kaiserin Elisabeth von Österreich, 1865

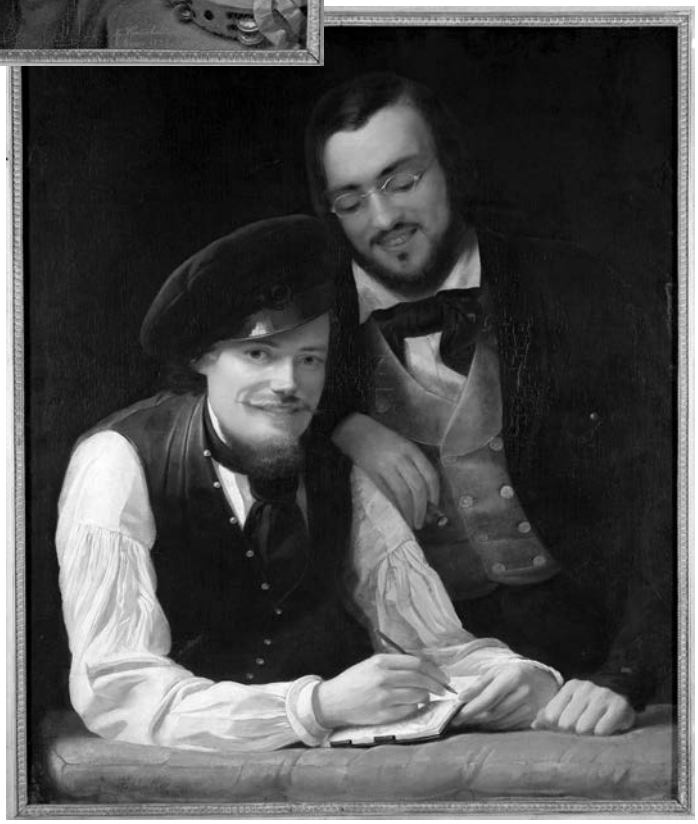
© Kunsthistorisches Museum Wien



Karl Spindler, 1830

© Augustinermuseum Freiburg

Römische Genreszene, 1833
© Staatl. Kunsthalle Karlsruhe



Selbstporträt des Künstlers mit seinem Bruder Hermann
© Staatl. Kunsthalle Karlsruhe

in den Erzählzusammenhang eingeführt wird: als eine bekannte kulturelle Größe, die der Erläuterung und Kommentierung nicht bedarf. Bezeichnet wird der Künstler in der denkbar knappsten Form: mit seinem Nachnahmen und seiner wichtigsten Gattung, dem Porträt. Winterhalter wird an einer Stelle des Erzählzusammenhangs ins Spiel gebracht, die für ihn einschlägig ist, denn es geht dort um die Welt des alten und neuen Hochadels.

Proust konnte offenbar davon ausgehen, dass seine französischen Leserinnen und Leser Winterhalter nach wie vor kannten. Ganz anders lagen demgegenüber die Dinge in Deutschland. Nach seinem Tod im Jahr 1873 verschwand Winterhalter weitgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein. Und an dieser Situation hat sich bis zum heutigen Tag leider wenig geändert.

Während man in den letzten Jahren und Jahrzehnten Winterhalter in Großbritannien (National Portrait Gallery) und Frankreich (Petit Palais, Paris) eine große Retrospektive gewidmet hat, fand die erste deutsche Winterhalter-Ausstellung erst im Sommer 2005 in Schloss Bonndorf statt. Auch gibt es in Deutschland kein Museum, das Winterhalters Namen im Titel führen und seine Werke systematisch sammeln würde. Wie ist dieser Befund erklärbar?

Franz Xaver Winterhalter wurde am 20. April 1805 in Menzenschwand geboren. Die napoleonische Politik führte u. a. dazu, dass das Kloster St. Blasien aufgehoben und Baden zum Großherzogtum aufgewertet wurde. Infolge der Säkularisation der Benediktiner-Abtei erhielt Menzenschwand in Berthold Liber den ersten Pfarrer. Er war es, der Winterhalter entdeckte und ihm Zeichenunterricht gab. Verkürzt könnte man sagen: Ohne Napoleon kein Pfarrer Liber in Menzenschwand. Und ohne jenen Geistlichen hätte sich Winterhalters Begabung möglicherweise nicht so früh und eventuell auch anders entwickelt. Der Weltgeist wehte für Winterhalter aus einer günstigen Richtung.

Ausbildungsstationen des Künstlers aus dem Südschwarzwald waren später der Druckgrafiker Karl Ludwig Schuler, das Herdersche Kunstinstitut in Freiburg, wo auch Winterhalters Bruder Hermann in die Schule ging, und die Kunststadt München. Das akademische Studium in München (1823–1828) wurde Winterhalter durch den St. Blasier Unternehmer Freiherr von Eichthal ermöglicht, der in den Gebäuden des ehemaligen Klosters drei Fabriken, darunter die erste badische Waffenfabrik, betrieb und zu den potentesten Steuerzahlern im Lande zählte. Eichthal setzte sich erfolgreich beim Großherzog zugunsten eines Stipendiums für den jungen Winterhalter ein.

1828 siedelte Winterhalter nach Karlsruhe über, wo er der Zeichenlehrer der Markgräfin und späteren Großherzogin Sophie wurde und bald die Aufgaben eines Hofmalers übernahm. In dieser Funktion gelang es ihm, die Vorstellungen seiner Auftraggeber von moderner Repräsentation in schlüssige Bildformulierungen umzusetzen. Dies war wohl die wichtigste Voraussetzung für seinen Aufstieg zum Fürstenmaler Europas.

1832 reiste Winterhalter mit staatlicher Unterstützung für zwei Jahre nach Italien, wo er sich bis zum Sommer 1834 aufhielt. In seinen italienischen Genrebildern gab er den Naturalismus seiner frühen Jahre zugunsten einer idealisierenden Malweise auf. Gleichwohl kulminieren die realistischen Tendenzen im Frühwerk des Künstlers nochmals in dem Porträt, das Winterhalter im Jahr 1834 von Freiherr von Eichthal, seinem Gönner, schuf. Die Gattung des Genrebilds wurde später für Winterhalter vor allem insofern wichtig, als es ihm gelang, Porträt- und Genremalerei erfolgreich miteinander zu verschränken.

Gegen Ende des Jahres 1834 zog Winterhalter nach Paris um. Er reüssierte rasch in der französischen Metropole: 1835 war er zum ersten Mal im Salon vertreten und 1837 erzielte er den Durchbruch mit einem Bild, das sich auf Boccaccios „Decamerone“ bezog und das er für 10 000 Francs verkaufen konnte.

Doch Winterhalters Erfolg blieb längst nicht auf Frankreichs Hauptstadt und auf Frankreich begrenzt. Schnell eroberte der Menzenschwander die Höfe von England, Russland, Belgien, Spanien, Portugal, Österreich und Deutschland. Er malte die Fürsten und die schönsten Frauen von ganz Europa; berühmt sind seine Porträts von Königin Victoria und Prinz Albert, von Kaiserin Elisabeth und Kaiser Franz Joseph, von Napoleon III., Eugénie und, und, und.

Wie fünfzig Jahre später bei Claude Monet kann man auch bei Winterhalter die Geburt des Großbürgertums aus dem Geiste und mit

den Mitteln der Malerei nachvollziehen: Als sich Winterhalter, der Sohn einfacher Bauern, seine Villa „Trianon“ in Baden-Baden bauen ließ, für die kein Geringerer als Fürst Pückler den Park entwarf, bezahlte er den Gegenwert von fünf Gemälden.

Der weltläufige Künstler begegnete den Großen seiner Zeit auf Augenhöhe. Kaiser Franz Joseph beispielsweise charakterisierte ihn folgendermaßen: „Er ist ein sonderbarer und unabhängiger Mann, mit dem man nicht disponieren kann und eigentlich nur tut, was er will.“ Und die Fürstin Pauline Metternich schrieb in einem Brief: „Lieber Winterhalter! Sie beschämen mich mit Ihrem so freundlichen Anerbieten, indessen kann ich Ihnen nur zusagen, indem mir damit Gelegenheit gegeben wird, ein Stündchen in Ihrer mir so angenehmen Gesellschaft zuzubringen, und ich zu egoistisch bin, um mir diese Freude zu versagen. Befehlen Sie, wann das Modell zu kommen hat! Ich stehe Ihnen zur Disposition …“

Winterhalter bewegte sich auf dem Parkett der großen Welt und war ein reicher Mann. Doch zu keinem Zeitpunkt vergaß er seine Herkunft. Unter anderem hinterließ er seiner Heimatgemeinde Menzenschwand 50 000 Franken für die Errichtung einer Stiftung zugunsten junger Auszubildender und „zur Unterstützung hilfsbedürftiger Armer“.

Gegen Ende seines Lebens griff das Räderwerk der Politik erneut in Winterhalters Biographie ein. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg, dessen Ausbruch ihn während eines Kuraufenthalts in der Schweiz überraschte, nach der Kommune und der Ausrufung der Dritten Republik verlor er seine französische Kundschaft. Hatten die Zeitläufte Winterhalter am Anfang seiner Karriere unter die Arme gegriffen, so wendete sich jetzt das Blatt. Gemeinsam mit seinem Bruder Hermann übersiedelte er in das geeinigte Deutschland, wo er bald als „Französling“ galt und wo ihm Franzosenfeindlichkeit und ein übersteigerter Patriotismus begegneten.

Diese negativen Rahmenbedingungen trugen wesentlich dazu bei, dass Winterhalter nach seinem Tod in Deutschland – anders als in Frankreich – rasch in Vergessenheit geriet. 1873 fanden zwar noch mehrere Gedenkausstellungen statt. Dann aber wurde es ruhig um Winterhalter und sein Oeuvre. Dies galt erst recht für das 20. Jahrhundert: Nach der Installierung der Weimarer Republik erschien ein Fürstenmaler aus dem vordemokratischen Europa offenbar als obsolet.

Anschrift des Autors:
Dr. Jürgen Glocker
Landratsamt Waldshut, Amt für Kultur,
Archivwesen und Öffentlichkeitsarbeit
Postfach 1642
79761 Waldshut-Tiengen

Brigitte Heck

Das „Schwarzwaldmädel“

Rückblicke und Ausblicke auf eine Erfolgs-Geschichte

Am 7. September 1950 hatte in den Stuttgarter Universum-Lichtspielen ein Film Premiere, der Kinogeschichte schrieb – das „Schwarzwaldmädel“. Über Nacht wurden seine Protagonisten Sonja Ziemann und Rudolf Prack zu Stars und stiegen neben Maria Schell und O. W. Fischer, Romy Schneider und Karlheinz Böhm sowie Ruth Leuwerik und Dieter Borsche zum Traumpaar des deutschen Films jener Dekade auf. 16 Millionen Besucher zog es in die Kinosäle – kein deutscher Kinofilm war seither erfolgreicher. Das Massenmedium Film machte den Schwarzwald berühmt, und als Fremdenverkehrsregion profitierte dieser nachhaltig von seiner cineastischen Popularisierung. Ganz überraschend jedoch kam der enorme Anklang, den das „Schwarzwaldmädel“ fand, nicht. Dieser Erfolgsstoff hatte sich über einen großen Zeitraum hinweg als Erzählung, Bühnenstück und Operette enorm wandlungsfähig gezeigt und schon zuvor ein außerordentlich großes Publikum angesprochen.

Über hundert Jahre früher, im Frühjahr 1847 nämlich, erschien Berthold Auerbachs zweiter Band des Erzählzyklus „Schwarzwälder Dorfgeschichten“. Hierin findet sich auch die 125seitige Erzählung „Die Frau Professorin“, die literarische Urfassung des „Schwarzwaldmädel“-Stoffes.

Die Auerbach-Erzählung hat kurz gefasst folgenden Kern: Ein Maler und dessen Bibliothekarsfreund kehren von einer langen Kunst- und Bildungsreise aus Oberitalien und Tirol in einem Schwarzwalddorf ein, das Weißenbach heißt. Selbst leben sie zwar in der Residenzstadt des Landes, brechen jedoch regelmäßig aus deren gesellschaftlichem Treiben in die ländliche Dorfidylle aus. Bewohner und Besucher sind sich vertraut, und vor großem Publikum nun berichten die beiden Bildungsreisenden von ihrer Fahrt und ihren Abenteuern. Sie tun dies auf ungewöhnlich beschwingte Weise, musizieren, singen und tanzen – Volkslieder durchziehen die gesamte Erzählung. Dieser musikalische Aspekt legt bereits in der Auerbachschen Urerzählung die Grundlage zur späteren Adaption des Stoffs für Operette und Musikfilm. Die Begegnung des Malers, bei Auerbach Reinhard genannt, mit Lorle, der zur Frau gereiften Tochter des Lindenwirts, wird zum spannungsvollen Kern der Handlung. Reinhard kannte Lorle aus früheren Begegnungen noch als Mädchen und schüchternes Naturkind. Nun projiziert er in sie all seine Wünsche nach und Vorstellungen von vollendeter Harmonie, Natürlichkeit und Reinheit. Folgerichtig verleiht er der Maria des von ihm angefertigten Altarbildes für die Dorfkirche Lorles Züge, und ebenso folgerichtig verliebt er sich in sie und wirbt um ihre Gunst. Sein Freund, der philosophisch hoch ambitionierte und frühsozialistisch engagierte Bibliothekar beobachtet hingegen die sozialen Probleme der Dorfgesellschaft, deren wachsende Armut und Landflucht und konfrontiert seinen realitätsfernen Malerfreund damit. In gleicher Weise beobachtet er auch die seiner Ansicht nach hochproblematische Verbindung zwischen dem Stadtmenschen Reinhard und dem Dorfwesen Lorle. Maler Reinhard jedoch ignoriert jegliche skeptische Bemerkung. Gegen die Vorbehalte ihrer Eltern und argwöhnisch von den Dorfbewohnern beäugt, zieht Lorle mit Reinhard als dessen Frau in die Residenz, wo der Maler eine Anstellung als Hofmaler annimmt und im weiteren Fortgang der Geschichte eine fulminante gesellschaftliche Karriere macht. Das Paar entfremdet sich zusehends, Lorle schafft nicht die Integration

Reinhard malt Lorle als Maria. Illustration von W. Hasemann. Aus: Lorle, die Frau Professorin, von Berthold Auerbach mit 72 Illustrationen von Wilhelm Hasemann. Stuttgart 1885, S. 57. BLM Inv.Nr. 2003/1603

in die ihr kulturell fremde Stadtgesellschaft sowie in die spezifisch großbürgerlichen und höfischen Kreise, in denen ihr Mann verkehrt. Ihre alte Vertraute Bärbel stirbt – als Haushälterin mit in die Stadt gezogen – in Lorles Armen. Kurz darauf trifft sie auch der Tod des an der Trennung von ihr krankenden Vaters. Lorle selbst leidet an der städtischen Zivilisation und wendet sich karitativen Aufgaben zu: Sie pflegt eine Nachbarin und übernimmt nach deren Tod die Pflegschaft für ihre Kinder. Ihr Mann Reinhard „pflegt" hingegen sein Verhältnis zu einer künstlerisch ambitionierten Adligen und gerät dadurch in immer größeren Konflikt mit den höfisch-großbürgerlichen Kreisen. Aus deren Abhängigkeit jedoch kann er sich letztlich nicht befreien. Lorle trennt sich schließlich von dem degutanten, zivilisationsmüden und alkoholsüchtigen Reinhard. Für ihre Wohltätigkeit hochangesehen, kehrt sie als „Frau Professorin" in ihr Heimatdorf zurück.

Alle „Schwarzwälder Dorfgeschichten" Auerbachs, die zwischen 1843 und 1854 erschienen, wurden in der biedermeierlichen Lesegesellschaft ihrer Zeit breit rezipiert. Geradezu euphorisch aufgenommen wurde jedoch seine Erzählung „Die Frau Professorin". Textimmanent gesehen war ein Grund dafür sicher die gekonnte Adaption des antiken Pygmalion-Stoffes (obwohl Auerbachs Lorle bereits manche Züge der von Shaw später geschaffenen Eliza Doolittle antizipiert) mit seinen psychologischen, sozialen und politischen Aspekten: Identitäts- und Egoprobleme durch die „Formung" eines Lebenspartners. Politisch betrachtet, traf Auerbach am Vorabend der Revolution von 1848/49 jedoch durch die Betonung der Standesproblematik sowie der Dichotomien Stadt-Land, Arm-Reich und Traditionell-Modern auch den Nerv des liberalen Bürgertums.

Der 1812 im schwäbischen Nordstetten geborene Erzähler und Publizist war als radikalliberaler Student 1837 mit der Obrigkeit kollidiert und für ein Jahr auf dem Hohenasperg inhaftiert worden. Gewiss war er kein romantischer Schwärmer, sondern warf einen häufig ironisch gefärbten Blick auf die ihn umgebende Realität. Literarisch rechnete sich Auerbach dem Realismus zu und galt auch unter zeitgenössischen Mitautoren als einer seiner exponiertesten Vertreter in Deutschland. Die „Schwarzwälder Dorfgeschichten" werfen dabei stilllebenartige, nur scheinbar unpolitische Schlaglichter auf die ländliche Welt, die sich zunehmend zur Neben- oder Gegengesellschaft zu den wachsenden urbanen Zentren ausformte.

Bereits im Jahr ihrer Veröffentlichung geschah etwas, was der Auerbachschen Erzählung einen noch höheren und nachhaltigeren Bekanntheitsgrad verlieh. Die Züricher Bühnenschauspielerin, Theaterdirektorin und Dramatikerin Charlotte Birch-Pfeiffer erkannte das außerordentliche Bühnen-Potential des Stoffes. Sie tat, was damals wie auch heute noch durchaus üblich ist: Sie kolportierte und adaptierte die Auerbach-Erzählung und dramatisierte sie für das Theater. Ende 1847 hatte der Schwarzwaldmädel-Stoff als Bühnenstück unter dem Titel „Dorf und Stadt" am Berliner Schauspielhaus Premiere. Konzeptionell unterscheidet sich Birch-Pfeiffers Arbeit jedoch erheblich von der Auerbachs. Signifikant für die inhaltliche

Struktur ihrer Rührstücke waren das Happyend und die Läuterung der Protagonisten. So verfuhr sie auch in diesem Fall und verkehrte die tragische und eher kulturpessimistische Tendenz der Vorlage ins sentimental-naive. In der Umarbeitung der „Frau Professorin“ veränderte Birch-Pfeiffer bei den Handlungssträngen wenig an Auerbachs Vorlage, viel jedoch an der Charakteristik der handelnden Personen. Sie glättete sämtliche Sozialkritik und persönliche Tragik. Weder stirbt Lorles geliebte Haushälterin, noch ihr Vater, noch verlässt gar Lorle ihren Reinhard, dem sie in Großmut jegliche Untreue verzeiht. Die balladesken, volksliedinspirierten Stellen der Auerbachschen Erzählung überträgt Birch-Pfeiffer in üppige Singszenen und erntet schon damals für diese auflockernden Gesangseinlagen reichen Publikumsapplaus. In der dramaturgischen und literarischen Qualität sowie sprachlichen Eloquenz kann die Bühnenfassung nicht mit der erzählerischen Vorlage mithalten. Allerdings sprach der einfachere Ton und die simplere Gedankenführung das Publikum unmittelbarer an und schuf so die Grundlage für den großen Bühnenerfolg dieses Stückes. Birch-Pfeiffer betont bereits in ihrer Titelei den Stadt-Land-Konflikt. Sie thematisiert damit den für die Zeitgenossen deutlich spürbaren Modernisierungsschub der Stadtgesellschaft und deren wehmütigen Blick zurück, auf die vermeintlich unverändert gebliebene Lebenskultur der ländlich-dörflichen Agrargesellschaft. Die zunehmende Verarmung der Landbevölkerung und die „Freisetzung“ von Arbeitskräften, die das ökonomische Reservoir der beginnenden Industrialisierung bildeten, werden von Birch-Pfeiffer nicht zur Kenntnis genommen. In der Auerbach-Vorlage jedoch reflektieren der Maler Reinhard und sein Freund der Bibliothekar diesen Hintergrund, indem sie in romantischer Tradition beginnen systematisch Volkslieder zu erheben und zu dokumentieren, weil sie diese als Relikte einer verschwindenden Kultur begreifen. Mit dem Gefühl des Verlustes von Schlichtheit, Einfachheit und Ursprünglichkeit, die die bürgerliche Gesellschaft immer im Landleben verkörpert sah, kokettiert auch das Theaterpublikum Birch-Pfeiffers und fühlt sich von deren Präsentation bestätigt. Dieser Effekt

20 Pfennig. 0.24 A.-W.

Universal-Bibliothek

3930

Jeder Band ist für 20 Pfennig einzeln käuflich

Dorf und Stadt.

Schauspiel in 2 Abteilungen und 5 Aufzügen

mit freier Benutzung der Auerbachschen Erzählung: „Die Frau Professorin“

von

Charlotte Birch-Pfeiffer.

Souffleurbuch der Königlichen Schauspiele zu Berlin.

Leipzig.

Verlag von Philipp Reclam jun.

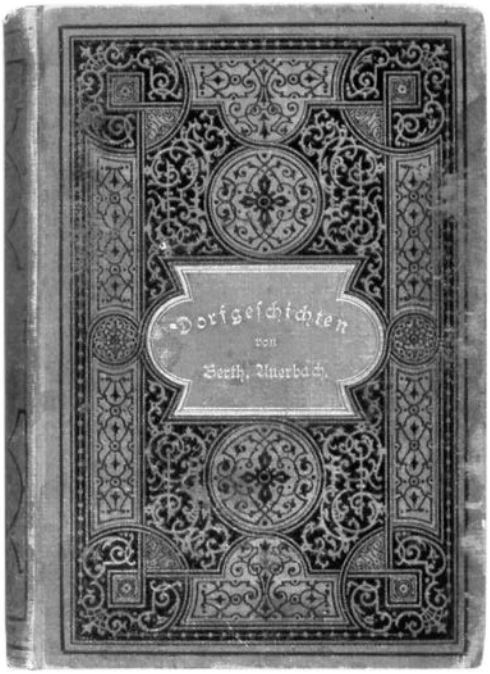
Vollständige Verzeichnisse der Universal-Bibliothek sind durch jede Buchhandlung stets gratis zu beziehen.

Birch-Pfeiffer, Dorf und Stadt

Textheft zum Bühnenstück Birch-Pfeiffers. Leipzig o. Jahr (um 1900). BLM Inv.Nr. 2003/1601

lässt sich bei allen späteren Bearbeitungen der Auerbachschen Erzählung beobachten, ob als Theaterstück, als Operette oder als Kinofilm.

Charlotte Birch-Pfeiffer war zu dieser Zeit schon außerordentlich erfolgreich, viel gespielt und galt quasi als „Marlitt“ der deutschsprachigen Bühnenlandschaft. In ihren insgesamt 74 Theaterstücken bearbeitete sie die renommiertesten Erzähler und Romanciers ihrer Zeit: Victor Hugo, George Sand, Charles Dickens und eben auch Berthold Auerbach. Sie war die Königin des trivialen Dramas und beherrschte als Autorin die deutschsprachigen Bühnen. Ihre Stücke gehörten zu den meistgespielten des 19. Jahrhunderts. Heute jedoch ist sie ganz vergessen. Charlotte Birch-Pfeiffer profitierte vom Boom der Trivial- und Unterhaltungsliteratur, insbesondere der Schicksals-, Frauen- und Heimatromane, die auch die populäre Belletristik des Biedermeier und Historismus prägten. Vor allem jedoch profitierte sie von den neuen Urheberrechten der Bühnenautoren, die für ihre Werke im



Berthold Auerbachs Sämtliche Schwarzwälder Dorfgeschichten. Volksausgabe in 8 Bänden. 3. Bd Stuttgart 1871. BLM Inv.Nr. 2003/1600

Unterschied zu den Buchautoren hohe Tantiemen erwirtschafteten. So kam es zur grotesken Situation, dass Berthold Auerbach mit seiner Erzählung „Die Frau Professorin“ nur hohe ideelle Verdienste verzeichnen konnte, während Birch-Pfeiffer mit deren Bühnenadaption ein nennenswertes Vermögen erwirtschaftete.

Etwa 70 Jahre nach der „Geburt“ des Schwarzwaldmädel-Stoffs, 1916, begann der Librettist August Neidhart mit der Umgestaltung der Vorlagen von Auerbach und Birch-Pfeiffer. Wie schon in früheren Jahren schrieb er zur Operettenmusik seines Berliner Komponistenfreundes Léon Jessel ein Libretto, und in diesem Fall gelang beiden der internationale Durchbruch. Zwar war das Schwarzwaldmädel-Motiv durch Berthold Auerbach und Charlotte Birch-Pfeiffer bereits literarisch etabliert – unter dem Titel „Schwarzwaldmädel“ wurde es über die Operettenfassung jedoch zum ersten Mal ein Welterfolg. Warum nun adaptierte gerade die Operette das „Schwarzwaldmädel“-Sujet?

Bereits die Auerbach-Erzählung hatte einen ausgeprägt musikalischen Charakter und auch das Birch-Pfeiffersche Bühnenstück arbeitet bewusst mit diesen Rhythmisierungen und Gesangseinlagen. Die Operette wiederum stellte im frühen 20. Jahrhundert die populärste Form der musikalischen Bühnenunterhaltung dar. Sie hatte in der Publikumsgunst der Oper längst den Rang abgelaufen und wichtige Grundlagen geschaffen für das spätere Aufkommen des Musicals. Der Schwarzwaldmädel-Stoff war wie geschaffen für die spezifischen Kompositionsweisen der Operette, die von Kürze, Lokalkolorit und Witz lebt, also parodierende Handlungsstränge, Situationskomik und schnell wechselnde, ausstattungsrevueartige Szenen aufweist.

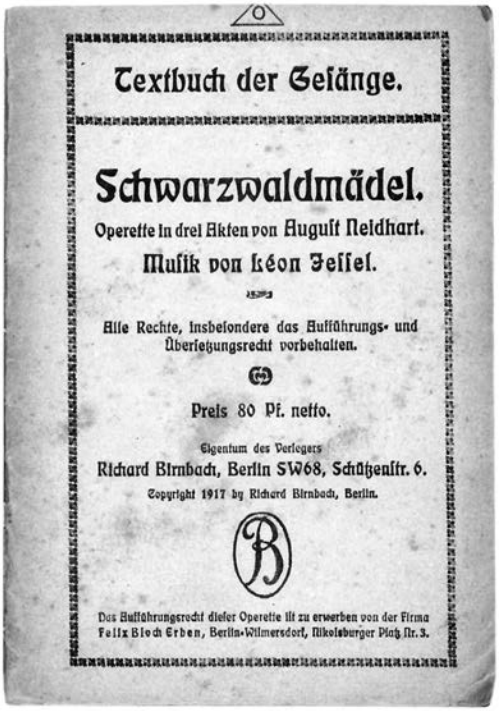
August Neidhart überzeichnete die alten Handlungsorte mit neuem Zeitkolorit. Er schrieb die Handlung um, änderte und „modernisierte“ die Struktur der Personen und fügte neue hinzu. So spielt nun auch ein Berliner mit, „Schmusheim“ genannt, eine Reminiszenz an das Premierenpublikum der spätkaiserzeitlichen Hauptstadt. Dieser Berliner, der Prototyp des Städters, ist eine wesentliche Neuerung und Erweiterung gegenüber den literarischen Vorlagen, weil er den Städter im Publikum unmittelbar anspricht. Des weiteren wird der alte Domkapellmeister Römer eingeführt. Mit ihm schafft Neidhart eine schrullige Figur, die dem Stoff eine neue Note verleiht: der alte, skurril erotisierte Domkapellmeister erhofft mit dem plötzlich in sein Leben tretenden Lorle – jetzt Bärbele genannt – einen späten Frühling erleben zu können, wird jedoch abgewiesen und fügt sich selbstmitleidig in sein Einzelgängerschicksal wieder ein. Statt der gebildeten Adligen, mit der Maler Reinhard bei Auerbach und Birch-Pfeiffer anbandelt, wird die Künstlerin Malwine von Hainau eingeführt. Mit ihr pflegt der Maler in der Operette, jetzt heißt er Hans, ein Verhältnis, bevor er dem „Schwarzwaldmädel“ begegnet. Aber auch Malwine von Hainau steht in starkem Kontrast zum naiven „Schwarzwaldmädel“. Sie verkörpert durchaus schon den Frauentyp, der die 20er Jahre legendär machte: selbständig, berufstätig, mondän-weltgewandt, selbstsicher, fordernd, emanzipiert. Neidhart verlegt die Handlung nach St. Christof, das „Schwarzwaldmädel“ wird textlich zum „Schwaben-

mädel“ – das jedoch sind nur marginale Änderungen.

Als schließlich Léon Jessel zu Ende des ersten Weltkrieges am 25. August 1917 die Operette „Schwarzwaldmädel“ in der Komischen Oper Berlin zur Premiere brachte, war das „Schwarzwaldmädel“, wie wir es heute kennen, geboren. Während der Eskalation des Ersten Weltkrieges verstand man das beschwingte Stück als idyllischen Gegenentwurf zur Wirklichkeit. Léon Jessels eingängige Couplets „Malwine, ach Malwine“, „Erklingen zum Tanze die Geigen“ und „Mädchen aus dem schwarzen Walde“ bekamen schnell einen Volksliedcharakter und wurden zu populären Schlagern ihrer Zeit. Bis 1925 führten weltweit 2263 Bühnen die Operette auf, die auch im Ausland außerordentlich erfolgreich war. Noch im Kriegsjahr 1918 inszenierte sogar der amerikanische Broadway das „Schwarzwaldmädel“ – ganz abgehoben von der weltpolitischen Situation dieser Tage, den entsetzlichen Eskalationen des Ersten Weltkrieges und der ausgeprägten Feindschaft zwischen Amerika und Deutschland. Offenbar hatten die Amerikaner darin manch Vertrautes wieder gefunden: Wie Mark Twain hatten viele im 19. und frühen 20. Jahrhundert den Schwarzwald als pittoreskes Reiseland für sich entdeckt und dadurch wie auch transportiert durch die große Zahl süddeutscher Auswanderer kulturelle Versatzstücke wie die „black forrest clock“ oder das „black forrest cherry water“ in ihre amerikanische Kultur eingebunden.

Der wirtschaftliche Erfolg der „Schwarzwaldmädel“-Operette war groß und nachhaltig. In den 1920er und 30er Jahren entstanden eine Vielzahl von Singspiel- und Schauspieladaptionen – das „Schwarzwaldmädel“ boomte auf deutschen, aber auch europäischen Bühnen, als Operette und in dramatischer Gestalt. Bereits in den 1920er Jahren bediente sich das neue und immer populärer werdende Bildmedium der Zeit, der Kinofilm, des Stoffs. 1920 verfilmte Arthur Wellin, 1929 Victor Janson und 1933 Georg Zoch das „Schwarzwaldmädel“.

Die berühmt gewordene Verfilmung von Hans Deppe aus dem Jahr 1950 war also bereits die vierte Kinofassung. Das „Schwarzwaldmädel“ war der erste Farbfilm des deutschen


Textbuch der Gesänge.

Schwarzwaldmädel.

Operette in drei Akten von August Neidhart.

Musik von Léon Jessel.

Alle Rechte, insbesondere das Aufführungs- und Übersetzungsrecht vorbehalten.

Preis 80 Pf. netto.

Eigentum des Verlegers
Richard Birnbach, Berlin SW68, Schützenstr. 6.

Copyright 1917 by Richard Birnbach, Berlin.

Das Aufführungsrecht dieser Operette ist zu erwerben von der Firma Felix Bloch Erben, Berlin-Wilmersdorf, Nikolsburger Platz Nr. 3.

Libretto von August Neidhart zur Operette von Léon Jessel. Berlin 1917. BLM Inv.Nr. 2003/1602

Nachkriegskinos und hatte schon kurze Zeit nach seiner Premiere am 7. 9. 1950 das Mehrfache seiner Entstehungskosten wieder eingespielt. Seine 16 Millionen Zuschauer wurden in Deutschland in den folgenden 55 Jahren nur einmal übertroffen, 1997 von James Camerons „Titanic“.

Die beschwingten Operettenlieder, die üppigen Revueeinlagen und aufwendigen Kamerafahrten durch eine zauberhafte Schwarzwaldlandschaft machten das „Schwarzwaldmädel“ legendär. Drehbuchautor Bobby E. Lüthge hatte die Operettenvorlage von Neidhart und Jessel komplett übernommen und um die spezifisch filmischen Mittel ergänzt: Die Tanzeinlagen (Eisrevue und Bauerntanz) wurden besonders breit inszeniert, ebenso wurde die Schnittechnik genutzt, um die Landschaft selbst in Szene zu setzen. Handlungsbestimmende Momente wurden psychologisiert, indem mit der neuen Zoomtechnik der Akteur in Nahaufnahme mit all seinen mimischen Regungen in den Blick des Betrachters gerät. Dieser Kinofilm bewegte die

„Schwarzwaldmädel". Setfoto von den Dreharbeiten. Sonja Ziemann und Rudolf Prack, Mai 1950, St. Peter.

© Dr. Leopold Rombach, St. Peter

Menschen der aufkeimenden Wohlstandsgesellschaft. Aber weshalb?

Seinen ungeheuren Erfolg verdankte der Film „Schwarzwaldmädel“ den spezifischen Zeitumständen: Die Härte der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte vieles in den Hintergrund treten lassen, und die spezifischen Publikumssehnsüchte (Idylle, Komödie, Revuefilm) zu Ende der 1940er Jahre führten zu einer neuen Ausrichtung der Produzenten. Das Interesse am filmischen Realismus war deutlich zurückgegangen. Filmhistorisch bedeutende Produktionen wie Wolfgang Staudtes „Die Mörder sind unter uns“, das furiose Filmdebüt von Hildegard Knef aus dem Jahr 1946, lagen nicht mehr im Trend. Konrad Adenauers Wahlspruch „Keine Experimente!“ galt fortan auch für das westdeutsche Kino der Fünfziger Jahre, das im europäischen Vergleich traditioneller und weit weniger experimentell war als in Frankreich oder Italien. In Westdeutschland begann die Zeit systematischer Verdrängung. Man wollte keine Trümmer und zerbombten Städte mehr sehen, sondern „heile Welt“. Eskapismus als Flucht der Phantasie in die Idylle war ein offensichtlich wichtiges Mittel zur Kompensation einer bedrückenden Vergangenheit und Gegenwart. In einer Gesellschaft der Flüchtlinge, Vertriebenen, Kriegsheimkehrer und Ausgebombten war Heimat zu einem existentiellen Begriff geworden. Das Idealbild von Geborgenheit in Familie, Natur und dörflicher Sitte passte genau zur Befindlichkeit der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft mit ihrer Sehnsucht nach Sicherheit und Ordnung. Man war auf der Suche nach etwas Gutem, an das man (wieder) glauben konnte. So waren immaterielle Werte angesichts der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Realität von großer Bedeutung: Liebe, Treue, Güte, Traditionsgebundenheit und stabiles Wertesystem. Die unmittelbare Nachkriegszeit wurde bestimmt von „Heroismus“, von den Tugenden Haltung, Mut und Verzicht. In den darauf folgenden Jahren wuchs angesichts dieser Ernsthaftigkeit dann umso mehr die Sehnsucht nach Sentimentalität, Schwäche, oder etwa Albernheit. So erscheint die Fülle alberner Filme mit Heinz Erhardt, oder die Vielzahl der Film-Komödien von und mit Curt Götz konsequent. Aber auch der Heimatfilm lieferte als eigenes Genre eine regelrechte Zeitgeistabbildung. Das „Schwarzwaldmädel“ jedoch bildete kollektive Sehnsüchte nicht bloß ab, sondern bündelte und lenkte sie sogar. Es hat zur Konstruktion eines der jungen Bundesrepublik fehlenden Heimatgefühls ganz wesentlich beigetragen und löste die erste „Welle“ des deutschen Kinos aus: Eine Flut von nahezu 200 Heimatfilmen überschwemmte die Kinolandschaft der 1950er Jahre, und etliche weitere Filme wurden im Schwarzwald gedreht. Viele davon erneut am Spielort des „Schwarzwaldmädel“ – in St. Peter und St. Märgen. Gezeigt wurden die „Heimatschinken“, wie Gegner dieses Filmformates witzelten, in plüschigen Kinosälen und monumentalen „Filmtheatern“. Von ihnen gab es 1955 allein in Westdeutschland die ungeheure Zahl von 6239 Stück.

Klaviersatz zur Operette von Léon Jessel, Berlin 1917 mit Abbildung aus der Erstaufführung. BLM Inv.Nr. 98/70

Mit dem „Schwarzwaldmädel“ kam der Begriff des „Heimatfilms“ im deutschen Kino auf und etablierte sich sofort. Typisch für dieses Format ist es, dass eine von den Kriegsereignissen und zivilisatorischen Eingriffen unberührte Landschaft den Hintergrund für eine Liebesgeschichte bildet. Der Schwarzwald erschien dafür prototypisch wie geschaffen,

und so fungiert im „Schwarzwaldmädel“ die unzerstörte Landschaft in sonniger Apfelblütezeit als passende Folie für die Präsentation einer intakten Dorfgemeinschaft mit fest gefügten Traditionen und Bräuchen. Hier bildet sich der Idealentwurf unbesorgten Lebens ab. Die Filmlandschaft erscheint als archaische Idylle und beschwört ein Bild von Kontinuität und heiler Welt. Natur und eine spezifische Dichotomie von Stadt-Land bildeten fortan das gestaltende Prinzip aller Heimatfilme. Das Muster ist: Stadtmensch trifft „Naturkind“. Das Eigene definiert sich in der Abgrenzung zum Fremden: Was aus der Stadt kommt ist Verführung und Sünde, ist neumodisch und lasterhaft. Das in den deutschen Heimatfilmen der 1950er Jahre gebräuchliche Geschlechterrollen-Muster war jenes der jungen Frau an der Seite eines älteren oder gar alten Mannes. Die Beziehung gleicht einem Vernunft-Verhältnis auf der Grundlage von Lebenserfahrung. Was zählt ist: Zuverlässigkeit und sittliche Reife statt Abenteuer. In der Ordnung der „ahistorisch“ wirkenden Dorfgemeinschaft werden Frauen wieder an den ihnen scheinbar angestammten Platz gestellt: „Ihren Mann stehende“ Trümmerfrauen werden in der beginnenden Wirtschaftswunderzeit nicht mehr gebraucht.

Bereits in der stofflichen Fassung von Birch-Pfeiffers „Dorf und Stadt“ zeichnete sich eine Idyllisierung des Handlungsortes und eine Instrumentalisierung der Schwarzwaldlandschaft als „Projektionsfläche“ für kollektive Sehnsüchte ab. Durch seine ungeheure Suggestivkraft und seine spezifische Macht der projizierten Bilder förderte und verschärfte das „Schwarzwaldmädel“ als Kinoereignis des Jahres 1950 genau diese Tendenz: Sukzessive wurde der Schwarzwald zur Traumwelt stilisiert und damit zunehmend zum medialen „Kunstraum“ geformt. Hans Deppes vor 55 Jahren entstandener Kinofilm hatte eine ganz entscheidenden Beitrag dazu geliefert, bildete jedoch nur einen scheinbaren Höhepunkt: Produktionen wie die „Schwarzwaldklinik“, „Die Fallers“ und „Schwarzwaldhaus 1902“ sind Belege für die ungebrochene Vitalität und das wirtschaftliche Potential des Drehorts Schwarzwald, den das „Mädle aus dem schwarzen Wald“ zum Medienereignis werden ließ und den es als „Idealkulisse“ wohl endgültig in der Kino- und Fernsehlandschaft etabliert hatte.

Anschrift der Autorin:
Brigitte Heck M. A.
Referat Volkskunde
Badisches Landesmuseum Karlsruhe
Schloss
76131 Karlsruhe

Thomas Schnabel

Das Kriegsende in Freiburg

Besetzung und Befreiung

Das Ende des 2. Weltkrieges begann in Freiburg am 27. November 1944. Innerhalb von 23 Minuten zerstörten 351 britische Bomber in der sogenannten „Operation Tigerfish“ weite Teile der Innenstadt. Etwa 2800 Menschen wurden getötet, über 9500 Menschen wurden verletzt.[1]

Reichspropagandaminister Joseph Goebbels notierte am 8. Dezember 1944 in sein Tagebuch: „Die Verhältnisse in Freiburg und Heilbronn sind nach den letzten Luftangriffen außerordentlich schlimm … Die Berichte, die darüber vorliegen, sind geradezu schauderhaft. Man kann sie nur bewegten Herzens lesen. Der Luftkrieg bereitet uns eine Kette von Schmerzen, Sorgen und seelischen und körperlichen Peinigungen. Man kann verstehen, daß die betroffene Bevölkerung manchmal in eine tiefe Resignation verfällt.“[2]

Wenige Tage später schrieb er in sein Tagebuch, warum ihm die Zerstörung Freiburgs so sehr zu Herzen ging, „denn Freiburg ist eine von jenen Städten, die mir besonders nahestanden und mit der mich sehr viele liebe Erinnerungen aus meiner studentischen Jugendzeit verbinden.“

Goebbels wies aber gleichzeitig auf ein besonderes Problem der Stadt, auch noch 14 Tage nach dem Angriff, hin: „Freiburg ist die einzige vom feindlichen Luftterror schwer heimgesuchte Stadt, in der sich die Verhältnisse in keiner Weise konsolidieren wollen. Die Stadt ist allerdings auch furchtbar zerstört und bietet … einen grauenhaften Anblick. Aber immerhin müßte es (Gauleiter, T. S.) Wagner und seinen Instanzen bis jetzt gelungen sein, wenigstens wieder ein primitives bürgerliches Leben in Gang zu bringen, was leider nicht der Fall ist.“[3]

Diese Einschätzung bestätigte der Freiburger Oberbürgermeister Kerber gegenüber seinen Ratsherren auf deren ersten Zusammenkunft nach dem Angriff Ende Januar 1945. Darin beklagte er sich über die dürftige Unterstützung der Stadt durch staatliche Stellen nach dem Angriff, vor allem aber über die mangelnde Unterstützung der Anträge zum Bau von Bunkern vor dem Angriff. „Die Leute kommen und fragen warum wir keine Bunker bauen. Darauf kann man nichts sagen. Dabei ist dies die selbstverständlichste Frage der Bevölkerung überhaupt … Ich kann aber nicht vor die Bevölkerung hintreten und ihr sagen, daß alle Anträge abgelehnt worden sind. Das verstößt gegen die Staatsraison.“[4]

Am 21. April 1945 marschierten die Franzosen weitgehend kampflos in Freiburg ein. Damit endete der 2. Weltkrieg für die Stadt, wenn auch noch nicht für alle Freiburgerinnen und Freiburger. Einige kamen noch in den Kämpfen bis zur Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 um. Andere saßen noch jahrelang in alliierter, vor allem russischer und französischer Kriegsgefangenschaft bis sie zurückkehrten, soweit sie nicht in den Lagern starben.

Der Schwerpunkt meiner Ausführungen liegt im folgenden auf den Monaten zwischen dem 27. November 1944 und dem 21. April 1945 in Freiburg, als sich das 3. Reich in der Stadt auflöste. Daran schließt sich eine kurze Einschätzung des Kriegsendes mit einem Ausblick auf dessen sich ändernde Wahrnehmung in den letzten 60 Jahren an.

Der Angriff vom 27. November 1944 auf Freiburg war auch deshalb für viele so ein Schock, weil man sich aus den verschiedensten Gründen in Sicherheit wiegte. Es gab keine kriegswichtige Industrie in der Stadt, vor dem Krieg hatten viele Briten ihren Urlaub in Freiburg und im Schwarzwald verbracht, aber auch die Hoffnung, daß die inzwischen

regimekritische Haltung des Freiburger Erzbischofs Gröber vor einem Angriff schütze, scheint es gegeben zu haben.

Der Theologieprofessor Joseph Sauer schrieb am 28. November 1944 in sein Tagebuch: „In mir brach fühlbar etwas zusammen, die zuversichtliche Hoffnung, daß Freiburg verschont bleibe … es ist schwer zu einer ruhigen Überlegung zu kommen, daß gestern Abend unser liebes Alt-Freiburg seinen Untergang gefunden hat.“[5]

Die nationalsozialistische Führung, die nicht nur den Krieg begonnen hatte, sondern auch, entgegen der großmäuligen Ankündigungen von Hermann Göring, dem Chef der deutschen Luftwaffe, unfähig war, die Zivilbevölkerung vor Luftangriffen zu schützen, versuchte die Zerstörung propagandistisch für ihre Zwecke zu nutzen.

So überschrieb Karl Goebel, der Hauptschriftleiter des nationalsozialistischen Alemannen, der einzigen in Freiburg noch erscheinenden Zeitung, am 30. November seinen Kommentar mit „Wir wissen nunmehr Bescheid!“ Er fuhr dann fort: „Die Terrornacht von Freiburg hat nunmehr auch den letzten Gutgläubigen darüber belehrt, daß unsere Feinde nur die eine Absicht haben: die Vernichtung Deutschlands und die Ausrottung des Deutschen Volkes. Ob sie dieses Kriegsziel mit ihren Bomben und ihrem Phosphor erreichen oder durch ihren erhofften Sieg über die deutsche Wehrmacht, ist ihnen im Prinzip gleichgültig.“[6]

Mit diesen Parolen versuchten die Nationalsozialisten in den nächsten Monaten auch in Freiburg den Widerstandswillen aufrecht zu erhalten. Allerdings scheint der Erfolg eher bescheiden gewesen zu sein. Dazu trug sicherlich auch die Haltung zahlreicher Parteifunktionäre bei. So gab es nach dem Angriff das Gerücht, die führenden Vertreter von Partei und Stadtverwaltung hätten von dem bevorstehenden Angriff auf die Stadt gewußt und deshalb Freiburg rechtzeitig verlassen. Obwohl dieses Gerücht nicht stimmte, wie ausgiebige Untersuchungen nach Kriegsende ergeben hatten, belegt allein seine Existenz, wie Partei- und Stadtführung damals schon eingeschätzt wurden. Harter Kern des Gerüchts war wohl, daß führende Nationalsozialisten nach dem Angriff immer wieder abends aus der Stadt verschwanden.

Trotz der schweren Zerstörungen in der Stadt nahm die Verwaltung bereits am Tag nach dem abendlichen Angriff die Arbeit wieder auf, so z. B. das besonders wichtige Ernährungs- und Wirtschaftsamt. Seine vordringlichste Aufgabe war es, „die total- oder schwergeschädigten Einwohner, denen die Lebensmittelkarten bei dem Angriff vernichtet wurden, wieder mit den zur Lebensmittelbeschaffung erforderlichen Bedarfsnachweisen zu versehen.“[7]

In den ersten fünf Tagen nach dem Angriff wurden die Geschädigten markenfrei durch die NSV, die nationalsozialistische Volkswohlfahrt, oder in Gaststätten verpflegt. In dieser Zeit wurden fast 30 000 Gutscheine für Frühstück und knapp 70 000 Gutscheine für Mittag- und Nachtessen ausgegeben. Relativ schnell gelang es dem Ernährungsamt auch, die beim Angriff zerstörte Kartei wieder zu erstellen, die zur Verteilung der Lebensmittelmarken notwendig war.

Anhand dieser Kartei konnte die Behörde auch das Ausmaß der Abwanderung aus der Stadt nach dem Angriff feststellen. In der letzten Zuteilungsperiode vor dem Angriff wurden knapp über 100 000 Karten ausgegeben. In der ersten nach dem Angriff waren es noch knapp 64 000. Die Einwohnerzahl Freiburgs war also durch Tod und Abwanderung um mehr als ein Drittel zurückgegangen. Allerdings fiel die Behandlung der aus Freiburg Geflüchteten, vor allem im Hochschwarzwald nicht immer besonders freundlich aus, so daß einige wieder in die Stadt zurückkehrten.

Die Lebensmittelversorgung der Stadt funktionierte relativ schnell wieder, zumal Oberbürgermeister Kerber Anfang Dezember 1944 verbot, an Wehrmacht und Arbeitsdienst noch Lebensmittel abzugeben. Die meisten Großhandlungen der Stadt hatten sicherheitshalber ohnehin nur einen Monatsbedarf an Waren in der Stadt gelagert. In der näheren und weiteren Umgebung Freiburgs waren Ausweichlager eingerichtet worden, die man sofort zur Versorgung der Stadt heranziehen konnte.

Insgesamt scheint die Lebensmittelversorgung bis unmittelbar vor dem Einmarsch

der Franzosen relativ reibungslos funktioniert zu haben. Allerdings war schon in den Jahren zuvor das Nahrungsmittelangebot etwas eingeschränkt gewesen. So sank der Fleischverbrauch je Kopf der Bevölkerung in Freiburg von 1938/39 bis 1943/44 um über zwei Drittel.

Gehungert haben in Deutschland bis zum Einmarsch der Alliierten nur KZ-Häftlinge und ein vermutlich kleinerer Teil der Zwangsarbeiter. Die einheimische Bevölkerung konnte aufgrund der Ausbeutung der durch deutsche Truppen besetzten Gebiete Europas ausreichend versorgt werden. Das „Trauma von 1918“ als sich die hungernde deutsche Bevölkerung nach dem Eingeständnis der Militärs, den Krieg nicht mehr gewinnen zu können, weigerte, weiter zu kämpfen, bestimmte maßgeblich die Politik der Nationalsozialisten bis kurz vor Kriegsende.

Götz Aly hat in seinem vieldiskutierten, kürzlich erschienen Buch über „Hitlers Volksstaat“ auf diese Seite der deutschen Kriegspolitik und ihre verheerenden Konsequenzen für die betroffene Bevölkerung vor allem im Osten hingewiesen. „Unter ausdrücklichem Verweis auf die Hungerrevolten im Deutschland des Jahres 1918 und die Unmöglichkeit die deutschen Rationen zu senken, gab Göring am 16. September 1941 die Order aus: ‚Grundsätzlich sollen in den besetzten Gebieten nur diejenigen in der entsprechenden Ernährung gesichert werden, die für uns arbeiten.‘ Im Interesse des Lebensmittelnachschubs für Deutschland befahl Göring ‚rücksichtslose Sparmaßnahmen‘“.[8]

Die Wehrmacht ernährte sich vollständig aus den besetzten Gebieten. Darüber hinaus entnahmen die Deutschen von 1941 bis 1943 allein aus der Sowjetunion noch fast eine Million Tonnen Getreide, über 600 000 Tonnen Speiseöle und Fette, mehr als 60 000 Tonnen Fleisch und über 15 000 Tonnen Kartoffeln für die Versorgung in Deutschland.[9]

Dazu kamen in einem kaum zu überschätzenden Umfang noch die Feldpostpakete, die von den Soldaten aus den besetzten Gebieten nach Hause geschickt wurden und dort nicht nur die Lebensmittel-, sondern auch die Textilversorgung verbesserten, von Luxusgütern wie Parfüm oder Cognac ganz zu schweigen.

Vor allem im Osten waren diese immensen Lebensmittelentnahmen nur möglich, wenn man die Zahl der einheimischen Esser reduzierte. Neben der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung gehörte dazu vor allem das Verhungern der russischen Kriegsgefangenen. Besonders in den ersten Monaten nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 fielen der Wehrmacht bei ihrem schnellen Vormarsch Millionen russische Soldaten in die Hände. Im gesamten Kriegsverlauf waren es 5,7 Millionen Männer. Von diesen kamen etwa 3,3 Millionen in deutschen Lagern ums Leben, wobei man die meisten schlicht verhungern ließ.

Während also knapp 60% der sowjetischen Kriegsgefangenen während des 2. Weltkrieges in deutschem Gewahrsam umgekommen sind, hatte die Sterblichkeitsrate unter den ca. 1,5 Millionen russischen Kriegsgefangenen des 1. Weltkrieges etwas über 5% betragen und dies in einer Zeit, als die deutsche Bevölkerung hungerte, nicht zuletzt wegen der alliierten Seeblockade.[10]

Gegen Ende des Krieges fielen diese Ausbeutungsmöglichkeiten immer mehr weg – mit den entsprechenden Konsequenzen in Deutschland und auch in Freiburg. Anfang Februar 1945 erklärte Oberbürgermeister Kerber auf einer Dienstbesprechung, daß die Ernährung zwar noch gesichert sei, in Zukunft aber wohl erheblich angespannter werde, vor allem aufgrund der Gebietsverluste im Osten. Außerdem wirke sich die Frontnähe auf die Versorgungslage aus. Man solle deshalb der Bevölkerung bei der nächsten Lebensmittelkartenausgabe einen Zettel beilegen, wonach „die sicherste Grundlage für die Gemüseversorgung der Selbstanbau des Gemüses im eigenen Garten“ sei.[11]

Diese im 1. Weltkrieg und den ersten Jahren danach durchaus erfolgreiche Methode, die Ernährungssituation zu verbessern, konnte in den letzten Monaten des 2. Weltkrieges nicht mehr wirksam werden, da weitaus mehr Männer im Kriegseinsatz waren und die ständige Bedrohung durch feindliche Flieger viele Menschen davon abhielt, ungeschützt im Freien zu arbeiten.

Im Unterschied zur Lebensmittelversorgung herrschte in vielen anderen Bereichen nach dem Angriff Chaos. Besonders hinderlich

war, wie der Leiter der Freiburger Wirtschaftskammer Ende Januar 1945 dem badischen Wirtschafts- und Finanzministerium berichtete, daß man mit keiner übergeordneten Dienststelle der Verwaltung bzw. der Wirtschaftsorganisation Kontakt aufnehmen konnte. „Freiburg sah sich gänzlich auf sich selbst gestellt. Hilfe von auswärts erfolgt in bemerkenswertem Umfang nicht. Von Nachbarhilfe war kaum etwas festzustellen. Hinzu kam, daß die Disziplin allerorts durch das Unerwartete des Angriffs mehr als gelockert war. Beispielsweise ist hierauf zu einem wesentlichen Teil die Kalamität auf dem Gebiete des Transportwesens zurückzuführen. Der Fahrbereitschaftsleiter drückte das mit dem Wort ‚Tohuwabohu' aus. Die Fahrer fuhren mit ihrem Ausweis nicht nur die befohlenen Fahrten, sondern kehrten einfach erst nach längerer Zeit zurück, nachdem sie Schwarzfahrten – wie man hört gegen Schnaps und gutes Geld – durchgeführt hatten."

Probleme gab es aber auch bei der Trümmerbeseitigung oder der Baustoffbeschaffung sowie bei den Arbeitskräften. Die physischen und psychischen Belastungen führten dazu, daß immer weniger Menschen dazu bewogen werden konnten, in Freiburg zu arbeiten. Die Möglichkeiten, Druck auszuüben waren äußerst begrenzt, vor allem wenn sich neue Arbeitgeber in weniger bombengefährdeten Gebieten fanden. Motivation und Mobilisierung der Menschen, die zu den Kennzeichen des Dritten Reiches gehört hatten, gelangen immer weniger. Fast schon resignierend erklärte der Freiburger Oberbürgermeister Ende Januar 1945 gegenüber seinen Dienstvorständen, daß sie nicht damit rechnen könnten, „daß die Masse der Bevölkerung für unsere Schwierigkeiten Verständnis aufbringt. Irgendwie erzieherisch auf die Leute einzuwirken, ist nicht möglich."[12]

Aufgrund des großen Personal- und Materialmangels blieben alle Räumungsarbeiten in Freiburg wie auch in den anderen zerstörten südwestdeutschen Mittelstädten Stückwerk. Noch 1946 grub man in einzelnen Gebäuden nach Toten des Luftangriffs. Auch die Straßenbahn konnte erst ab März 1946 die Innenstadt wieder in allen vier Richtungen durchqueren.

Einer Sisyphusarbeit glichen die Bemühungen des Elektrizitäts-, Wasser- und Gaswerks, die Versorgung nach dem Angriff wieder in Gang zu bringen bzw. aufrechtzuerhalten. Typisch dafür war die Dienstbesprechung beim Oberbürgermeister am 18. Dezember 1944. Einen Tag zuvor hatte es wieder einen kleineren Luftangriff auf Freiburg gegeben bei dem der städtische Alarmplan versagt hatte. Kommunalverwaltung und Polizei schoben sich dafür gegenseitig die Schuld in die Schuhe.

Auf dieser Sitzung berichtete der Vertreter des Elektrizitätswerkes, daß man mit der Herstellung des Leitungsnetzes gerade fertig gewesen wäre, nun aber wieder neue Kabel getroffen worden seien, deren Instandsetzung Wochen dauere. Der Vertreter des Gas- und Wasserwerkes schloß sich diesen Ausführungen an, hoffte allerdings, daß das Wasser an Weihnachten wieder überall laufe und auch die Gaszufuhr wieder hergestellt sei.

Zu diesem Zeitpunkt machte sich auch bei Oberbürgermeister Kerber zumindest intern Resignation breit. Er hoffte zwar noch auf eine baldige Wendung, befürchtete gleichzeitig jedoch einen abermaligen Großangriff auf Freiburg. Außerdem trat er Gerüchten entgegen, er habe gesagt, man werde die Stadt Freiburg aufgeben. „Sie wird wieder aufgebaut", stellte er fest, schränkte jedoch gleichzeitig ein: „Ob wir es erleben, ist eine andere Frage."

Diesen internen Zweifeln stand die offizielle Propaganda gegenüber. So zitierte der Alemanne am 2. Januar 1945 mit großen Lettern aus der Hitler-Ansprache zum Jahresbeginn: „Deutscher Geist und Wille werden den Sieg erringen!" Auf Seite zwei folgte dann Reichspropagandaminister Goebbels mit den Worten: „1944 – ein Triumph unserer Zähigkeit!" Aus der Rundfunkansprache Goebbels wurden aber noch weitere Sätze abgedruckt, die uns heute auf völlig andere Weise berühren, als wohl die Menschen vor 60 Jahren: „Wenn später einmal die Geschichte dieses Krieges geschrieben wird, dann werden die Historiker nicht an der Feststellung vorbeikommen, daß sich in diesen atemberaubenden Stunden der deutschen und europäischen Entwicklung die große Rettung daraus ergab, daß ein Führer ein Volk und ein Volk einen Führer fand, die einander würdig waren."[13]

Neben diesen martialischen Parolen, die große Teile der Zeitung füllten, spiegeln sich aber auch noch Teile des Freiburger Alltags in der Zeitung wider. So konnte die Erlaubnis für Verkaufsgeschäfte und Friseurbetriebe, am Montag- und Mittwochnachmittag zu schließen „unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr aufrecht erhalten werden." Außerdem konnte man lesen, daß der Mengenertrag der Weinernte 1944 in Baden gut ausgefallen sei. Allerdings lagen die Mostgewichte unter den Vorjahren. „Trotz allem aber wird nun der Winzer sein möglichstes tun bzw. hat es getan, um den Jahrgang 1944 zu einem freundlichen Wein auszubauen."[14]

Im Januar 1945 war es den städtischen Behörden immer noch nicht gelungen, alle städtischen Dienstleistungen wieder in Gang zu bringen. So gab es immer noch keine Müllabfuhr, da Müllwagen fehlten. Außerdem mangelte es einerseits an Brennstoff, da keine Kohlezüge mehr nach Freiburg kamen, während andererseits Unmengen von Holz im Freiburger Stadtwald schlecht zu werden drohten, weil sowohl Lastwagen für den Abtransport fehlten, als auch die besten Waldarbeiter zum Volkssturm und zu Schanzarbeiten weggeholt worden waren.

Freiburg war die einzige alte Universitätsstadt im Südwesten, die durch einen Luftangriff schwer zerstört wurde. Während in Heidelberg und Tübingen der Vorlesungsbetrieb mit den üblichen kriegsbedingten Einschränkungen bis zum Kriegsende weiterlief, war ein geordneter Betrieb in Freiburg nicht mehr aufrecht zu erhalten. Vor allem die Naturwissenschaften und die Medizin waren besonders hart betroffen. Dagegen blieben an der Philosophischen sowie an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät die Seminarbibliotheken erhalten. Damit war hier, bei einer Zuweisung geeigneter Räume, ebenso eine Fortsetzung von Lehre und Forschung möglich wie bei den Theologen.

Nach Ansicht des Rektors waren der wertvollste verbliebene Besitz der Universität ihre Bibliotheken, da auch die Universitätsbibliothek rechtzeitig ihre Bestände ausgelagert habe. Bei einem Wiederaufbau stünden deshalb die Fächer im Vordergrund, deren Arbeit vor allem auf Büchern beruhe, während die experimentellen Fächer ungleich größere Schwierigkeiten hätten.[15]

Die Universität plante, zumindest Teile des Vorlesungsbetriebes im Sommersemester 1945 aus Freiburg an verschiedene Standorte u. a. in Erlangen und im Donautal zu verlagern. Allerdings trat Rektor Süss den Befürchtungen des Oberbürgermeisters entgegen, daß die Universität komplett verlagert werde. Die Kriegsereignisse überholten aber alle diese Planungen. Am 28. Februar 1945 ordnete der badische Gauleiter Wagner die Einstellung des Vorlesungsbetriebes an der Universität Freiburg an. Zu diesem Zeitpunkt waren jedoch die Bahn-, Post- und Telefonverbindungen so schlecht, daß der Rektor dies erst drei Wochen später durch ein Schreiben des Kultusministeriums erfuhr. Die Abhaltung von Prüfungen sowie die Fürsorge für die Weiterbildung von Kriegsversehrten, „soweit sich im Einzelfall die Professoren von sich aus dazu veranlaßt und in der Lage fühlen", sollten jedoch weiterhin möglich sein.[16]

Das Ansehen der NSDAP und ihrer Funktionäre war schon nach dem Angriff vom 27. November 1944 sehr schlecht. Die bevorzugte Behandlung, die führende Vertreter von Partei und NS-Presse für sich bei der Wohnraumbewirtschaftung in Anspruch nahmen, verschärfte die Lage noch. So stießen die Behörden bei der Wohnungserfassung in der Oberwiehre auf einen weit verbreiteten Widerstand. Es wurde immer wieder erklärt: „Bevor sie in meine Wohnung Obdachlose einweisen, beschlagnahmen sie zunächst die Wohnung des Ortsgruppenleiters, die Wohnung des Hauptschriftleiters Pg. Dr. G. … und die Wohnung des Pg. S."

Der Oberbürgermeister sah nur zwei Lösungsmöglichkeiten: Entweder die drei Parteigenossen bzw. deren Familien, die bezeichnenderweise allesamt nicht mehr in Freiburg waren, benutzten die Wohnungen für alle sichtbar wie früher, oder aber erklärten sich bereit, jemand in der Wohnung aufzunehmen. Kerber erreichte jedoch kaum etwas.

Hauptschriftleiter Goebel trat entschieden der Ansicht entgegen, er und die beiden übrigen Mitarbeiter des „Alemannen" in der Oberwiehre seien die einzigen prominenten

Parteigenossen in Freiburg, die sich weigerten, Ausgebombte aufzunehmen. „Es ist mir aber bekannt, daß es durchaus noch prominentere Parteigenossen gibt, die, soweit ich unterrichtet bin, bislang wenigstens keinerlei Anstalten trafen, ihre Wohnungen zur Verfügung zu stellen."

Von dem von den Nationalsozialisten immer wieder beschworenen Motto „Gemeinnutz vor Eigennutz" war hier nichts mehr zu spüren. Vielmehr versuchten führende Vertreter der Partei, kriegsbedingte Unannehmlichkeiten für sich zu vermeiden, indem sie entweder auf ihre bedeutende Stellung hinwiesen oder andere Parteigenossen beschuldigten, noch weniger für die Allgemeinheit zu tun.

Diese Handlungsweisen blieben der Freiburger Bevölkerung nicht verborgen und erzeugten naturgemäß böses Blut. Davon berichtete Mitte Februar 1945 auch ein Angestellter der städtischen Wohnungsvermittlungsstelle für Obdachlose. Allgemein vermehre sich der Unwille, daß man sich einschränken müsse, während große Leute in großen Wohnungen ungestört blieben. Außerdem würden sich, so hieße es, Oberbürgermeister Kerber und Kreisleiter Fritsch jede Nacht im Schauinslandgebiet in Sicherheit bringen, während die Bevölkerung hier ruhig sterben könne.

Bei einer Hausbesichtigung erhob sogar ein Parteigenosse schwere Anschuldigungen gegenüber dem städtischen Angestellten: „In dem Arbeiterviertel habe ich den Mut, täglich die armen Leute zu belästigen, in die Wohnungen der Bonzen getraue ich mich nicht. Wenn ich noch einmal in die Hinterkirchstraße käme, dann hielte man mich zum Fenster hinaus und ließe mich fallen. Ich erklärte, ich ließe mir (das, T. S.) von ihm (der mit der ganzen Sache nichts zu tun habe) nicht gefallen und würde Meldung machen. ‚Machen Sie diese nur, es wird schon der Tag kommen, an dem wir auch mit diesen Herren reden werden.' Selbst auf der Straße noch wurde ich von Leuten belästigt und Redensarten geäußert, die ungefähr dieselben waren."[17]

Diese Auseinandersetzung spiegelt einerseits etwas von der psychischen Anspannung der Menschen in dieser Zeit wider, andererseits aber auch den Vertrauensschwund zumindest in die örtliche Führung. Zwar stellte der Oberbürgermeister beim Landgericht noch einen Strafantrag und bat einen Monat später sogar noch um eine beschleunigte Abwickelung des Verfahrens. Dazu kam es aber bis zum Einmarsch der Franzosen nicht mehr. Selbst die Justiz, die auch in Freiburg seit dem Kriegsausbruch 1939 vor allem aber durch die Einrichtung eines Sondergerichtes 1941 nationalsozialistische Unrechtsprechung in großem Stil ausgeübt hatte, konnte oder wollte in diesen letzten Kriegswochen solche Verfahren nicht mehr zügig bearbeiten.

Vielleicht hatte der Betreffende aber auch nur Glück, daß sein Fall nicht vor dem Sondergericht landete. Denn am 28. März 1945 verhandelte das Sondergericht gegen einen nicht vorbestraften 68-jährigen Freiburger Sozialrentner wegen „Plünderns". Dieser hatte auf Wunsch eines Professors in einem wegen der Brandhitze noch kaum betretbaren Luftschutzkeller eine Blechkassette mit einer wertvollen Briefmarkensammlung geborgen. Dabei entdeckte er noch andere Gegenstände, u. a. drei Flaschen Wein, im Keller, die er später stahl. Dabei wurde er verhaftet. Das Sondergericht urteilte in diesem Fall: „Der Angeklagte … hat Kleider, Wäsche und andere Gegenstände aus dem Keller eines bombengeschädigten Hauses entwendet. Er wird wegen Plünderns zum Tode verurteilt."

Der Zusammenbruch des Dritten Reiches verhinderte seine Hinrichtung. Die Amerikaner befreiten ihn am 21. April 1945 in Ludwigsburg. Bereits ein halbes Jahr später, am 22. 11. 1945 wurde er auf Anordnung der Freiburger Staatsanwaltschaft wieder verhaftet. Am 19. September 1946, der Inhaftierte war inzwischen fast 70 Jahre alt, wandelte das Badische Justizministerium die „wegen Plünderung verhängte Todesstrafe gnadenweise in eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren" um, die er bis auf vier Wochen abbüßte. Am 16. Januar 1947, beinahe zwei Jahre nach dem Todesurteil kam er endgültig frei.[18]

Dies war noch nicht einmal das letzte Todesurteil des Sondergerichts. Am 21. April 1945 wurde in der Ausweichstelle Radolfzell wohl aufgrund einer Denunziation die Frau eines Ortsgruppenleiters zum Tode verurteilt,

die ein Kopfkissen, einen rotkarierten Bettbezug, einen schwarzen Halbrock, ein neues Leintuch und sämtliche Knöpfe einer SA-Uniform aus einer Sammlung für sich behalten hatte. Dabei beriefen sich die Richter auf eine Verordnung Hitlers vom 10. Januar 1945 „zum Schutz der Sammlung von Kleidung und Ausrüstungsgegenständen für die Wehrmacht und den Deutschen Volkssturm". Die Verordnung sah nur die Todesstrafe vor, die aber infolge der Kriegsereignisse nicht mehr vollstreckt werden konnte. Über die Weiterführung des Verfahrens nach Kriegsende ist nichts bekannt.[19]

Mitte März glaubten nur noch wenige an einen deutschen Sieg. Oberbürgermeister Kerber meinte in einer Dienstbesprechung am 16. März, daß der totale Kriegseinsatz in Freiburg schon längst zum Teufel sei. In einem Bericht an das Reichspropagandaministerium vom März 1945 wurde von einem Umsichgreifen der Vertrauenskrise zur Führung auch in Baden gesprochen.

Ein besonderes Problem war offensichtlich, daß die Bevölkerung mit dem Einmarsch der Amerikaner rechnete, von den Franzosen war nirgendwo die Rede. Während sich die deutschen Truppen im Osten dem Vormarsch der sowjetischen Armeen vehement entgegenstellten, auch um der eigenen Bevölkerung die Flucht in den Westen zu ermöglichen, fürchtete sich die Bevölkerung im Südwesten vor den Amerikanern nicht. Sie drängte vielmehr die eigenen Truppen, möglichst kampflos abzuziehen.

Der badische Gauleiter Robert Wagner versuchte noch Anfang April dagegen anzugehen. „Sind die Amerikaner besser als die Bolschewisten? Das anzunehmen, wäre ein verhängnisvoller Selbstbetrug. Wer die Amerikaner sind, das beweisen sie durch ihre Luftangriffe auf Frauen und Kinder. Sie morden bewußt die wehrlose Zivilbevölkerung, um dadurch, wie sie vorgeben, den Widerstandswillen unseres Volkes zu brechen, in Wirklichkeit, um unser Volk zu vernichten! … Im freien Deutschland morden sie durch Bomben, in den besetzten Gebieten durch Hunger. Zudem täusche sich niemand: Die Amerikaner sind nur die Schrittmacher des Bolschewismus. Wo sie auf- oder abtreten, reißt der Bolschewismus die Macht an sich. Darum Haß und Kampf dem Amerikanismus wie dem Bolschewismus!"[20]

Die Mehrzahl der Menschen in Freiburg glaubten diesen Parolen nicht mehr. Von Verteidigungswillen war kaum noch etwas zu spüren. So wurde das Holz aus dem Freiburger Stadtwald, das ab Mitte Dezember 1944 zum Panzersperrenbau zur Verfügung gestellt worden war, meist für andere Zwecke verwendet. In Littenweiler waren nicht einmal 10% des gelieferten Holzes für den eigentlichen Zweck verwendet worden. Da dies kein Einzelfall war, sollte die NSDAP-Kreisleitung eine entsprechende Strafandrohung erlassen. Gegen den Verantwortlichen in Littenweiler erstattete Kerber beim Sondergericht Anzeige, die aber wohl nicht mehr verfolgt wurde.

Ende März 1945 versuchte der Oberbürgermeister mit einer seit Jahren nicht mehr durchgeführten öffentlichen Ratsherrensitzung die Menschen in der Stadt zu erreichen. Er plante sogar das Gremium mit Leuten aus der Bürgerschaft, also nicht nur mit NSDAP-Mitgliedern zu erweitern. Oberstes Anliegen war ihm dabei, „eine Plattform zu finden, um an die Bevölkerung heranzukommen". Dazu war es jedoch viel zu spät. Fast jeder versuchte nur noch seine eigene Haut zu retten.

Anfang April begann das staatliche Leben in Baden in Agonie zu verfallen. Städte und Kreise versuchten nur noch, die eigene Versorgung zu sichern. Am 6. April beklagte sich Wagner beim badischen Innenminister über die schleppende Unterstützung der Truppe durch Landräte und Kreisbauernführer. Er erwarte von den Landräten, „daß die dringenden Forderungen der Feldtruppe, der es häufig am Notwendigsten fehlt, in kürzester Frist erfüllt werden."[21]. Im Nahrungsmittelbereich versuchten die einzelnen Landkreise, nur noch die Eigenversorgung zu sichern. Es war deshalb nahezu unmöglich, an ausgelagerte Vorräte in benachbarten Kreisen heranzukommen.

Der schnelle Vormarsch der Franzosen verhinderte auch die Durchführung des Hitler-Befehles, die 14 bis 17-jährigen Jungen, also die Hitler-Jugend bei „Feindeinbruch" in die sogenannten rückwärtigen Gebiete zu führen.

Am 15. April mußte die Straßenbahn ihren Betrieb wegen Strommangel einstellen. Einen

Tag später konnte man im Alemannen unter der Überschrift „Hat weiterkämpfen noch Sinn?“ immer noch Durchhalteparolen lesen. „Wir sind überzeugt, daß unsere Führung nicht eine Stunde den Kampf länger fortsetzen würde, wenn sie nicht die Gewißheit besäße, daß wir die Katastrophe doch noch zu einem glücklichen Ende umwandeln können“. Sachliche Argumente gab es für diesen Glauben aber nicht mehr. Denn kämpfen müßte man auch dann, „wenn wir nur von einem Zufall oder Wunder noch die Wende erwarten könnten, denn nichts ist so gewiß, als daß wir dem Tod geweiht sind, wenn wir verlieren.“[22]

Am selben Tag wurden aber auch noch zwei neue Spitzenfilme in Freiburger Kinos besprochen. In den Harmonie-Lichtspielen lief der Veit-Harlan-Film Opfergang, bei dem es aber nicht um den Krieg, sondern um einen Mann zwischen zwei Frauen ging. „Als beglückendes Erlebnis“, so der Rezensent, „begleitet die Besucher den ganzen Film hindurch der sonnenfroh farbige Rahmen der Landschaft um Elbe und Alster.“ In den Casino-Lichtspielen war der italienische Film Rigoletto nach der Fabel zu Verdis Oper zu sehen.[23]

Gleichzeitig begann man mit den Vorbereitungen für den Aufbau einer Notverwaltung im Falle einer französischen Besetzung. Nach einem Erlaß des badischen Innenministers vom 20. März mußte die Versorgung der Bevölkerung im sogenannten feindbesetzten Gebiet auf folgenden Gebieten unbedingt aufrecht erhalten bleiben: Ernährung, Versorgung mit den unentbehrlichsten Bedarfsgegenständen, Aufrechterhaltung der Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser, Elektrizität, Schlachthof), Befriedigung des dringendsten Wohnungsbedarfes, Gesundheitsfürsorge, Familienunterhalt, Öffentliche Fürsorge und Zahlungsverkehr.

Als Leiter der Gemeindeverwaltung bestimmten Oberbürgermeister und Kreisleiter den städtischen Oberrechtsrat Max Keller. Dieser wurde zwar darüber informiert, erfuhr aber nicht, wer seine Mitarbeiter würden und auch die formelle Ernennung unterblieb. Immerhin zeigt dieser Vorgang, daß zumindest einige badische Nationalsozialisten über den eigenen Zusammenbruch hinausdachten und Hitlers Politik der verbrannten Erde nicht mittrugen. In einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft ist eine Stunde Null nicht möglich. Öffentliche Dienstleistungen müssen zumindest rudimentär funktionieren, um katastrophale Verhältnisse mit unzähligen Toten zu vermeiden. Die städtischen Behörden in Freiburg arbeiteten deshalb, wenn auch eingeschränkt, nur kurze Zeit während der Besetzung nicht. Zum Gemeindeleiter hatte man in Freiburg einen alten Beamten, der nicht der NSDAP angehörte, ausersehen.

Kurz vor Kriegsende begann der Volkssturm einige hundert Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nach Süden zu evakuieren. Abmarsch war vermutlich am 18. April, Ankunft in Basel zwei Tage später. Insgesamt überschritten zwischen dem 21. und 25. April 1945 mehr als 5000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter die Schweizer Grenze, die seit dem 19. April zwischen Lörrach und Konstanz nur noch an fünf Stellen geöffnet war.[24]

Allerdings wurden nicht alle Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Freiburg evakuiert. So berichtete etwa der Leiter des städtischen Rieselgutes auf dem Mundenhof am 1. August 1945, noch völlig in der Sprache des Dritten Reiches, daß etwa zwei Drittel der Fremdarbeiter nach der Besetzung ihre Arbeit wieder aufgenommen hätten. „Die Leistungen gingen jedoch gegen früher stark zurück. Zu Unruhen oder Ausschreitungen oder auch herausforderndem Auftreten gegenüber der Betriebsführung kam es in keinem einzigen Fall.“[25]

Einer richtigen Verteidigung der Stadt gab es nicht. Der Freiburger Kampfkommandant Generalmajor Bader erkannte, verstärkt noch durch die dringenden Appelle von Philomene Steiger, die Sinnlosigkeit aller diesbezüglichen Maßnahmen und zog, ohne großen Widerstand zu leisten ab. Auch Teile des Freiburger Volkssturms, der am 19. April im Friedrichsgymnasium kaserniert worden war, lösten sich bereits am 20. April abends in Littenweiler weitgehend wieder auf, ohne in größere Kämpfe verwickelt worden zu sein. Nur einige Unentwegte setzten sich wie befohlen in Richtung Bodensee ab. In Singen ging ihnen jedoch das Benzin aus.

Trotzdem kam es beim Einmarsch der Franzosen noch zu vereinzelten Schuß-

wechseln und einigen sinnlosen Brückensprengungen im Norden der Stadt, während die für die Versorgung der Stadt lebenswichtigen Dreisambrücken unzerstört blieben. Vor allem in Zähringen versuchten einige Soldaten und Volkssturmmänner, die Franzosen aufzuhalten, ohne daß es dafür einen offiziellen Befehl gab.

Nachmittags sprengten sie die Eisenbahnbrücken über die Poch- und Reutebachgasse, ohne die Bevölkerung zu warnen oder das Gebiet abzusperren. Viele Menschen versuchten aber zu diesem Zeitpunkt, vor den anrückenden Franzosen in den Wald zu flüchten und mußten dabei unter den beiden Brücken hindurch. Zwei wurden hierbei von der Sprengung überrascht und getötet, einige weitere verletzt.

Militärisch erwies sich die Sprengung als sinnlos, da die Panzer auf der Straße heranrollten, und die Eisenbahn von den Franzosen nicht benötigt wurde. Auch die Sprengung der Brücke über die Ravennaschlucht und die Zerstörung hunderter von weiteren Brücken in Südwestdeutschland durch die zurückweichenden deutschen Truppen hielten den alliierten Vormarsch nirgendwo ernsthaft auf, erschwerte aber den Wiederaufbau nach 1945 nachhaltig.

In den meisten anderen Freiburger Stadtteilen verlief der Einmarsch der Franzosen ohne große Zwischenfälle. Um 22 Uhr am 21. April 1945 war ganz Freiburg ohne formelle Übergabe besetzt.

In einem Littenweiler Kriegstagebuch aus dieser Zeit wird von einem allgemeinen Gefühl der Erleichterung, daß das Schlimmste vorbei sei, gesprochen. „Der Ort steht noch und mit der Besatzung wird man auch fertig werden."

Die damalige Stimmung der meisten Freiburger beschrieb der Zähringer Pfarrer Nörber in einem Bericht aus dieser Zeit. „Wer unmittelbar nach der Besetzung durch die Stadt ging, sah überall frohe Gesichter, alles atmete erleichtert auf. Oft wurde mir zugerufen: Gott sei Dank! Der Krieg ist für Zähringen vorbei und die verbrecherische Naziherrschaft beendigt."

Allerdings scheinen erst die ständigen Luftangriffe und der Vormarsch der Alliierten, welche die eigene Heimat gefährdeten, zu einem Vertrauensschwund gegenüber der NS-Herrschaft geführt zu haben. Ein nordbadischer Pfarrer faßte dies im Mai 1945 in einem Bericht an das Freiburger Ordinariat, das nach der Situation bei Kriegsende gefragt hatte, in die Worte: „Die Leute wollten einer verlorenen Sache nicht ihre Heimat opfern". So berichtete Nörber auch davon, daß mit dem Einmarsch niemand mehr für die Partei gewesen sein wollte. Die Parteigenossen „erklärten überall, daß sie nur gezwungen und äußerlich mitgemacht hätten".[26]

Diese „Treulosigkeit" gegenüber dem untergegangenen Regime bewegte zahlreiche Beobachter der deutschen Situation 1945, wie den australischen Kriegsberichterstatter Osmar White: „Es widerte mich an, wenn ich hörte, wie Menschen, die einst aus Hitler einen Gott und aus seinen Worten eine Religion gemacht hatten, ihn nun verleugneten. Wäre Hitler auch der Teufel persönlich gewesen, ein solches Verhalten wäre immer noch abstoßend. Treue – auch Treue zu einem durch und durch schlechten Regime – kann Respekt abnötigen, aber die deutsche Bevölkerung legte nicht eine Spur von Treue an den Tag, sobald ihre Armeen geschlagen waren und die Nazis nicht mehr das Sagen hatten."[27]

Weitgehend unstrittig ist, daß die meisten Freiburger froh waren, daß der Krieg vorüber war und sie überlebt hatten. Zu Ende war der Krieg aber nur für die Daheimgebliebenen. Für Tausende von Freiburger Soldaten begann nun die Kriegsgefangenschaft, die für die Letzten erst 1955 mit dem Besuch Adenauers in Moskau endete.

Befreit fühlten sich zunächst nur die Opfer und Gegner des Nationalsozialismus. Dazu zählten in erster Linie die KZ-Insassen, die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sowie die wenigen Widerstandskämpfer und die Menschen, die sich vor dem nationalsozialistischen Rassenwahn im Untergrund versteckt hatten. So bewahrte das Kriegsende die Mitglieder der reichsweit einzigen universitären Widerstandsgruppe, nämlich des Freiburger Kreises, die Professoren Constantin von Dietze, Adolf Lampe und Gerhard Ritter vor einem Verfahren vor dem Volksgerichtshof. Alle drei wurden von den Sowjets in Berlin befreit.

Am 3. Mai 1945 beendeten die Sowjets die mehr als zweijährige KZ-Haft von Gertrud Luckner in Ravensbrück. Ihr „Verbrechen" bestand darin, daß sie in Absprache mit Erzbischof Gröber systematisch verfolgten Juden geholfen hatte.[28] Für viele andere kam das Kriegsende zu spät, wie z. B. für den früheren SPD-Reichstagsabgeordneten Stefan Meier, der bereits am 19. September 1944 im Konzentrationslager Mauthausen umgekommen war.[29]

Aber auch für viele einfache Menschen kam das Kriegsende zu spät. Schon 1943 war klar, daß Deutschland den Krieg nicht mehr gewinnen konnte. Trotzdem kämpfte das Regime bis zum bitteren Ende weiter. Allein in der Zeit ab dem 1. Januar 1944 starb nahezu jeder zweite südbadische Soldat, der im 2. Weltkrieg umkam, und 98% aller zivilen Opfer waren in diesen 16 Monaten zu beklagen.[30]

Erlauben Sie mir hier eine vielleicht ketzerisch klingende Frage. Die Dolchstoßlegende, d. h. die Lüge von Nationalisten und Militärs, die deutsche Armee sei im 1. Weltkrieg im Felde unbesiegt gewesen und die Niederlage die Konsequenz eines Dolchstoßes der demokratischen Parteien aus der Heimat, belastete die erste deutsche Demokratie schwer und trug maßgeblich zu ihrem Untergang bei. War also diese bedingungslose Kapitulation, die angesichts der zerlumpten, unzureichend ausgestatteten, in Auflösung befindlichen deutschen Truppen und der weit überlegenen alliierten Truppen für jedermann offensichtlich war, nicht die notwendige Voraussetzung, daß nach 1945 nicht eine neue Dolchstoßlegende entstand? War diese bedingungslose Kapitulation, dieser totale Zusammenbruch von 1945 nicht die Voraussetzung für den Erfolg der Bundesrepublik nach 1949?

Doch zunächst wurde die Erleichterung über das Kriegsende sehr schnell von neuen Sorgen überlagert. Zwar gab es keine Luftangriffe mehr und auch die Bedrohung durch die Gestapo war beseitigt. Dafür gab es Plünderungen, Requisitionen und Vergewaltigungen. Dabei waren an den Plünderungen von Lebensmittellagern, z. B. am Güterbahnhof, auch Einheimische beteiligt. Neben der Angst vor Überfällen durch ehemalige Zwangsarbeiter und französische Soldaten bedrückten die Menschen vor allem die Wohnungsnot und der Nahrungsmangel.

Bereits vor Kriegsende hatte sich die Lage auf beiden Gebieten in Freiburg dramatisch zugespitzt. Die Versorgung der Bevölkerung erfolgte zuletzt fast ausschließlich aus Lagervorräten, die nach dem Einmarsch häufig ebenso geplündert worden waren wie Lebensmittelläden. Dazu kam, daß die französische Armee sich aus dem besetzten Land versorgte, ebenso wie dies zuvor die deutsche Wehrmacht getan hatte. Die Deutschen mußten sich nun dem allgemeinen europäischen Hungerniveau anpassen. Sie verbanden dies aber weniger mit dem Krieg, in dem die Versorgung ja funktioniert hatte als mit der Besetzung.

Auch die Wohnungssituation hatte sich nach der Besetzung erheblich verschlechtert, da die Franzosen zahlreiche Häuser und Wohnungen für ihre Zwecke beschlagnahmten und gleichzeitig viele Freiburger, die vor den Bombenangriffen geflohen waren, wieder in die Stadt zurückkehrten. Wie kritisch die Situation war, schilderte ein Pfarrer am 1. August 1945 dem Erzbischöflichen Ordinariat. „Die durch den scharfen Gegensatz zwischen Ausgebombten und noch Häuserbesitzenden geschaffene Lage ist sehr gespannt. Von einer zusammenharmonisierenden Gemeinschaft ist noch nichts zu merken. Im Gegenteil: der Gegensatz und die Unzufriedenheit wird sich noch steigern, vor allem … infolge langsamer oder überhaupt nicht gebotener Heimbeschaffung und Mangel an Lebensmitteln."[31]

Diese Erwartung trog nicht. Die Gegensätze und die Unzufriedenheit nahmen in den nächsten Jahren noch zu, zumal auf lange Zeit hinaus für viele Deutsche keine Perspektive erkennbar und die französische Besatzungspolitik zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht besonders streng war. Erst mit der Währungsreform und dem Auftrag der Westalliierten eine Verfassung zu erarbeiten im Sommer 1948 und der Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 machte sich Hoffnung breit.

Trotzdem fiel noch im Juni 1950 eine Befragung durch das noch junge Institut für Demoskopie in Allensbach zu den Erfahrungen 1945 bei der Besetzung eindeutig aus. Schlechte Erfahrungen hatten 37% der Befrag-

ten bei den britischen Truppen gemacht, 49% bei den amerikanischen Truppen, aber bereits 65% bei den französischen und 95% bei den russischen Truppen. Gerade 1 bzw. 7% hatten angenehme Erfahrungen mit den russischen bzw. französischen Truppen aber immerhin 15 und 16% bei den amerikanischen und britischen Truppen.[32] Erst langsam wurden aus den westlichen Besatzungstruppen zunächst Verbündete und schließlich Freunde. Nach der Wiedervereinigung 1989 gelang dies auch mit den Russen und ansatzweise mit den östlichen Nachbarn.

Die Wandlung der Wahrnehmung des 8. Mai 1945 hat sehr viel mit dem Aussterben der Funktionseliten des Dritten Reiches und dem wirtschaftlichen und politischen Erfolg der Bundesrepublik zu tun. Sie spiegelt sich auch in der zunehmenden Intensität der Erinnerung, die wir in den letzten Jahrzehnten feststellen. In den ersten Jahren nach 1945 spielte die Erinnerung an das Geschehen nur eine sehr untergeordnete Rolle. Peter Süß hat dies in seinem Buch „1945 – Befreiung und Zusammenbruch“ sehr eindringlich geschildert. „Wie sollten jene ‚Befreiung‘ empfinden, die in Trümmern lebten, die Familienangehörige verloren hatten, die nicht wußten, wie es weitergehen sollte?“ Daran änderte sich auch in den folgenden Jahrzehnten nichts Grundlegendes. „Erst mit der Gedenkrede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985“, so fährt Süß fort, „vermochte sich das Gefühl, 1945 von einem menschenverachtenden Regime befreit worden zu sein, in der Bundesrepublik gegen das Trauma der Niederlage und des Zusammenbruchs durchzusetzen.“[33]

Theo Sommer, der frühere Chefredakteur der ZEIT nennt das Jahr 1945 eine verworrene und unselige Zeit „vielfältigen Scheiterns, Leidens und nur zart keimenden Hoffens. Im Rückblick erst zeigt sich, dass das Jahr 1945 auch eine Zeit der Läuterung, der Neuerung und der Grundlegung gewesen ist.“[34]

Inzwischen bringt uns, den Nachgeborenen, eine Flut von Filmen, Fernsehbildern und Erinnerungen das Jahr 1945 „näher“ denn je, wie Norbert Frei dies nennt. Er weist aber auch darauf hin, daß nun eine Epoche zu Ende geht. „Die Zeit des ‚Dritten Reiches‘ entschwindet der Zeitgenossenschaft, der Nationalsozialismus verabschiedet sich aus dem in unserer Gesellschaft präsenten Vorrat persönlicher Geschichtserfahrung.“ Die Hitler-Zeit ist keine erlebte Vergangenheit mehr, sondern Geschichte.[35]

Damit laufen wir aber auch immer mehr Gefahr, daß noch verbliebene Zeitzeugen und die hinterlassenen Photos und Filme unser Bild vom Dritten Reich und seinem Ende prägen. Wie gefährlich und irreführend dies sein kann, zeigen gerade die Sendungen über Deutschland 1945. Damals wie heute, bei Alliierten wie Deutschen, wurde und wird nur gefilmt und photographiert, was auffällt, also Zerstörung, Kämpfe, Trümmer. Nur davon gibt es Filme und Bilder. So entsteht der Eindruck, daß Deutschland 1945 vollständig verwüstet war.

Nun sollen die umfangreichen Schäden vor allem in den großen Städten nicht bestritten werden, aber in Baden und Württemberg waren 85% der Wohnungen bei Kriegsende unbeschädigt. Selbst in Freiburg lag der Zerstörungsgrad bei ca. 28%, d. h. 72% der Wohnungen waren nicht betroffen. Geprägt sind wir aber von den Bildern der Ruinen in der Innenstadt. Im gesamten Altkreis Hochschwarzwald wurden 90 Wohnungen, im Landkreis Säckingen 58 und im Landkreis Waldshut sogar nur 56 Wohnungen zerschossen, also zwischen 0,5 und 1,2% des Bestandes.[36]

Vielleicht waren ja auch die Zerstörungen in den Menschen sehr viel nachhaltiger und folgenreicher und sehr viel langsamer zu beseitigen als die zerstören Häuser, Industrieanlagen und Brücken. Im November 1945 schrieb der Heidelberger Philosoph Karl Jaspers: „Wir haben fast alles verloren: Staat, Wirtschaft, die gesicherten Bedingungen unseres physischen Daseins, und schlimmer noch als das: die gültigen uns alle verbindenden Normen, die moralische Würde, das einigende Selbstbewußtsein als Volk.“[37]

Staat, Wirtschaft und die gesicherten Bedingungen unseres physischen Daseins waren in den fünfziger und sechziger Jahren wieder hergestellt und zwar besser als vor 1939. Die alle verbindenden Normen, die moralische Würde und das einigende Selbst-

bewußtsein als Volk suchen wir in Teilen heute noch und werden dies, als Folge von 1945, auch noch in absehbarer Zeit tun.

Die Besetzung durch die Alliierten 1945 war die notwendige Voraussetzung für eine Befreiung, die uns heute, bei allen Problemen, ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand ermöglicht.

Anmerkungen

1 Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau; Band 3: Von der badischen Herrschaft bis zur Gegenwart; hrsg. im Auftrag der Stadt Freiburg i. Br. von Heiko Haumann und Hans Schadek, Stuttgart 1992, S. 360/1.
2 Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. von Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 14: Oktober bis Dezember 1944, bearbeitet von Jana Richter und Hermann Graml, München 1996, S. 377.
3 Ebd., S. 399.
4 Jörg Friedrich, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945, München 2002, S. 308.
5 Stadtarchiv Freiburg (StadtAF) C4 VI/8/5. Vgl. zum Folgenden allgemein Thomas Schnabel/Gerd R. Ueberschär, Endlich Frieden! Das Kriegsende in Freiburg 1945, Freiburg 1985, S. 41–77.
6 Der Alemanne, Folge 314 v. 30. 11. 1944, S. 1.
7 StadtAF B 1/328.
8 Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2005, S. 201.
9 Ebd., S. 203.
10 Thomas Schnabel, Kriegsgefangene, Heimkehrer und Wiedereingliederung in Südwestdeutschland; in: Flucht, Vertreibung, Gefangenschaft und Wiedereingliederung 1945–1955, Konstanz 1999, S. 65/66.
11 StadtAF C4 VI/21/2.
12 Ebd.
13 Der Alemanne, Folge 1 v. 2. 1. 1945, S. 1+2.
14 Ebd., S. 3.
15 Vgl. dazu Thomas Schnabel, Die Universität Freiburg im Krieg, in: Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus, hrsg. von Eckhard John, Bernd Martin, Marc Mück und Hugo Ott, Freiburg 1991, S. 239.
16 Universitätsarchiv Freiburg IV/2/52.
17 StadtAF C4 VI/15/2.
18 Michael P. Hensle, Die Todesurteile des Sondergerichts Freiburg 1940–1945. Eine Untersuchung unter dem Gesichtspunkt von Verfolgung und Widerstand, München 1996, S. 137–9.
19 Ebd. S. 139–42.
20 Der Alemanne Folge 80 v. 4. 4. 1945, S. 1.
21 Staatsarchiv Freiburg LRA Freiburg Zug. 1972/10 III D, Nr. 20.
22 Der Alemanne Folge 90 v. 16. 4. 1945, S. 1.
23 Ebd., S. 2.
24 Bernd Sitzmüller mit Beiträgen von Ulrich P. Ecker, „… Aber das Leben war unvorstellbar schwer“. Die Geschichte der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Freiburg während des Zweiten Weltkrieges, Freiburg 2004, S. 148.
25 Stadt AF B 1/328.
26 Ebd.
27 Osmar White, Die Strasse des Siegers. Eine Reportage aus Deutschland 1945, München 2005, S. 80.
28 Vgl. dazu „Betrifft: Nachrichtenzentrale des Erzbischofs Gröber in Freiburg“. Die Ermittlungsakten der Geheimen Staatspolizei gegen Gertrud Luckner 1942–1944, bearbeitet und erläutert von Hans-Josef Wollasch, Konstanz 1999.
29 Vgl. dazu Thomas Schnabel, Stefan Meier, in: Von einem der sich nicht einschüchtern ließ. Gedenken an Stefan Meier 1889–1944. Dokumentation anläßlich des 100. Geburtstages am 6. 11. 1989, Freiburg 1990, S. 9–36.
30 Statistisches Handbuch Baden-Württemberg 1. Ausgabe 1955, hrsg. vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Karlsruhe 1955, S. 78.
31 Erzbischöfliches Archiv Freiburg, Ordinariat Gen. – 35/101.
32 Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, hrsg. von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, Zweite durchgesehene Auflage, Allensbach 1956, S. 146.
33 1945. Befreiung und Zusammenbruch. Erinnerungen aus sechs Jahrzehnten, hrsg. von Peter Süß, München 2005, S. 8.
34 Theo Sommer, 1945. Die Biographie eines Jahres, Hamburg 2005, S. 12/3.
35 Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen, München 2005, S. 7/8.
36 Kriegsschäden in Baden-Württemberg 1939–1945, bearbeitet von Heinz Bardua, Historischer Atlas von Baden-Württemberg, hrsg. von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Stuttgart 1975, Karte VII, 11.
37 Die Wandlung 1/1945/46, S. 3.

Anschrift des Autors:
Dr. Thomas Schnabel
Haus der Geschichte Baden-Württemberg
Urbansplatz 2
70182 Stuttgart

Detlev Lorentz

Das „Untere Wasserwerk“ beim Schwetzinger Schlossgarten

Der Brunnenmeister bittet um Gehaltserhöhung

In vielen Familien liegen sie herum – in alten Kartons oder Mappen, die vergilbten Briefe, Urkunden, Akten und ähnliches, und immanent ist stets der Wunsch vorhanden, einmal im Ruhestand, danach bei passender Gelegenheit diese auszuwerten und dem Nachwuchs etwa in Form einer Familienchronik o. ä. an die Hand zu geben. Oft bedarf es dazu eines äußeren Anlasses.

Der stellte sich nun beim Verfasser dieser Zeilen ein: das staatliche Hochbauamt Mannheim hatte im Jahr 2004 am „Tag des Offenen Denkmals“ das sog. „Untere Wasserwerk“ beim Schwetzinger Schlossgarten zur Besichtigung „freigegeben“. Aus Erzählungen der schon 1955 verstorbenen Großmutter wussten die Enkel, dass die Vorfahren in diesem Gebäude gelebt hatten und auch von daher war das Interesse an der geführten Besichtigung groß. Entsprechend war dann auch die Überraschung, als man beim Abstieg in den Keller des ca. 250 Jahre alten Gebäudes an der Decke eine Art Frescomalerei in Form eines alten badischen Wappens mit dem Namen des schon 1922 verstorbenen Großonkels Heinrich Lorentz vorfand (Bild 1). Der spätere königlich-bayerische Baurat hat sich mit diesem „Gemälde“ wohl während seiner Kindheit um 1870 in der Wohnung seiner Großeltern mütterlicherseits im wahrsten Sinne „verewigt“.

Jetzt sollten endlich die alten Dokumente einmal gesichtet werden, und dabei kam einiges Interessante aus den Tagen der alten Brunnenmeisterdynastie Pfrang zutage. Zum Glück hatte der Brunnenmeister Johann Anton Pfrang die Vorsicht, Briefe, die er an seine Vorgesetzten schrieb, vorher als Konzept – damals sagte man „Promemoria“ – zu verfassen und diese aufzubewahren. Sonst wären logischerweise diese Briefe beim Absender nicht mehr vorhanden. Sie wurden von Generation zu Generation weitergegeben und können nun erstmals einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Sie erlauben den Lesern der „Badischen Heimat“ einen weiteren Blick in das Alltagsleben jener Epoche zu werfen, als die „Kurpfalz“ als selbständiges Territorium noch 6 Jahre bestand, der alte Kurfürst Carl-Theodor in München noch 3 Jahre zu leben hatte und ihn wohl andere

Bild 1: Malerei im Kellerabgang des „Unteren Wasserwerks“

Sorgen plagten als die Zustände im kurfürstlichen Hofgarten zu Schwetzingen. Es ist eine sehr bewegte Epoche, die Koalitionskriege wüten in der Kurpfalz, fremdes Kriegsvolk, mal französische Revolutionstruppen, mal Österreicher, mal Reichstruppen machen das einst blühende Land unsicher. 1793 verlegte die kaiserliche Armee unter Erzherzog Karl ihr Hauptquartier ins Schwetzinger Schloss, 1794 hatten die Franzosen unter Custine Mannheim und das südlich davor liegende kurpfälzer Land mit der verwaisten kurfürstlichen Residenz Schwetzingen besetzt. Unweit davon, schon in

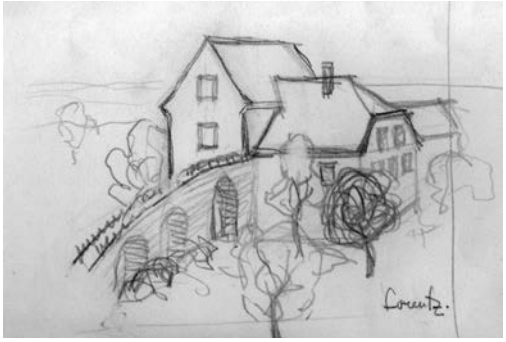


Bild 2: „Unteres Wasserwerk“
Am Schlossgarten Schwetzingen (Bleistiftzeichnung von Karl-Heinz Lorentz ca. 1925)

Bild 3: „Unteres Wasserwerk“
Heutige Ansicht mit den Bögen der „Römischen Wasserleitung“

Hockenheim lagerten Reichstruppen, die wiederum 1796 die Franzosen zurückschlugen und 1797 abermals ihr Hauptquartier im Schloss einrichteten.

Von den wiedergegebenen 2 Briefen des Brunnenmeisters Johann Pfrang ist der erste merkwürdigerweise an Carl-Theodor direkt gerichtet. Erst der zweite ging „an eine hochlöbliche Bau- und Gartendirektion“. Ihr Inhalt berührt uns merkwürdig modern: im Kern die Bitte um Auszahlung einer versprochenen Gehaltserhöhung von 100 Gulden, die nach dem Tod des vorgesetzten Thomas Breyer (Brunnenmeister am „oberen Wasserwerk“) dessen Witwe und nicht ihm, dem Nachfolger ausbezahlt worden waren. Wie es scheint, geschah dieses auf Betreiben seines Schwagers Johannes Breyer, der auf diese Weise seine Mutter versorgt wissen wollte. Auch geben die Briefe interessante Hinweise auf die hygienischen Zustände der Epoche. Zum besseren Verständnis für Nichtschwetzinger muss noch vorausgeschickt werden: das „Untere Wasserwerk“ (Bild 2 und 3) war 1762 von Gartenbaudirektor Pigage aus bestimmtem Grund am Leimbach, nahe der „Römischen Wasserleitung“ angelegt worden.

Zwar entstand als erstes der beiden Schwetzinger Wasserwerke das „Obere Wasserwerk“ am Leimbach (heutiges Finanzamt) 1762 durch. Pigage. Bei diesem ersten System wurde noch das Leimbachwasser selbst mit einem Schöpfrad auf die wenig imposante Höhe von 25 Fuß (ca. 9 m) gehoben und dann über sog. „Deicheln“ (hohle Baumstämme) zu den Fontänen geleitet. Die Mängel dieses Verfahrens zeigten sich bald: das Leimbachwasser war – wie oft auch heute noch – trüb und verstopfte die Deicheln. Außerdem verbreitete es besonders im Sommer einen schlimmen Geruch. Laut Gartendirektor Zeyher „wurde beschlossen, eine ungleich kostbarere aber weit zweckmäßigere und größere Wasserleitung anzulegen. Der Brunnenmeister Thomas Breyer, mit seinem Sohn Johannes und (seinem Schwiegersohn) Johann Pfrang waren die Männer, welchen man dieses Werk übertrug“.[1]

Nach dem Verfasser vorliegenden, bisher nicht veröffentlichten Briefen von Bernhard Pfrang, dem Sohn des Johann Pfrang, war es aber so, dass die drei Brunnenmeister selbst „die erfindung gemacht und eine Zeichnung gefärtigt haben, das der kurfürstliche Lustgarten hinlänglich mit reinem Quellwasser versehen“ … wurde. Als Nebenprodukt des Quellenstudiums sind also die Aufzeichnungen des Gartendirektors Zeyher zu korrigieren: die drei Männer der Praxis wurden demnach beauftragt, Ihre eigenen Pläne ins Werk zu setzen. Nach deren „Erfindung“ wurden daraufhin zwei „Türme“ errichtet: zuerst das „Untere Wasserwerk“, in welchem das neue System erprobt wurde. Nachdem sich die enorme Verbesserung dort gezeigt hatte, erbaute man dann den zweiten höheren Turm am „Oberen Wasserwerk“ und praktizierte dann auch in diesem das neue System. Das war dann ja auch sehr sinnvoll, denn mit dem Arionbrunnen im repräsentativen Eingangsbereich des Gartens war die höchste Fontäne des Parks mit frischem Quellwasser zu ver-

Bild 4: Zahnrad-Übersetzung des Hebewerks im „Unteren Wasserwerk“

sorgen. Die Wassertechnik wird natürlich heute durch eine elektrische Pumpe betrieben, aber nach Auskunft der Mitarbeiter des Hochbauamtes könnte die alte Pumpe auch noch heute sofort wieder in Aktion treten (Bild 4), und sofern eines schönen Tages die Mittel wieder vorhanden wären, könnte die alte Technik zumindest für Vorführzwecke sofort wieder hergerichtet werden.

Eine weitere technische Raffinesse hatten sich die drei Brunnenmeister ausgedacht: Angeschlossen an das unterschlächtige große hölzerne Zahnrad ist auf der anderen Seite der Radnabe ein Hammerwerk installiert, welches in 4 Töpfen dort hineingeschüttete Knochen zu Knochenmehl verarbeitet. Damals fand dieses als Dünger im Schlossgarten, aber auch als Rohstoff für die Leimproduktion lebhaften Absatz.

Die hygienischen Begleitumstände dieser Knochenmühle (Bild 5) sind im Brief angesprochen.

Sie hinterließen auch ihre Spuren: 1794 wurde Schwetzingen von einer Seuchenwelle heimgesucht. Fleckfieber, Pocken und Ruhr sorgen dafür, dass in den reformierten, lutherischen und katholischen Kirchenbüchern von auffallend vielen Todesfällen bei Einheimischen und Flüchtlingen berichtet wird.[2] Die Zustände in und um die Knochenmühle werden daran wohl ein gerüttelt Maß Schuld tragen.

„Durchlauchtigster Kurfürst,
Gnädigster Herr!

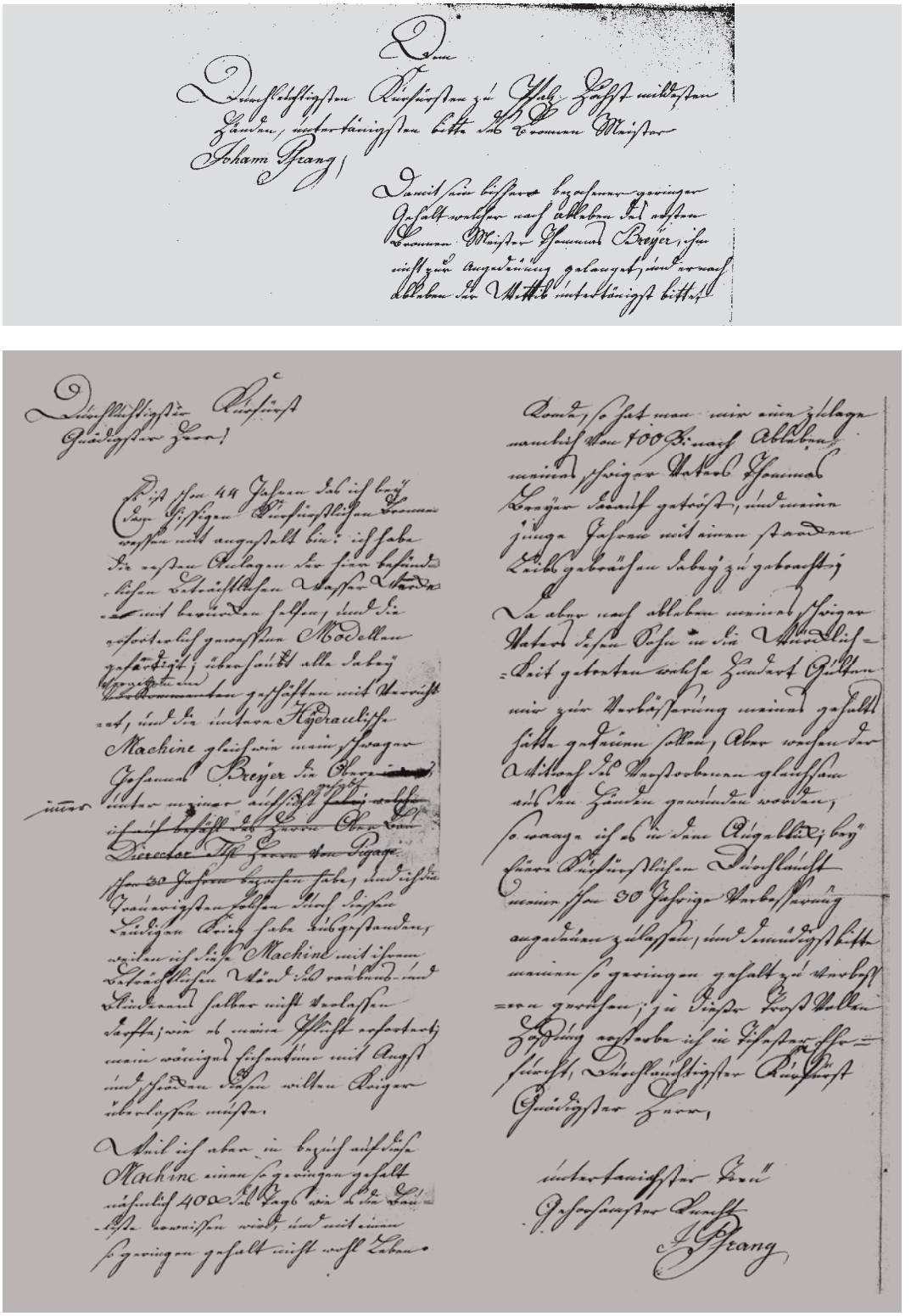
Es ist schon 44 Jahr[3], dass ich bei dem hiesigen Brunnenwesen mit angestelt bin: ich habe die ersten Anlagen der hier befindlichen beträchtlichen Wasserwerke mit bewirken

Bild 5: Die 4 Töpfe der „Knochenmühle“

helfen, und die erforderlich gewesten Modellen gefertigt; überhaupt alle vorgenommenen Geschäfte mit verrichtet, und die untere hydraulische Machine gleichwie mein Schwager Johannes Breyer die Obere immer unter meiner Aufsicht gehabt (…), und ich die traurigsten Folgen durch diesen leidigen Krieg habe ausgestanden weilen ich diese Machine mit ihrem beträchtlichen Wärd des Raubens und Plünderns halber nicht verlassen durfte; wie es meine Pflicht erfortert, mein wäniges Eigentum mit Angst und Schröcker, diesen wilten Krieger überlassen musste.

Weil ich aber in bezug auf diese Machine einen so geringen Gehalt, nämlich 40 (?) des Tags wie es die Bauliste erweisen wird, und mit einem so geringen gehalt nicht wohl Leben Konde, so hat man mir eine Zulage namlich von 100 (?wohl Gulden) nach Ableben meines Schwiegervaters Thomas Breyer darauf getröst und meine junge Jahren mit einem starken Leibsgebrächen dabey zu gebracht.

Da aber nach ableben meines Schwiegervaters desen Sohn in die Würcklichkeit getre-



Dem
Durchlauchtigsten Churfürsten zu Pfalz Hochst mildesten Handen, untertänigsten bitte des Brunnen Meister Johann Pfrang,

Daß sein bisheriger beschwerlicher geringer Gehalt welcher nach ablaben des ersten Brunnen Meister Johannes Beyer, ihm nicht zur Augenweide gelangt, und er nach ablaben der Mittel untertänigst bittet

Durchlauchtigster Churfürst
Gnädigster Herr,

Es sind nun 44 Jahren daß ich bey Ihrer Churfürstlichen Brunnen wesen mit angestellt bin; ich habe die ersten Anlagen der hier befindlichen Churfürstlichen Wasser Kunst und besonders selbige, und die respectiv grossen Modellen gefertigt; überhaupt alle dabey vorgefallene und ~~vorkommenden~~ geschäfte mit Vorsicht etc, und die andere Hydraulische Machine gleich wie meine Schwager Johannes Beyer die Ober- ~~[illegible]~~ unter meiner aufsicht ~~[illegible]~~ ~~welche ich auch bisher als Ober- und Director Stelle Herrn von Pigage~~ schon 30 Jahren besorgen habe, und ich die Beschwerlichsten Arbeiten bey diesen Anlagen stets habe übergestanden, weilen ich diese Machine mit ihrem Churfürstlichen Wort als rechnung und Stuckwerk selber nicht verlassen darfte; wie es meine Pflicht erfordert, meine wenige Gesundheit mit Angst und Sorgen diesen Herrn willen Diener überlassen müsten.

Weil ich aber in bezug auf diese Machine einen so geringen gehalt nämlich 400 fl. Jahr wie es die Stadt Cannisen wirdt und mit einem so geringen gehalt nicht wohl Leben.

Kann, so hat man mir eine zulage nemlich von 100 fl. nach ablaben meines Schwager Vatter Johannes Beyer darauf getröst, und meine junge Jahre mit einem starcken Leib gebrauchen dabey zu gebracht;

Da aber nach ablaben meines Schwager Vatter dessen Sohn in die Wirklichkeit getretten welche Zwanzig Gulden mir zur Verbesserung meines gehalts hätte gethuen sollen, Aber wegen der Mittel des Versprechens glaubsam nicht den Handen gewunden worden, so wage ich es in dem Augenblick; bey Ihrer Churfürstlichen Durchlaucht meiner schon 30 Jahrige Verbesserung angedeuten zu lassen, und demüthigst bitte meinen so geringen gehalt zu verbessern zu geruhen; in dieser Grosse Hoffnung Zuversicht verbleibe ich in Ehrfurcht, Durchlauchtigster Churfürst
Gnädigster Herr,

untertänigster Treu
Gehorsamster Knecht
J. Pfrang

Bild 5: 1. Brief des Brunnenmeisters Pfrang (wohl 1796, in Originalschreibweise)

An eine Hochlöbl. Ober
Bau und Garten Direction
die Zulage meines Sohnes
Leonard Pfrang betreffend.

Promemoria.

Es ist einer Hochlöbl. Ober Bau
und Garten Direction bewußt, daß
seit dem letzigen Krieg, von
A. D. Kriegs Regie und Bau an der
untern Hydraulischen Maschine:
da ich zu besorgen habe, indem ich
auch Sohne: gelegenen Schlaf-
Hause, zum Nachtheil Ihro Dienen
sowohl als zum aufsehen, und aufsicht
wie das Maschinen Haus
immer haben — An diesen Gebäuden liegen
auch Hoch an Feuchten die viele Herrenne
das 26 Schlafhäuser, mit ihrem
Vorhaus und darbeiten vorzüglich in
den Heißen Sommertagen ist man so
außerordentlichen Hitze ausge-
wöhnlich ist, in diesen Hauen, und
beständig nach Reinen Luft,
zu Leben, oder die Gesundheit aufzugeben,
und das Leben selbst in Gefahr zu setzen.
Ein dreijähriger Sohn hatte es leider
hier nicht die traurige Folge daß ich mit
meiner Frau und Kinder zu gleich
so gefährlich krank wurde, daß man
Ihro wieder Hoffnung wenig Hoff-
nung mehr gab, und Ihro Hochgeachte
Herr Hell, wegen meiner
langwierigen Gefährlichen Krankheit,
und dem darauf erfolgten Unvermögen, die
Maschine durch die Handarbeiter
mußte bewachen und gegen den
Raub bewachen lassen.

Und weil ich die Maschine
mit ihrem beschwerlichen Dienst
Tag und Stunden selber, mit
Hülfe Bau Knechte

Da mich nun diese Krankheit, die ich
meiner Dienstleistung meiner Pflicht
zu zog, so vielen Geld kostete, daß ich
diese beyjährigen außerordentliche Für-
sorgen Zeit und bey meinem gering-
en Gehalt nicht aufzubringen im
stand bin, so habe ich bei einer Hochlöbl.
Ober Bau und Garten — Direction
Ehrerbietigst anflehen sollen, damit meinem
Leibes Sohn Leonard Pfrang, der
auch Kranken war, und sich wie es
der Direction genau bewußt ist: in den
Hydraulischen Wissenschaften, im
Zeichnen ꝛc. die erforderliche Kenntnis
nisse erworben, und in meinen
jetzigen Kränklichen umständen die
wesentlichen Geschäfte beim Brunen
und Maschinen wesen, verrichten muß,
sein gegenwärtiger Taglohn, a: 30 xr
bis auf 40 xr, möchte erhöht, nehmlich daß
Ihm die geringe Zulage, a: 10 xr
des Tags wolle gestattet werden.
Diese kleine Zulage würde dem
meinem bekräftigten Bezug Rosten,
nach und nach Tilgen helfen, und
ich würde sie als eine Besondere Gnade
da man einem Kranken gebräuchlichen
Kurs erweisen, dankbarlichst erkennen,
mein Sohn aber wird durch seinen
Fleiß und Thätigkeit, diese Unterstütz-
ung einem Hochlöbl. Ober Bau wieder
einzubringen sich bestrebenlich, und
Ihm unterlas Ersterben.

Arario

Schwetzingen am 26ten März 1796. Pfrang

Bild 6: 2. Brief des Brunnenmeisters Pfrang

ten welche Hundert Gulten mir zur Verbässerung meines gehatts hätte gedeien sollen aber wegen der Witwe des Verstorbenen gleichsam aus den Händen gewunden worden, so waage ich es in dem Augenblick bey Eurer Kurfürstlichen Durchlaucht meine schon 30 Jährige Verbesserung angedeien zu lassen, und demütigst bitte meinen so geringen gehalt zu verbessern geruhen: in dieser trostvollen Hoffnung ersterbe ich in tiefster Ehrfurcht,

Durchlauchtigster Kurfürst, Gnädigster Herr,
untertänigster Treu Gehorsamster Knecht
J. Pfrang"

„An eine hochlöbliche Bau- und Garten Direktion

Die Zulage meines Sohnes Bernard Pfrang betreffend

Es ist einer Hochlöblichen Ober Bau und Garten Direktion bewusst, dass seit dem leidigen Krieg, die K: K: (?) Fleisch-Regie und das an der unteren Hydraulischen Machine l:die ich zu besorgen habe und in der ich auch wohne :1 gelegenen Schlachthauße, zum Schlachten ihrer Ochsen sowohl als zum aussaien und aus … (unleserlich) des Fleisches benutzen und (unleserlich) – An diesen Gebäuden liegen auf großen Haufen die viele Gedärm dieses Schlachtviehs, mit ihrem Blut verwesen und verbreiten l:vorzüglich in den heißen Sommertagen :1 einen so außerordentlichen Gestank, dass es ohnmöglich ist, in dieser faulen und beständig nach Aas stinkenden Luft zu Leben, ohne die Gesundheit aufzuopfern und das Leben selbst in Gefahr zu setzen. Im verwichenen Herbst hatte es leider für mich die traurige Folge, dass ich mit meiner Ehefrau und Kinder zugleich so gefährlich krank wurde, dass man zur wieder Genesung wenig Hoffnung mir gab; und Hofgartner Titl: Herr Sckell, während meiner langwierigen gefährligen Krankheit und unvermögendem Zustande, die Machine durch die Gartenwächter musste bewachen und gegen den Raub bewahren lassen.

Da ich nun diese Krankheit, die ich mir durch die Erfüllung meiner Pflicht – und weil ich die Maschine mit ihrem beträchtlichen Werth des Plündems halber nicht verlassen durfte – zuzog so vieles Gäld kostete, dass ich dieses bey jetzigen, so außerordentlich theuren Zeiten und bei meinem geringen Gehalt, nicht aufzubringen imstande bin, so habe ich bei einer hochlöblichen Ober Bau und Garten Direktion gehorsamst anstehen sollen, damit meinem ältesten Sohn Bernard Pfrang, der auf Reissen war und sich 1: so wie es der Direktion genau bewusst ist :1 in den Hydraulischen Wissenschaften, im Zeichnen (unleserlich) die erforderlichen Kenntnisse erworben und in meinen jetzigen kränklichen Umständen die wesentlichen Geschäfte beim Brunnen und Maschinen wesen, verrichten muß, sein gegenwärtiger Taglohn, (… unleserlich) 30 bis auf 40 (… unleserlich Gulden?), möchte erhöhet, nehmlich dass ihm die geringe Zulage (… unleserlich 10 …) des Tags wolde gestattet werden.

Diese kleine Zulage würde dann meine beträchtliche Arzeneykosten nach und nach Tilgen helfen, und ich würde sie als eine besondere Gnade, die man einem alten gebrächlichen Diener erweiset, dankbarlichst, anerkennen; mein Sohn aber wird durch seinen Fleiß und Tätigkeit diese Unterstützung einem Höchsten AErario wieder einzubringen sich lebenslänglich und ohne Unterlaß Bestreben.

Schwetzingen am 25. März 1796
Pfrang"

Anmerkungen

1 Zeyher (Gartendirector) und Rieger, J. G.: Schwetzingen und seine Gartenanlagen. Mannheim o. Jg. Nachdruck des K. F. Schimperverlages 1997, S. 158.
2 Sperber, Hans: Chronik der Stadt Schwetzingen 766–1822. Schriften des Stadtarchivs der Stadt Schwetzingen, Juni 1984, S. 36.
3 Johann Pfrang trat also unmittelbar nach dem Amtsantritt Carl-Theodors (1742) in dessen Dienste. Vorher war er bei dessen Vorgänger Carl-Philipp in den Heidelberger Schlossgärten beschäftigt.

Anschrift des Autors:
Detlev Lorentz
Marienbader Straße 11
68775 Ketsch

Elmar Vogt

Landvermessung – oder: An der stůr ist fast gar nůtt bezalt[1]

Zur Geschichte des ältesten bekannten Gemarkungsplans der Gemeinde Hausen im Wiesental[2]

Erste Gedanken zu diesem Beitrag

Der älteste bekannte Gemarkungsplan der Gemeinde Hausen im Wiesental (Landkreis Lörrach) aus dem Jahre 1755 wird im Dorf- und Heimatmuseum (Hebelhaus) aufbewahrt. Bei Führungen durch das Museum stellen die Besucher verstärkt auch Fragen zur Herkunft und Geschichte dieser nunmehr 250 Jahre alten Gemarkungskarte.

Angefertigt wurde dieser Gemarkungsplan vom französischen Geometer Fresson, der auch für weitere 17 Gemeinden im damaligen Oberamt Rötteln Gemarkungspläne bearbeitet und angefertigt hat.

Dieser Beitrag möchte auf die Bedeutung der Kartographie für die jeweilige Ortsgeschichte hinweisen und kann vielleicht auch Anreiz sein, für *die* Gemeinden, in denen Fresson ebenfalls tätig war, sich ausführlicher mit diesem Thema zu beschäftigen.

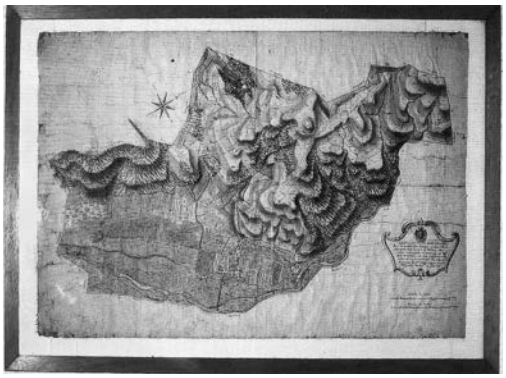


Foto des ältesten bekannten Gemarkungsplans der Gemeinde Hausen im Wiesental Aufnahme: Karl Heinz Vogt

Rechtliche Motive für die Anfertigung von Landkarten

Viele der Landkarten und Pläne, die – handgezeichnet oder gedruckt – zu Zehntausenden allein in deutschen Archiven aufbewahrt werden, verdanken ihre Entstehung einem aktuellen Rechtsstreit. Teilweise befinden sich diese Karten noch in den Gerichtsakten. Oft wurden aber die Karten getrennt aufbewahrt, so dass man heute ihre Entstehung nur noch indirekt erschließen kann.

Auch außerhalb von förmlichen Gerichtsverfahren sind viele Landkarten zur Beilegung von Rechtsstreitigkeiten angefertigt worden. Hier ist vor allem auf die Anfertigung von Grenzkarten zu verweisen, die im Zusammenhang mit Weistümern (Aufzeichnungen des herkömmlichen deutschen Gewohnheitsrechts) über den Verlauf von Grenzen erlassen worden sind. Viele Landkarten sind aus dem Wunsch heraus entstanden, den Bereich der *eigenen Hoheitsrechte* zu dokumentieren. Andere Landkarten wurden angelegt, um eine Grundlage für die Erhebung von Abgaben, z. B. Zehnten oder Steuern, zu schaffen; dies dürfte auch beim ältesten bekannten Gemarkungsplan von Hausen im Wiesental aus dem Jahre 1755 der Fall sein.[3] Mit diesen Renovationskarten, deren Anfänge schon vor dem 18. Jahrhundert liegen, entstanden gerade für die historisch-genetische Kulturlandschaftsforschung wertvolle Kartenwerke, die im Zusammenhang mit den zugehörigen Berainen (Beschreibungen von Gütern, Dienstbarkeiten und Einkünfte einer Grundherrschaft) nicht nur Auskunft über die früheren Besitzverhältnisse, sondern auch über die genaue

Verbreitung der landwirtschaftlichen Nutzflächen und der Hausgrundstücke in früheren Zeiten geben. Im Gegensatz zur Region Basel und zum Sundgau sind um 1700 im Wiesental kaum Ansätze einer detaillierten, genauen geometrischen Vermessung zu erkennen; die vorhandenen Karten beruhen alle auf flüchtigen geographischen Routenaufnahmen.

Landkarten als rechtshistorische Quellen

Die rechtsgeschichtliche Forschung hat längere Zeit die Landkarte nur selten als Quelle gewürdigt. In den rechtshistorischen Lehrbüchern wurde sie nicht einmal der Erwähnung für Wert gehalten. Für die Erforschung der mittelalterlichen und neuzeitlichen Grundherrschaft vermögen Landkarten wertvolle Dienste zu leisten. Auch für die Erkenntnis der wirtschaftsrechtlichen Zusammenhänge einer Grundherrschaft sind Landkarten von großer Bedeutung. Eigentums- und Nutzungsrechte können hier klar erkannt werden.

Neben den Eigentumsrechten und den Abgabepflichten lassen viele Landkarten auch die Rechtsformen der Liegenschaftsnutzung im ländlichen Bereich erkennen: Pacht, Lehen und Leihe als rechtliche Formen der Eigennutzung, Allmenden, Markgenossenschaften und Gemeinheiten als Rechtsformen der Kollektivnutzung auf der anderen Seite.[4] Da Weide- und Jagdrechte mit den Grenzen der Grundherrschaft oft nicht übereinstimmten, war es erforderlich, für diesen Zweck großflächige Karten anzulegen, aus denen die entsprechenden Grenzen genau zu entnehmen waren.

Mit dem Ausbau der Landesverwaltung entstanden an der Wende zur Neuzeit Gebietskarten, die im Auftrage des Landesherrn hergestellt wurden. Solche Karten ergänzen die schriftlichen Ämterbeschreibungen und geben Auskunft *über den Umfang eines Territoriums, über seine Lage zu Nachbargebieten, über die Art der Besiedelung, der wirtschaftlichen Nutzung und über topographische Gegebenheiten.*

Zur Ausbildung der Feldmesser

Die Bezeichnung *„geschworener Feldmesser“,* die zumindest seit Ende des 17. Jahrhunderts aktenmäßig belegt ist, deutet darauf hin, dass nicht jeder ohne weiteres zur Ausführung von Vermessungsarbeiten befugt war. Die Ausbildung der Feldmesser oder „Renovatoren“ in der Markgrafschaft Baden sah dagegen neben einer praktischen Ausbildung bereits auch eine theoretische Schulung vor. Nach dem Besuch des Gymnasiums oder Lyceums (spätere Umbenennung) folgten für die angehenden Feldmesser Gehilfenjahre und anschließend die theoretische Prüfung bei Geometern.

Techniken der Kartenherstellung

Die Geschichte der Kartographie (die Wissenschaft und Technik von der Herstellung von Land- und Seekarten) ist eng mit der Entwicklung der Drucktechnik verbunden, denn erst der Druck ermöglichte höhere Auflagen und damit eine größere Verbreitung und eine schnellere Aktualisierung der Karten. Der Farbdruck bereitete allerdings große Schwierigkeiten, sodass die Mehrzahl der Karten bis in das 19. Jahrhundert mit der Hand koloriert wurde. Vom Wunsch geleitet, detailgetreue Karten zu liefern, experimentierten die Kartographen insbesondere mit verschiedenen Darstellungsformen. Ein Beispiel dafür sind Versuche, in die dritte Dimension zu gehen und Berge und Gebirge in Höhenrelationen abzubilden. Bis in das 19. Jahrhundert wurden Gebirge durch braune Flächen charakterisiert.

Erste Arbeiten in der Vogtei Rötteln

Anlass für eine planmäßige amtliche Landesvermessung und einer kartographischen Aufnahme des Territoriums war in der Markgrafschaft das Verwaltungsinteresse, genauer gesagt: das der Finanzverwaltung. Wie auf manchem anderen Gebiet der staatlichen Organisation und Verwaltung ging auch hier die Initiative von der Markgrafschaft Baden-Durlach aus.

Die Anfänge einer modernen, d. h. auf genauer Vermessung beruhender karto-

graphischen Aufnahme eines größeren Teilgebietes der Markgrafschaft Baden-Durlach setzen verhältnismäßig spät, nämlich fast genau um die Mitte des 18. Jahrhunderts ein. Die vorher erschienenen Karten der Markgrafschaft beruhen nicht auf einer detaillierten Aufnahme und Vermessung des Landes.

Im Jahre 1751 zeigte der Landvogt von Rötteln, v. Wallbrunn, dem Präsidenten des Geheimen Rates an, dass ihm ein Geometer aus dem Elsass empfohlen worden sei, der das Angebot mache, die Bänne der Landvogtei Rötteln Jauchert für Jauchert (altes Flächenmaß)[5] auszumessen, über jeden Bann einen Plan zu machen *und von dem ganzen Oberamt eine Generalkarte zu fertigen.*[6]

Für die Vermessung berechnete er pro Jauchert acht Kreuzer. Es sollte also eine Schatzungs(= Steuer)-Renovation und die Anfertigung einer Generalkarte miteinander verbunden werden. Der Landvogt war gesonnen, auf das Angebot einzugehen. Im Röttelischen begann nun der aus Frankreich stammende Geometer – bisweilen auch als Ingenieur bezeichnete – Fresson mit detaillierten Aufnahmen der Gemarkungen. Jedes Flurstück wurde vermessen und mit einer Nummer in den Gemarkungsplan eingetragen.[7] Im Jahre 1756 sandte Fresson den größten Teil der projektierten Generalkarte im Entwurf ein.

Um schneller zum Ziel zu kommen, sollten die einzelnen Gemarkungen nicht mehr flurstücksweise aufgenommen, sondern nur noch die verschiedenen Kulturarten gegeneinander abgegrenzt und dargestellt werden.

Die stückweise Vermessung gehört – so Fresson – zum Geschäft der gewöhnlichen Geometer. Dadurch könnten die Kosten um die Hälfte gesenkt werden. Für die Vollendung der Karte erhielt Fresson noch 4000 Gulden für erforderlich. Tatsächlich hat er bis dahin gut das Doppelte dieser Summe, nämlich genau 8349 Gulden und 27 Kreuzer erhalten, wie sich aus einer Zusammenstellung an anderer Stelle ergibt. Die Rentkammer, die vom Geheimen Rat um eine Stellungnahme gebeten wurde, vertrat die Auffassung, dass die Fortführung der Arbeit in dem von Fresson vorgeschlagenen Sinne für die Schatzungsrenovation völlig nutzlos sei. Sie sei allenfalls von Interesse, wenn der Markgraf eine Landkarte von der Gegend, d. h. von der Landvogtei Rötteln und der Landgrafschaft Sausenberg, um diesen Preis erhalten wolle. Die Rentkammer hatte damit ihre Meinung unmissverständlich kundgetan; man hoffte, dass der Markgraf keine so große Summe für die Landkarte eines Teilterritoriums aufwenden werde. Die Entscheidung des Markgrafen fiel entsprechend aus. Er sei nicht gewillt, lediglich für eine Landkarte so viel Geld auszugeben. Fresson wurde entlassen. Dabei mag auch eine Rolle gespielt haben, dass gegen die Messungen von Fresson Einwände erhoben wurden. Bereits im Jahre 1755 wurde der Renovator Eisenlohr um einen Bericht über die Aufnahmemethoden Fressons ersucht, der negativ ausfiel: es gehe Fresson vor allem *„um das geschwinde Messen“*. Damit war der erste Anlauf zur Herstellung einer Generalkarte eines Teilgebiets der Markgrafschaft gescheitert. Als 1753 nach der Beförderung des Renovators Eberhard Friedrich Erhardt zum Burgvogt von Badenweiler das dortige Oberamt wiederum einen französischen Feldmesser, den Ingenieur Pierre Paris, anstellen wollte, erhob die Rentkammer über den geheimen Rat Einspruch mit der Begründung, *dass zur Ausmessung der Gemarkungen und deren „manimetrischer Beschreibung“ französische Ingenieure nicht viel taugen und dass im Lande geborene Geometer vorzuziehen seien (GLA 74/10071).* Seit 1756 war die Renovationsmessung in der Herrschaft Rötteln, insbesondere wegen der angespannten Finanzlage der Staatskasse, vorläufig eingestellt. Erst 1761 beorderte das Oberamt Geometer Adolf Diezer zur Forstvermessung (Ohnemus, S. 146).

Aus der Geschichte der Gemeinde Hausen im Wiesental

Die *frühen Rechtsverhältnisse* der Gemeine Hausen im Wiesental sind *ungeklärt,* obwohl die hochgerichtlichen Rechte der *Markgrafen von Hachberg* mit einiger Sicherheit auf die *Breisgauherrschaft* und die *Herren von Rötteln* zurückgeführt werden können. Der Ort wurde im Jahre 1362 zum ersten mal urkundlich erwähnt und kam aus dem Besitz der Herren von Rötteln an die

Markgrafen von Hachberg-Sausenberg.[8] Es gibt Hinweise darauf, dass Hausen im Wiesental *spätestens* 1473 zum *Amtsbereich Schopfheim* gehört hat. Das Markgräflerdorf Hausen im Wiesental war bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts dem Röttler Amt unterstellt und gehörte ab 1809 zum Bezirksamt Schopfheim, mit dem es 1938 zum heutigen Landkreis Lörrach kam. Die Gemeinde Hausen im Wiesental ist Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Schopfheim – Hasel – Hausen – Maulburg.

Aus der Ortsbeschreibung von Kolb, 1814:

> […] Es macht mit dem Eisenwerk eine eigene Vogtey aus, wird von 476 Einwohnern bewohnt, hat 76 Wohnhäuser und 120 Nebengebäude, 2 Mahl- und eine Sägemühle, eine Geschirrschmiede und zwei Wirtshäuser. Die Bewohner sind meistens arm, und leben von Kartoffeln und Milch, sie haben nur einen kleinen Bann, und bauen kaum zur Nothdurft Früchte; ihre Hauptnahrungsquelle ist daher das daselbst befindliche Eisenwerk […].

Der Gemarkungsplan von Hausen im Wiesental aus dem Jahre 1755

Der älteste bekannte Gemarkungsplan von Hausen im Wiesental stammt aus dem Jahre 1755 und wurde von dem französischen Geometer Fresson angefertigt. Der Gemarkungsplan befindet sich in einem guten Zustand; er hat das Format 75 x 115 cm und ist durch einen Glasrahmen gesichert im Dorf- und Heimatmuseum aufbewahrt. Die rechte untere Ecke des Kartenblattes füllte der Zeichner mit einer prächtig ausgestalteten Titelkartusche mit in grau gehaltenem Zierwerk. Genau festgehalten ist die kulturlandschaftliche Nutzung im 18. Jahrhundert mit den aufgrund exakter Vermessung gezeichneten Wald-, Wiesen- und Feldflächen sowie dem damaligen Siedlungsbild.

Titelkartusche mit der Beschreibung zum Gemarkungsplan der Gemeinde Hausen im Wiesental aus dem Jahre 1755 Vorlage: Gemeindearchiv Hausen im Wiesental

Die Karte trägt den Titel:

OberAmt Röteln

**GENERAL GRUNDRISS,
des HAUSEMER Bahs Gelegen in dem Obern
Markgräffischen Vierthel, Jn Welchem Alle
Gütter Unterschidlicher Gattung, So Wol
den Jnwohnern, Als den Angrentzenden
AufmärcKern Zu Gehörend von Stuck
Zu Stuck Seind Aufgetragen Und
Angerissen Worden, Jm Jahr 1755**

Das Messprotokoll zum Gemarkungsplan von 1755[9]

Als Hauptergebnis der Renovationsmessung ist neben dem Plan das Messprotokoll zu nennen. Es entspricht heute im Neuen Liegenschaftskataster dem Flurbuch (s. a. Ohnemus, S. 134).

In der Einleitung des Messprotokolls bzw. des Buches steht u. a. zu lesen:

**HausEn
Meess Protokoll**

Aller deren Gütteren, welche In dem Haußener bann Gelegen seyendt und Ihro Hochfürstlichen Durchlaucht Herren Carl Friderich Marggrafen Zu Baden Durlach JurisDition Underworffen seyndt Under das

oberambt Röltlen Gehörig bestehend in Häußeren, Höffen, Gärtten, matten, pflugbaren felderen, Vich weyden, Walttungen Und fließenden wasseren, welche sowohl Denen Inwohneren Gemeltem orths als auch Denen angrräntzenden außmärckeren ZuGehören und von stuck zu stuck Durch mich Underschribener Gewöhnlichen Geographe Ihro aller Christlichsten Mayestätt in der Provinz Alhsace wircklich in Diensten Hochbesagt Ihro Hochfürstliche Durchleicht Herren Marggrafens Zu Baden Durlach ausGemesen worden uhrkunde Und bekenne Demnach das ich von stuck zu stuck Durch Einen Grund Riß mit allem möglichsten fleiß und accürattem In Gegenwarth Geschwohrnen und Derer güether Erfahren expreße Verpflichtteten männeren Sambttliche Gütter Gedachtem Haussenner Banns sambd deuttlicher bemerckung Deßen Cräntzen InConformittet[10]

Der unteren 2.ten october 1751 mir in CarlsRuhe zugestellter Instruction Durch mittell Eines kleinen VierEckichen ttischleins, Eines Compass und anderen MathemattiSchen Instrumenten Undt Wissenschafften außGemessen nach Einer maßliett 1½ Ruthen Lang nach dem Gewöhnlichen meeß des oberambtts Rötteln in Einem Plan Getragen mit seinen Numeren, Situation Undt Suberfiert[11] oder auswenndigen Theil Eines Jeden stuck bezeichnet in nachstehendes Protticol Gebracht auß Welchem mann den Nahmen Eines Jeden besittzers Erkennen kann wie folgt als [… es folgt die Eintragung der Grundstücke].

Daß nun Gegenwurtiges Güter Classifications Geschäfte durch alle Schatzbare Gütere der Hausener Gemarkung nach bestem wisen und Gewisen getrofen und also fur recht und billig anerkendt worden seye, Ein Solches bezeugen unterschriebene bei obhabenden Pflichten.

Actum ut Supra [= verhandelt wie oben]
Der Buchstabe T steht für Testis [= Zeuge]

T Renovator	Aus der Gemeind Hausen
Zaller	
T. Joh. Caspar Marget Stadthalter	T. Jacob Maurer Vogt
T. Johann Greiner Vogt	T. Hans Jerg Bötsch
T. Tobias Flury Stabhalter	T. Fritz Brendlin (?)
T. Jo … Hug Vogt	T. Sebastian Währer

Nachdem alle beschriebene Güther richtig Gemessen und auffgezeichnet worden, und die geschworene diß orths vermög Ihren gestellten hier anligenden Untterschribenen attestatt Nichts dargegen EinZuwenden gehabt, so hab ich Dieße außMessung Im Monat […] Geendet

Fresson[12]

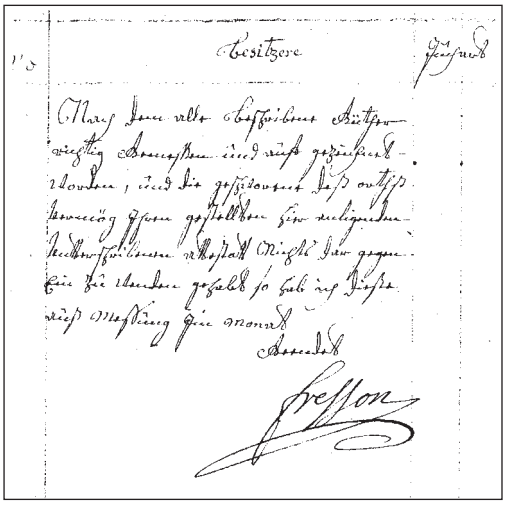
Weiter heißt es im Messprotokoll (S. 103):

Wir Unterschriebene, Geschworne Messer und Inwohner Zu Haussen, Bekennen und attestiren, das der herr Fresson Geographe, alle gütter unsers Banns durch Einen grundris Von stuck zu stuck Mit allem Möglichsten fleis Hat auffgezeichnet und wir gleichfals mit Ihm Alle gütter Unterschidlicher gattung, welche gelegen im Unserm Bann, auff das genaueste gemessen haben und unser MeeesRegister gegen Einander abgelessen, welche sich gleich auff Einander treffen, und man folglich auff dasJenige procotoll (!), Welches über unsern bann wird fertiget werden, glauben darff, deswegen Wir diesen attestatt Unterschriebenen Zu Hausen, den 19. ten Julij 1755.

T. Hanß Michel Siegrist
beEydiget
fridlin Klem biEydiget
Jerg örtlin beEyydiget

Was ist aus dem Plan von 1755 ersichtlich?

Der erste und dauerhafte Eindruck geht sicher von der Beobachtung aus, wie klein der



Textauszug aus dem Messprotokoll von 1755, Seite 102
Vorlage: Gemeindearchiv Hausen im Wiesental

Ort früher war. Der größte Teil der heute besiedelten Fläche bestand aus ortsnahen Wiesen, verschieden genutzten Gärten und kleinen Ackerstücken. Nur eine Kernsiedlung scheint bereits bestanden zu haben.

Das Wege- und Wassernetz erkennt man sofort wieder: Die heutige Bahnhofstraße führte in den Ort; die Mitteldorfstraße begann an der quer durchziehenden heutigen Hebelstraße; diese nahm allerdings im Norden einen anderen Verlauf und endete als Feldweg. Die Bergwerkstraße findet sich auch schnell wieder. Die heutige Maibergstraße führte zum alten Gresger Weg. Zum Maiberg gelangte man über den Flieschweg im Südwesten.

Im Westen floss schon das Wuhr; ein großer Kanal zog am östlichen Ortsrand entlang. Er hieß damals bereits „Tich“ oder „Damm“. Ganz im Osten strömte die Wiese. Das „Unterdorf“ bestand 1755 aus einigen Häusern an der südlichen Hebelstraße und an der Bahnhofstraße. Auch die evangelische Kirche gehörte dazu. Links und rechts der Mitteldorfstraße lag das „Mitteldorf“.

„Oberdorf“ hießen 1755 die Häuser an der Teichstraße und an der Baldersau. Die Gebäude entlang der Maibergstraße, am Gresger Weg und am Moosweg stellten das „Außerdorf“ dar. Dieser Name weist darauf hin, dass der abseits gelegene Ortsteil erst spät angelegt worden ist.

Die meisten Häuser waren landwirtschaftliche Anwesen. Wohnteil, Scheuer und Stall bildeten zumeist eine Einheit. 1755 zählte man im ganzen 47 solcher Häuser. Weitere vier Häuser umfassten nur Wohnteil und Stall. Nach der Zahl der Besitzer kann man von mindestens 64 Haushaltungen ausgehen. Hieraus lässt sich, wenn man je Haushalt fünf Familienangehörige annimmt, eine vermutliche Einwohnerzahl von 320 errechnen. Nicht berücksichtigt sind dabei die Arbeiter des Eisenwerks. An öffentlichen Einrichtungen kann man die Kirche, den Friedhof und das markgräfliche Eisenwerk erkennen. Das Eisenwerk selber setzte sich 1755 aus mehreren verstreuten Gebäuden zusammen, die von Wasserarmen umzogen waren. Es fragt sich, ob es realistisch ist, am Anfang der Industrialisierung nur fünf Angehörige je Haushalt anzunehmen. Aufschlussreich ist hier der Vergleich mit den Einwohnerzahlen.

Neben der örtlichen Infrastruktur (Verbindungswege und Straßen zu Nachbargemeinden) und der Einteilung der Gemarkungsflächen nach der Art der Nutzung können teilweise auch Flurnamen einen Aufschluss bzw. Einblick in die Geschichte des Ortes geben.[13] Die Karte zeigt noch den ursprünglichen Verlauf der Wiese. Die Begradigung des Wiese-Flusses nach Plänen des Ingenieurs Johann Gottfried Tulla erfolgte erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Die Gemeinde Hausen im Wiesental ist derzeit mit der Klärung der Frage beschäftigt, ob es sich bei der Bergwerkstraße in Hausen im Wiesental um eine *„Historische Straße“* handelt.[14]

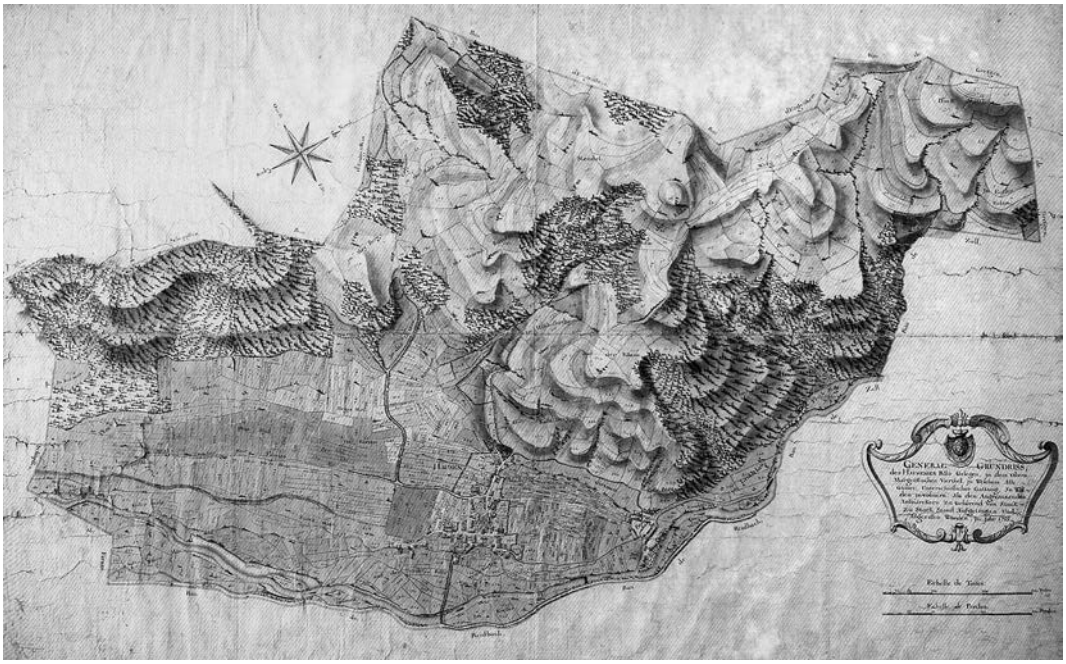
Mit dem vorliegenden Gemarkungsplan von 1755 ist nachgewiesen, dass die heutige Bergwerkstraße bereits vorhanden war. Von großer Bedeutung sind gegebenenfalls auch politische Landesgrenzen. Hausen im Wiesental gehörte damals zur Markgrafschaft Baden und die Nachbargemeinde Zell im Wiesental zu (Vorder-) Österreich.[15]

In einem Rescepti generalis (Allgemeiner Erlass/Verfügung) vom 8. Oktober 1761 (GLA 74/3120) ordnete Markgraf Carl Friedrich an, dass sämtliche Landesgrenzen, ohne Hinzuziehung der Nachbarn, jährlich vom Oberamt bzw. Forstamt mit den jeweiligen Bürgermeistern (damals noch Vögte),einseitig zu begehen, die Mängel festzustellen und diese vor Ablauf eines Kalenderjahres dem Hofratskollegium zu melden sind.

Aus dem beruflichen Leben des elsässischen Geometers Fresson

Der französische Geometer Fresson wurde 1751 verpflichtet, die Herrschaft Rötteln gemarkungsweise aufzunehmen. Er sollte sämtliche Grundstücke aufmessen, diese in Riss bringen und in Messprotokollen nach Art, Größe und Lage beschreiben. Nach Abschluss der Katasteraufnahme sollte aus den Gemarkungsplänen eine

Generalkarte über die Herrschaft Rötteln entstehen, die tatsächlich 1756 im Teilentwurf



Reproduktion des Gemarkungsplans der Gemeinde Hausen im Wiesental aus dem Jahre 1755
Vorlage: Gemeindearchiv Hausen im Wiesental

an die Rentkammer eingereicht wurde. Fresson begann 1752 mit dem Ausmessen einiger Bänne. Bis 1756 hatte er 17 Gemarkungen des Oberamtes Rötteln aufgenommen.

Aufgrund der steten Kritik des Renovators Eisenlohr und des Oberamtes, die sich auch auf die Flächengenauigkeit der ausgemessenen Grundstücke erstreckte, machte Fresson einen Vorschlag zur Beschleunigung der Aufnahme, um sich durch veränderte Bedingungen finanziell besser zu stellen. Andererseits muss dem Geometer zugute gehalten werden, dass er bei dieser Bezahlung unter Einhaltung der Genauigkeitsansprüche geringer bezahlt gewesen wäre als ein Taglöhner. Fresson schlug vor, Risse herzustellen, in denen lediglich die Wege dargestellt, die Kulturarten gegeneinander abgegrenzt und in der Legende der Fläche nach beschrieben wurden. Die Parzellierung sollte durch die „gewöhnlichen" Geometer ergänzt werden. Es ist möglich, dass Fresson hierbei an das französische Vorbild der Gemarkungsaufnahme gedacht hat, Kulturartenrisse herzustellen.

Die „Beschleunigungsvorschläge" hatten weder beim Oberamt in Lörrach noch beim Geheimen Rat in Karlsruhe Erfolg. Einerseits wäre es ein Rückfall in schon etwas Vorhandenes, andererseits könnten die Pläne nur zur Fertigung der Generalkarte benutzt werden und dafür wäre der Aufwand zu groß. Geometer Fresson wurde im Jahre 1756 entlassen, die Renovationsmessung ruhte zunächst.

Franz Grenacher (Kollektaneen, S. 248) stellt fest: […] *„Erst 1751–1756 wurden der Lörracher Bann und Rötteln geometrisch verlässlich durch den französischen Geometer Fresson vermessen. Über seine Personalien ist nichts bekannt"*.

Aus den Unterlagen in verschiedenen Archiven ist bekannt, dass Fresson insgesamt 17 Bänne (Gemarkungspläne) bearbeitet und aufgenommen hat.

Im Generallandesarchiv Karlsruhe sind nur drei Karten von Fresson bekannt: Forstkarte(n) von Kaltenbach (1754/56), Forstkarte von Rötteln (1756, diese Karte ist jedoch nur in einer Kopie aus dem Jahre 1782 erhalten) sowie ein Lageplan des Fasanengartens von Mappach (1755).[16]

Weiterhin ist ein Gemarkungsplan von Efringen (Gemeinde Efringen-Kirchen) aus

dem Jahre 1754 von Fresson im örtlichen Gemeindearchiv vorhanden.

Nachgewiesene Personen im Messprotokoll Hausen im Wiesental von 1755

Johann Caspar Marget:
Statthalter in Schopfheim von 1757 bis 1790

Johann Jakob Maurer:
Vogt in Hausen im Wiesental von 1744 bis 1767 und von 1770 bis 1784

Sebastian Währer:
Gerichtsschreiber in Hausen im Wiesental

Schlussbetrachtung

Wie bereits eingangs erwähnt, habe ich versucht, die Entstehung und die Geschichte dieses Gemarkungsplans aus dem Jahre 1755 etwas zu erhellen. Karten und Kunst sind auf mehrfache Art und Weise miteinander verbunden. Bei dieser Karte handelt es sich nicht nur um die älteste Gemarkungsaufzeichnung der Gemeinde Hausen im Wiesental, sondern m. E. auch um die historisch bedeutendste. Zweifellos stellt diese Gemarkungskarte auch ein wertvolles Kunstwerk dar. Da es sich bei der Herstellung des Gemarkungsplans um eine Auftragsarbeit des Markgrafen handelte, muss normalerweise davon ausgegangen werden, dass eine zweite Ausfertigung bzw. eine Kopie durch den selben Geometer erfolgt ist. Eine solche Zweitausfertigung ist bisher nicht nachgewiesen. Im Archiv der Gemeinde Hausen im Wiesental wird jedoch ein weiterer Gemarkungsplan mit folgender Beschreibung aufbewahrt:

GEOMETRISCHER PLAN
von dem
HAUSENER BANN
Zur Renovation gefertiget
im Jahr 1755. durch den Geometer Freßson
für die Gemeinde Copirt Ao. 1809 durch J. J.
Haller, Geom.

Johann Jakob Haller war ein bedeutender Vermessungsfachmann und nannte sich gelegentlich „Geometer juratus“ (= vereidigter Geometer). Er war vor allem für die Stadt Schopfheim tätig.

Vorläufig unbeantwortet bleibt die Frage, warum eine Kopie der Karte erst 54 Jahre später durch J. J. Haller angefertigt wurde. Einzelne (Flur-)Namen wurden ergänzt, so z. B. „Herrschaft Wald“. Im Jahre 1809 erfolgte eine Neueinteilung der Kreise, Ämter und Forstamtsbezirke (Großherzoglich Badisches Regierungsblatt vom 9. Dezember 1809). Ein Zusammenhang in Verbindung mit der Fertigung der Kopie der Karte ist nicht erkennbar.

Anmerkungen

1 Die Überschrift erfolgte aufgrund der Tatsache, dass Renovationskarten anlässlich einer Vermessung aller Grundstücke auf einer Gemarkung als Grundlage für die Festlegung von Abgaben, Zehnten und Steuern dienten. Als Beispiel sei auf jene zahlreiche Karten verwiesen, in denen die geistlichen Korporationen, insbesondere die Stifte, versuchten, ihren verstreuten Besitz zu registrieren und zugleich durch Notizen auf der Karte die grundherrlichen, pfarrrechtlichen und zehntrechtlichen Bindungen zu vermerken.

2 Der Verfasser widmet diesen Beitrag Herrn Professor em. Dr. Klaus Schubring zum 65. Geburtstag.

3 Für die Gemeinde Hausen im Wiesental dürfte vor allem die Errichtung des markgräflichen Eisenwerks (1680–1865) eine gewichtige Rolle gespielt haben. Vgl. hierzu auch Klaus Schubring: Das markgräfliche Eisenwerk, in: Hausen im Wiesental – Gegenwart und Geschichte, S. 132–140.

4 Siehe hierzu auch Karl Siegfried Bader: Rechtsformen und Schichten der Liegenschaftsnutzung im mittelalterlichen Dorf. Studien zur Rechtsgeschichte des mittelalterlichen Dorfes, Teil III.

5 Nachweis bei Wolfgang von Hippel, „Maß und Gewicht“ (Flächenmaße, S. 161):
1 Juchert = 4 Viertel = 3873,629 m^2
1 Viertel = 72 Quadratruten = 968,407 m^2
1 Quadratrute = 13,450 m^2
In anderen Gegenden auch Jauchert oder Morgen genannt.
Aus dem Gutachten von 1754 (GLA 108/285) des Oberamtsverwesers Salzer von Müllheim kann entnommen werden: „[…], dass das jetzige Rutenmaß kaum vor sechzig Jahren seinen Anfang, man aber vorher die Sache nicht so genau genommen“. Aus dieser Aussage kann geschlossen werden, dass die unter „Müllheimer und Lörracher Rute“ oder „Oberländer Maß“ bekannte Längeneinheit mit Sicherheit seit 1700 bestand.

6 Hauptmann Jakob Friedrich Schmauß berichtete dem Markgrafen nach einjähriger Arbeit, dass er den Abschluss in der Markgrafschaft Hochberg noch nicht übersehen könne.
Siehe hierzu auch Alfons Schäfer: Die erste

amtliche Vermessung und Landesaufnahme in der Markgrafschaft Baden im 18. Jahrhundert, in: Beiträge zur geschichtlichen Landeskunde, Geographie, Geschichte, Kartographie. Festgabe für Ruthardt Oehme. Veröffentlichung der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Forschungen, Band 46, S. 141 bis 165.

7 Im Gegensatz zur Unterländer Renovationsmessung, bei der der Instruktion vom 2. Mai 1759 (GLA 74/6026) zufolge, sämtliche Grundstücke, zelgen-, wiesen-, weinberg- und dorfäckerweise jeweils von vorne beginnend durchnumeriert wurden, begann die Nummerierung der Oberländer Renovation (Instruktion vom 8. Juli 1782, GLA 74/10077) im Ortsetter und setzte sich fortlaufend gewannweise über die ganze Gemarkung fort, ohne Rücksicht auf Nutzung und Lage des Grundstücks.

8 Als die Markgrafen von Hachberg-Sausenberg mit Philipp I., dem letzten männlichen Vertreter des Geschlechts, im September 1503 ausstarben, fiel ihr Herrschaftsgebiet im Breisgau an die Markgrafen von Baden, die mit Christoph I. auch Besitz von Schloss Rötteln als dem Hauptsitz der Regierung der oberen Herrschaft ergriffen.

9 Das Messprotokoll umfasst 63 Bogen (Seiten), doppelseitig beschrieben (126 Seiten). Der Buchrücken ist leicht beschädigt. Der Außeneinband hat das Format 22,5 cm x 35,2 cm; die Blätter haben das Format 20,5 cm x 33,8 cm. Die Blätter sind mit einem Wasserzeichenbild „Krone“ versehen. Durch die Wasserzeichenkunde ist es möglich geworden, verschiedene Grundlagen zu schaffen für die Ermittlung, Beschreibung und Abbildung von Daten und auch, um Zeiträume enger bestimmen zu können. Für die Transkription verschiedener Abschnitte im Messprotokoll und für zahlreiche wertvolle Hinweise danke ich Herrn Professor em. Dr. Klaus Schubring.

10 Conformittet = (in) Übereinstimmung mit …

11 Suberfiert = vermutlich vom Schreiber missverstanden, frz. „superficie“ – Oberfläche/Flächenausdehnung, hier wohl Umfang, Rand, Grenze, evtl. also „angrenzen“.

12 Professor Klaus Schubring vermutet, dass ein Schreiber, vermutlich der fürstliche Schreiber in Schopfheim, den Rahmen formularmäßig vorgefertigt hat, dass dann nicht alle vorgesehenen Angaben eingetragen wurden, dass dann aber originale Unterschriften geleistet wurden, so dass man durchaus von einem Original, eventuell von einer zweiten Ausfertigung für die Gemeinde, sprechen kann. Auffallend ist auch, dass Fresson immer nur mit dem Nachnamen unterschrieben hat.

13 Siehe hierzu auch Erhard Richter: Die Flurnamen von Grenzach-Wyhlen als Hilfsmittel für andere Wissenschaftszweige. In Jahresheft des Vereins für Heimatgeschichte Grenzach-Wyhlen, Jahrgang 1992/93, S. 5–24.

14 Es muss hier unterschieden werden zwischen einer Historischen Straße im (straßen-) baurechtlichen und im beitragsrechtlichen Sinne.

15 „Vorderösterreich“ bezeichnet unterschiedliche historisch-geographische Räume. Es wird häufig synonym mit „habsburgische Vorlande“ verwendet, um die Gesamtheit der habsburgischen Besitzungen westlich des Arlbergs und des Fernpasses unter Einschluss der schweizerischen, schwäbischen, breisgauischen und elsässischen Herrschaften im Gegensatz zu den inner-, nieder- und oberösterreichischen (tirolischen) habsburgischen Ländern zu benennen.
Die Bezeichnung „Vorderösterreich“ ist eine späte Benennung für die habsburgischen Territorien in Südwestdeutschland. „Vorderösterreich“ galt im 15. Jahrhundert nur für Elsass, Sundgau und den Schwarzwald – hierfür hat man die Bezeichnung „Alt-Vorderösterreich“ vorgeschlagen. Vgl. auch Franz Quarthal: Vorderösterreich in der Geschichte Südwestdeutschlands. In: Vorderösterreich – nur die Schwanzfeder des Kaiseradlers? Ausstellungskatalog zur gleichnamigen Ausstellung, S. 15–59, Stuttgart 1999.

16 Freundliche Mitteilung von Frau Dr. Marie Salaba, Generallandesarchiv Karlsruhe, vom 28. November 1995.

Quellen

A. Ungedruckte

Messprotokoll zum Gemarkungsplan der Gemeinde Hausen im Wiesental aus dem Jahre 1755, Format 22,5 cm x 35,2 cm, 63 Bogen (Seiten), Gemeindearchiv Hausen im Wiesental, ohne Signatur.

B. Karten

Gemarkungsplan der Gemeinde Hausen im Wiesental von 1755, gefertigt vom französischen Geometer Fresson, Format 75 cm x 115 cm, auf Leinen aufgezogen.

Geometrischer Plan von dem Hausener Bann. Zur Renovation gefertigt im Jahr 1755 durch den Geometer Fresson, für die Gemeinde kopiert im Jahr 1809 durch Johann Jakob Haller, Geometer.

Verwendete Literatur

A. Wörterbücher

Langenscheidts Handwörterbuch Französisch-Deutsch, 6. Aufl. Berlin und München 2000

B. Kartographie und Vermessungswesen, Maße und Gewichte

Becker, Hans-Jürgen: Zur Bedeutung der Landkarte für die rechtsgeschichtliche Forschung. In: Landkarten als Geschichtsquellen, Archivberatungsstelle Rheinland, Archivhefte 16, S. 9–19, Köln 1985.

Fischer, Hanspeter: „Ex geometria practica“, Ausbildung und Prüfung von Feldmessern in Vorderösterreich. In: Beiträge zur Landeskunde, Regel-

mäßige Beilage zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Ausgabe Nr. 5, Oktober 1986, S. 6–11.

Grenacher, Franz: Kollektaneen zur Biographie früherer Landmesser und Kartographen der Regio Basiliensis, unter besonderer Berücksichtigung des Elsasses. In: Regio Basiliensis, Basler Zeitschrift für Geographie, Jahrgang (X), Basel 1969, S. 239–250.

Grenacher, Franz: „Cartographia Wiesenthalensis" im 17. und 18. Jahrhundert. In: Regio Basiliensis, Basler Zeitschrift für Geographie, Jahrgang (XII/1), Basel 1971, S. 147–173.

Hippel, Wolfgang von: Maß und Gewicht im Gebiet des Großherzogtums Baden um 1800. Südwestdeutsche Schriften, Band 19, Institut für Landeskunde und Regionalforschung der Universität Mannheim, Mannheim 1996

Ohnemus, Richard: Das erste Markgräflich-Badische Liegenschaftskataster im 18. Jahrhundert. Eine Studie aus dem ehemaligen Landkreis Müllheim. Diss., Freiburg im Breisgau 1974, 287 S.

Reinhard, Eugen: Landesaufnahmen im 18. Jahrhundert. In: Landkarten aus vier Jahrhunderten. Karlsruher Geowissenschaftliche Schriften, Reihe A: Kartographie und Geographie, Band 3, herausgegeben von Werner Böser, Kurt Brunner und Christian Herrmann, bearbeitet von Heinz Musall, Karlsruhe 1986, S. 151–202.

Salaba, Marie: Gemarkungspläne im Generallandesarchiv Karlsruhe. Inventar bearbeitet von Marie Salaba und Gisela Schenck. Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Band 52/1 und 52/2.

Schäfer, Alfons: Die erste amtliche Vermessung und Landesaufnahme in der Markgrafschaft Baden im 18. Jahrhundert. In: Beiträge zur geschichtlichen Landeskunde, Geographie, Geschichte, Kartographie. Festgabe für Ruthardt Oehme. Veröffentlichung der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Forschungen, Band 46, S. 141–165.

Schneider, Ute: Die Macht der Karten, Eine Geschichte der Kartographie vom Mittelalter bis heute. Lizenzausgabe für die Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2004.

C. (Orts-) Geschichte allgemein und Hausen im Wiesental

Bader, Karl Siegfried: Rechtsformen und Schichten der Liegenschaftsnutzung im mittelalterlichen Dorf, Studien zur Rechtsgeschichte des mittelalterlichen Dorfes, Teil III, Wien 1973.

Bayer, Erich und Wende, Frank: Wörterbuch zur Geschichte, Begriffe und Fachausdrücke, 5. Aufl., Stuttgart 1995.

Bischoff, Bernhard: Beiträge zur Architekturgeschichte in Schopfheim. In: Schopfheim – Natur, Geschichte, Kultur, herausgegeben von der Stadt Schopfheim, Schopfheim 2000.

Brenneke, Adolf: Archivkunde, Ein Beitrag zur Theorie und Geschichte des europäischen Archivwesens, bearbeitet nach Vorlesungsschriften und Nachlasspapieren und ergänzt von Wolfgang Leesch, Leipzig 1953.

Heimgartner, Heinz: Die Burg Rötteln. Ein Führer durch Geschichte und Kunst in Wort und Bild, Schopfheim 1964.

Kolb, J. B.: Historisch-statistisch-topographisches Lexikon von dem Großherzogthum Baden, Zweiter Band, Karlsruhe 1814.

Quaas, Michael: Kommunales Abgabenrecht. Praxis des Verwaltungsrechts. Band 13, München 1997.

Quarthal, Franz: Vorderösterreich in der Geschichte Südwestdeutschlands. In: Vorderösterreich – nur die Schwanzfeder des Kaiseradlers? Ausstellungskatalog zur gleichnamigen Ausstellung, Stuttgart 1999, S. 15–59.

Richter, Erhard: Die Flurnamen von Grenzach-Wyhlen als Hilfsmittel für andere Wissenschaftszweige. In: Jahresheft des Vereins für Heimatgeschichte Grenzach-Wyhlen, 10./11. Jahrgang 1992/93, S. 5–24.

Schubring, Klaus: Hausen vor 100 und vor 200 Jahren. In: Hausen im Wiesental – Gegenwart und Geschichte, Schopfheim 1985, S. 117–120.

Schubring, Klaus: Das markgräfliche Eisenwerk. In: Hausen im Wiesental – Gegenwart und Geschichte, Schopfheim 1985, S. 132–140.

Vogt, Elmar: Die wunderbare Tat des Ulman Stromer: 600 Jahre Papierherstellung in Deutschland. In: Das Markgräflerland – Beiträge zu seiner Geschichte und Kultur, Band 2/1991, Schopfheim 1991, S. 137–151.

Vogt, Elmar: Die (Gemeinde-) Archive – Das Gedächtnis der Gesellschaft. In: Das Markgräflerland, Band 1/1998, Schopfheim 1998, S. 153–163.

Weiss, Karl Theodor: Handbuch der Wasserzeichenkunde, bearbeitet und herausgegeben von Wisso Weiss, Leipzig 1962.

Anschrift des Autors:
Elmar Vogt
Riedackerweg 7
79688 Hausen im Wiesental

Silvia Carmen Baumgartner

Die Bergkirche in Kadelburg

Hoch über dem Rhein auf einem kleinen Bergvorsprung steht eine Kirche, von Osten wie von Westen und Süden weither sichtbar, den Schweizer Orten Zurzach und Rietheim zugewandt. Es handelt sich dabei nicht, wie in dieser Gegend üblich um eine katholische Kirche oder gar Kapelle, die dort seit alters her ihren Sitz hätte, sondern um eine, im klassizistischen Stil erbaute, evangelische Kirche.

Wer die Gegend um den Hochrhein kennt, wird sich darüber wundern und fragen, welche Bewandtnis es mit dieser Kirche hat, denn die ganze Region ist katholisch, Evangelische finden sich hier in der Minderheit und vorwiegend erst seit nach dem II. Weltkrieg.

So heißt es noch im „Historisch-statistisch-topographischen Lexicon von dem Großherzogtum Baden 1813–1816“ im Band 2: „Kadelburg, auch Kadolzburg, ein reformiertes Dorf von 90 Häusern, 103 Familien und 567 Seelen … im Klettgau, … an das nachher in die Reformation gefallene, zum Schweizer= Kanton Zürich gehörige Kollegiatstift Zurzach verkaufte … von wo aus auch die Seelsorge daselbst versehen wird …“

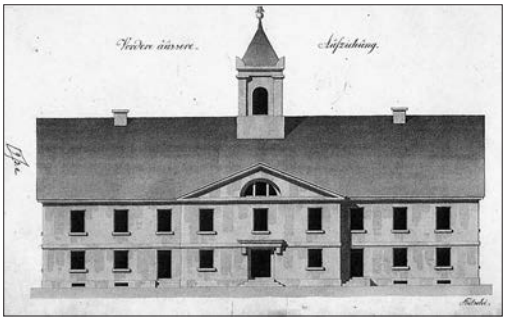
Wie also kam die Kirche auf den Berg?

In den Jahren 2000/2001 beschloß der Kirchengemeinderat Kadelburg- Hohentengen diese Kirche, Baujahr etwa 1832, wie ein Faltblatt[1] zu berichten wusste, zu renovieren: Innenraum, Heizung und Fenster sollten auf einen modernen, ökologischen Stand gebracht werden, das heißt, den heutigen Bedürfnissen der Gottesdienstgestaltung und der Umwelt (Heizung) angepasst.

Wenn eine Renovation ansteht, stellen sich meist eine ganze Reihe von Fragen: Wie soll das Gebäude danach aussehen, wie kann es für seinen Verwendungszweck am besten gestaltet werden – aber auch, was war vorher? Ist der augenblickliche Zustand der ursprüngliche oder gab es noch ältere?

Auch weitere Fragen stellen sich: Wann und unter welchen Umständen entstand dieses Gebäude, wer war der Erbauer bzw. Baumeister? Wie viel hat es gekostet und wer trug die Kosten? Bei der Bergkirche lagen die Kenntnisse über ihren Ursprung mehr oder weniger im Dunkeln, oder anders gesagt, teilweise im Bereich der Legende. Da wurde gemunkelt von dem großen Karlsruher Architekten Weinbrenner, der sie gebaut haben sollte, oder zumindest einer seiner Schüler, von einer großen Zuwendung aus der Privatschatulle des Großherzogs persönlich – Anlaß, den Quellen – soweit vorhanden – auf den Grund zu gehen.

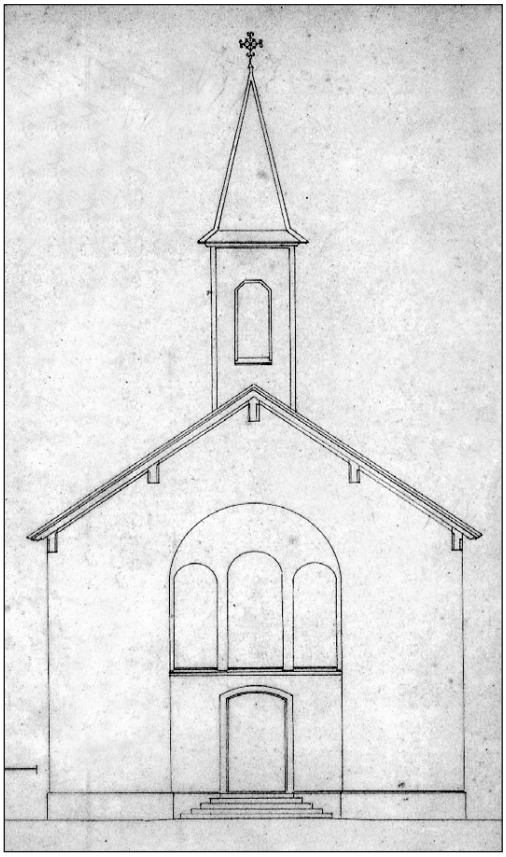
Dass Kadelburg als einziger Ort am Hochrhein evangelisch ist, hat mit seiner früheren Zugehörigkeit zu Zurzach/Schweiz (s. o.) zu tun. „Seit jeher" gehörten die Bauern des kleinen Dorfes zu dem Verena-Stift in Zurzach. In der Reformationszeit verjagten die Zurzacher aufgrund vieler Missstände die Äbte des Stifts und schlossen sich den Lehren Zwinglis an. Das betraf ebenfalls die Mehrheit des Kadelburger, die sich auch später weder durch die Gegenreformation, noch durch kriegerische Bedrohungen der Stadt Tiengen, der Hauptstadt des Klettgaus, von ihrem Glauben abbringen ließen. In Zurzach kehrte ein Teil der Gläubigen zum alten Glauben zurück, während ein etwa ebenso großer Teil der Bevölkerung reformiert blieb und sich um 1717 eine eigene Kirche baute. Zu dieser wanderten die Kadelburger Sonntag für Sonntag, nachdem sie zuerst mit einer Fähre den Rhein hatten überqueren müssen, und das bei jedem Wetter! Sie waren, wie die Rietheimer, Rekinger und Mellikoner, Mitglieder der reformierten Kirchengemeinde Zurzach, stellten Kirchengemeinderäte und hatten das volle Stimmrecht und ihre, ihnen vorbehaltene, Plätze in der Kirche[2].



Das von Fritschi geplante Bet- und Schulhaus von Kadelburg

Ein Erlaß des Großherzogs von Baden führte eine Änderung der bisherigen Zustände herbei: Bedingt durch Säkularisierung und Mediatisierung war 1803–1806 das Großherzogtum Baden entstanden, was für Kadelburg zur Folge hatte, daß der Rhein nun Grenze und Zurzach Ausland wurde. Zwar erfolgte diese Neuerung nicht von einem Tag auf den anderen, aber die Zustände zwischen hüben und drüben wurden immer schwieriger, so daß man sich um Änderung bemühte.

In einem Schreiben des „Großherzoglichen Badischen Directoriums Dreysam Kreises" an die „hochlöbliche Regierung des Kantons Aargau zu Aarau" vom 24. Januar 1826 heißt es unter anderem: „Es ist ein dringendes Bedürfnis geworden, in dem diesseitigen Orte Kadelburg für den evangelischen protestantischen Theil der Gemeinde, welche von den Pfarrern in Zurzach pastoriert wird, ein angemessenes geräumiges Locale zu Abhaltung des Gottesdienstes und Ertheilung des Religionsunterrichts für die Jugend auszumitteln …" Dazu wird die Zustimmung des Chorherrenstifts als „Zuhendherren" gebraucht, und „was dasselbe zu Unterstützung dieses Zweckes für die arme Gemeinde Kadelburg etwa freiwillig beizutragen geneigt seyn dürfte …"[3] So erhielten die Kadelburger im Jahre 1828 die großherzogliche Zustimmung zum Bau eines Schul- und Bethaus. Ein kleines Schulhaus war zwar schon „Im Winkel" vorhanden, aber es konnte nicht mehr den Ansprüchen gerecht werden, und so wurde es zur Finanzierung des neuen verkauft.[4] „Mit Bewillig= und Genehmigung des löblichen Bez. Amtes [= Bezirksamtes] u. höheren Behörden verkaufen die Ersteren an Letzteren [nämlich Heinrich Groß, Schmied] das der Gemeinde gehorige Ganze Gemeindehaus …



Vorschlag von Hustmann vom 27. October 1827 „No. 5238 Erlaß der großherzoglichen Katholischen Kirchen Ministerial Section vom 10. d. M. 11 629 die Ausmittelung eines angemessenen Locals für den protestantischen Gottesdienst zu Kadelburg so wie für die katholische und reformierte Schule betr.“

Bedingnisse N°. 6: Muß Käufer nur die Hälfte des Kaufschillings verzinsen so lange im oberen Stock des Hauses Schule gehalten wird.“

Vorausgegangen war die Einreichung eines Plans des Tiengener[5] Architekten Fritschi, der auch schon die katholische Kirche entworfen und gebaut hatte, und welcher der Großherzoglichen Baudirection wohl gut bekannt war, für ein Schul- und Bethaus, dazu Gemeindearchiv und Feuerspritze. Den sehr detailgetreu gezeichneten Plänen fügte er eine mehrseitige Erläuterung und Kostenaufstellung hinzu, die von 3202 fl 28 kr [= Gulden/Kreuzer] für der Gesamtbau ausgeht. Dieser Plan wurde von der „Großherzoglichen Baudirection“ geprüft, teilweise verworfen, bzw. mit gravierenden Änderungen versehen.

So sollte, nach Fritschi, das Bethaus die Mitte eines dreiteiligen Baukomplexes bilden, flankiert von den angebauten Schulhäusern für die beiden Konfessionen. Die Bau-Direction kritisiert, „an dem Entwurfe ist vor Allem zu tadeln, daß der Betsaal unter **ein** Dach mit den beiden Schulhäusern gedrängt wird, wo doch beide Zwecke leiden“[6].

Dazu kommt, daß das Bethaus „einer fortwährenden Feuergefahr ausgesetzt“ sei und „von vorn herein aller Würde beraubt“ – denn geplant war, die Abtritte [d. s. Toiletten] der Schulen unmittelbar an die Seitenmauer des Bethauses stoßen zu lassen.

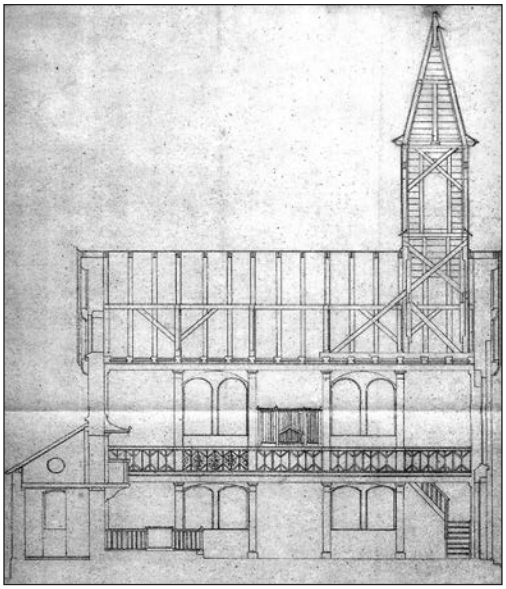
Auch die Planung der Fenster hat der Prüfer zu beanstanden „Drittens können auf der Seite Fenster angebracht werden und überdieß erfüllen die wenigen Fenster nur zur Hälfte ihren Zweck, weil die davorsitzenden Menschen eine Höhe von 5 Fuß [1 Fuß entspr. etwa 32 cm], die davorstehenden eine Höhe von 6 Fuß einnehmen, also eine bedeutenden Teil der um 3 Fuß über dem Boden beginnenden Fenster bedecken.“[7]

Am äußeren Erscheinungsbild stellt man mißbiligend fest: „Sechstens in betreff des Äußeren machen die kleinen Fenster, die gedrückte Türe und der niedrige Sockel einen sehr ungünstigen Eindruck und lassen nichts weniger als eine Kirche vermuten. Die Form des Thurmes ist von einem antiken Grabmahl entlehnt und überdies nicht haltbar zu construieren.“[8]

Aber zugleich mit der Kritik wird ein Gegenvorschlag gemacht:

„Bei dem Bethause ist der von Fritschi angenom(m)ene Flächenraum gleichfalls beibehalten: so daß sehr bequem 350 Personen, gedrängt aber bei besonderen Gelegenheiten über 500 Personen Platz haben: Außerdem kann in Zukunft nöthigen Falles auf der Breite des Mittelschiffs vom Eingang her zum ersten Pfeiler eine auf zwei Pfeiler gestützte Emporebühne angelegt werden, worauf noch ein Raum für 40 bis 50 Personen gewonnen wird.“

Dem Prüfer ist noch etwas anderes wichtig: „Und dennoch wird das Bethaus sowohl von aus, als von innen wenigstens anständig erscheinen und das Gepräge eines Gotteshauses tragen, weil die architektonischen Formen seinem eigentlichen Zwecke ange-



Querschnitt N–S. Bethaus (Innenraum).

hören und nicht einem fremden griechischen.“[9]

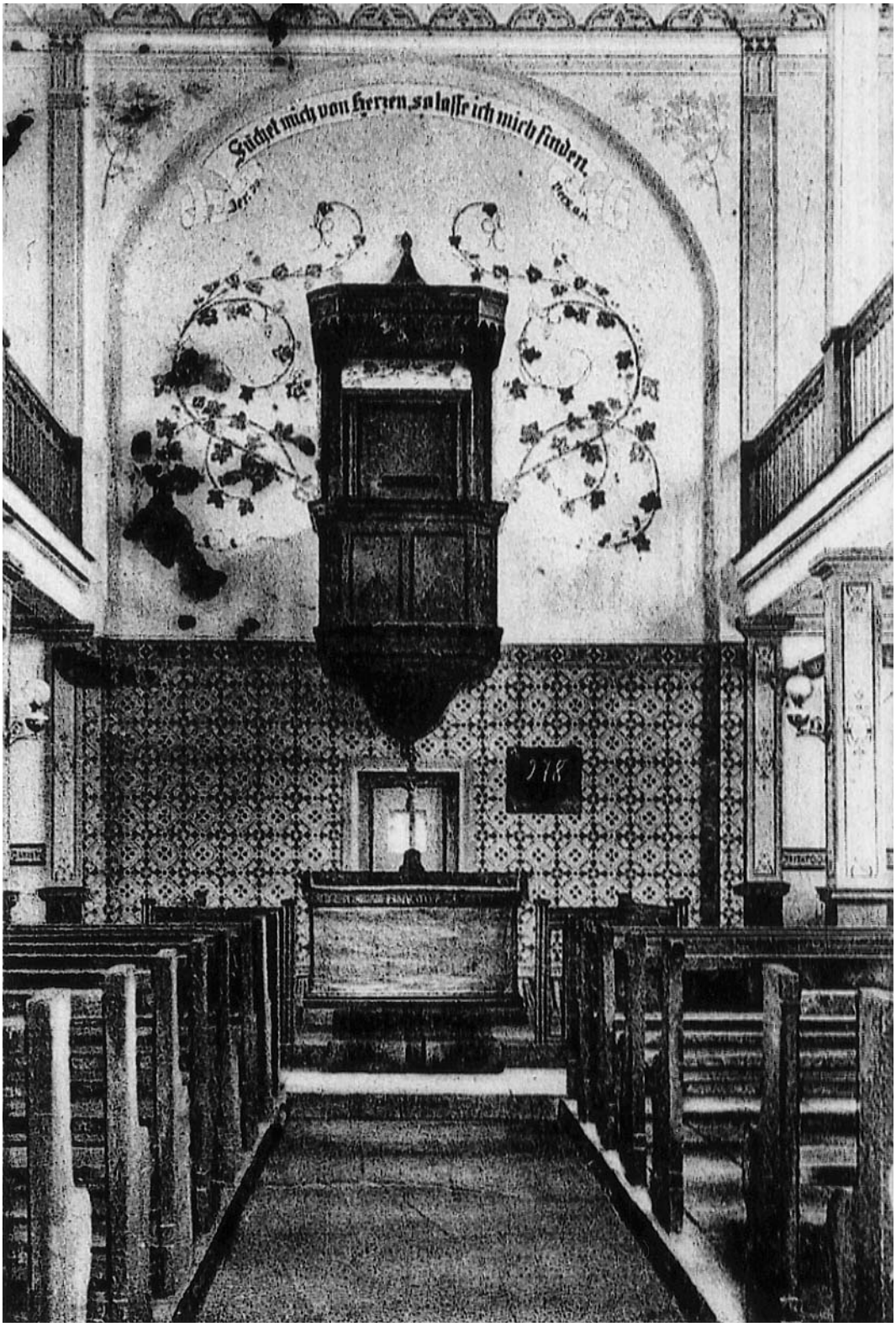
Allerdings entsteht so für die Gemeinde das Problem, zwei Baukomplexe erstellen zu müssen. Zu dem Bethaus muß das zweigeteilte Schulhaus errichtet werden, zumal die Schülerzahlen ständig steigen. Der Prüfer spricht von 96 protestantischen Schülern, die katholischen dürften etwas weniger gewesen sein.

Und wieder gibt es neue Schwierigkeiten: Zum einen die Kosten, wenn auch der Schreiber meint, sein Plan wäre nur um 110 Gulden teurer, zum anderen der Bauplatz. Die Gemeinde, vertreten durch den Vogt Bercher als Ortsvorsteher und einen Ausschuß, hatte sich am 21. April 1828 ein Grundstück in den „Mugwiesen“[10], damals etwas außerhalb des Dorfes gelegen, heute aber im Zentrum, gekauft. „Die zwey Ersteren [nämlich Bercher Vogt und Jakob Zuber, Fähr]verkaufen an Letztere [Gemeinde Kadelburg] einen Platz zu einem Schulhause …“ dazu Grundstücke, um eine notwendige Straße, das ist die heutige Hauptstraße, dorthin anzulegen. Wenn nun das Bethaus separat gebaut werden sollte, so musste ein neues Grundstück her. Zum Glück hatte man über die die Kirchenpflegschaft und die „HülfegesellschaftsKasse“, die dem späteren Armenfond entspricht, am 17. Februar 1829 „10 Vierling Matten im Berg“ für 290 Gulden erwerben können, so daß nach der Genehmigung, die bereits am 27. Februar 1828 ergangen war, der Bau des Bethauses, bzw der Kirche, wie es fortan heißt, in Angriff genommen werden konnte.

Die Ausführung sollte der Baumeister Fritschi von Tiengen übernehmen, „welcher mit den örtlichen Preisen für Baumaterialien“[11] und überhaupt mit den örtlichen Gegebenheiten bestens vertraut war. Zu diesen Gegebenheiten gehörte, wie die Zurzacher zu berichten wissen, die Auswahl der Steine: So schreibt Karl Füllemann in seinem Aufsatz über den Pfarrhausbau in Zurzach, „ausgerechnet die Kadelburger selber verboten die Verwendung ihrer eigenen Bausteine beim Bau der reformierten Kirche, weil sie viel zu weich und zu schlecht seien“[12].

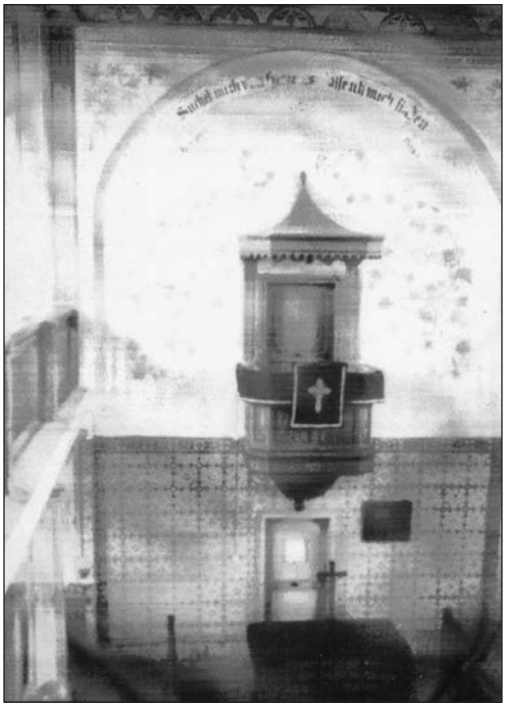
Endlich konnte die öffentliche Ausschreibung im „Anzeigenblatt für den Dreisam-Kreis“ erfolgen: in „Nr. 35 am 30. April 1828“ findet sich auf Seite 409/410 unter „VI. Kaufanträge und Verpachtungen“ folgender Eintrag: „Schul- und Bethausbau-Versteigerung. In Folge höherer Anordnung soll in Kadelburg ein Schulhaus, und für die dortigen evangelischen Gemeinds-Angehörigen ein Bethaus neu erbaut werden. Die Adstreichs-Versteigerung dieser Baulichkeiten wird am Mittwoch den 7. Mai d. J. Nachmittags 2 Uhr auf diesseitiger Amtskanzlei vor sich gehen, wo einstweilen auch Riß [Grundriß, Pläne] und Überschlag eingesehen werden können …“.

Dass die Kirche wohl sehr schnell in Angriff genommen worden sein muß – und damit das Datum von 1832 wahrscheinlich zu spät angesetzt ist – beweist der Urkundeneintrag vom 17. Sept. 1829: Da verkauft „Johann Groß alt Schuster von hier“ der reformierten Gemeinde „Platz zu einem Weg zu der reformierten Kirche an der Bürgeln“[12]. Man kann sich vorstellen, daß dieser Weg notwendig wurde, um die Baumaßnahmen zu beginnen, aber auch, daß die Kirche bereits im Bau oder fast fertig war. Schon am 17. Februar 1829 wird in einem anderen „KaufsContract“[13] von einem „Holzboden auf Kirchhalden“ gesprochen, eine Ausdrucksweise, die vor dem Bau- oder Baubeginn der Kirche nicht möglich gewesen war.


Suchet mich von herzen, so lasse ich mich finden.
278

Wie sah nun die neugebaute Kirche aus? Die dem Rhein zugewandte Südwestfront mit Turm bestand aus einer doppelflügeligen Holztür von zwei Säulen flankiert und von waagrechtem Sims gekrönt, der nach den Originalplänen hätte leicht gebogen sein sollen. Darüber befanden sich unter einem zusammenfassenden Bogen drei Bogenfenster mit 6-fach geteilten Scheiben. Der Turm sitzt etwas zurückgesetzt über dieser Front, ist mit einem Glockenstuhl und drei Glocken ausgestattet, die allerdings erst im Laufe der Zeit erworben werden konnten. Der Nordostseite, die im Giebel ein doppeltes Bogenfenster hoch über der Kanzel besaß, war eine kleine Sakristei vorgebaut, in der sich nur der Treppenaufgang zur Kanzel befand. West und Ostseite waren durch je zwei Fensterpaare unterbrochen, deren obere doppelte Bogenfenster in einem Mauerbogen vereint werden, die unteren jedoch wie die Eingangstür nur mit flacher Wölbung geplant, tatsächlich aber rechteckig ausgeführt wurden.

Das Innere war zweigeschossig angelegt, d. h. mit einer durchlaufenden von jeweils 4 rechteckigen hölzernen Säulen getragenen Empore, die mit einer durchbrochenen Balustrade vom Kirchenraum abgetrennt war.



Kanzel und Altar mit bemalter Stirnwand. Foto von 1905.

Die hölzernen Bänke waren im unteren Stock querschiffig angeordnet bis auf jeweils 3 Bänke rechts und links des Altars. Vom Eingang her führte ein Mittelgang durch die Bankreihen, der in drei breiten Stufen den Altar erreichte. Jeweils eine hölzerne Balustrade rechts und links trennte die Bankreihen rechts und links vom Altar. Nicht überliefert ist, ob sie den Honoratioren der Gemeinde vorbehalten waren. Auf der Empore waren Bänke in 2–3 Reihen längsschiffig angeordnet. Die der Kanzel gegenüber liegende Seite der Empore erhielt später eine Orgel.

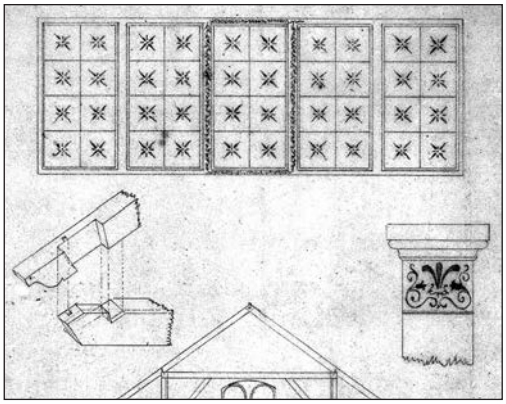
Die Kanzel, hoch über den Köpfen der Gottesdienstbesucher, an der Nordostwand war durch die Sakristei und von dort über eine Treppe zu erreichen. Altar und Kanzel waren so in den Gemeinderaum einbezogen, daß die Gemeinde von drei Seiten den Gottesdienst verfolgen konnte.

Die Wände waren bis zur halben Höhe mit einem kachelartigen Muster versehen, von dem bei der Renovation 2000 ein kleines Feld freigelegt und konserviert wurde, nachdem man bei einer vorausgegangenen Renovation 1946 alles einfarben gelblich-weiß, später rosa übermalt hatte. Die übrigen Wänden erhielten ein Rankenmuster und über der Kanzel den Bibelspruch „Suchet mich von Herzen so lasse ich mich finden“ Der Abschluß bestand aus einer Bogengirlande So zeigen es uns die Bilder von 1905, das Muster entspricht allerdings nicht ganz dem Vorschlag vom Oktober 1827.

Die Kirche war nicht beheizbar, ein Kamin mit dazugehörigem Kohleofen wurde erst 1905 in der Sakristei errichtet.

Wie wurde die Kirche finanziert?

Die Quellenlage zu dieser Frage ist sehr dürftig. Die Kosten wurden von Baumeister Fritschi im Vorschlag mit 1930 Gulden angegeben, was von der Bau-Direction „als oberflächliche Rechnung“ bezweifelt wird. „Wir schlagen dagegen zur Ausführung beiliegenden Entwurf vor, wobei so sehr auf die geringen Mittel der Gemeinde Rücksicht



Vorgeschlagene Muster für die Wandbemalung bzw. Kapitellbemalung

genommen wurde …“. So soll der Betsaal nach Berechnung der Bau-Direction 2300 Gulden kosten. „Indessen bliebe“ so die Bau-Direction weiter „wenn die für die Gemeinde am Schulhaus ersparte Summe von 250 Gulden dazugeschlagen wird, nur noch ein Mehrbetrag von 110 Gulden“[14].

Leider war Kadelburg ein „arme Gemeinde“, die Einnahmen nur durch Holzschlag erwirtschaften konnte.

Aber zur Finanzierung konnte man ja den Zehntherren, das Collegiatstift St. Verena, heranziehen, das zumindest für die Kosten der Schule beitragen sollte. Und so gingen eine Reihe von Briefen, sowohl an das Collegiatsstift als auch an die „Hochlöbliche Regierung des Kantons Aargau zu Aarau“. In einem Schreiben vom 24. Januar 1826 wird auf das „dringende Bedürfnis“ hingewiesen, in Kadelburg „für den evangelischen protestantischen Theil der Gemeinde, welche von den Pfarrern in Zurzach pastoriert wird, ein angemessenes geräumiges Locale zu Abhaltung des Gottesdienstes und Ertheilung des Religionsunterrichts für die Jugend auszumitteln.“[15] Dazu wird „eine Kommission in der Person des diesseithigen Kreisraths Bausch nach Kadelburg abgehen.“ Dort vor Ort soll „mit Zuziehung des Oberamtsmannes Schilling in Waldshut und des Katholischen Dekanats“ mit „einem Kommissär von Seite des Chorherrenstifts“ verhandelt werden. Noch hofft man, daß dieses „etwas freiwillig beizutragen geneigt seyn dürfte“. Tatsächlich zahlt das Chorherrenstift der Gemeinde 900 Gulden für die Schule, was vom Ortsgericht Kadelburg am 25. September 1829 „mit Dank empfangen zu haben“ quittiert wird.

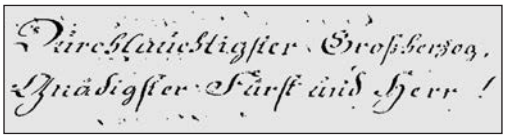
1828 hatte man durch den Verkauf des bisherigen Schulhauses „Im Winkel“ an den Schmied Heinrich Groß „mit Bewillig- und Genehmigung des löblichen Bezirks Amtes und höherer Behörden“ die Summe von 1571 Gulden eingenommen. Davon mussten für den Ankauf des Schulhausgrundstücks 275 Gulden aufgebracht werden, für das Kirchengrundstück 290 Gulden.

Laut Aufstellung der Domainen-Verwaltung Thiengen, einem weiteren Zehntherrn, lieferte Kadelburg von 1816 bis 1826 einen Durchschnittszehnten [Zehnt = Steuer, gemeint jeweils $^{1}/_{10}$ der Ernte] in Höhe von $36^{3}/_{10}$ Kreuzern ab, in dem ganzen Zeitraum waren es 6 Gulden 3 Kreuzer. So war man auf Hilfen der Behörden angewiesen, wie viel diese beitrugen, konnten wir leider nicht ausfindig machen, dazu fanden sich keine Quellen. Allerdings konnten die armen Bewohner Kadelburg etwas zu dem Bau beitragen: Die Fronarbeit war noch nicht abgeschafft, und so wurde man zu sog. „Hand- und Spanndiensten“, aber auch zu Arbeit im Steinbruch gezwungen. Die einheimischen Handwerker, wie Maurer, Maler, Zimmermann u. a., werden die Arbeiten fachmännisch durchgeführt, Hilfsdienste aber von den Einheimischen verlangt haben. Solche Frondienste waren naturgemäß nicht beliebt und wurden zum Bau des Pfarrhauses 1835 nur noch unter Androhung von Strafen widerwillig geleistet.[17] Möglicherweise erhielt die Gemeinde Anteile an Kollektengeldern, wie in den nachfolgenden Jahren, wenn es darum ging, größere Anschaffungen zu finanzieren. So erhielt die Gemeinde 677 fl 30 kr Kollektengelder für den Pfarrhausbau, die Bürgermeister Bercher höchstpersönlich in Waldshut abholen musste und die in der Pfarrhauslade aufbewahrt wurden, wie eine Eintragung im Protokollbuch vom 26. Nov. 1835 berichtet.

Die offizielle Einweihung der Kirche erfolgte 9. September 1832, nachdem durch „die hohe Gnade, welche Euer Königliche Hoheit ihr[der Gemeinde Kadelburg] erwiesen haben …“ ein eigener Pfarrer angestellt worden war.[17] Es war dies Pfarrer Hoffinger, der von 1832 bis Oktober 1838[18] in Kadelburg wirkte.

Von einer finanziellen Zuwendung wird in dem Dankesschreiben an den Großherzog

[„Durchlauchtigster Großherzog, Gnädigster Fürst und Herr!“], das der „evangelische Lehrer und Rathsschreiber Johann


Durchlauchtigster Großherzog,
Gnädigster Fürst und Herr!

Titel des Dankschreibens vom 9.Sept.1832

Zuber“ in schönster Schrift anzufertigen hatte, nichts erwähnt (siehe oben: Denkschrift von Joh. Schmidt).

In den Jahren 2000/2001 wurde diese Kirche – wie eingangs erwähnt – renoviert. Wieder war das u. a. ein Problem der Finanzen. Und so fanden vor Beginn, während und nach der Renovation Benefizkonzerte und -vorträge[19] in der Bergkirche und im Gemeindehaus statt. Spenden wurden gesammelt, um den Eigenanteil an den Kosten aufzubringen.

Heute hat es diese Bergkirche geschafft, weithin bekannt zu werden: Als Vorzeigeprojekt für gelungene Kirchenrenovation und als Denkmal, das zwar alt ist, aber dennoch den Ansprüchen der modernen Zeit genügt. Das ZDF hat sie dreimal zum Schauplatz seiner Sonntagsgottesdienste ausgewählt und den wunderschönen Blick auf den Rhein und das Rheintal von dieser Kirche aus zum Aufhänger gemacht. In ihr finden heute neben den Gottesdiensten Konzerte statt, die großes Interesse finden. Sie ist somit auch zu einem kulturellen Mittelpunkt in dieser Region geworden. Und natürlich steht sie weiterhin für vielfältige Beziehungen zu Zurzach: es gibt immer wieder grenzüberschreitende Events, und sie zeugt für das Dasein einer blühenden Diaspora-Gemeinde im katholischen Gebiet.

Anmerkungen

1 Joh. Schmidt, 150 Jahre Evang. Kirchengemeinde Kadelburg.
2 Sennhauser/Sennhauser/Hidber (Hrg), Geschichte des Fleckens Zurzach, S. 226–231.
3 G.L.A Karlsruhe 229/50333.
4 Grundbuch Kadelburg Bd. II No. 195 v. 14. Juli 1828.
5 Heute: Waldshut-Tiengen.
6 G.L.A. 422 No. 1653.
7 Ebd.
8 Ebd.
9 Ebd.
10 Grundbuch Kadelburg Bd. II No. 187 v. 21. 4. 1828.
11 G.L.A. 422 No. 1653 v. 19. Febr. 1829.
12 Karl Füllemann, Wie die reformierten Zurzacher zu ihrem jetzigen Pfarrhaus kamen. In: Jubiläumsschrift 1974/75 Nr. 12 der Historischen Vereinigung des Bezirks Zurzach, S. 51.
12 Grundbuch Kadelburg Bd. II No. 266.
13 Ebd. No. 242.
14 G.L.A. 422 No. 1653.
15 G.L.A. 229/50333.
16 Ebd.
17 Protocoll des Kirchengemeideraths / Archiv des Evang. Pfarramts Kadelbuch S. 24.
18 Ebd.
19 Gesammelt in: A. u. Th. Kaiser, Kirche von morgen denken, Gütersloh.

Anschrift der Autorin:
Silvia Carmen Baumgartner
Rheinhöhe 23
79790 Küssaberg 1

Franz Falkenstein

Über den früheren Weinbau in der Umgebung von Waldshut am Hochrhein

Und von den Reben im Allgemeinen

Vor 500 Jahren prägten die Weinberge das Landschaftsbild am Hochrhein. Allein bei Waldshut wurde damals weit mehr Weinbau als Ackerbau betrieben. Denn überall wo es der Boden und die Lage zuließ, standen Rebstöcke. Danach verschlechterte sich das Klima allmählich und die beginnenden Bauernunruhen bewirkten miteinander einen Rückzug der Anbauflächen. Schlussendlich verschwanden gleich nach den 2. Weltkrieg nicht nur in Waldshut, sondern auch in der angrenzenden Gemeinde Dogern die letzten Reben. Heute mag man es kaum glauben, dass neben der alten Weinbautradition im benachbarten Klettgau, ebenso die südlichen Hänge zwischen Waldshut und Dogern noch vor etwas mehr als 100 Jahren ein geschlossener Weinberg waren. Aber der Weinstock selbst hat eine noch viel ältere Geschichte.

Reben in der Urzeit

Der Weinstock ist älter als die Menschheit. Schon in geologischer Vergangenheit gab es die Rebe. So fand man in den Schichten aus der Kreidezeit, die sich gegen Ende des Erdmittelalters vor rund 100 Millionen Jahren ablagerten, die ältesten Reste fossiler Rebengewächse. Nur sind in der Region am Hochrhein solche Sedimente nicht vorhanden, weil nämlich seit dieser Zeit der gesamte Schwarzwald Abtragungsgebiet ist. Des weiteren muss es vor 65 Millionen Jahren auf der ganzen Welt eine gewaltige Katastrophe gegeben haben. Dabei sind neben unzähligen Tierarten auch alle Dinosaurier „plötzlich“ ausgestorben und mit ihnen die halbe Pflanzenwelt. Es begann eine neue Epoche, die der Erdneuzeit. Die Säugetiere und die Blattgewächse als Bedecktsamer nahmen dafür in einem relativ kurzen Zeitraum einen gewaltigen Aufschwung. Wenige Millionen Jahre später sind aus den Ablagerungsschichten des Alttertiärs von Nordamerika, Europa und besonders der heutigen arktischen Zone, die zur damaligen Zeit ein wahres „Weinland“ gewesen sein muss, versteinerte Samen vieler Gattungen der Wissen-

Waldshut im 18. Jahrhundert. Gemalt 1926 von Schneider aus Blumberg nach einem Entwurf von Stadtpfarrer Joseph Bieser.
Franz Falkenstein

Der fruchttragende Trieb einer wilden Weinrebe (vitis vinifera ssp. sylvestris) zeigt im Bodanischen Garten in Freiburg (Foto 5. 9. 1992) den Unterschied zu unserer Kulturrebe, nicht nur durch die Blattform und den höchstens 10 mm großen Beeren, die immer locker auf dem Rippenast wachsen, sondern auch durch ihren feuchten Standort und ihrer Zweihäusigkeit.

Foto: Dr. Helmut Prier, Freiburg.

schaft bekannt geworden. Erst vor etwas mehr als 10 Millionen Jahren konnten sich östlich von Waldshut wieder Sedimente mit Pflanzenfossilien ablagern. So entdeckte man zu Stein gewordene Fruchtkerne von Trauben in den so genannten Öhninger Schichten der Oberen Süßwassermolasse auf dem Schienerberg am Bodensee und bei Tägerwilen im schweizerischen Thurgau.

Im Laufe dieser Jahrmillionen entwickelten sich zwei Gruppen von Rebpflanzen; der Feuchtigkeit bevorzugende wilde Weinstock und die Trockenheit liebende Kulturrebe. Sie lassen sich nicht nur durch ihren Standort, sondern vielmehr durch ihre Geschlechtsverhältnisse grundlegend voneinander unterscheiden. Der wilde Weinstock trägt entweder nur weibliche oder männliche Blüten (zweihäusig) und ist zur Befruchtung auf seine Sippschaft angewiesen. Dazu klettern diese bis armdick werdenden Rebenstämme auf die Bäume hoch, wo dann deren kleine Beeren in der Krone reifen können. Unsere Kulturrebe hingegen hat Zwitterblüten, mit denen sie sich gegenseitig selbst bestäuben können.

Doch durch die Kälte der Eiszeiten sind viele Rebarten ausgestorben oder nach dem wärmeren Süden verdrängt worden. In der heute nacheiszeitlichen Wärmeperiode ist der wilde Weinstock wieder durch das Rhonetal über die Burgundische Pforte oder von der Donau her zu uns eingewandert. So sammelten bereits die Steinzeitmenschen die blauen, zuweilen grünfruchtigen Beeren der Wildrebe (Vitis vinifera) in den Auwäldern des Urrheins. Als Beweis fand man ein Stück verkohltes Rebenholz im ältesten Bergwerk Deutschlands, dem Feuerstein-Bergwerk am Isteiner Klotz bei Kleinkems. Genauso wurden am Bodensee beim Ausgraben der etwa 5000 Jahre alten Pfahlbauten viele Traubenkerne entdeckt. Längst aber ist die wilde Weinrebe am Hochrhein wegen der fortschreitenden Veränderung unserer Umwelt und durch die Aufstauung der Kraftwerke gänzlich ausgerottet. Nur noch wenige Exemplare sollen am Oberrhein existieren.

Das Altertum und die Anfänge der Rebkultur

Bestimmt hat irgend jemand vor Jahrtausenden bei der Vorratshaltung von Traubensaft die Entdeckung gemacht, dass mit der Zeit durch die Gärung ein alkoholisches Getränk entstand. Diese Geburtsstunde des Weines war auch gleichzeitig der Startschuss für die rasche Entwicklung der Kulturrebe, welche bis zum heutigen Tag durch Züchtung immer neuer Sorten verbessert wird.

Der Wein ist mit das erste von Menschen erzeugte alkoholische Getränk und wird seit Jahrtausenden von einem besonderen Mythos umgeben. Mindestens 500 mal soll in der Bibel von Reben und Wein die Rede sein. Demgemäß hat bereits Noah nach der Sündflut, so berichtet das alte Testament, als erstes einen Weinberg angepflanzt. Selbst Christus betrachtet sich als Rebstock, wenn er sagt: „Ich bin der wahre Weinstock und mein Vater ist der Winzer. Ein jeden Rebtrieb an mir, der nicht Frucht bringt, wird er wegschneiden und einen jeden, der Frucht bringt, wird er reinigen, dass er mehr Frucht bringt“ (Johannes 15.1). Das erste Wunder, das dieser Sohn Gottes auf Erden vollbrachte, hat er mit dem Wein getan, als er bei der Hochzeit zu Kanaan Wasser in Wein verwandelte. Schlussendlich hat Christus beim zelebrieren des Abendmahles den Wein zu einer sakramentalen Bedeutung erhoben.

Als Kulturpflanze wurde die Rebe bereits von den Sumerern gepflegt und dann über

Ägypten zu den Griechen und Römern gebracht. Im ältesten Rom war der Weinkonsum nur den Männern ab dem vierzigsten Lebensjahr erlaubt. Weintrinkende Frauen verachtete man. Sogar die Todesstrafe wurde im Falle der Übertretung dieses Gesetzes angedroht. Wein war für sie ein Kultgetränk. Erst mit Beginn unserer Zeitrechnung wurden die Trinkgelage ausschweifend.

Gleichzeitig mit der Ausdehnung des Römischen Reiches verbreitete sich auch der Weinbau über Europa. Schon Gaius Iulius Caesar (100–44 v. Chr.) verordnete seinen Kriegern, auf Feldzügen täglich eine zugewiesene Ration Wein zu trinken, damit sie mutiger im Kampf und widerstandsfähiger gegen Krankheiten werden. (Später befahl auch Napoleon aus dem selben Grund seinen Soldaten das Weintrinken, denn „Essig" tötet Krankheitskeime ab). Um aber die langen und beschwerlichen Transportwege aus Rom zu vermeiden, baute man die Reben im besetzten Land an. Als Beleg für den frühen Weinbau in unserer Region dienen die in Basel gefundenen Traubenkerne von Kulturreben aus altrömischer Zeit. Ebenso beweist der Fund eines Weinaufbereitungsgeschirrs, dass hier die Römer am Hochrhein schon Wein tranken. Nämlich 1992 fand man auf der Gemarkung Dogern, oberhalb Kiesenbach, den Bronzegriff eines römischen Weinsiebes. Auch das dazugehörige Sieb war in der Nähe gefunden worden, weil es aber zerdrückt war, hatte man es nicht aufbewahrt. Der Fund gehört zu einer Kelle-Sieb-Garnitur aus dem 3. Jahrhundert. Das Sieb diente zum Abseihen von angesetzten Kräutern, denn der saure Wein, welcher bei uns wuchs, ist durch Würzen und Süßen schmackhaft gemacht worden. Es war die Rebsorte „Vitis Albuelis", welche die Römer hier angepflanzt hatten und als „Elbling" bis in die jüngste Zeit verbreitet war.

Überall dort, wo Legionäre stationiert waren und das Klima es einigermaßen zuließ, schossen die Rebstöcke bald wie Pilze aus dem Boden. Im Rom befürchtete man deswegen eine starke Konkurrenz aus dem Norden. Daher ließ der tyrannische Kaiser Domitian (81–96 n. Chr.) im besetzten Land alle Reben ausreißen und verbot bei Todesstrafe jede Neuanpflanzung. Erst 200 Jahre später hob Kaiser Probus (276–282) n. Chr.) dieses Verbot auf. Wir danken es ihm heute noch, wenn wir uns zuprosten.

Das Bruchstück eines Bronzegriffes, welches 1992 auf der Gemarkung Dogern gefunden wurde (J. Hessel) und zu einer römischen Wein-Kelle/Sieb-Garnitur aus den 3. Jahrhundert gehörte. Franz Falkenstein

Bei uns am Hochrhein wurde aber schon in vorrömischer Zeit Wein getrunken, wie Funde in einer Rheinschleife gelegenen Halbinsel Schwaben, dem keltischen Oppidum von Jestetten-Altenburg, beweisen. Denn bei Ausgrabungen in dieser einst stadtähnlichen Befestigung fand man bis jetzt weit mehr als 10 000 (!) mediterrane Amphoren-Bruchstücke aus der Zeit etwa 200 v. Chr., die von einem erheblichen Tauschhandel mit südlichen Ländern zeugen.

Das Mittelalter bis zum 17. Jahrhundert

Die beginnende Rebkultur wurde in den Wirren der Völkerwanderung von neuem zerstört. Bier war zum üblichen Getränk geworden. Doch die Sendboten des christlichen Glaubens brachten den Weinbau abermals zur Blüte. Denn die missionierenden Mönche brauchten viel Wein für den Gottesdienst, weil damals auch die Gläubigen beim Abendmahl davon tranken. Bald waren alle Klöster mit Rebflächen begütert. Aus jener Zeit, im Jahre 885, erhalten wir für die Region um Waldshut die erste urkundliche Erwähnung von einem Weinberg in Kuchelbach (Chuchelbacharro) bei Birkingen, wo ein Weingarten als Schenkung in den Besitz des Klosters St. Gallen überging.

Waldshut mit seinem Rebenhang um 1890, vom Haspel aus gesehen. In der Bildmitte die im Jahre 1890 erbaute und 1976 für die Krankenhauserweiterung wieder abgebrochene evangelische Kirche. Am rechten Bildrand die ehemalige Waldschloß-Brauerei, wo heute der Neubau des Landratsamtes steht. Franz Falkenstein

Die ersten größeren Besitzwechsel der Klöster fanden im 13. Jahrhundert statt. Viele Adlige und Bürger wollten ebenfalls Weinberge ihr Eigen nennen. So trugen auch die weltlichen Herren zum Anbau und Pflege des Rebstocks bei. Der Wein wurde zum Volksgetränk und praktisch dem täglichen Brot gleichgestellt. Er war nicht nur ein Berauschungsmittel, sondern zugleich Medizin für allerlei Beschwerden. Der Handel mit Wein erreichte eine immer größere wirtschaftliche Bedeutung. Selbst Strafen wurden mit Wein bezahlt und Arbeiter damit entlohnt. Der Wein rann wohl in heute unvorstellbaren Mengen durch die durstigen Kehlen. Wasser tranken nur die Ärmsten der Armen und Zuchthäusler, denn dies galt als Schande und war ein Zeichen für größte Armut und Entbehrung. Daher rückte der Weinbau ständig in immer höheren Lagen vor. Schon im 14. Jahrhundert lag Waldshut „mitten in den Reben“ und deren Stift besaß sogar in Nöggenschwiel und Waldkirch, auf über 700 Meter Höhe, größere Weingärten. Nicht viel weniger wurde damals in der heutigen Doppelstadt von Waldshut, in Tiengen, Weinbau betrieben. Vermutlich war es früher viel wärmer als heute. Um 1500 soll jedenfalls, wo es das Klima gerade noch zuließ, das gesamte Hochrheingebiet mit Reben bepflanzt gewesen sein. In der Reformationszeit, als viele Klöster aufgehoben wurden, sind abermals Rebflächen an das Bürgertum übergegangen.

Im 17. Jahrhundert wurde der Weinbau deutlich rückläufig. Es waren nicht nur die Folgen einer Klimaverschlechterung, des Dreißigjährigen Krieges (1618–1648), später wegen der Salpetererunruhen, welche die Blüte des Weinbaus vernichteten, sondern vielmehr eingeschleppte Rebschädlinge, Weinstockkrankheiten und zu hohe Steuern brachten dem Winzer keinen Verdienst mehr. Auch ein veränderter Trinkgeschmack zwang den Weinbau erneut zum Rückzug. Neben Tee, Kaffee und Obstmost wurde Bier wieder zum Volksgetränk.

In neuerer Zeit

Im Großherzogtum Baden gehörten die Weinberge des Amtsbezirks Waldshut bis nach

dem Zweiten Weltkrieg zum Weinbaugebiet „Oberes Rheintal“. Die westliche Grenze war etwa die Alb, denn der raue Hotzenwald ist für den Weinstock ungeeignet. Im Osten ging der Bezirk bis nach Schaffhausen. Jenseits dieses Ortes fing das Weinbaugebiet „Seegegend“ an. Das Obere Rheintal war nicht nur das südlichste, sondern auch das höchstgelegene Weinbaugebiet in Deutschland. Die höchste Lage konnte die Gemeinde Hintereichberg mit 595 m Höhe für sich verbuchen. Dogern hatte dagegen die tiefstgelegenen Rebstücke in seiner Gemarkung. Der Waldshuter-Wein war zur damaligen Zeit wenig bekannt, weil er kaum ausgeführt wurde. Vielmehr konnten die Erträge in der näheren Umgebung, dort wo das Klima für den Weinbau zu kühl war, abgesetzt werden. Deshalb fand das Obere Rheintal auch wenig Beachtung in der Wein-Literatur.

Der Weinbau im Oberen Rheintal verlor seit der Mitte des vorletzten Jahrhundert immer mehr an Rebfläche. Dennoch wurden nach offiziellen Angaben im Jahre 1844 von den 25 Rebbaugemeinden im Amtsbezirk Waldshut 1,11 Millionen Liter Wein gepresst. Am häufigsten ist damals die Elbling-Rebe oder der Schenkenberger (Gutedel), auch Krachmost genannt, neben der geringen Hintsch- (oder Heunisch) Traube angepflanzt worden. Daraus gab es oft einen „Wein zum Weinen“, auch deswegen, weil der junge Wein im Winter in den oft zu kühlen Kellern lagerte und so den biologischen Säureabbau hinderte. Schuld am schnellen Rückgang waren nicht alleine die veralteten Rebsorten, sondern auch wie man in einem Protokoll einer Dorfbereisung von Dogern nachlesen kann: „Die Rentabilität des Weinbaus in Dogern dürfte mit dem Entstehen der Eisenbahn (1856) in Frage gestellt werden, da der Wein nicht so gut wird, dass ein besserer nicht wohlfeiler anderswo bezogen werden könnte“. Hinzu kam schließlich noch ein verstärkter Mangel an Arbeitskräften. Die Frauen, welche hauptsächlich die Arbeit im Weinberg verrichteten, gingen lieber in die aufblühende Textilindustrie, wo sie mehr verdienen konnten und einen sicheren Arbeitsplatz hatten.

Feinde des Weinstocks

Der Winzer ist von schier unglaublichen Widrigkeiten umgeben. Schon eine einzige Frostnacht kann ihn um den Lohn seiner harten Arbeit bringen. Besonders im vorzeitigen Frühling gibt es immer ein Bangen und Hoffen. Man hatte früher sogar bei drohendem Frost in der Nacht die Kirchenglocken läuten lassen, um dann aus feuchtem Brennmaterial ein rauchendes Feuer zu entfachen, das die Gefahr eindämmen sollte. Überhaupt wurde zur Abwehr gegen die gefürchteten Nachtfröste zu allen Zeiten oft Kurioses unternommen. Ein Beispiel dafür soll die Aufzeichnung des Dogerner Schulhalters und späteren Hirschenwirts Leonhard Gamp (1757–1830) wiedergeben:

„Der Monat April 1819 hat mit sehr lieblichem Sommerwetter angefangen. Nur mangelte man Regen. Die Weinreben, Obstbäume, Früchte etc. alles stand in sehr gutem Ansehen.

Montag, den 26ten, da man wegen dem Markusfest mit Kreuz und Fahnen nach Waldshut ging, verspürte man schon einen starken, kalten Oberwind, welcher fortwährend bis Mittwoch in der Nacht, vom 28ten auf den 29ten April, allwo derselbe sich setzte und eine Kälte mit Gfrieren einrückte. Kurz, man hatte geglaubt, er habe die Weinreben nebst Nuß- und andern Obstbäumen gänzlich genommen. Glücklicherweise aber ist alles schön trocken. Und am 29ten, früh sieben Uhr kam der Oberwind wieder.

In Dogern wurden deswegen durch die Ortsvorsteher drei Betstunden angeordnet, und zwar am 29ten früh von vier Uhr bis sieben Uhr, jede mit drei heiligen Rosenkränzen, in folgender Reihenfolge gebetet: Von vier bis fünf Uhr das Oberdorf, von fünf bis sechs Uhr das Unterdorf, von sechs bis sieben Uhr die Gemeinde Kiesenbach.

Die benachbarten Klingnauer (auf der Schweizer Rheinseite) haben für ihre Reben offenbar nicht gebetet, sondern vom 28ten auf 29ten gegen die Kälte alle Anstalten getroffen. Es sollen über dreihundert Feuer allda aufgemacht worden sein. Viele sollen die jungen Weinreben teils mit Mist, teils mit alten Lumpen, teils mit Schindeln, teils mit Papier eingemacht haben. Aber alles umsonst! Es hat im dortigen Weinberg ein Drittel im Durchschnitt genommen.

Für die Dogerner Reben haben die Ortsvorsteher am 30ten wieder eine Betstunde

Eine Landkarte in Aquarell über die einzelnen Weinbaugebiete in Baden und Schwaben weist ganz im Süden auch auf den „Waldshut-Wein" hin. Zum voll ausgeschriebenen „Waldshuter-Wein" hat es aus Platzgründen auf dem flatternden Band wohl nicht mehr gereicht. Als „Wahrzeichen" für die Stadt ist die evangelische Kirche gewählt worden, die 1976 abgerissen wurde, statt das Symbol der Stadttore. Zudem ist diese Karte 1935 in den „Velhagen & Klasings Monatshefte" mit dem Titel „Geländemarsch nach der Weinkarte" in einer Zeit erschienen, als schon längst kein Waldshuter-Wein mehr angebaut wurde.

Franz Falkenstein

Ein Blick vom Bürgelrain zum Rüttibuck (rechts), dem ehemaligen Weinberg und nach Dogern im Rheintal. Im Vordergrund rechts, der Weihermatthof von 1849. Franz Falkenstein

angeordnet. Als es trotzdem schien, dass die Nacht zum 1. Mai gefährlich werden könnte, haben sie dieselben Maßnahmen wie die Klingnauer und überdies die so genannten Ruten im Wasser gedünklet und benetzet. Plötzlich ist über den Weinberg ein Nebel gekommen, welcher zwar nicht lange anhebte, allein von einem Schaden im Dogerner Rebberg kann man nicht sagen. Es war glücklich abgeloffen. In Waldshut, im alldortigen Weinberg hatte es weit mehr genommen und beschädigt. Einige haben gesagt, es wäre gewesen, als ob sich der Nebel nur über dem Dogerner Rebberg erheben wollte". Die Dogerner betrachteten dieses Geschehnis noch lange als ein kleines Wunder, wo sie doch mit ihrer Fürbitte erhört wurden und dafür als einzige vom Frost verschont geblieben sind.

Sind endlich die gefürchteten Frostnächte überstanden, lauern bereits andere Gefahren auf den Weinstock. In früheren Zeiten waren es auch, man kann es heute kaum glauben, verheerende Einfälle von Heuschreckenschwärme, die in Nu alles Grün abfraßen und nur noch die nackten Stöcke zurückließen. Alleine zwischen 1330 und 1388 sollen diese gefräßigen Tiere 18 mal Mitteleuropa heimgesucht haben, so die Chronik der Stadt Schaffhausen. Auch im 9. Jahrhundert fanden zahlreiche Invasionen von Wander-Heuschrecken statt. Das zeigt doch, dass diese südländischen Insekten im Mittelalter bei uns ein wärmeres Klima vorfanden. Außerdem überrollte parallel zu diesen Plagegeistern eine Pestwelle die Menschen in ganz Mitteleuropa.

Nicht nur Heuschreckenschwärme können die Ernte vernichten, sondern auch in Scharen einfallende Vögel verursachen gewaltige Schäden an den reifen Trauben. Der „Trübel-Hüeter" hatte einst große Mühe, die hungrigen Schnäbel vom Aufpicken der süßen Beeren abzuhalten. Heute sorgen aufgespannte Netze in den Weinbergen für einen besseren Erfolg und gleichzeitig bremsen sie bei einem Hagelwetter den Aufschlag der Körner ab.

Aber ein noch viel größerer Feind im Weinberg war (?) ein winziges Insekt, die uns allen bekannte Reblaus. Sie wurde mit amerikanischen Rebensetzlinge im Jahre 1860 nach Frankreich eingeschleppt, von wo sie infolge

ihrer raschen Vermehrung auch bald unsere Region erreicht haben und das Wurzelwerk der heimischen Weinreben zum Absterben brachten. In manchen Gegenden sind von ihnen ganze Rebflächen total zerstört worden. Die befallenen Weinstöcke mussten daher sofort vernichtet werden. Dazu wurde eine strenge Meldepflicht eingeführt. Um endlich den Parasiten Herr zu werden, sah man sich gezwungen, unsere europäischen Arten auf reblausresistente Urreben aus Amerika als Unterlage aufzupfropfen.

Weitere tierische Schädlinge kommen hinzu, wie die Schildlaus, der Sauerwurm oder die Weinblattmilbe, um einige zu nennen. Aber nicht nur die Beeinträchtigung der Umwelt und tierische Übeltäter können den Ertrag mindern. Zu ihnen gesellen sich noch allerlei Pilzkrankheiten, wie der Wurzelschimmel, der Äscherich (Mehltau), der Schwarze Brenner oder die Blattfallkrankheit, die ebenso fast allesamt aus der Neuen Welt zu uns eingeschleppt wurden. Dagegen half oft nur noch das Spritzen mit Kupfervitriol oder das Bestäuben mit Schwefel.

Sind die Trauben endlich gepresst und der Saft ins Fass gefüllt, lauern die letzen Feinde vor dem fröhlichen Weingenuss. Schon beim Keltern können kleinste Verunreinigung in den Behältern die eingeschleppten Bakterien den Wein auf verschiedene Art und Weise ungenießbar machen. Selbst der Luftkontakt kann den Alkohol im Wein oxidieren lassen und ihn dann schnell in Essig umwandeln.

Vom „Schönen“ des Weines

Wie vieles andere ist auch der Weingenuss der Mode unterworfen. Einmal muss er lieblich, das andere mal trocken sein. Nur gelingt es nicht immer, aus den gepressten Trauben den gewünschten Wein herzustellen. Daher hat man es seit jeher versucht, den Wein durch „Schönen“ (Pantschen) dem Zeitgeist anzupassen oder ein missratener genießbar zu machen, um so seinen Tausch- oder Verkaufswert zu heben. Zeitweise entstand daher ein wahres Fälschergewerbe. Schon in der Antike wurde Honig oder Kräuter zum besseren Geschmack beigegeben. Der im Mittelalter hergestellte Wein war oft von schlechter Qualität, weil die Lese allgemein zu früh stattfand. Man erstrebte vor allem eine große Menge zu erzeugen, da aller Wein einheitlich nach dem Weinschlag (Weinpreis) verkauft wurde. Dem sauren Wein hatte man gelegentlich auch ungelöschten Kalk zugegeben, um seine Säure zu binden, was natürlich streng verboten war. Aber zu den gefürchtesten Weinfälschungen gehörte, wenn Blei oder deren Verbindungen in die Fässer gelegt wurden, damit’s ein delikater Tropfen wird. Dieser Wein, so wird bemerkt, „bringt die Gesundheit in große Unordnung“ und man habe damit einen langsamen Tod eingeflößt. Solche Maßnahmen wurden als Weinfälschung hart bestraft und den „hartnäckigen Weinverbesserer“ drohte sogar die Todesstrafe. Heute wird dem Wein mit zu hoher Säure, gelegentlich auch zur Vermehrung, Wasser und Zucker zugesetzt. Und in jüngster Vergangenheit sind uns die Fälle mit dem Frostschutzmittel Glykol bestimmt noch bekannt.

Auch der bereits oben erwähnte Leonhard Gamp, Hirschenwirt von Dogern, hatte aus dem 18. Jahrhundert einige Rezepte zur Weinverbesserung in seinen Aufzeichnungen der Nachwelt übermittelt:

1. Wenn der Wein keine schöne Farbe hat.

„So machet man von frischem Weißbuchenholz, wenn die Rinde weggeputzt ist, dünne Späne mit dem Hobel oder Ziehmesser, so viel man will, je nachdem das Faß groß oder klein ist, thut selbe in das Faß bei dem Thürle, macht selbes gut zu. Wenn dieses geschehen, so wird der Wein darin gethan und eine kurze Zeit liegen lassen“.

2. Wenn der Wein trüb ist.

„So nimm auf ein Saum von sieben Eier das Weiß, welches muß wohl geklopft sein, auch Aschen vom Rebholz, welches wieder wohl muß gerühret sein, ehe man es in das Faß thut. Wann es in dem Faß ist, so nimm ein Rührscheit und rühre eine Stund, bis der Schaum zum Spundloch hinausfahrt.“

3. Für schweren Wein.

„Nimm ein Pfund Kleien von süßen Mandeln, zwei Hände voll trockenen Rheinsand, das zusammen in den Wein gethan, das Faß

umgetrieben oder umgeströllet, bis der Wein steiget, so ist dem Wein geholfen."

4. Für abstehenden Wein.

„Nimm eine Zitrone, die muß dick geschält werden, die spicke mit 12 Nägelin (Nelken), hänge solche in Mitte des Fasses 24 Stund lang. Wenn das Faß aber 2 Ohmen haltet, muß die Zitrone zweimal 24 Stund darinnen lassen. Darnach wird sie herausgenommen."

5. Wenn der Wein nach dem Faß riecht.

„Nimm für 15 Schilling Vanillen, verstoße solche u. thu darzu 1 Loth zerriebene Muskatnuß und zwei Handvoll Rheinsand, alles in das Faß geschüttet, brav herumgerühret, zweimal 24 Stund stehen lassen, dann den Wein abgezogen."

6. So ein Wein stinket.

„Nimm Fichten- oder Fohrenholz, das voll Harz ist, zünde es an, darnach thu es also brennend in das Faß, so nimmt es allen bösen Geruch oder Geschmack hinweg."

7. Einem grauen oder anderen übelriechenden Wein zu helfen.

„Nimm, nachdem solcher Wein wiederum in ein anderes Faß abgelassen, Weingrüne, mach daraus zwei oder drei Schlangen, auf die Art, wie man auf Fronleichnamstag die Kränz um die Fahnen zu machen pflegt, mach oberhalb ein Faden oder Schnur daran, thue eine nach der andern in das Faß hängen, oberhalb bei dem Spund kann ein Nägele geschlagen werden, damit man solche anhängen kann. Hernach thu auf den Spunden frischen Wasen oder auch von einem roggenen, unausgebackenen, frischen Laib Brot. Dieses wird etlichemal nacheinander getan, je nachdem es die Noth erfordert, auch kann nach der Handlung der Wein nach Gutdünken wieder abgelassen werden."

8. Dem Wein die Säure zu nehmen.

„Man nimmt schönes Haselholz, schabe die Rinde davon, schneide dieses Holz zu dünnen Spänen mit dem Hobel oder Ziehmesser. Darnach thut man die Späne in einen Kessel oder Hafen und läßt sie ein wenig sieden. Wenn selbe einen kleinen Sud haben, werden sie mit der Schaumkellen ausgezogen, mit kaltem Wasser abgekühlt, darauf in ein Zeinen oder Korb gethan und abtropfen lassen. Wenn sie abgetropft sind, werden sie in das dazu bereitete Weinfaß gethan, bis es bereits voll ist. Darnach tut man den sauren Wein daran, bis das Faß angefüllt ist und läßt ihn etliche Tage ruhen."

9. Aus hiesigem Landwein ein außerordentlich guten Wein zu machen, den man vornehmen Leuten aufwarten darf.

„Man nimmt den Wein in ein Fäßle, thut ihn bei der großen Kälte in den Garten oder ihn anderen Ort, wo er gefriert. Wenn man vermeint, es sey alles zugefroren, sticht man denselben an. Und was nicht gefroren, thut man in ein Geschirr und macht ihm ein Zuckerfarb darein von weißem Zucker. Wenn er recht gefroren ist, so sticht man das Fässel an in der Mitte und zieht den Geist ab, thut ihn in ein Fässel, Flaschen oder Schlegel und wird in die Kühle in den Sand gelegt. Wenn er nur ein viertel Jahr gelegen, ist er ein vortrefflicher Wein. Man wird nicht erkennen, was er für ein Wein ist."

Der Weinzehnt

Die größte Last für den Weinbauer war von jeher der Zehnt. Die meisten Rebberge unserer Landschaft waren abgabenpflichtig. Wurden aber zwischen den Rebstöcken noch andere Früchte, wie Obst, Bohnen oder Kraut angepflanzt, waren diese meist zehntfrei. Dieses Privileg sah der Grundherr nicht so gerne, weil dadurch Nährstoffe aus dem Boden gezogen wurden, die dann dem Weinertrag fehlten. Ursprünglich verlangte nur die Kirche den zehnten Teil vom Ertrag der Äcker und des Viehnachwuchses zum Unterhalt der Pfarrer sowie für Almosen an die Armen und zur Kircheninstandsetzung. Die Geistlichkeit vergaß aber nie auf diese Verpflichtung hinzuweisen. Wer der Aufforderung nicht nachkam, dem drohte der Ausschluss aus der Kirchengemeinschaft, was für den Betroffenen damals eine äußerst harte Strafe war.

Mit der Zeit ist durch Schenkungen, Verkäufe, Erbschaften oder Verpfändungen der Grundbesitz in einer Gemeinde arg zersplittert

worden. Es waren dann nicht mehr allein die Klöster und Pfarreien, sondern auch weltliche Grundherren, die ihren Anteil verlangten. Besonders drückend empfanden die Bauern die Last des Zehnts meist dort, wo die Pflege der Rebstöcke besonders viel Arbeit abverlangte.

Ursprünglich war es üblich, den Zehnt vom Rebland in Form von Trauben abzugeben. Diese wurden von so genannten Zehntknechten eingesammelt, die eigens dafür vom Zehntherr auserwählt und vereidigt waren. Doch das Zusammentragen der Trauben machte viel Mühe und Arbeit. Die Herrschaft konnte das dazu notwendige Personal oft nicht auftreiben, wenn überall die Lese gleichzeitig begann. Als beim Herbsten die Zehntknechte nicht gleich erschienen, um die Ernte zu messen, warfen die erbosten Bauern gelegentlich den Anteil des Grundherrn einfach auf den Boden. Dabei kam es ab und zu vor, dass die Früchte verdarben, bevor sie gepresst wurden. Die Beschwerden und Klagen der Zehntherren nahmen kein Ende. Trotz immer neuer Vorschriften erreichten sie keine nachhaltige Besserung. Schließlich verlangte man in den einzelnen Gemeinden, mit der Lese gleichzeitig zu beginnen, ohne Rücksicht darauf, ob in allen Lagen die Trauben reif waren oder nicht.

Der Kübelschwank

Waldshut hatte sich seit 1465 verpflichtet, dem Schweizer Nonnenkloster Königsfelden als Patronatsherr den Weinzehnt zu geben. Aber auch Rebbauern aus Dogern, Kiesenbach, Gaiß und Eschbach waren dorthin abgabenpflichtig. Das Kloster Königsfelden wurde 1528 vom Stand Bern aufgehoben, der ohnehin schon ihr Schirmherr war.

Die Abgabe in Form von Trauben war für den Grundherrn recht unbefriedigend. Daher ersann er endlich, der besseren Überwachung wegen, den Zehnt in Wein direkt von der Kelter weg zu erheben. Doch die Rebbauern von Waldshut beklagten sich 1647 bei ihrem Zehntherr „Hans Georg Im Hoof, des Gr. Rahts Löbl. Statt Bärn, dermahlen Hofmeister zu Königsfelden“, über diese Neuerung, sie seien nicht gewillt, auf ihre Kosten „die Trauben in die Trotte zu tragen, zu treten, abzudrücken und den getrübten Wein bis ins Zehntfaß zu liefern“. Bald einigte man sich auf eine neue recht ungewöhnliche Abgabeform, den so genannten „Kübelschwank“. Man nahm dazu einen „zehentmäßigen Zehndt-Kübel“, steckte durch die Handhabelöcher einen Stecken und hängte ihn quer über einen großen Zuber. Danach diesem „einen ehrlichen Schwanckh geben lassen wolle, nit zu stark, sondern wie es recht sey, und das, was sodann durch diesen Schwanckh herausgeschwenkt werde, dem Zehntgeber verbleiben soll, der übrige, in dem Kübel bleibende Most aber dem Closter Königsfelden seyen solle und ist in das Zehntfaß zu schütten“. Dieser Vorgang brachte offenbar viel Belustigendes mit sich und wurde so oft wiederholt, bis aller Zehntwein gemessen war. Dem Kübel den richtigen Schwank zu geben, war nur einer vereidigten Person, meist dem Trottmeister, erlaubt, und musste deshalb zuvor „mit aufgehebten Schwerfingern zue Gott dem allmächtigen einen leiblichen Eyd schwören, daß er diesem währenden Herbst muß ein treuwer und fleißiger Diener sein“.

Im Jahre 1684 verkaufte der Kanton Bern „von unsers Standts erachtenden besseren nutzens wegen“ alle Rechte des Klosters Königsfelden an den Stift St. Blasien. Bis dahin hatte man es mit dem Kübelschwank nicht so gewissenhaft genommen. Jetzt aber war der Grundherr ganz in der Nähe und bemerkte bald den Betrug. St. Blasien entsandte deshalb gelegentlich Kontrollen. Als dabei ein Trottmeister ertappt wurde, wie er den Kübelschwank zu stark machen wollte und ihn der Kontrolleur auf seinen Treueeid ermahnte, bekam dieser zur Antwort, er wüßte seine Pflicht wohl und handle „anderst nit, denn nach alter Übung wäre solches ihm von seinen Voreltern her erzehlet und übergeben worden“. Auch die Lehenbauern nahmen es mit der Treue nicht so genau und versuchten den Grundherrn zu schädigen, wo es nur ging. Dies fing schon bei den von der Obrigkeit gestellten Rebsetzlingen für die Nachpflanzungen an, welche sie, trotz angedrohtem Verlust des Bürgerrechts, „zum höchsten Nachtheil der lieben Nachkommen in die Frömbde verkauften“.

Am 9. November 1724 untersagte das Kloster Blasien die Benutzung des Kübel-

Der kegelförmige Hausberg und schöne Aussichtspunkt von Dogern, der Bürgelrain, war noch vor über 100 Jahren völlig mit Reben bedeckt. Die Waldshuter nennen diese Bergnase aber „Kreuzberg“, nach dem Kreuz, das den Gipfel krönt. Das Gebäude im Vordergrund war bis 1908 die „Äußere Trotte“ von Dogern und dient heute als Wohnsitz des Autors. Franz Falkenstein

schwankes und wollte auch, wie bei allen anderen Früchten, den zehnten Teil haben. Weil man dieser Anordnung aber keine Beachtung schenkte, verbot der damalige Waldvogt in Waldshut, Beck von Willmendingen, bei Strafe von 100 Thalern jeden weiteren Gebrauch. Am 10. September 1729 beschwerten sich daher die Gemeinden Dogern, Eschbach, Gaiß und Kiesenbach „aller unterthänigst“ bei „Ihro Mayestät“ in Wien, „dem allerdurchleuchtigsten Röm. Kaiser, König. Landesfürst und Herr, Herr“. Mit „wehmütiger und betrübter Feder“ trugen sie in einem langen Brief vor, was für ein Unrecht ihnen geschehen sei und wie sie in völligen Ruin stürzen würden. Weil das Gotteshaus beim Zusammentragen der „Zehndt-Treübel grosse Miehe undt arbaith“ gehabt hätten, sei ein Vergleich dahin abgeschlossen worden, anstatt der Trauben in Zukunft nur deren Saft zu geben. Man habe sich daher auf den Kübelschwank geeinigt. Das Stift St. Blasien wolle aber hierauf nicht eingehen „weil es wohl wüsste, dass unsere Schrift undt Briefschaften vor 24er Jahren (1705) zu Leibstet in der Schweitz layder völlig verbrannt worden“. Und so habe St. Blasien sie „mit abforderung erstgenannter verbranntes documentorum noch weithers amusiren wollen“. Alle seien „so lang Königsfelden das Closter es vndt dann auch der hohe Canton Behrn die Rechte inngehabt“ hätten, mit dem Gebrauch des „Kübelschwanckhs“ zufrieden gewesen. Die Klagen der Untertanen fanden Gehör beim Kaiser. Im Jahre 1731 einigten sich das Kloster St. Blasien und die vier Gemeinden, dass anstelle des „Kibelschwanckh“ fortan nur noch der zwölfte Teil als Weinzehnt an den Stift abzuliefern sei.

Aber der Weinzehnt, als Zwölftel abzugeben, hielt nicht lange stand. Bald bewirkte die fürstlich sanktblasianische Amtsverwaltung einen neuen Vergleich, nämlich den elften Teil. Dies bedeutete dann zehn Kübel Wein für den Rebbauern und den elften für den Zehntherrn. Die Waldshuter hingegen mussten den zehnten Teil ihres Ertrages abgeben. Jedoch bekamen sie nach einem Abkommen dafür das Sonderrecht, „daß jeder Rebmann welcher Wein-Most pflanze, die Gelegenheit habe, 2 Logelen (auch Lägelen

oder Legelen = Messbehälter) welche jede 57 Maas (oder Maß, je 1,5 Liter) halten dürfe, dieselbe vorweg anfüllen, bekomme er nicht mehr als 114 Maas so gebe er keinen Zehnt, bekomme er aber dann mehreres, so werde dann der Zehnt vom Wein gegeben".

Die Ablösung des Weinzehnts

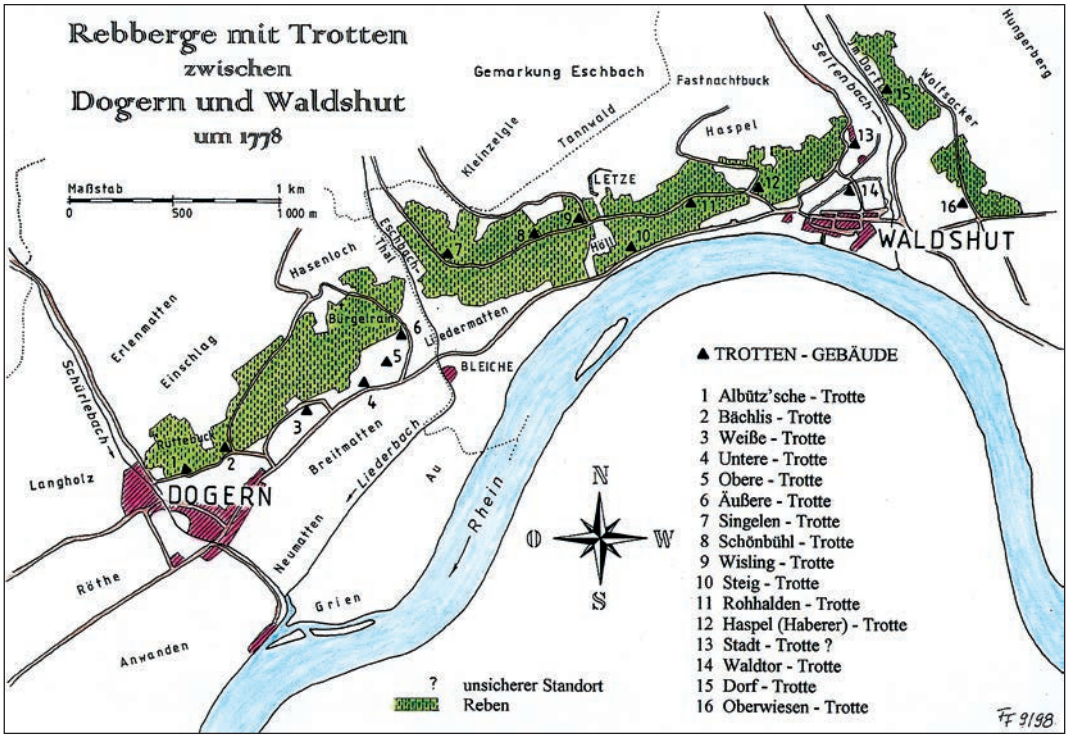
Als am 10. Oktober 1806 das Kloster St. Blasien, wie viele andere Klöster auch, durch die Resolution des Großherzogs Karl Friedrich von Baden aufgehoben wurde, begann man schleunigst damit, den Zehnt in einfachere, weniger drückende Abgaben zu verwandeln. Der erste Vorschlag zur Beseitigung speziell des Weinzehnts fällt in das Jahr 1810. Die gesamte Entwicklung des Ablösungsgedankens bis zur Vollendung des Zehntablösungsgesetzes benötigte noch 23 Jahre. Es ist zu kompliziert, um hier auf das Ablösungsverfahren einzugehen, wie der Zehntherr entschädigt wurde und was der Zehntpflichtige zu zahlen hatte. In vielen Gegenden machte der Rebbau mit der Zehntfreiheit große Fortschritte. Nur bei uns im Oberen Rheintal gingen nicht nur die Rebflächen, sondern auch die Erträge merkbar zurück.

Waldshut und die Weinsteuer

Wohl das einzige, was vom früheren Weinbau in Waldshut übrig geblieben ist, sind die riesigen gewölbten, zuweilen zweistöckigen Kelleranlagen in den alten Häusern der Stadt. Sie können in etwa angeben, in welch großem Umfang hier einmal Wein gelagert wurde. Um die großen Weinmengen damals an den Mann zu bringen, war es oft nötig, dass ihn die Weinbauern selbst ausschenkten. Ursprünglich bedurfte das einer Genehmigung der Herrschaft. Doch um 1550 konnte jedermann in Waldshut seinen Wein verkaufen. Als Zeichen des Feilbietens hatte man vor dem Haus einen Busch oder „Reifen" mit Blumen oder Reisig an einer Stange gut sichtbar ausgehängt. In diesen so genannten Reifwirtschaften (Straußen) durften aber keine warmen Speisen gereicht, ebenso keine Gäste über Nacht beherbergt werden wie in den Gasthäusern. Nur musste der Weinbauer, „bevor er den Raiff (Kranz) heraus steckht", eine vereidigte Person, den „Umgelder" (Steuereinnehmer), herbeirufen, damit dieser den wohlfeilen Wein maß und danach alle Fässer versiegelte „damit also der Röm. Kayserl. Maj. und hochfürstl. Dchlt. zue Oesterreich unser aller und gdst. Herrschaft wie auch gemeine Statt allhie (Waldshut) in ordentlicher weiss das Umgeld (Verbrauchssteuer, oft auch Ohmgeld genannt) eingezogen und geliefert werden kann". Umgeld ist eine Verstümmelung des Wortes Ungeld, das im ursprünglichen Sinn „ungerechte Geldabgabe" bedeutet haben soll und zwei Mal den Anlass zu blutigen Kriegen gab. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts gab es 23 Reifwirtschaften, gegenüber fünf „geschworenen" Schankwirten (Gasthäuser) in der damals etwa 1000 Einwohner zählenden Stadt Waldshut.

Als der Wein in den Fässern endlich gemessen war, teilte der Umgelder einen kurzen Stock der Länge nach in zwei Hälften auf. Danach schnitt er für jeden errechneten Saum oder Ohm Wein (192 Liter altes Maß, 150 Liter neues Maß) eine Kerbe quer über die beiden zusammen gehaltenen Stockhälften. War aller wohlfeile Wein eingekerbt, behielt der Umgelder und der Wirt zur Überwachung je eine Hälfte des „Kerbholzes", damit man genau ersehen konnte, wie viel Wein bei einer Steuerforderung verkauft war. Jeden Monat kamen die Umgelder mit ihren Ladezettel und Kerbhölzer, um die Verbrauchssteuer abzuholen. Damit das eingezogene Umgeld auch ordentlich verwaltet werden konnte, waren viele vorderösterreichische Beamte nötig. Ihr Oberbeamte war der „General-Maß-Pfennig-Einnehmer".

Ganz andere Rechte und Pflichten als die Gelegenheitswirte in den Reifwirtschaften hatten die Berufswirte in den Tavernen und Wirtshäusern. Sie hatten das so genannte „Schildrecht" und durften „Gäste beherbergen und speisen, metzgen und backen und einen Schild heraushängen". In der Gaststätte durfte der Wirt Fluchen, Schwören, Spielen und „sonstige Liederlichkeiten" auf keinem Fall dulden. Dazu kam noch, dass die Wirtshäuser nur in Orten mit Pfarrkirchen sein durften, damit bei Hochzeiten, Taufen und Beerdi-



gungen sowie weltlichen Veranstaltungen die Gäste bewirtet werden konnten.

Neben den allgemeinen Abgaben bestanden zeitweise noch eine Reihe von merkwürdigen Bestimmungen, die den Weinausschank hemmten. So war während des Gottesdienstes, Rosenkranzes und der Vesper der Ausschank untersagt. Auch verordnete das Waldshuter Stadtbuch von 1553, dass, „wenn das Glögli uf dem Rathaus läutet, darf nichts mehr ausgeschenkt werden". Fremder- oder Extrawein (Wein der nicht aus der Gemarkung Waldshut stammt) „solle von Dogern, Gurtweil und Espach niemand mehr als vier Saum Most ohne Erlaubnis der Oberkaith in die Statt führen, es sey gleich an Schulden oder aus aigenen Güetern, bey Straff von jedem Saum 10 Pfund heller ohnnachlässlich zue bezahlen, undt würdet destweg ordenlich hierüber inquiriert (verhört) werden". Besonders aus allen anderen Orten war es strengsten verboten, den Wein „weder Maaß noch Fläschen noch fäßlewiß" in die Stadt zu bringen. Auch war der Wirt verpflichtet, seinen Wein auf Pfand abzugeben. Wurde dies dem Gast „versait", konnte der Wirt angezeigt werden, so waren an die Stadt und an den Kläger je fünf Schilling „ohne Gnad" zu bezahlen. Das Pfand konnte auch „ohne Gericht" weiter verkauft werden. Der Wirt durfte die Schulden, „wenn der Wein über die strass geholt" wurde, ohne weiteres nach acht Tagen vom Stadtweibel (Polizei) pfänden lassen. 1594 waren die Weinschulden sogar binnen dreier Tagen zu bezahlen.

Der Trunk des eigenen Weines (Hauswein) war steuerfrei. Aber Bürger, die keine eigenen Reben hatten, durften nicht mehr als einen Eimer (12 Liter) Wein „zu seiner Hauses Nothdurft" im Keller haben. Wollte man mehr Wein aufbewahren, so musste er aus dem „Amtskeller" gekauft und versteuert werden. Damit der Obrigkeit nicht all zuviel Umgeld entging, verbot man das Abhalten von Familienfeiern außerhalb von Wirtshäusern.

Auseinandersetzungen mit den Weintrinkern

Schon vor der Einführung des Umgeldes gab es bereits eine Weinverbrauchsabgabe. Als 1469 Erzherzog Sigismund den größten Teil von Vorderösterreich, darunter auch die vier

Waldstädte (Waldshut, Laufenburg, Säckingen und Rheinfelden), an Herzog Karl den Kühnen von Burgund verpfänden musste, hatte dessen Statthalter, der Ritter Peter von Hagenbach (auch „großer Würfler“ genannt), das verpfändete Gebiet auf verschiedene Art bedrängt. Den stärksten Widerwillen handelte er sich allerdings bei den Weintrinkern mit der Einführung des so genannten „bösen Pfennigs“ ein. Somit hatte jedermann für das Maß einen Pfennig Steuer zu bezahlen. Die Münze, von schwärzlicher Farbe, trug das Bild eines Adlers. Doch die Bevölkerung sah darin aber einen Rabenkopf (Rabe = Rappen). Der Rabe bedeutete in der Zeit des Hexenwahns großes Unglück. Daher wollte man, bis endlich alle Hexen ausgerottet seien, überhaupt keine Steuern mehr abgeben.

Der Groll der Leute über diese Anmaßungen wurde so groß, dass sich Sigismund entschloss, das Pfandland wieder einzulösen. Da sich aber Karl der Kühne weigerte, die Gebiete zurückzugeben, kam es zu einem Aufstand. Hierbei wurde der verhasste Ritter von Hagenbach gefangengenommen und anschließend zum Tode verurteilt. Daraufhin wollte Karl der Kühne Rache nehmen, und es kam zum Krieg. Aber 1476 wurde er bei Grandson und Murten geschlagen. Ein Jahr später fiel auch er in einer verlorenen Schlacht bei Nanzig. So gehörte Waldshut, neben anderen Gebieten, nach achtjähriger Burgunder-Herrschaft wieder zu Vorderösterreich.

Mit Beginn des 17. Jahrhunderts herrschten am Hochrhein wiederum schwere soziale Unruhen, und wegen der Pest war ein „groß sterbet“ in der Stadt. Zu sehr waren die Unterschiede zwischen arm und reich. Es kam daher immer schneller zu neuen Spannungen.

Im Jahre 1602 übernahm Erzherzog Maximilian die Regierung der österreichischen Vorlande. Als er 1611 dringend Geld zur Wiedergutmachung von Kriegsschäden benötigte, wurde das Umgeld für ein Maß Wein (1,5 Liter) um einen Rappenpfennig angehoben. Die Waldstädte nahmen die notwendige Verbrauchssteuer an, aber auf dem Lande kam es zu einer großen Unzufriedenheit, zumal ihnen im gleichen Jahr die Ernte durch ein Hagelwetter fast völlig zerstört wurde. Der Wein als Volksgetränk spielte ja eine entscheidende Rolle unter der Bevölkerung. Man versuchte daher mit Regierungsvertretern bei einer Zusammenkunft in Mumpf (Schweiz) zu verhandeln. Doch der Einspruch der 800 versammelten Bauern blieb erfolglos. Ja die Aufwiegler waren deswegen so empört, dass sie zu den Waffen griffen und die abtrünnigen Waldstädte bedrohten. Rheinfelden ist umzingelt worden und den Laufenburgern grub man das Wasser ab. In Waldshut wurden die Bürger der Stadt mit einer Belagerung arg verängstigt. Nur die in der Nähe stationierten Eidgenossen konnten noch durch Vermittlung die Bedrohungen schlichten. Die rebellierenden Bauern mussten dazu den Eid der Unterwürfigkeit leisten und erhielten dafür einen straffreien Abzug. Doch die Steuer blieb.

Infolge der großen Verwüstung durch den Dreißigjährigen Krieg (1618–48) war auch der Höhepunkt des Rebbaus überschritten. Als sich der Weinbau von diesen Kriegsschäden gerade etwas erholen konnte, kam es erneut zu einem Rückschlag. Als nämlich 1688 die Franzosen im Pfälzischen Erbfolgekrieg nach Waldshut kamen, verlangte ihr Kommandant, Graf v. Clermont, von der Stadt die Bezahlung einer massiven Kontribution (Kriegssteuer), da er widrigenfalls den Ort „nit allein völlig verbrennen, sondern auch die Mauern schleifen, die Güter umb die Statt ahn Oppsbäumen und Rebwerkh durch die bereits darzue bestellt vorhanden gewessten Bauren ausrütten und verderben lassen“. Ohnehin wurden zuvor schon von den Soldaten die Rebstecken ausgerissen und als Brennmaterial für ihr Lagerfeuer verwendet.

Gehemmter Weingenuss im Grossherzogtum

So lange es Steuern gibt, wird es für die Betroffenen eine lästige Pflicht bleiben. Auch in der Zeit des jungen Badischen Staates war es ein unliebsames Thema. Als die Stadt Waldshut 1821 zu überschulden drohte, bekam sie das Recht, eine dreijährige Sondersteuer, den sogenannten „Oktroi“ (städtische Verbrauchssteuer für eingeführte Lebensmittel), auf alkoholische Getränke zu erheben. Als sich das Loch im Stadtsäckel nicht schließen wollte, entschloss man sich 1833, das mit der Oktroi zu wiederholen. Doch die Wirte bangten um

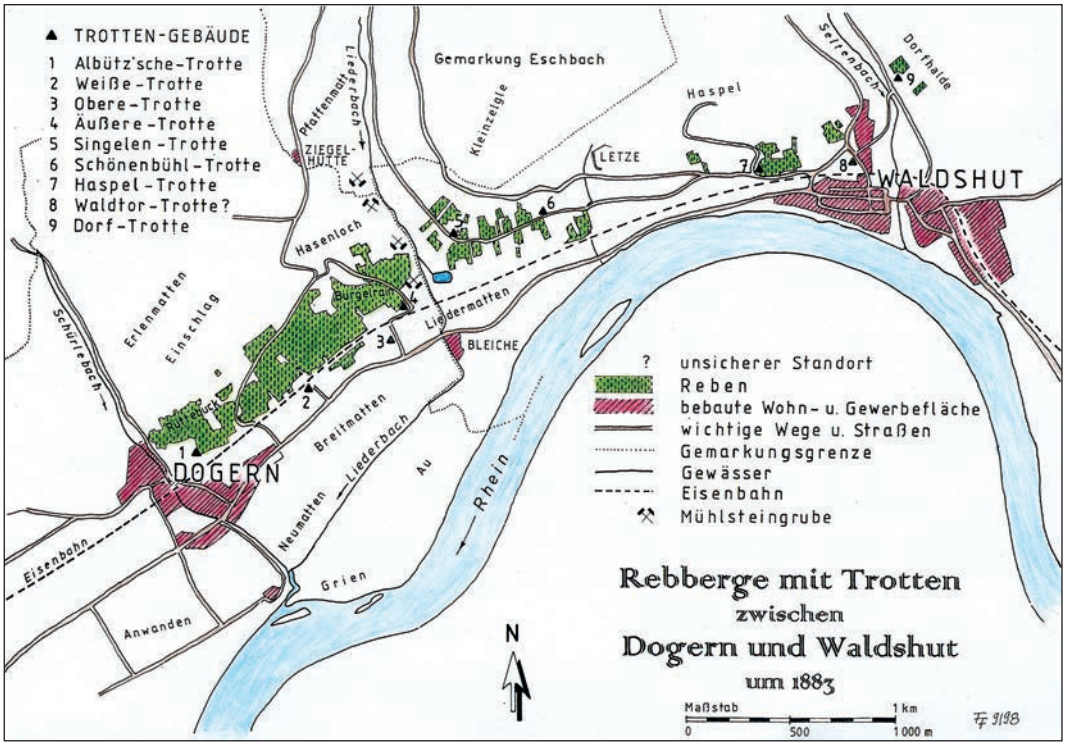
ihren Verdienst und beschwerten sich bei der Regierung in Karlsruhe. Als die Verbrauchssteuer trotzdem bewilligt wurde, wandten sich die Wirte abermals mit einem fast 30-seitigen Brief an das Ministerium. Doch die Beschwerde wurde abgewiesen. So mussten von den 15 Wirtshäusern in der Stadt, sechs wegen Absatzmangel schließen.

Als sich 1848 ein revolutionäre Gedanke vom Mannheimer Rechtsanwalt Friedrich Hecker im Großh. Baden auszubreiten begann, blieb auch die Gegend am Hochrhein nicht ganz davon verschont. Einige mal wurde deswegen über Waldshut der Belagerungszustand verhängt. Als schließlich preußische Truppen in Waldshut einmarschierten, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen, befand sich am 16. Okt. 1849 folgende amtliche Anordnung im „Waldshuter-Intelligensblatt“: „Um 10 Uhr abends sind sämtliche Wirtshäuser im ganzen Amtsbezirk zu schließen. Wer nach dieser Zeit angetroffen wird, wird verhaftet und erhält 14 Tage Gefängnis. Wirte, bei dem nach 10 Uhr Gäste angetroffen werden, dessen Wirtschaft wird geschlossen, er verliert bis auf weiteres das Recht, Gäste aufzunehmen. Dasselbe findet statt, wenn in einem Wirtshaus Freiheitslieder, etwa das Heckerlied, gesungen werden. Sie kommen in das Gefängnis oder vor das Standgericht. Das gleiche gilt für jene, die Heckerhüte tragen. Die Wachen sind angewiesen, jeden festzunehmen, der Lärm macht, die Soldaten sind ermächtigt, sofort von den Waffen Gebrauch zu machen, wenn ihren Anordnungen nicht augenblicklich Folge geleistet wird.“

Noch im letzten Jahrhundert beklagten man sich über „rapide Weinpreissteigerungen“. So sollte 1920 „für den kleinen Mann das Weintrinken unmöglich werden. Ein Elend, wo man hinschaut“.

Die Trotten

Auch der Kelterbetrieb wurde ehemals von der Herrschaft aufs genaueste geregelt. Um dabei die gesamte Weinernte besser unter Kontrolle zu bringen, hatte man meist mitten in den Rebbergen eigens dafür Gebäude errichtet, die sogenannten Trotten. Hierhin wurden die



Das wohl einzige Überbleibsel des Waldshuter Weinberges ist dieses Reb-, besser Laubenhäuschen am sonnigen Südhang hoch über der Altstadt. Franz Falkenstein

gelesenen Trauben in „Bücken“ (Bütten) getragen und in einen kastenartigen Behälter geschüttet, der über einer großen „Stande“ (Zuber) lag und in der Mitte eine verschließbare Öffnung hatte. In diesem Kasten traten dann barfüßige Schulbuben, (sie bekamen dafür drei Tage schulfrei, auch zogen sie zum Treten gelegentlich alte Schuhe an) die Trauben zu Maische, welche dann, bevor die nächste Bücke kam, in die darunter stehende Stande abgelassen wurde. Die Füße und ebenso die Schuhe wurden zuvor sauber gewaschen, was aber nicht immer kontrolliert wurde. Schon Karl der Große verbot diesen nicht gerade hygienischen Vorgang, doch man zerstampfte noch in unserer Zeit so die Früchte zu Maische.

Ursprünglich gehörten die Trotten nur der Herrschaft. Erst später durften auch Privatleute und Gemeinden solche Gebäude besitzen. Schon im 14. Jahrhundert werden für Waldshut fünf Trotten genannt. Alle Zehntgeber mussten ihre gesamte Ernte in eine für sie bestimmte Trotte (Zwing-Trotte) bringen. Wer Trauben mit nach Hause nahm, wurde schwer bestraft. Überhaupt bestand zu allen Zeiten eine strenge Herbstordnung. Auf keinen Fall durften die Weinbauern den Zehnt selbst messen und geben. Hierfür war alleine der Trottmeister, eine vereidigte Vertrauensperson des Grundherrn und seine Knechte zuständig. Wer sich nicht an die scharfen Bestimmungen hielt oder den Grundherrn um den Weinzehnt betrog, musste mit einer hohen Buße rechnen. Deswegen ist 1606 ein Rebbauer „neben 4 tegiger Thurmstraff umb 800 Gulden gestrafft worden“.

Auch 1624 hatte der Trottmeister nach „Der Drottmeister zu Waldshuth Eyd vnd Ordnung“ auf vieles zu achten. Als „Erstlichen“ musste „Ein jeder Drottmeister loben und schweren bei seinen Treuwen an Eydtsstatt, daß er diesen wehrenden Herbst ein gerechter, getreuwer, frommer, aufrechter, fleissiger Diener und Drott-Meister sein und volgende Ordnung vollziehen soll und well:“ Diese hatten insbesondere dafür zu sorgen, dass der Zehnt exakt gemessen und abgegeben wurde, in der Trotte Sauberkeit herrschte, dem „Trottgeschirr kein Schaden widerfahre“ und die Pressbäume vorschriftsmäßig gehandhabt wurden. Den Zehnt hatte man von jedem einzelnen Druck besonders zu messen, so dass der Grundherr sowohl vom Vorlauf als auch vom Nachdruck seinen gerechten Anteil erhielt. Um das Trottengeschäft zu beschleunigen, ist bestimmt worden, dass ein Druck von 11 bis 12 Saum 15 bis 16 Stunden, ein mittlerer Druck von 6 bis 7 Saum 11 bis 12 Stunden und ein kleiner Druck von 4 bis 5 Saum 7 bis 8 Stunden als Höchstzeit unter dem Trottbaum ausgepresst werden durfte. Deswegen waren die Trotten während der Traubenlese (Herbsten) Tag und Nacht im Betrieb, und das dauerte vier bis sechs Wochen. Folglich bekam jeder Rebbauer die Zeit zugeteilt, wann er drücken musste. Über allen Wein, den man aus der Trotte wegführte, erhielt der Fuhrmann einen Ladeschein ausgehändigt, der gleichzeitig im Keller als Eingangsbeleg aufzubewahren war.

In der Trotte dürfte „kein unnütz Volk geduldet werden, welches seine Geschirr füllt und aus dem Zuber trinkt. Keine Bettler, Buben u. ander Gesind soll mehr Zugang haben“. Das Zechen in der Trotte hatte zu unterbleiben. Nur Beamten, „alten Leüth, schwangeren Weibern“ und durchreisende Personen durfte man Wein aus dem Zehntfaß „für deren Gelüst Trinken lassen“. Auch klagte die Herrschaft, „daß etliche Weiber, wann sy ihren Männer, den Trottknechten, zue Essen bringen, die Geschirr voll Most mit heimtragen“.

Die Trottmeister bekamen von jeher einen gewissen Anteil vom gepressten Saft als Lohn. Für die Instandhaltung des Trottengebäudes und des Zehntfasses erhielten sie für ihre Reb-

flächen Zehntfreiheit. Überhaupt war Wein und Rebgelände als ein offizielles Zahlungsmittel anerkannt. Um mehr Gerechtigkeit für die Trottmeister mit kleineren Rebgelände zu geben, verordnete das Kloster St. Blasien kurz vor deren Auflösung, dass die Trottenbesitzer statt der Zehntfreiheit eine sogenannte Baumlägelen (57 Maß) für ihren Dienst von der Herrschaft erhalten sollten. Für das Pressen war erlaubt, per Saum gepressten Saft, zwei Maß als Drückerlohn zu nehmen. Als zu Beginn des badischen Staates durch einen Erlass keine Baumlägelen mehr genommen werden durften, beschwerten sich 1819 die Dogerner Trottenbesitzer bei der Großherzoglichen Domänenverwaltung in Tiengen. Sie beklagten, dass sie für ihre Mühe mit dem Zehnt zumindest wie bisher die Baumlägelen wieder haben möchten. „Die gnädigste Herrschaft wird doch nicht verlangen, daß man umsonst den Zehntwein besorge und unterbringe und ganz frei ohne Kösten wegnehmen kann“. Sollte ihre Bitte jedoch kein Gehör finden, so würden sie die Trotten zum Teil abreißen und das Baumaterial anderswo verwenden. An deren Stelle würden sie dann offene Pressen errichten, denn ohne geschlossene Trotten könnte auch kein Zehntfaß versorgt werden.

Ferner bestanden um die Mitte des 18. Jahrhunderts in Waldshut noch zehn und in Dogern sechs Trottengebäude, die zum Teil mit drei Trottbäumen arbeiteten. Zu dieser Zeit waren schon die meisten Trotten in privatem Eigentum. Die letzte, die „Weiße Trotte“ der Zehntherrschaft in Dogern, ist in den 1760er Jahren in Besitz des Johannes Albütz übergegangen. Somit war auch niemand mehr an eine bestimmte Trotte gezwungen. Dieser Umstand konnte ein weiteres Trottensterben jedoch nicht verhindern. Nur ganz wenige Gebäude sind als Scheunen erhalten geblieben oder wurden zu Wohnhäusern umgebaut.

In früheren Zeiten sah man auch überall kleine „Rebhäusle“ (im Markgräflerland auch Bammerthüsli genannt) mit verschiedenen Formen im Rebberg stehen. Es waren vielfach die Unterkünfte für die „Trübelhüeter“. Denn vom Beginn der Traubenreife bis nach Herbstschluss, wurde ihnen von den Weinbauern die Bewachung ihrer Weinberge übertragen. Die

Der Dogerner Narrenbrunnen aus dem Jahre 1984. Hierzu stand der „Faßfridli“, ein ehrsamer Küfermeister Fridolin Bürgin aus dem 18. Jahrhundert dazu Modell. „Fridli“ war klein von Wuchs und in seiner Hose steckte ein fassähnlicher Bauch. Das außergewöhnliche Riechvermögen war sein größter Stolz, denn mit seiner geröteten Knollennase konnte er jede Weinsorte und deren Lage erschnuppern. Heute ist der legendäre Küfermeister die Symbolfigur der Narrenzunft „Wüschmöcker“ in Dogern. Franz Falkenstein

Rebhüter haben während dieser Zeit Tag und Nacht draußen zu bleiben, um nicht nur gefräßige Vögel zu vertreiben, sondern auch Traubendiebe von ihrem Tun abzuhalten. Für sie waren diese Rebhäuschen als Schlafstelle und zum Schutz gegen die Witterung gebaut. Andere dienten wiederum als Gerätelager und Unterschlupf für die Arbeiter im Rebberg bei schlechtem Wetter.

Dogern und das Ende des Weinbaus

Im 18. Jahrhundert war Dogern einer der bedeutendsten Weinbauorte im Hauensteinerland. Bei der Neuvermessung der Gemarkung im Jahre 1777 hatte der Rebberg eine Fläche von über 58 Juchart (auch Jauchert, Synonym für Morgen = je 36 Ar) die in 260 Parzellen aufgeteilt waren. In der Gemeinde wohnten damals etwa 130 Familien, so dass fast jeder Haushalt eine „Bündt“ (Rebparzelle) besaß. Nach einer neueren Statistik aus dem Jahre 1844 hatte Dogern jedoch wieder die zweitgrößte Rebfläche von 91 Juchart im Amtsbezirk, hinter Waldshut mit 155 Juchart. Vor 100 Jahren wurden von der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche immerhin über neun Prozent mit Reben bepflanzt und 1920 nur noch die Hälfte, obwohl in dieser Zeit für den Dogerner Weißwein wegen der günstigen

Marktlage am meisten bezahlt wurde. Ein Handwerker musste damals etwa eine Stunde arbeiten um 1 Liter Wein zu kaufen.

Um die Erosion möglichst gering zu halten, sollte neben jeder Rebparzelle ein Graben offen gehalten werden, damit das Regenwasser ungehindert vom Berg herabfließen konnte. Eine Kommission hatte die Rinnen ständig zu kontrollieren. Wer diese Regelung nicht einhielt, musste 20 Mark Strafe bezahlen. Mit Beginn der Traubenreife bis zur Weinlese (Herbsten) wurde der Rebberg geschlossen, dies hatte die Gemeindeverwaltung durch die „Ortsschelle“ bekannt machen lassen. Das Betreten war den Weinbauern danach nur noch am Dienstag- und Freitagnachmittag gestattet.

Im „Dritten Reich“ bestand ein allgemeiner Weinabgabezwang. Doch die Erzeuger zeigten sich kaum dazu bereit, Wein zu normalen Preisen und Bedingungen abzugeben. Vielmehr wurde dieser auf nicht kontrollierbaren Wegen abgesetzt, wobei Erntemengen bis 300 Liter nicht abgabepflichtig waren, und bei der Gewinnung von über 15 Hektolitern je Winzer betrug die Freimenge 20 Prozent der Ernte. Daher ist gegen Ende des Zweiten Weltkrieges (1943) von den Machthabern angeordnet worden, die Erfassung des Weines bereits beim Erzeuger durchzuführen, weil man die Versorgung der Bevölkerung und der Wehrmacht gefährdet sah. Des weiteren musste „die Weinlese im Interesse der Erreichung einer bestmöglichen Weinqualität, der Einsparung von Zucker und der Erzielung einer guten Verwertung des Weines möglichst spät angesetzt werden. Bei der Festsetzung des Weinlesebeginns ist ein sehr strenger Maßstab anzulegen“.

Nach dem verlorenen Krieg (1945) wurde von der französischen Militärregierung aller Wein, auch der neue Herbst, „bis auf weiteres“ beschlagnahmt. Noch im Jahre 1947 ist von der Gemeinde Dogern ein Ablieferungssoll von 3200 Liter Wein verlangt worden. Daraufhin bat die Gemeindeverwaltung das Ministerium, von der Erfassung des Weinertrags abzusehen, „da leider dieses Jahr durch die Trockenheit keinerlei Mostobst vorhanden, somit auch keine Möglichkeit gegeben ist, sich einen Haustrunk zu verschaffen, und die Gemeinde auf diesem Gebiet sich in großer Notlage befindet, zumal auch kein Zucker zur Vermehrung verfügbar ist. Wir nehmen mit Bestimmtheit an, dass dem Landwirt für seine Mühe und Arbeit, die er unter der derzeitigen schwierigen Verhältnissen zum Nutzen der Gesamtheit zu leisten hat, durch einen anständigen Haustrunk zugestanden wird“. Die Bitte wurde angenommen und Dogern die Weinumlage erlassen. Trotzdem gab es 1949 für die letzen 4 Hektar Rebfläche auf Bezugsschein 400 kg Zucker zum Verteilen. „Der Bürgermeister hat die bedachten Winzer darauf hinzuweisen, dass der Zucker in erster Linie für die Herstellung von Haustrunk im eigenen Betrieb bestimmt ist. Zur etwaigen Verbesserung und Zuckerung von Wein darf der Zucker nur insoweit verwendet werden, als in diesem Jahr ausnahmsweise ein natürlicher Mangel an Zucker oder ein natürliches Übermaß an Säure vorhanden ist. Jeder andere Verbrauch stellt einen Verstoß gegen die geltenden Bewirtschaftungsbestimmungen dar und wird bestraft“.

Gleichzeitig mit dem Wirtschaftsaufschwung schrumpften die letzten Rebstücke zwischen Hungerberg, Bürgelrain und Rüttibuck. Man hatte keine Zeit mehr für einen aufwendigen Haustrunk. Andere Getränke fanden wieder einmal den Vorzug. Heute kann man es sich kaum noch vorstellen, dass die südlichen Hänge zwischen Waldshut und Dogern einmal ein einziger Weinberg waren. Aus den besten Lagen sind heute bevorzugte Wohngebiete geworden. Gegenwärtig gehören die restlichen Rebberge im Landkreis Waldshut, die alle im Klettgau liegen, zum Bereich Bodensee.

Auflistung einiger ungewöhnlicher Weinjahre:

- 875 große Dürre, Trockenheit und Heuschreckenplage
- 1090 „gar schröckliche Raupenplage“
- 1185 so milder Winter, dass im Februar (Hornung) die Weinstöcke blühten
- 1296 alter Wein ausgeschüttet, da zu wenig Fässer
- 1321 erste Erwähnung von Waldshuter Rebanlagen
- 1333 gab es bei Tiengen so viel Wein, dass die Fässer nicht reichten

- 1336 + 1366 Einfall von Wanderheuschrecken
- 1431 man mischte Mörtel mit Rebensaft an
- 1475 Wein war wohlfeil
- 1484 Traubenertrag so groß, dass man sogar Kalk damit anmachte
- 1524 zerschlug ein Hagelwetter die Rebstöcke so stark, daß sie drei Jahre keinen Ertrag mehr gaben
- 1526 der Wein verursachte „böses Leibgrimmen“
- 1539 ein Weinüberfluss, dass kein Faß mehr aufzutreiben war
- 1540 so mildes Wetter, daß in einem Jahr zweimal geherbstet werden konnte
- 1628 Wein „for Essig zu schlecht“
- 1631 schüttete man den schlechten Wein aus
- 1679 gab es in Grießen (Klettgau) so viel Wein, dass man „sechs Eimer um einen Güggel“ (Hahn) kaufen konnte
- 1742 der Waldshuter Wein wird vom Bischof in Konstanz als Messwein für ungeeignet erklärt
- 1816 im Oktober Trauben erfroren, es hat nur wenig und sauren Wein gegeben
- 1822 am 8. September wurde neuer Wein ausgeschenkt
- 1833 Aufhebung des Weinzehnts
- 1837 im April starke Schneestürme, die Reben kommen erst Ende Mai zum Grünen
- 1920 in Dogern 17,6 ha Rebfläche
- 1962 in Dogern nur noch 30 Ar Rebfläche

Literatur und Quellen

Brugger, A. H.: Die wirtschaftliche Entwicklung des Weinbaus im Amtsbezirk Waldshut. Dissertation (ungedruckt), Würzburg 1922.

Dziersk, B.: Die historisch-geographische Verbreitung des badischen Weinbaus zwischen Bodensee, Hochrhein und Baar. In: Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung, Heft 90, S. 155 ff., Friedrichshafen 1972.

Falkenstein, F.: Der frühe Weinbau in der Umgebung von Waldshut. In: Heimat am Hochrhein, Jahrbuch des Landkreises Waldshut, Bd. XI, S. 56–70, Konstanz 1986.

Falkenstein, F.: Vom Hungerberg zum Rüttibuck da wuchsen einst die Reben. In: Land zwischen Hochrhein und Südschwarzwald. Bd. 5, S. 49–75, Herausgegeben vom Geschichtsverein Hochrhein e. V., Waldshut 1998.

Gemeindearchiv Dogern, verschiedene Akten (Landbau u. Landeskultur), Urkunden und Gemarkungskarten.

Müller, K.: Geschichte des badischen Weinbaus, Lahr 1938.

Prier, H., Storch, D. H.: Exotische Gehölze im Kirchheimer Arboretum Freiburg. In: Information 15, S. 33, Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, Freiburg 2004.

Privatarchiv, Albiez (Gasthaus zum Hirschen) Dogern, Aufzeichnungen von L. Gamp, 19. Jh.

Anschrift des Autors:
Franz Falkenstein
Eschbacher Tal 1
79804 Dogern

Otto Klaus Schmich

Ein mesolithisches Sonnenwende-Heiligtum im Nordschwarzwald?

Wie das Heimatbuch Landkreis Rastatt 1988 (Seite 137 ff.) berichtet, haben die Menschen der mittleren Steinzeit, des mittleren (Beuronien A–C) und des späten Mesolithikums und des frühen Neolithikums in „Siedlungskammern“ entlang der Vorbergzone des Oberrheingebiets gelebt. Bei der Jagd könnten sie auch in mittlere und höhere Tallagen vorgestoßen sein und diesen Jägergruppen auch in schwer zugänglichen Bereichen als Aufenthaltsort gedient haben.

Entsprechend bearbeitete Silexfunde (Feuerstein) traten mitten im Nordschwarzwald erstmals 1950 auf, als Paul Braun, Baden-Baden bei den Eulenfelsen (Forbach) einen Silex fand. Die Eulenfelsen sind der rund 100 m hohe steile Felsabbruch des Kirren dort, wo ihn die Murg als Prallhang geformt hat. Der Kirren ist die Südostspitze (378 m) eines größeren und rund 50 m höheren Bergmassivs, auf dessen Sattel der Stadtteil Bermersbach liegt. Hier ist anzumerken, dass die amtlichen Karten erheblich Differenzen aufweisen, wie besonders beim Kirren festgestellt werden muß. Die hier verwendeten Zahlen stammen aus der Deutschen Grund-

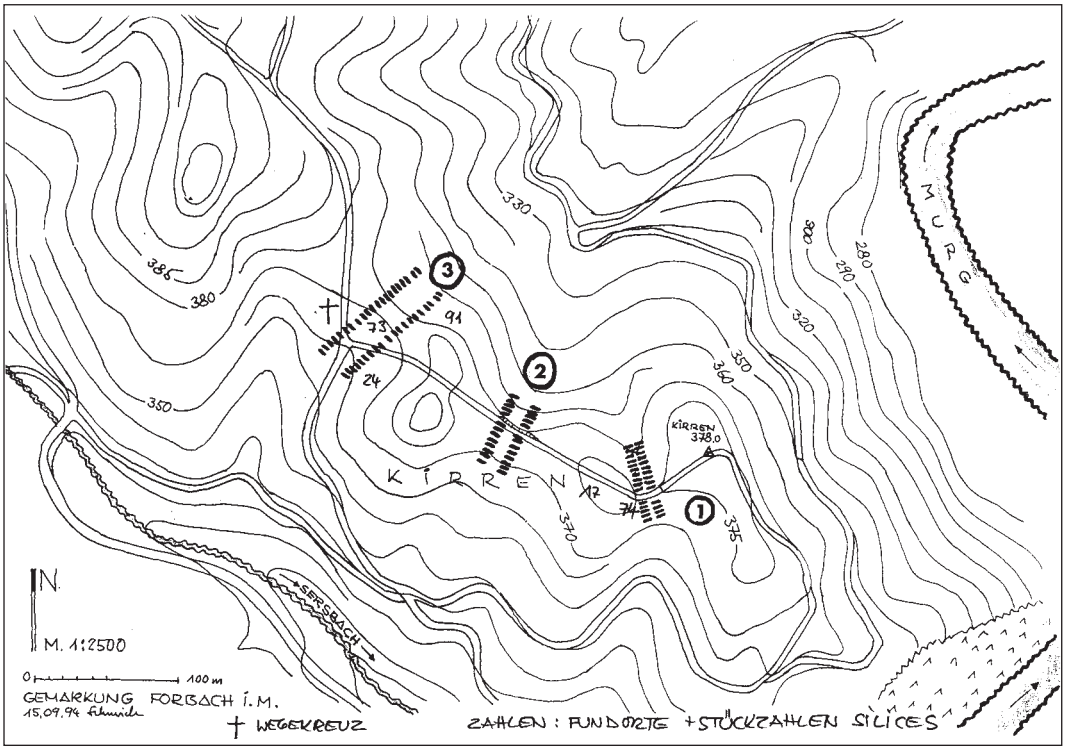


Abbildung 1

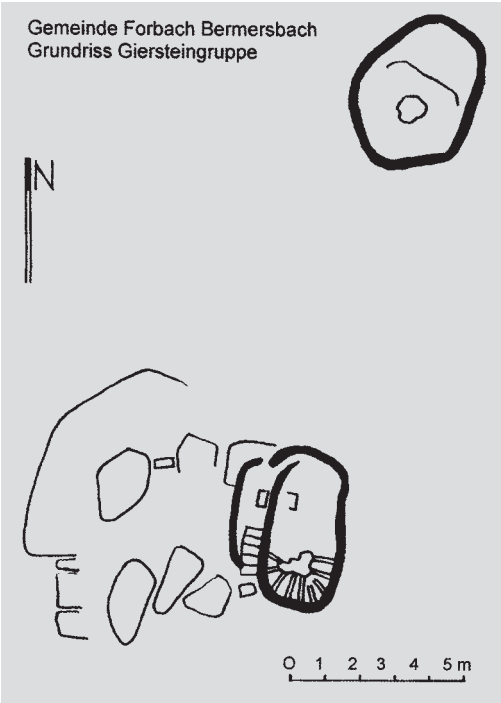


Abbildung 2

karte M. 1:5000 und diese scheinen richtig zu sein. Die Angabe, der Kirren sei 476 m hoch kann schon deshalb nicht stimmen, weil er nicht höher, sondern tatsächlich rund 50 m niedriger liegt als das Hauptmassiv, das dieselbe Karte mit 392 m anzugeben scheint.

Durch den Fund beflügelt, gelang es P. Braun (1958) auf dem Kirren eine große Anzahl weiterer Silices zu finden und zwar gehäuft an einzelnen Stellen. Die Abbildung 1 zeigt das Fundgebiet und gibt die Anzahl der Stücke jeweils an den Fundschwerpunkten an. G. Hoffmann und H. Wagner, Muggensturm haben 1988 nochmals in einer einzigen Begehung wieder eine ganze Anzahl Silices gefunden, die aber in Abb. 1 nicht berücksichtigt sind.

Das Heimatbuch beschreibt im Anschluss an die soeben dargelegt Fundlage ein Naturdenkmal auf der Gemarkung Bermersbach, die sogenannten Giersteine. Sie liegen auf dem Hauptgipfel des bereits beschriebenen Bergrückens auf gleichen Höhe wie der Ort Bermersbach an einer Stelle, an welcher der Blick sowohl murgaufwärts, als auch abwärts schweifen kann. Diese Steine sind nach bisherigem Kenntnisstand herausgewitterte riesige Granitblöcke, darunter zwei besonders große Exemplare, die rund 8 m voneinander entfernt liegen. Ein kleinerer ist ca. 3 m hoch und besitzt, auf 2 m Höhe gemessen, einen Umfang von rund 12 m. Der größere der beiden ist ebenso hoch, hat aber rund 13,5 m Umfang, ebenfalls auf 2 m Höhe gemessen. Abbildung 2.

Wie G. Hoffmann in seinem Heimatbuch-Beitrag weiter berichtet, gaben die merkwürdigen Wannen- und Rillenbildungen auf den Kappen der Steine mehrfach Anlass, die unterschiedlichsten Deutungen vorzunehmen. „Opfersteinfanatiker und Ortungsheilige“ hätten vorgeschichtliches Astronomiewissen vermutet, andere mutmaßten Druidensteine. Heute stehen sie (seit 1930) unter Denkmalschutz. So weit die sinngemäß Ausführungen des Heimatbuches Landkreis Rastatt.

Die geschilderten Einzelheiten schienen bisher keinen Zusammenhang erkennen zu lassen, aber dem Verfasser gelangen ein paar zusätzliche Entdeckungen, welche einen sol-

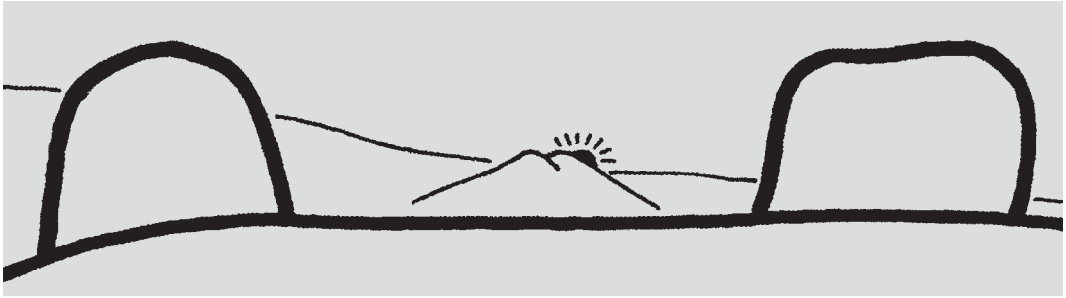


Abbildung 3: Gemeinde Forbach Bermersbach. Blick zwischen den beiden Giersteinen hindurch zum Doppelgipfel des Kipf, ungefähr nach Südosten. Zeichnung entsprechend einer Filmaufnahme vom 21. Dezember 1994.

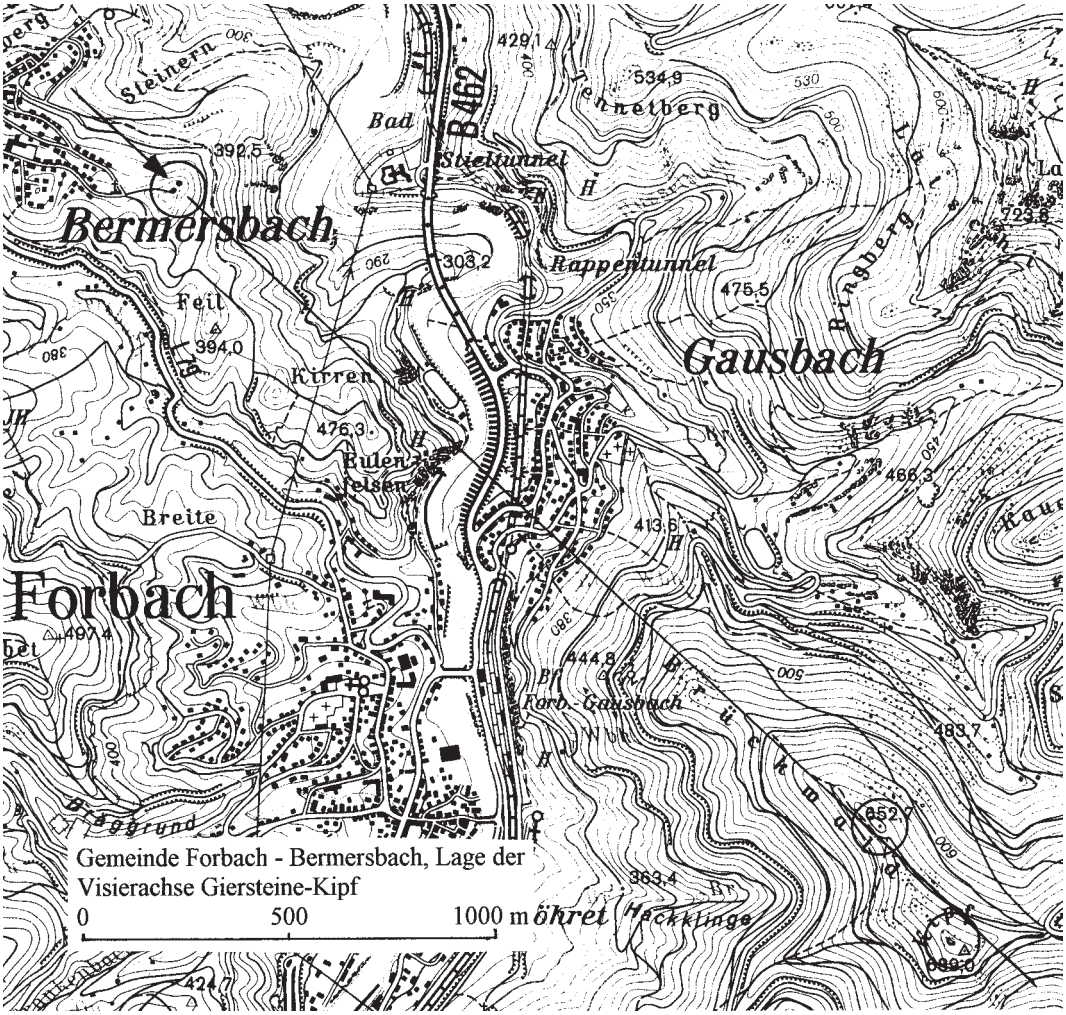


Abbildung 4

chen möglich erscheinen lassen oder gar erfordern. Zwischenzeitlich interessieren sich daraufhin die Universität Bochum (Astronomisches Institut, Herr Prof. Dr. Wolfhard Schlosser, Paläoastronom) und auf dessen Vorschlag die Universität Tübingen (Institut für Ur- und Frühgeschichte, Herr Prof. Dr. Jürgen Petrasch MA) und beide möchten der Sache auf den Grund gehen.

Ausgangspunkt war eine vom Verfasser initiierte Filmaufnahme des Sonnenaufgangs am 21. Dezember 1994 mit verblüffendem Ergebnis, das Abbildung 3 wiedergibt: Die beiden Giersteine bilden eine große Kimme, die den Blick freigibt auf eine kleinere, gebildet aus dem Doppelgipfel des Kipf, welcher die Horizontlinie der dahinter liegenden Hochebene knapp überragt. Die Visierlinie durch diese beiden Kimmen (Abbildung 4) zielt fast genau auf jenen Punkt, an welchem die Sonnen am Tag der Wintersonnenwende aufgeht.

Prof. Dr. Schlosser sagt hierzu, der Aufgangspunkt habe zwar im Mesolithikum ein wenig weiter rechts gelegen, aber es sei nicht entscheidend, ob dieser Punkt genau in dieser kleine Kimme liege oder nicht. Die Menschen hätten bei einem solchen natürlichen Angebot von Beobachtungshilfen (Berggipfel, Riesensteine) den Genius loci auf jeden Fall stärker bewertet als die letzte Genauigkeit. Ganz anders sei dies bei der künstlichen Anlage von Heiligtümern ähnlicher Zweck-

bestimmung gewesen, etwa bei Kreisgrabenanlagen usw.

Die Angabe, der ehemalige Sonnenaufgangspunkt habe ein wenig weiter rechts gelegen, lässt übrigens immer noch offen, dass er z. B. im Winkel zwischen der rechten Bergkuppe und der Horizontlinie lag. Insgesamt kann nun gesagt werden, dass die Bermersbacher Konstellation die Beobachtung der Wintersonnenwende erlaubt hat, ob diese Option allerdings auch tatsächlich angenommen und benutzt wurde, wäre noch zu beweisen. Hierzu sind nun die Archäologen gefordert.

Ein weiterer neuer Sachverhalt, den der Verfasser gefunden hat, könnte dazu entscheidend beitragen. Es handelt sich um die Gestalt des Bergvorsprungs Kirren, rund 50 m unterhalb des Giersteinbereiches, aber rund 100 m über der unten vorbeifließenden Murg gelegen. Diese Gestalt offenbart mehr als ein paar scheinbar zusammenhanglose Funde von Silices. Wie die Abbildung 1 zeigt, bildet der Kirren einen langgestreckten Rücken. Dieser ist mehrfach quergeteilt durch Sättel und beiderseitige Erosionsrinnen und sieht deshalb von oben aus wie eine dreigliedrige Verteidigungsanlage Ziffern (1, 2, und 3). Es brauchte nicht viel, um diese Rinnen paarweise mit Halsgräben zu verbinden und fertig war eine fast natürliche Bergfestung. Dabei bleibt jedoch offen, wie weit die Erosionsrinnen tatsächlich natürlich oder vielleicht teilweise künstlich waren, die Symmetrie ist jedenfalls verdächtig.

Ein Feldweg, der vom Fußweg Forbach-Bermersbach beim Wegkreuz nach Osten abzweigt, führt ungefähr auf der Kammlinie, vom Abzweig an steigend auf den höchsten Punkt des Kirren und überquert dabei dreimal die Sattelstellen, die sich heute wie aufgefüllt präsentieren, allerdings ist an Graben 2 noch heute ein deutlicher Damm erforderlich, um den Weg hinüber führen zu können.

Aber auch diese Theorie ist noch nicht bewiesen, weshalb die Tübinger Archäologen im Juli 2004 planten, im Herbst eine öffentliche Informationsveranstaltung abzuhalten, um heimatkundlich Interessierte dafür zu gewinnen, laufend nach Keramik und Silices zu suchen. Vorher schon, im Juli 2004 hatte eine gemeinsame Begehung des Giersteinbereiches und des Kirren stattgefunden und großes Interesse seitens der beiden Archäologen hervorgerufen. Sobald es die Witterung erlaubte (entweder im Winter, spätestens aber im Frühjahr 2005) sollte deshalb eine geomagnetische Prospektion stattfinden, um für eine Grabung geeignete Stellen zu ermitteln, falls vorhanden. Voraussetzung dafür war, dass bis dahin die Vegetation flachgedrückt worden war, um keine Irritation der Geräte zu verursachen.

Der Winter tat sein Bestes, um diese Bedingung zu erfüllen, er brachte lange liegenden Schnee und diesen auch noch in außergewöhnlicher Menge. Leider aber sorgte Arbeitsüberlastung in Tübingen dafür, dass von all den von den Archäologen vorgeschlagenen Maßnahmen keine einzige realisiert wurde. Dieser Umstand bildet nun letztlich den Anlass, um das Vorhaben der Öffentlichkeit vorab bekannt zu machen und hoffentlich das Landesdenkmalamt dazu zu bewegen, geeignete Maßnahmen einzuleiten.

Da auch bei den Behörden die Kassen klamm sind, hoffen die Archäologen, dass erwachendes Interesse an einer kleinen Sensation, nämlich möglicherweise einem mesolithischen Wintersonnenwende-Heiligtum im Nordschwarzwald Sponsorenmittel in Aussicht stellt, falls die Ergebnisse der geomagnetischen Prospektion eine Grabung befürworten sollten. In jedem Fall aber wird die Beobachtung des Sonnenaufgangspunktes am Tag der Wintersonnenwende auch heute noch unter ähnlichen Bedingungen möglich bleiben, wie dies im Mesolithikum auch schon der Fall gewesen wäre.

Anschrift des Autors:
Otto Klaus Schmich
Mozartweg 56
76646 Bruchsal
Telefon (0 72 51) 30 04 18

Otto Klaus Schmich

Teilstück der Römerstraße Speyer – Stettfeld – Cannstatt

Friedrich Hertlein (Die Geschichte der Besetzung des römischen Baden-Württemberg, 1928) hat diese Römerstraße zwar beschrieben, aber seine Quellen (Schumacher u. a.) offensichtlich nicht immer genau überprüft. Anders sind einige Widersprüche nicht erklärbar. Das Landesdenkmalamt Karlsruhe (Frau Dr. Rabold, 2001) sagt beispielsweise, dass der Straßenverlauf zwischen Stettfeld und Oberöwisheim in keinem Punkt bestätigt sei, während Hertlein hier eine fast gerade Linie zieht und diese laut Signatur als gesichert bezeichnet. Beides gilt für den Trassenabschnitt ab Westufer des Kraichbachs nordwestlich von Stettfeld, allerdings gibt er westlich von Kronau etwa 3 km Verlauf als nur vermutet an (Abb. 1, eingepfeiltes Stück).

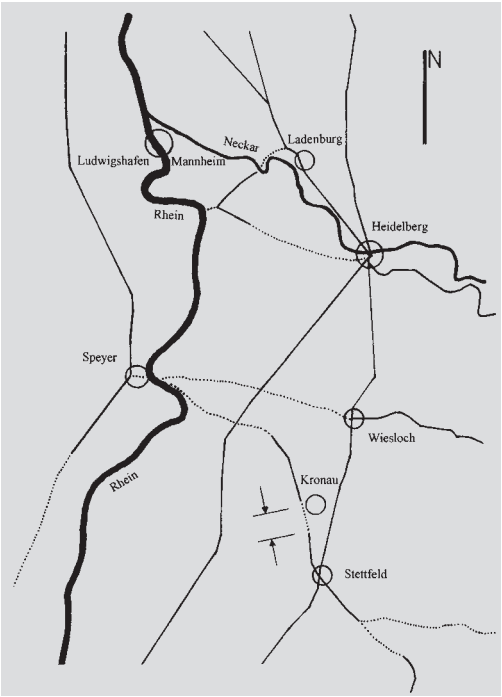


Abb. 1: Vereinfachte Darstellung aus „Die Geschichte der römischen Besetzung Baden-Württembergs“. F. Hertlein (1928).

Es steht zu befürchten, dass die angeblich gesicherte Fortsetzung dieses Stückes bis St. Leon, Altlußheim und Speyer – bei aller Wahrscheinlichkeit – tatsächlich doch unsicher ist. Das Denkmalamt billigt nur dem Ast westlich von Stettfeld bis zum Ostufer des Kraichbachs Sicherheit zu.

In dieser Betrachtung geht es um ein kleines Stück der von Hertlein als vermutet angegebenen Strecke südwestlich von Kronau, im Pfarrwald. Hierzu erweist sich beigefügte auszugsweise Nachzeichnung aus einer großherzogliche Karte von 1858 (Abb. 2) als nützlich, auf welcher sich ein fast lückenloser alter Wegeverlauf erkennen lässt, der heute weitgehend durch Flurbereinigungen und Kiesabbau beseitigt ist. Direkt unter der Ortsbezeichnung „Kronau“ fehlt ein Stück des alten Wegeverlaufs, aber mit ein wenig Phantasie kann ein Fußweg aus dieser alten Karte herausgelesen werden, eine in der alten Karte punktierte Line legt dies nahe. Dieser alte Fußweg wird hier näher untersucht. Er zeigt sich inzwischen als unbefestigter Waldweg mit zwei Spurrillen (Abb. 2, eingepfeiltes Stück).

Der kleine Maßstab von 1:50 000 ist nicht geeignet für detaillierte Darstellungen, deshalb wurde ein Auszug aus der Deutschen Grundkarte 1:5000 dazu benutzt, um hieraus nochmals den hier interessierenden Abschnitt auf Maßstab 1:1000 weiter zu vergrößern (Abb. 3). In diesen beiden Abbildungen lassen sich die Höhenlinien gut erkennen und diese erhellen, warum die mutmaßliche geradlinige Römerstraße von Hertlein nicht mehr gefunden werden konnte, denn sie bildet auf rund 3 km Länge eine untypische Ausbuchtung nach

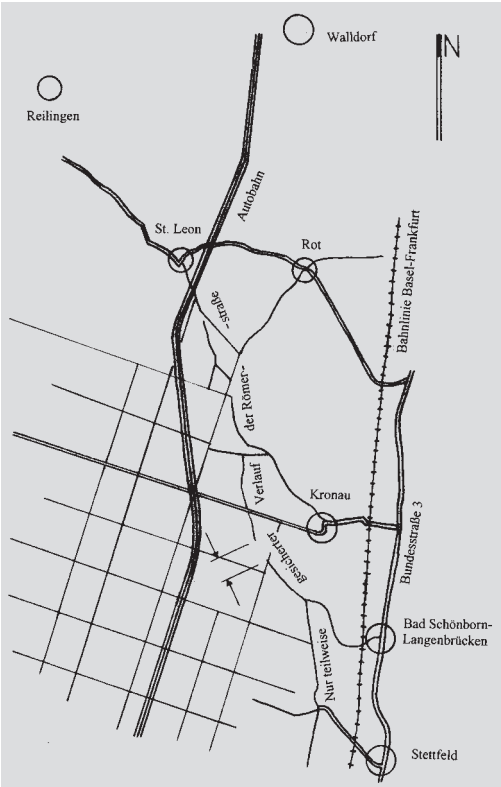


Abb. 2: Auszug aus der topographischen Karte mit dem früheren Wegesystem im Bereich der Römerstraße Speyer–Stettfeld–Cannstadt

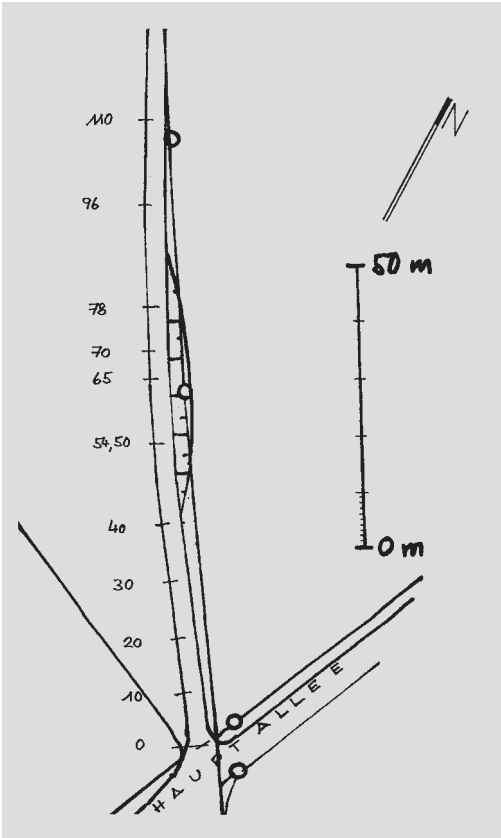


Abb. 3: Kronau, Pfarrwald

Westen. Der Grund hierfür ist die sogenannte Kinzig-Murg-Rinne, ein Sumpfstreifen von Rastatt bis Heidelberg, der im ausgehenden Mittelalter an seiner schmalsten Stelle durch die Langen Brücken (Knüppeldämme, heute unter der Dammstraße in Bad Schönborn-Langenbrücken)[1] als Verbindung in Richtung Speyer überquert wurde. Die Römertrasse liegt (siehe Diagonalweg von Nordwest nach Südost in der Abb. 3) meistens an der Höhenlinie 110 m, um das ehemalige Sumpfgebiet im Osten zu umgehen. Auf diese Weise erklärt sich die Abweichung von der Idealgeraden.

Damit gelangen wir zur Abb. 4, die aus Abb. 3 nochmals um das Doppelte vergrößert wurde, um im Maßstab 1:500 zu ermöglichen, die Lage von Querprofilen einzutragen. Der untersuchte Abschnitt beginnt an der Kreuzung des alten Wegeverlaufs mit der sogenannten Hauptallee. Auf einer Länge von 110 m wurden elf Querprofile erstellt, weil besonders auf diesem Streckenabschnitt merkwürdige Geländeformen dazu Anlass boten. Die kurzen Querstriche deuten die Lage des jeweiligen Querprofils an und geben seine Entfernung zum Westrand der Hauptallee in Metern an. So ist beispielsweise Querprofil 30 von der Hauptallee 30 m entfernt.

Abb. 5 enthält diese Querprofile im Maßstab 1:100. Je weiter sie von der Hauptallee entfernt sind, desto markanter werden sie teilweise. Allerdings bringt besonders Profil 20 fast einen Idealquerschnitt einer Römerstraße, während dies die Profile 70, 78 und 96 nicht mehr so deutlich zeigen und andere überhaupt nicht (mehr). Die Profile legen die Vermutung nahe, dass der heutige Weg überwiegend im ehemaligen nordöstlichen Straßengraben verläuft und hierfür spricht auch ein bautechnischer Grund: Wenn man den Straßenkörper zwecks Steinraubs völlig umwühlte und die Steine irgendwo auf Wagen laden wollte, war

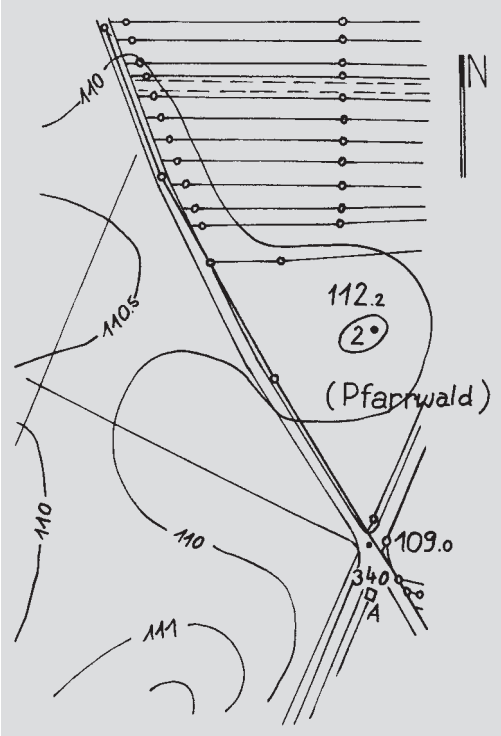


Abb. 4: Vergrößerung aus der Deutschen Grundkarte 1:5000

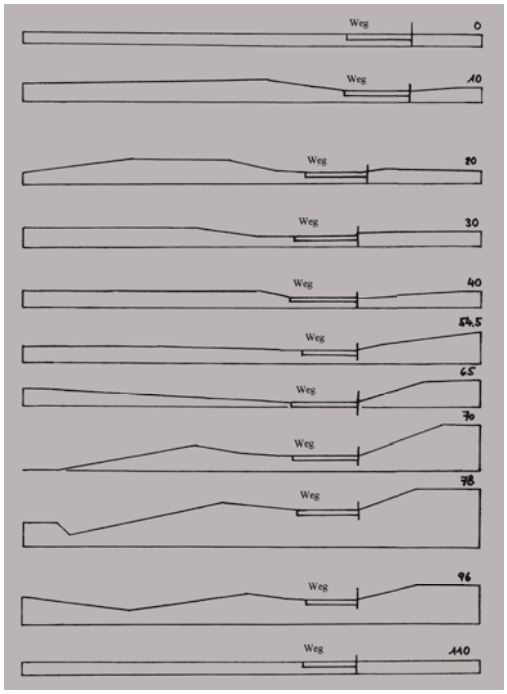


Abb. 5: Kronau, Pfarrwald, Weg-Querschnitte – Die Nummerierung gibt die Profillage ab westlicher Wegkante der Hauptallee an

alles locker und nicht mit Lasten befahrbar außer dem Straßenrand.

Der weitere Wegverlauf von Profil 110 nach Nordnordwesten bis zur Waldecke (Waldstein Nr. 346) erscheint eingeebnet, was auch durch die östlich des Wegs vorhandene Parzellierung und die damit verbundene Wirkung des Pflugs zu vermuten war. Ähnliches gilt auch für die Wegstrecke nördlich des Waldsteins Nr. 346, wo der Weg als Parzelle zwar ablesbar bleibt, der Straßenkörper aber völlig verschwunden ist. Dies verwundert nicht, weil diese Erscheinung typisch ist und auch bei der benachbarten Römerstraße Karlsruhe–Mühlburg–Heidelberg beobachtet werden kann, obwohl Hertlein sie (in Abb. 1 gut zu erkennen) als gesichert überall auch dort gekennzeichnet hat, wo sie heute und dies meistens außerhalb des Waldes nicht mehr sichtbar ist. Im Wald dagegen kann der Straßenkörper an vielen Stellen auf längere Strecken mit dem bloßen Auge gut erkannt werden.

Das untersuchte Teilstück der mutmaßlichen Römerstraße im Kronauer Pfarrwald bildete seit dem hohen Mittelalter (Gründung des Ortes Kronau) eine Besitzstandsgrenze (Kronau – Bistum Speyer) und auch dies weist auf eine alte Struktur hin. Römerstraßen wurden bekanntlich auch gerne angenommen z. B. als Gemarkungsgrenzen. Auch heute noch markiert eine andere alte Struktur teilweise die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich, nämlich der Rhein.

Während der Nivellierarbeiten wurden Bodenproben gezogen bis in 50 cm Tiefe und diese erbrachten zweierlei Befunde. Einmal konnten bei dieser (allerdings nicht die ganze Dicke des Straßenkörper durchstoßenden) Probe keine signifikanten Unterschiede des Bodenmaterials gefunden werden. Zum anderen aber war der Boden stark verdichtet, also viel fester als normaler Waldboden, was auf eine Benutzung als Weg hinweist. Die umgewühlte Römerstraße, falls es sich tatsächlich um eine solche handeln sollte, wurde demnach später immer wieder dann benutzt, wenn andere Wegestellen verschlammt oder löcherig waren. Die alten unbefestigten Wege sind

sowieso fast immer als Bündel von zeitweiligen Spuren zu verstehen. Die meisten Römerstraßen begradigten nur solche Urwege und wurden eher selten in jungfräuliches Gelände trassiert.

Zugegeben, das Nivellement beweist noch nicht die Römerstraße, die allerdings sehr gut ins Schema passen würde. Mehr Gewissheit könnte ein Suchgrabung bringen, aber ein Sponsor hierfür steht noch nicht bereit und das Denkmalamt hat andere Sorgen.

Anmerkungen

1 Information aus einer noch nicht veröffentlichten Arbeit von Dr. Rudolf Schmich, Bad Schönborn.

Anschrift des Autors:
Otto Klaus Schmich
Mozartweg 56
76646 Bruchsal
Telefon (0 72 51) 30 04 18

Anton Burkard

Dramatische Stunden Ende April 1945 im Wutachtal im Südlichen Schwarzwald

Wie Hauptlehrer Karl Schweickert seine Gemeinde vor der völligen Zerstörung rettete

Das Gedenken des Kriegsendes vor 60 Jahren hat viele Erinnerungen an die Erlebnisse der letzten Stunden vor der Kapitulation und die ersten Stunden nach dem Einmarsch der Siegertruppen wachgerufen.

Das Wutachtal im Südlichen Schwarzwald, heute wieder wie früher eine friedliche, romantische Landschaft, wurde damals unversehens zum Schauplatz eines dramatischen Geschehens, als sich ein ganzes Armeekorps auf dem Rückzug von der Rheinebene und über den Schwarzwald durch dieses Nadelöhr über den Randen in Richtung Bodensee durchschlagen wollte. Wo die Wutach ihren Lauf von Westen nach Osten in rechtem Winkel nach Süden ändert, liegt die Stadt Blumberg mit ihren heutigen Stadtteilen Achdorf und Aselfingen. Diese beiden ehemals selbstständigen Gemeinden und der Flecken Überachen – seit 1934 Teile der Großgemeinde Achdorf – lagen im Brennpunkt der Begegnung der auf der Flucht befindlichen Schwarzwaldarmee mit der rasch vorstoßenden Französischen Armee, und um Haaresbreite wären die Dörfer samt ihren Bewohnern darin untergegangen; hätte es nicht beherzte Männer gegeben, die unter Einsatz des eigenen Lebens das drohende Schicksal abwendeten.

Foto (privat): Blick auf Aselfingen und Achdorf mit dem Buchberg

Zwei Zeitzeugen, inzwischen längst verstorben, hinterließen mit ihren Augenzeugenberichten eine Schilderung von großer Eindringlichkeit, welche den Überlebenden und den heutigen Bewohnern des Talgrundes der Wutach die Stimmung jener schicksalhaften Stunden vor Augen führen.

Pfarrer **Franz Beugel** von **Achdorf** hielt während der kritischen Tage in seiner Gemeinde stichwortartige Notizen fest, die er nach eigener Angabe in der Zeit vom 28. Mai bis 7. Juni 1945 ausführlich niederschrieb. Hauptlehrer **Karl Schweickert** von der Volksschule **Aselfingen** hinterließ einen tagebuchartigen Augenzeugenbericht. Kopien beider umfangreichen Texte aus dem Besitz der Familienangehörigen Karl Schweickerts lagen für diese Darstellung vor. Zitate sind jeweils gekennzeichnet mit **Bg** für Tagebuch Beugel und **Schw** für Augenzeugenbericht Schweickert.

Am 30./31. März 1945 hatten die französische 2. Armee bei Speyer, bzw. am 16. April die 1. Armee bei Straßburg-Kehl den Rhein überquert und waren in den darauffolgenden Tagen über Freudenstadt, Schramberg, Rott-

weil und Villingen bis Donaueschingen (am 21. 4. 45 besetzt), vorgestoßen. Im Wutachtal befanden sich um diese Zeit nur wenige deutsche Soldaten. (Schw): „Um die Monatsmitte (April) setzten sich einige zig deutsche Soldaten mit Offizieren im Tal fest, um Sprengungen vorzubereiten und Kampfstände auszumachen … Ein kleines Truppenkontingent durchzog am Freitag, 20. April unser Tal, ohne in Berührung mit dem Feind zu kommen. Zwei Geschütze (Kaliber 10,5) blieben vor dem Zugang zur Wutachbrücke von Aselfingen nach Überachen stehen. Unter den in den Talorten (Achdorf, Aselfingen, Überachen, Eschach und Opferdingen) Quartier beziehenden Soldaten waren einige fanatische Nazis. Sie glaubten kämpfen zu müssen bis zum letzten Mann. Der größte Teil ihrer Kameraden erkannte jedoch die Nutzlosigkeit ihres Kampfes und gab zu verstehen, dass er einem solchen ausweichen würde.“

Skizze: Das Wutachtal bei Achdorf

Herr Schweickert wurde am Samstag, 21. April bei dem Versuch, von der Sinnlosigkeit weiteren Widerstandes zu überzeugen, von einem deutschen Soldaten in Aselfingen festgenommen. Er sollte nach Aussage des Kommandanten der Kampfgruppe am Morgen des 22. April durch ein Standgericht in Achdorf zum Tode verurteilt werden. Grund: Beeinflussung der Kampfmoral. Die militärische Lage veränderte sich aber rasch, so dass Schweickert nach ca. anderthalb Stunden freigelassen wurde.

Am Abend des Samstags, 21. April erschien nämlich für kurze Zeit der erste französische Spähtrupp im Tal, zog sich aber angesichts deutscher Abwehr zurück. Erst am Montag, 23. April tauchte eine stärkere französische Infanterieeinheit unter dem Schutz gepanzerter Fahrzeuge auf. Karl Schweickert zeigte zum ersten Mal die weiße Fahne vom Speicher des Schulhauses aus, worauf die Franzosen ihr Vorgehen beschleunigten. Deutsche Soldaten wurden gefangen genommen, die Häuser vom Militär durchsucht. Doch die Hoffnung auf das Ende des Krieges verflog rasch, als die Franzosen am darauffolgenden Tag wieder abzogen. Schweickert schrieb über den Abend des 24. April: „Wir lebten im Niemandsland.“ Am Morgen des 25. April traf ein deutscher Spähtrupp in Aselfingen ein, der sich als Spitze eines ganzen Heereszuges herausstellte, der, von der Wutachmühle herkommend, versuchte, über den Randen in den noch unbesetzten Bodenseeraum zu gelangen. Es war die Kampfgruppe der 89. Infanteriedivision, die zum XVIII. SS-Armeekorps aus der Rheinebene und dem nördlichen Schwarzwald gehörte, und nach einer Kommandeursbesprechung am 23. April in Hammereisenbach den Durchbruch über Bräunlingen, Döggingen, Wutachtal, Leipferdingen nach Engen im Hegau erzwingen sollte. (Nach Hermann Riedel, siehe Literaturangabe, handelte es sich bei dem SS-Armeekorps nicht wie fälschlicherweise vermutet wurde um SS-Einheiten, sondern um reine Wehrmachtsverbände, die mit Volkssturmeinheiten vermischt waren. Das SS-Armeekorps unterstand lediglich dem Befehl des SS-Obergruppenführers und Generals der Waffen-SS Georg Keppler.) In der Nacht auf Donnerstag, 26. April kam die Masse dieses Heerzuges im

Talkessel an, von Augenzeugen auf 28 000 Mann samt Tross geschätzt. Bg: „In Voraussicht einer unabwendbaren Katastrophe alarmiert Hauptlehrer Schweickert noch nachts um halb drei (Do. früh) die Aselfinger, die Wagen werden beladen und in die Aubachtalschlucht gebracht, alle noch im Ort verbliebenen Zivilisten richten sich zu sofortiger Flucht.“ Als der Morgen anbrach, waren Achdorf und Aselfingen vollgepfropft mit Munitions- und Benzinwagen, Geschützen und Gespannen aller Art. Um sechs Uhr fiel starker Regen, Nebelwände hüllten die Talränder ein.

Schw: „Da auf einmal, es war gegen 10 Uhr, hellte sich das Wetter auf. Im Oberdorf hatte ich kaum meine Kinder erblickt, als auch fast gleichzeitig die Flieger hörbar wurden. Im Tiefflug beschossen die Flieger pausenlos eine gute halbe Stunde den Ort, Soldaten und die abgestellten Militärfahrzeuge und Waffen. Nur ganz knapp brausten sie über die Gipfel der Tannen hinweg. Die eigene Stimme ging im Lärm der Motoren unter. Die Geschosse rauschten wie Hagel durch die Luft, dazwischen das Geknatter der Maschinengewehre.“ Die Lage hinterher sieht Pfarrer Beugel: „Durch den ca. 40minütigen Fliegerangriff auf Achdorf und Aselfingen mit Bomben und Bordwaffen wurde fast der gesamte Nachschub der Schwarzwaldarmee vernichtet. Auch nach einer Stunde explodierten und verbrannten die Munitionswagen und Benzintanks. Ungeheure Rauchwolken hüllten das Tal ein.“

Schw: „Am Nachmittag kam ein heftiges Gewitter, das von wolkenbruchartigem Regen begleitet war. Durchnässt bis auf die Haut liefen viele im Aubachwald umher. Es schien, als ob sich auch der Himmel gegen uns verschworen hätte.“

Um die Mittagszeit dieses Tages waren, durch den allgemeinen Lärm nicht bemerkt, französische Panzer gegen den Nachbarort Überachen, auf der gegenüberliegenden Seite der Wutach, vorgestoßen, um die deutschen Truppen in der Flanke zu fassen In einem harten Häuserkampf wurde der Angriff abgewehrt, und die Franzosen zogen sich zurück, um sich zum Gegenangriff zu sammeln.

Inzwischen sammelten sich die Deutschen in Aselfingen. Nachdem der Rückzugsweg zwischen Schweizer Grenze und Randen durch die weiter vorrückenden Franzosen schon abgeschnitten worden war, stellten die deutschen Truppenführer ihre Soldaten nun vor die Wahl, entweder in Gefangenschaft zu gehen oder durch die Wälder zu flüchten. Geschütze wurden gesprengt. Im Schutze der Finsternis und des strömenden Regens gelang es in den Nachtstunden, sich einzeln oder truppweise durchzuschlagen. Der Kampf war beendet. Eine Armee hatte sich aufgelöst. Bg.: „Die große Masse der Schwarzwaldarmee war auf einmal wie ein Zauberspuk verschwunden; untergetaucht in die Wälder und dann auf dem Heimweg in alle Gegenden Deutschlands (von ihnen dann viele unterwegs abgefangen) – untergetaucht auch provisorisch als Knechte und Helfer auf unzähligen Höfen … Die Verluste an Menschenleben waren in Anbetracht der Heftigkeit der Kämpfe gering.“ 18 deutsche Soldaten, 9 Franzosen und ein Kind von der Zivilbevölkerung waren zu beklagen.

Jetzt war der Augenblick zum Handeln für Hauptlehrer Schweickert gekommen. Um zu retten, was zu retten war, entschloss er sich, im Schulhaus, nahe am Dachfirst, die weiße Fahne zu hissen. Offensichtlich wurde dieses Zeichen und der Abzug der deutschen Truppen von den vorrückenden Franzosen beobachtet. Bg: „Einwandfrei fest steht, dass der Feind bei weiter anhaltendem deutschen Widerstand noch am Donnerstag Abend zum vernichtenden Schlag gegen die Reste der Schwarzwaldarmee ausgeholt hätte, zur Vernichtung aus der Ferne mit Bomben und Granaten. Darüber waren sich die deutschen Soldaten schon einig, die die Zivilbevölkerung auf diese Möglichkeit, ja Gewissheit schon aufmerksam machten: wenn ein Angriff missglückte, dann wurde mit Materialübermacht vor allem durch lückenlose Bombenteppiche jeder weitere Widerstand nach Möglichkeit erstickt, um dann das völlig verheerte Gebiet mühelos besetzen zu können. Der französische Major in Blumegg soll zudem es auch ausdrücklich ausgesprochen haben (und auch andere französische Soldaten bestätigten es): es wären für den Donnerstag Abend 100 Flugzeuge für einen Bombenangriff auf Achdorf und Aselfingen bestellt und startbereit gewesen. Auch waren rings um unser Tal neue Geschütze aufgestellt worden … Mühelos stell-

te der feindliche Luftbeobachter den allgemeinen Rückzug der deutschen Truppen aus unserem Tale fest … Entscheidend war aber vor allem das Hissen der weißen Flagge auf dem Schulhaus Aselfingen abends zwischen 6 und 7 Uhr durch Herrn Hauptlehrer Schweickert Es soll (nach dem Bericht des französischen Majors) die Rücknahme des Befehls zum Bombenangriff bewirkt haben … Die nahe am Dachfirst des Schulhauses gehisste, weithin sichtbare weiße Fahne rettete also Dorf und Tal, und erneut haben die Bewohner in gewissem Sinne Herrn Hauptlehrer Schweickert Eigentum und Leben zu verdanken."

Wer war dieser Hauptlehrer Karl Schweickert? 1902 in Karlsruhe geboren, wurde er nach Schulzeit und Studium zunächst Volksschullehrer. Da in jener Zeit wegen Stellenmangels keine Anstellung möglich war, widmete er sich der persönlichen Weiterbildung zum Fortbildungsschullehrer. In dieser Eigenschaft kam er 1924 zuerst an die Berufsschule Ühlingen, später nach Freistett und Bad Peterstal, schließlich im Jahre 1927 nach Bernau im Schwarzwald. Dort unterrichtete er an der damaligen Volksschule Außertal und gleichzeitig an der ebenfalls im Außertal bestehenden Berufsschule für Schreiner, Schnefler und Glaser. Er hielt Vorbereitungskurse für die Gesellen- und Meisterprüfungen des Kübler-, Schnefler-, und Schreinerhandwerks ab, veranstaltete Fachkurse für Bauhandwerker, und er wurde Vorstand des Gewerbevereins Bernau.

Im Dezember 1933 stieß er zum ersten Mal mit den nationalsozialistischen Machthabern am Ort zusammen. Nach seinen eigenen Aufzeichnungen wurde er im Dezember 1933 ohne Angabe von Gründen verhaftet, im Gefängnis Schopfheim in „Schutzhaft" genommen und nach Hungerstreik unter folgenden Auflagen wieder freigelassen: Unterrichts- und Redeverbot, Hausarrest, Orts- und Kreisverweis wegen politischer Unzuverlässigkeit. Im Schreiben des politischen Leiters des Stützpunktes Bernau der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) hieß es wörtlich: „Ich werde für die Folge Ihren Wirkungsbereich besonders mit meiner Aufmerksamkeit bedenken und Sie dürfen versichert sein, dass, wenn in Zukunft Ihre

Karl Schweickert (1902–1981)

Äußerungen und Ihr Benehmen dem neuen System gegenüber zu Klagen Anlass geben, schnellste Abhilfe geschaffen wird." Das Unterrichtsverbot dauerte bis Mai 1934. In dieser Zeit, welche er bei seinen Eltern in Karlsruhe verbrachte, wurde er zweimal polizeilich vorgeführt mit erneuter Haftandrohung. Mehrmals fanden Hausdurchsuchungen statt, zuletzt erhielt er einen Ortsverweis. Das Kultusministerium verzichtete, mit Rücksicht auf seine 1930 gegründete Familie, auf seine mit dem 2. Kind vor der Niederkunft stehende Ehefrau und die durch die Schutzhaft erlittene Strafe, auf eine Entlassung, drohte aber, bei künftigen Verfehlungen dienstlicher oder außerdienstlicher Art seine weitere Verwendung im Staatsdienst in Frage zu stellen. So wurde er zum 26. 5. 1934 ohne Erstattung der Umzugskosten an die Volksschule Aselfingen, Kreis Donaueschingen versetzt.

Wie nach dem Krieg festgestellt wurde, lässt die Versetzungsverfügung des Kreisschulamtes Villingen den Strafcharakter der Maßnahme erkennen. In Aselfingen unterrichtete

Schweickert bis Kriegsbeginn. Auf Anraten des Bürgermeisters der Großgemeinde Achdorf, (mit der Aselfingen 1934 vereinigt worden war), meldete sich der Lehrer zum Militärdienst, den er von Herbst 1940 bis zu seiner Entlassung aus dem Lazarett im Sommer 1944 ableistete. Von da an war er wieder Lehrer in Aselfingen. Nach dem Zusammenbruch wurde er 1945/46 kommissarischer Bürgermeister der Gemeinde.

Fast zwanzig Jahre kämpfte Karl Schweickert durch mehrere Instanzen um sein Recht, die ihm entgangene Einstellung als Berufsschullehrer zu erhalten. Noch 1953 stellte das Badische Kultusministerium fest: „Schweickert war durch die Unterdrückungsmaßnahmen hart betroffen." (K. u. U. 19. 1. 1953). 1964 wurde das Land Baden-Württemberg verpflichtet, ihn ab 1936 zum Berufsschullehrer zu ernennen. Am 1. März 1965 wurde der mittlerweile (ab 1958) nach Kirchzarten versetzte Lehrer zum Gewerbeschulrat ernannt. 1967 ging er in den Ruhestand. 1981 starb Karl Schweickert in Kirchzarten. Ein kämpferisches Leben hatte sein Ende gefunden.

Verwendete Literatur

Maschinenschriftliche Berichte von Pfarrer Franz Beugel und Hauptlehrer Karl Schweickert.

Personalakte K. Schweickert aus dem Staatsarchiv Freiburg (mit Genehmigung der Angehörigen).

Paul Willimski: Blumberg-Achdorf einst und jetzt (1978).

Hermann Riedel: Halt! Schweizergrenze (Konstanz 1983).

Anschrift des Autors:
Anton Burkard
Am Gehracker 4
79249 Merzhausen

Adolf Schmid

Zwischen Sonne und Halbmond

Der „Türkenlouis“: Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden (1655–1707)

Am 8. April 1655, also vor genau 350 Jahren, ist Ludwig Wilhelm in Paris geboren. Sein Taufpate war der Franzosenkönig Ludwig XIV., eine besondere Ehre für den badischen Erbprinzen und Sohn des Markgrafen Ferdinand Maximilian und der Prinzessin Christina von Savoyen-Carignano. Mit 19 Jahren begann seine militärische Laufbahn in der Kaiserlichen Armee. Aber 1677 musste er – gerade 22 Jahre alt – die Regierung seiner Markgrafschaft übernehmen. Als freilich 1683 die Türken zum zweiten Mal Wien belagerten und ganz Europa bedrohten, sah er seine patriotische Pflicht und zog in den „großen Türkenkrieg“, zeichnete sich aus durch sein militärisches Genie, wurde vom Kaiser mit dem Oberkommando an der „Ostfront“ betraut. Die osmanischen Heerscharen wurden auf dem Balkan weit zurückgedrängt, der Sieg vom 19. August 1691 bei Salankamen war einer seiner glänzendsten Siege über die Krieger des Halbmondes. Aber gleichzeitig fielen die Armeen des „Sonnenkönigs“ von Versailles in die westdeutschen Ländereien ein, „le pays de Bade“ wurde 1689 heimgesucht, die nordbadischen Städte zerstört, auch Baden-Baden und das Stammschloss des Markgrafen. Baden, ganz Deutschland, in der Zange, Baden weitgehend verwüstet. Ludwig Wilhelm versuchte sein Glück in der Ehe, heiratete 1690 die gerade fünfzehnjährige Franziska Sibylla Augusta von Sachsen-Lauenburg – und übernahm das Oberkommando in den Kriegen gegen den Aggressor aus dem Westen. Neun Kinder brachte Sibylla Augusta in den folgenden Jahren zur Welt, nur drei überlebten. 1697 – im Frieden von Rijswijk – ging der Krieg gegen Frankreich zu Ende. Ludwig Wilhelm konnte an den Wiederaufbau denken, Baumeister Domenico Egidio Rossi sollte Pläne entwickeln für eine neue Residenz; aber nicht in Baden-Baden, sondern in Rastatt. Erst 1705 war der Bau bezugfertig, nur zwei Jahre noch konnte der Markgraf hier leben. Aber als „Türkenlouis“ hatte er sich einen unsterblichen Namen gemacht, auch wenn seine Verdienste und Triumphe bald von seinem Vetter, dem Prinzen Eugen von Savoyen, übertroffen wurden.

Im Badischen Landesmuseum in Karlsruhe, immer besuchenswert wegen der großartigen Wechselausstellungen, lohnt sich immer ein Besuch bei der „Türkenbeute“ – Beutestücke, die der „Türkenlouis“ als Kaiserlicher Feldherr von seinen Kriegen auf dem Balkan mitgebracht hat, eine „Trophäenkollektion“ von ganz seltenem Rang. Aber natürlich bleiben Rastatt und sein Schloss im Zentrum der Erinnerung an Ludwig Wilhelm. Und das Lustschloss Favorite ganz in der Nähe, errichtet von Markgräfin Sibylla Augusta. Das Grabmahl des Markgrafen Ludwig Wilhelm befindet sich freilich in der ehemaligen Stiftskirche in der Altstadt von Baden-Baden, ein grandioses Monument badischer Geschichte, vor allem aber die ruhmreiche Verherrlichung des „Türkenlouis“.

Das Rastatter Schloss und die geometrisch angelegte Stadt Rastatt „stellen ein einzigartiges authentisches barockes Gesamtkunstwerk dar“ (FAZ). Wir gratulieren der Stadt Rastatt, dass sie diese Jubiläen so würdig und eindrucksvoll feiert: Den 350. Geburtstag von Markgraf Ludwig Wilhelm und den 300. Jahrestag der Verlegung der markgräflichen Residenz von Baden-Baden nach Rastatt. Ganz persönlich freue ich mich in der Erinnerung an die Schulzeit im „Ludwig-Wilhelm-Gymnasium“ in Rastatt. Der Name dieser alten Schule wird wohl für immer gesichert bleiben – und nicht einer vermeintlichen politischen Korrektheit wegen

verschenkt werden, wie es im Namenstausch des Rastatter Gasthauses, das traditionell „Zum Türkenlouis“ hieß, in ein Restaurant „Zum Markgrafen“ passiert ist.

Anschrift des Autors:
Adolf Schmid
Steinhalde 74
79114 Freiburg

Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden-Baden, genannt Türkenlouis (1655–1707)

Max Weber (†)

Die Wandlungen im Bild Rastatts

Wenige Städte haben sich so oft und so grundlegend umstellen müssen wie die Murgstadt an der alemannisch-fränkischen Volkstumsgrenze. War das nicht wie im Märchen ein Zauber der bösen Fee, in die Wiege der jungen Markgrafengründung gelegt, die um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert durch das Machtwort des Türkenlouis fast über Nacht vom Dorf, von der bescheidenen Raststätte der Fuhrmänner und Kaufleute zu einer fürstlichen Residenzstadt wurde, zu einem „kleinen Versailles"? Ihre bisherige Bedeutung verlor dadurch Kuppenheim, die bisherige Amtsstadt der Gegend.

Kaum ein Jahrhundert lang strahlte die Sonne fürstlichen Glanzes. Mit dem Lebenslicht des letzten Markgrafen der Baden-Badener Linie erlosch auch Rastatts Herrlichkeit. Im Schatten des aufstrebenden Karlsruhe mußte nun die Barockstadt einige Jahrzehnte dahindämmern. Die wenigen Besuche des glücklichen Erben Karl Friedrich, auch wenn sie mit Persönlichkeiten wie Klopstock und Gluck geschmückt sind, ja selbst der große Kongreß von 1797–99, den Namen wie die von Metternich und Napoleon und ein vorzeitiges blutiges Ende weltberühmt gemacht haben, bedeuten noch nicht einmal Blitze, höchstens ein bescheidenes Wetterleuchten ohne bleibenden Eindruck.

Einen neuen Daseinszweck und damit auch ein neues Gesicht findet das verträumte Fürstenstädtlein erst durch den Bundestagsbeschluß, der Rastatt zur Garnison und 1840 zur Festung macht. Regimentsmusik übertönt nun die alten Barockorgeln, Soldatenschritt hallt wider von den Häuserreihen, auf denen sich einst die graziösen Schatten von Pagen und Hofschranzen, von Geheimen Räten und gelehrten Patres malerisch abhoben. Und eng und hart wie ein Soldatenkoppel umschließt eine Kette von Bastionen und Forts den edlen alten Stadtkörper. Nackt und nüchtern wachsen Kasernen empor, hoch über die lieblichen Barockhäuser, die sich nur in seltenen Fällen besonderer Vornehmheit über das erste Stockwerk hinausgewagt hatten.

Für die Dauer schien der Charakter Rastatts festgelegt: Soldatenstadt war sie geworden mit dem Zwielichtschimmer der Verklärung und Verdammung von 1848, Bundesfestung war sie, Sitz von Regimentern verschiedenster Waffengattungen, bis der Soldatentraum von 1849 ausgeträumt war, und ein neuer Reichsbeschluß 1890 die Festung wieder schleifte, und schließlich ein verlorener Krieg die Kasernen „entmilitarisierte", und der letzte Zusammenbruch auch den jüngsten Trieb zur Soldatenstadt erstickte im Donner der einstürzenden Gebäude und in den Staubwolken zusammensinkender, überlieferungsschwerer Mauern aus 200jähriger Vergangenheit.

Diesmal war es eine weit dunklere Nacht, in die Rastatt versank, hart wie eine Bunkernacht bei rollendem Angriff feindlicher Geschwader. Eine solche Nacht muß kurz sein. Es bedeutet den Tod, wenn sich nicht bald ein Lichthimmel zeigt. Rastatt hat ihn gefunden, den neuen Tag, dem es entgegenlebt.

„Entgegenwächst" wäre deutlicher gesprochen. Denn wie alles gesunde Leben aus gewachsenen Wurzeln immer neu wächst, so ist ein neues Rastatt im Werden. Wieder eine neue Stadt der Industrie und der Kultur, des Fremdenverkehrs, ein lebendiger Mittelpunkt eines lebenstüchtigen Kreises. Aber wie aus dem barocken Rastatt noch Schloß und Kirche, Gymnasium und Landratsamt und zahlreiche Bürgerhäuser in die Gegenwart hineinragen, und wie die Kasernengebäude noch stehen und wieder für friedliche Zwecke nutzbar gemacht werden können, so wächst aus dem alten Rastatt abermals ein neues empor.

Wie kostbar sind jetzt die überlieferten Werte! Wie verdienen sie alle Pflege, nicht zuletzt im Hinblick auf den Fremdenverkehr. Denn wer in Deutschland kennt nicht Rastatt als das Schlußbild der großen deutschen Tragödie von 1848/49 und möchte gern dort einige Erinnerungen sehen? Vor allem aber muß Rastatt sich seines Charakters als Barockstadt bewußt werden, gerade jetzt, wo die Kriegsfurie so viele alte Fürstensitze dahinsinken ließ.

Sein anderes Ziel ist aber ganz modern. Wenn Rastatt seine Aufgabe als Kreishauptstadt weiter ausbaut, wie es begonnen hat, wird es bald zum Vorbild werden für alle, die die Aufgabe der öffentlichen Organisationen neben der Verwaltung, Rechtsprechung und Finanzierung auch in der Sorge für Kultur und geistige Werte sehen. Früher ging man von den Dörfern nur dann in die Kreishauptstadt, wenn die Behörde rief oder das Finanzamt drohte, vielleicht auch ab und zu einmal zum billigen Einkaufen. Heute aber hat es sich in weiten Kreisen des Bezirks schon eingebürgert, daß die Dorfbewohner gern in die Kreisstadt gehen, um dort an den kulturellen Veranstaltungen teilzunehmen. Wieviele Omnibusse stehen oft vor der Fruchthalle, wohin sie die Kunsthungrigen gebracht haben!

Seit nämlich der umsichtige Leiter der Stadt, Oberbürgermeister Jäger, mit großen Opfern den Saal der Fruchthalle in vorbildlicher Weise ausgebaut hat, so daß er auch anspruchsvollen Theateraufführungen genügen kann, ist Rastatt so etwas wie eine Musenstadt geworden. Ein Kulturring hat sich binnen Jahresfrist gebildet mit über einem halben Tausend Mitglieder. Da eine rationierte Verwaltung kein Geld zu verschlingen braucht, konnte für billige Preise eine erstaunliche Reihe von wertvollen Veranstaltungen geboten werden. Fidelio und Freischütz, Faust und Egmont, Stücke von Schiller und Shakespeare und moderne wie von Lavory ragen daraus hervor. Die Bühnen von Karlsruhe, Baden-Baden und Pforzheim, und Darsteller wie Paul Hartmann und Golling spielten sie. Die Säckinger Freilichtspiele erzielten im nahen Schloßpark von Favorite mit dem Sommernachtstraum eine unglaubliche Wirkung. Gewiß machten Operetten den Hauptanteil der Veranstaltungen aus, wobei das Neue Theater in Villingen die größte Beliebtheit erlangte. Man sucht dem zeitgemäßen Wunsch nach Entspannung gerecht zu werden und verfolgt die Absicht durch leichte Kost allmählich immer weitere Kreise an das gute Theater heranzuführen. Das wurde in erfreulichem Umfang erreicht.

Am besten gelang das Erzieherische bei einem Zyklus von 6 Konzerten des Symphonieorchesters aus Speyer mit jeweiligem Vortrag, die mit wenig über 100 Zuhörern begannen und mit einem vollen Saal endigten. Nicht geringer war die Steigerung bei einer Reihe von Lichtbildervorträgen unter dem Leitgedanken „Länder und Völker der Erde“. Nimmt man noch die zahlreichen Einzelkonzerte hinzu, die Ausstellungen usw. in der Herbstwoche, den Ausbau des Heimatmuseums und die Leistungen der einheimischen Vereine, so ergibt sich für eine Stadt von nur 17 000 Einwohnern gewiß ein erstaunliches Bild, das zu manchem Optimismus berechtigt.

Wenn die Einwohnerschaft einer solchen Mittelstadt im ersten Jahr des Versuchs über 50 000 Mark für kulturelle Veranstaltungen umsetzt und zwar fast ganz ohne öffentliche Zuschüsse, so ist das schon mehr als nur eine, an sich gewiß auch beachtliche, organisatorische Leistung. Und eine Zahl von 63 Veranstaltungen mit insgesamt 32 000 Besuchern spricht für sich.

Das aber ist das neue Gesicht des alten Rastatt: Der kulturelle Mittelpunkt seines Kreises zu sein.

Max Weber (†)

Aus: Badische Heimat, Heft 1 (1950) 30. Jahrgang, S. 47–49.

Dieser Nachdruck von 1950 soll als Hommage an einen besonders engagierten Badener, Prof. Dr. Max Weber, verstanden werden.

Manfred Bosch

Ansprache bei der Entgegennahme des Uhland-Preises

Sehr geehrter Carl Herzog von Württemberg,
sehr geehrte Damen und Herren,

als in der Schule die Balladen Uhlands dran kamen, war mir der Name des Autors bereits vertraut. Nicht, daß in meinem Elternhaus eine Ausgabe seiner Werke gestanden hätte – meine Eltern waren keine Leser und ich lange auch nicht. Ich sammelte aber, von meinem Vater halb angesteckt, halb angehalten, Briefmarken – zunächst auch lädierte, die mir mein Vater überließ und an denen man nichts mehr verderben konnte. Wenn ich die philatelistisch wertlosen Stücke meiner Sammlung, die mein Vater nur „das Markenlazarett" nannte, auch nach und nach durch ganze ersetzte, ging mir doch schon früh ihr Bildungswert auf; und sobald die bunten Papierchen den Weg von einer leeren Zigarrenschachtel in die Übersichtlichkeit eines ersten Albums gefunden hatten, fielen mir zwei Länderserien auf, von denen die eine in der badischen, die andere in der württembergisch-hohenzollerischen Besatzungszone galt. In der letzteren war *ein* Wert einem gewissen Uhland gewidmet; die Marke zeigte ein volles, leicht bäurisch wirkendes Gesicht, das von einem mageren Haarkranz abgeschlossen wurde und ein bisschen mißmutig dreinblickte. Ein Dichter sah aus diesem Porträt nicht unbedingt heraus; Schiller und Hölderlin dagegen, der erste idealischen, der andere leicht verhangenen Blicks, schienen mir schon aufgrund ihrer schulterlangen Haarpracht als solche kenntlich. Ihnen standen die höheren Werte in ein *edleres* Antlitz geschrieben. Zwar wurden Hölderlin nur 15 Pfennig zugestanden; dafür steigerte sich der gleich mehrfach vertretene Schiller von anfänglichen 12 Pfennig bis auf zwei Mark.

Dann gab es neben Uhland – ihm war der 50-Pfg.-Wert zugedacht – noch eine Marke, die aus den Dichter- und Landschaftsmotiven der Serie herausstach. Sie trug das württembergische Wappen mit den Hirschstangen im Schild, die – das erkannte auch schon das Kind – das Gegenstück bildete zu unserem roten Balken auf gelbem Grund. Ich sage „unserem", weil ich in Bad Dürrheim im badischen Schwarzwald geboren bin; doch obwohl mich die Landschaftsmotive der württembergischen Dauerserie nicht weniger heimatlich anmuteten als die badischen, hatte ich von Württemberg ein ganz anderes Bild. Das hing mit Schwenningen zusammen, dem ersten Ort hinter der Grenze. Von unserer badischen Kreis- und Amtsstadt Villingen war es um Welten getrennt: hier die ackerbürgerliche Behäbigkeit der kleinen, sich selbst genügenden Beamtenstadt, in die das Zähringerkreuz Übersicht und Vertrautheit brachte; dort das molluskenhaft-strukturlose Industriedorf, das sich dem kindlichen Auge kaum erschloß und kein Ganzes ergab. Weder Fisch noch Fleisch, war es mit seinen stadtbeherrschenden Fabriken von einer gewissen bedrohlichen Fremdheit; und wie ein böses Menetekel wirkten auf den kindlichen Sinn die noch weit bis in die 50er Jahre hinein sichtbaren Tarnanstriche der Fabriken – das Kind ahnte dahinter eine entfesselte, zersetzende Dynamik. An diesem Eindruck änderte weder die Messe „Südwest stellt aus" etwas, auf die ich mich jedes Jahr aufs Neue freute, noch das Kaufhaus Baro, wo ich mein erstes schmales Taschengeld hintrug. Schwenningen war, mit einem Wort und um das schlimmste von einer Sache zu sagen, *anders,* was in diesem Fall dreierlei bedeutete: es war erstens protestantisch, zweitens prole-

tarisch (das Wort kannte ich natürlich noch nicht), und es war, was nur eine logische Folge aus diesen beiden Zuständen sein konnte, württembergisch. Wenn Württemberg schon so *anfing,* wie musste es sich dann erst auf die Länge ausnehmen! Auch schien mir fraglos, daß die drei Wörter eine Einheit bildeten, daß eins für das andere stand. Hatten denn nicht selbst die Fabriken, wenn man genau hinsah, etwas Protestantisches? Jedenfalls schlugen sich diese Eindrücke schwer prestigemindernd nieder und ließen mein Bild vom Nachbarn nicht unberührt. Ganz Württemberg sozusagen ein einziges, großes Schwenningen.

Nein – in Wirklichkeit wusste ich es *damals* schon besser. Württemberg kehrte nämlich mit seiner Kultur jedes Jahr ein paarmal bei uns daheim ein – und seine Sendboten waren zwei Stuttgarter Familien mit den schönen Namen Eisele und Kaiser. Eiseles – ein altes Fabrikanten-Ehepaar – mußte wohl aus gesundheitlichen Gründen auf Dürrheim gekommen sein, das sich, worauf ich lange stolz sein zu dürfen glaubte, auf Briefstempeln und Prospekten als „Europas höchstgelegenes Solbad" anpries. Dort hatten Eiseles ein schönes, repräsentatives Mehrfamilienhaus gebaut und sich darin einen Stock reserviert; parterre wohnten wir in Miete, und ganz oben Kaisers, d. h. die Tochter mit Familie. Die Fabrik der Eiseles lag in der Stuttgarter Neckarstraße und ich bilde mir bis heute ein, daß die Maschinen für Metzgereibedarf, die dort hergestellt wurden, viel zu solide waren, als daß sie je hätten ersetzt oder auch nur nachgerüstet werden müssen. Jedenfalls hatte die Fabrik ihre besseren Tage wohl bereits hinter sich; ihre Besitzer aber waren für mich, wie immer die Zuschreibungen von Schwaben sonst auch lauten mögen, die schönste Verkörperung kinderfreundlichen Gewährenlassens und die personifizierte Generosität. Vielleicht muß man Leuten, die erst 40 und drunter sind, heute sagen, was es Anfang der 50er Jahre hieß, Köstlichkeiten geschenkt zu bekommen wie Katzenzungen, neueste Ravensburger Spiele oder auch Kinderbücher. Die trugen einen Verlagsnamen, den man sein Leben lang nicht mehr vergaß – nämlich Ensslin & Laiblin –, und in die Innenseiten der Umschlagdeckel waren vorn oder hinten individuell gestaltete Buchmarken eingeklebt, denen man entnehmen konnte, wo das Buch gekauft worden war. Es mag lächerlich klingen – aber auch so können erste Begegnungen mit Buchkultur aussehen. Doch was immer Eiseles mir mitbrachten: es bedürfte schon der Kunst eines Fritz Alexander Kauffmann, um wie er in seiner wunderbaren Kindheitschronik „Leonhard" die geradezu magische Wirkung dieser Geschenke adäquat zu beschreiben. Und wenn Herr Kaiser sein Kabrio mit den Kindern der halben Straße vollpackte, um mit uns in bester Urlaubslaune an den Rheinfall zu fahren, kehrte man aus dem Reich von Toblerone und Ovomaltine im Bewusstsein zurück, in einem Land gewesen zu sein, das nicht von dieser Welt war – wie denn bereits jenes Kabrio bereits ans Unwirkliche grenzte.

Doch zu welchem Ende betreibt man solche Bohrungen in der Frühgeschichte seiner eigenen Biographie? Sie werden sich längst gefragt haben: Worauf will der bloß raus, warum erzählt er uns das alles? Vielleicht hat er sich gedacht, dem ersten nichtschwäbischen Träger dieses Preises stünden solche launigen Kindheitsreminiszenzen zu. Aber muß er deshalb das Problem kultureller Differenz in seiner biedersten Variante aufkochen, den Bestand obsoleter badisch-württembergischer Vorbehalte um seine privaten Sottisen bereichern?

Naja, vielleicht hätte ich doch besser von Anfang an richtig geknöpft, statt mich jetzt zu wundern, daß es unten nicht aufgeht. Um es kurz zu machen: eigentlich wollte ich nur den Bogen kriegen zu dem „schwäbischen Mundartdichter", als den mich der Text auf der Einladungskarte zu dieser Preisverleihung vorstellt. Ich habe die Bezeichnung „schwäbisch" zwar ein bisschen im Verdacht, daß sie mich Ihnen als halbwegs würdigen Preisträger schmackhaft machen soll; gegen das Wort selbst habe ich nicht das Geringste einzuwenden. Gemeinhin werde ich zwar eher mit dem Begriff „alemannisch" belegt, doch die enge Verwandtschaft zwischen beiden kann jeder Kultur- und Sprachwissenschaftler bestätigen. Nicht das „schwäbisch" also, wohl aber der „Dialekt*dichter*" kommt mir ein wenig kommentierungsbedürftig vor. Mein Freund

Bruno Epple, der dem ersten von insgesamt vier Mundartbändchen ein Briefnachwort beigegeben hat, schrieb damals:

„Lieber Manfred Bosch,

als ich Deine Texte gelesen hatte, dachte ich: Der hat ein Tonband aufgestellt und die Leute reden lassen. Und meine Schüler, die sie mit großer Begierde angehört hatten, sagten spontan: Genau so reden sie, die Eltern, der Opa, die Erwachsenen …“

Das trafs. Ich hatte mich der Sprache meiner Kindheit entsonnen; sie war es, die ich benutzte, weil sie mir im Laufe meines Erwachsenwerdens abhanden kam und sich irgendwann literarisch zurückmeldete. Als eigentliche Ausdrucksmöglichkeit jedoch, wie man es bei einem „Dichter“ ja wohl voraussetzen müsste, taugte sie mir nie; ich habe im Dialekt eher dokumentiert, konfrontiert, montiert, in den Zusammenhang gestellt und Sprache „ausgestellt“.

Doch wie ich literarisch nicht bei der Sprache meiner Kindheit begonnen hatte, gab ich sie alsbald auch wieder auf – nach vier Bändchen hatte sich meine Dialektkompetenz erschöpft, die ich literarisch ohnehin nie stark ausgebaut hatte: für mich war Dialekt eine „Nebenbeschäftigung“ auf Zeit, die sich die Konkurrenz regionaler Zeitgeschichte und alsbald auch regionaler Literaturgeschichte gefallen lassen musste. Dieser widme ich mich nun seit zweieinhalb Jahrzehnten, und wie es aussieht, werde ich von ihr wohl auch nicht mehr lassen.

Meine Damen und Herren,

ob *ich* im Zeichen Uhlands auszuzeichnen sei, davon muss ich – zu meinem Glück – nicht überzeugt sein. Doch ich befinde mich in der dankbaren Lage, mich hinter diejenigen stellen zu können, an die ich nun schon ein halbes Autorenleben Interesse, Zeit und Arbeit wende. Es waren fast immer Figuren, deren langes Vergessensein angesichts fragwürdiger historischer Kontinuitäten etwas Skandalöses und Provozierendes hat. Kaum eine von ihnen stand je auf der Sonnenseite, und zu sagen, sie seien vom Glück eher aufs Pflichtteil gesetzt worden, wäre eine heillose Übertreibung. Doch Ausgrenzung, Vertreibung und Not müssen hier nicht noch einmal anhand von Namen belegt werden, die Herr Bausinger in seiner Laudatio bereits genannt hat. Eins aber kann ich mir doch nicht verkneifen: das Bekenntnis schöner Genugtuung jedes Mal dann, wenn – etwa mit einem neu aufgelegten Buch – an seinem Autor ein kleines Stück ausgleichender Gerechtigkeit bewirkt werden konnte. Und vielleicht darf ich *noch* ein persönliches Wort anfügen: wenn ich auch kein sogenannt schöngeistiger Schriftsteller bin, so grabe doch auch ich mich – im Sinne Martin Walsers – mit Hilfe solcher Editionsarbeiten um. Ja, ich möchte noch weitergehen und sagen: nicht nur Schreiben ist eine Möglichkeit, die Welt auszuhalten, auch längst fällige Korrekturen am kulturellen und literarischen Gedächtnis können es sein.

Das kann darin bestehen, daß man einen Autor aus dem Status des bloßen Trabanten berühmterer Zeitgenossen befreit, wie im Fall Max Barth; das kann im manchmal schier aussichtslos erscheinenden Windmühlenkampf gegen ein präformiertes Bild bestehen, das vom Judentum nur Ghetto und Assimilation kennen möchte und das *Land*judentum südwestdeutscher Prägung, wie Jacob Picard es literarisch überliefert hat, fast stets übergeht; das reicht von der Karteikarte mit ersten zufälligen Eintragungen, die nach langen Jahren endlich zum Ziel führen – im Falle Käthe Vordtriedes zu einer faszinierenden Briefedition; das meint auch den Ehrgeiz, der sich mit einer Eintragung wie „Biographie nicht bekannt“ in Paul Raabes höchst verdienstlichem „Handbuch des literarischen Expressionismus“ nicht zufrieden gibt, sodaß am Ende mit Hilfe unglaublicher Zufälle der Mannheimer Moritz Lederer wieder zu einer greifbaren Gestalt des Theaters der Weimarer Republik werden kann; und das umfasst Bekanntschaften und Freundschaften wie die zu Agathe Kunze, die mir über Jahre hinweg den Kreis um Erich Schairer, seine „Sonntags-Zeitung“ und deren Mitarbeiterstamm aufgeschlossen hat. Für sie und alle anderen Autoren habe ich bei Uhland einen Vers gefunden, der sich für eine gemeinsame Kennzeichnung eignet, sofern man ihn nur seiner zeitgebundenen Metaphorik entkleidet. Er lautet:

„Freiheit heißt nun meine Fee
Und mein Ritter heißet Recht“

Meine Damen und Herren,

es ist Zeit, zum Dank zu kommen. Dank zunächst Ihnen, meine Damen und Herren von der Jury, daß sie mir diesen Preis zuerkannt haben – und zwar „einfach so“. „Einfach so?“ – das waren, mit einem Fragezeichen versehen, die Worte meiner Briefträgerin, die von dem Preis in der Zeitung gelesen hatte. Daß sie mir Herrn Halub zur Seite gestellt haben, dem ich auch von dieser Stelle aus herzlich gratulieren möchte, darüber freue ich mich. Sein Land und dessen Freiheitskampf haben ja bereits zu Zeiten Uhlands hier im Südwesten besondere Sympathien genossen. Mein herzlicher Dank gilt sodann Herrn Professor Bausinger für seine Kartierungs- und Vermessungsarbeiten in einem Bosch-Areal, das für diesmal weniger *in* als *um Stuttgart herum* lag.

Mein eigentlicher Dank jedoch gilt Ihnen, sehr geehrter Herzog Carl von Württemberg. Ich sehe den von Ihnen gestifteten Preis in einer schönen Tradition mäzenatischer Politik, deren sich manche deutsche Mittelstaaten, Württemberg und Baden voran, befleißigt haben, weil sie für machtpolitische Spielchen zum Glück zu klein waren und im 19. Jahrhundert ihre Profilierungschancen in der Kultur erkannten. Und daß Sie Ihren Preis nach Uhland benannt haben, erscheint mir umso bemerkenswerter, als noch einer Ihrer Vorfahren, König Karl, der Einweihung des Tübinger Uhlanddenkmals im Jahre 1873 unter einem Vorwand ferngeblieben war, weil ihm der demokratische Dichter nicht besonders grün war. Was mich selbst betrifft, so wird Ihr Preis, wenn ich einmal aus dem Leim gehe und mein Autorenleben überdenke, zu der Einsicht beitragen, daß es in diesem Beruf nicht nur „viel Steine“, sondern auch „Brot“ gegeben hat. Menschen- und kunstfreundlicher lässt sich die Zeile aus dem „Kaiser Rotbart lobesam“ kaum zurechtrücken.

Anschrift des Autors:
Manfred Bosch
Dinkelbergstraße 2b
79540 Lörrach

Ernst Otto Bräunche

„Die badischen Juden sind nicht vergessen“[1]

Unter dieser Überschrift gab das Presseamt der Stadt Karlsruhe am 11. November 1957 bekannt, dass eine „christlich-jüdische Delegation aus Karlsruhe“ nach Gurs an der französisch-spanischen Grenze gereist war, um sich einen Eindruck von dem Zustand des Friedhofs des Lagers Gurs zu verschaffen, in das im Oktober 1940 über 6500 Juden aus Baden, der Pfalz und dem Saarland verschleppt worden waren. Dieser Pressebericht gab die Antwort auf einen Artikel des als Journalist tätigen Karlsruher Diplomingenieurs Peter Canisius, Sohn des gleichnamigen damaligen Präsidenten der Bundesanstalt für Wasserbau. Canisius hatte seinen Artikel drei Monate zuvor in der Badischen Volkszeitung mit der Frage „Sind die badischen Juden vergessen?“ veröffentlicht und geschrieben: „Man mußte die Hauptstraße von Toulouse über Pau nach dem eleganten Seebad Biarritz am Golf von Biscaya verlassen, um den kleinen, abgelegenen Flecken Gurs zu erreichen. Und warum sollte man das tun? Nicht einmal das amtliche französische Reisebüro in Frankfurt weiß, wo Gurs liegt. Und das Generalkonsulat kann nur anhand des französischen Gemeindeverzeichnisses Auskunft geben, wie man zu diesem einsamen Flecken gelangt. So klein und verlassen ist dieses Gurs.“[2] Dieser Artikel, erinnerte in Karlsruhe erstmals nach dem Krieg an das Lager Gurs – der 10-jährige Jahrestag im Jahr 1950 zum Beispiel, der sich für eine Erinnerung an die Deportation der badischen und pfälzischen Juden angeboten hätte, wurde in der Karlsruher Öffentlichkeit und sicher auch in den meisten anderen badischen Orten nicht wahrgenommen. Eine Ausnahme bildet allenfalls eine kleine Notiz „Vor acht Jahren …“ im Mannheimer Morgen vom 23. Oktober 1948.[3] Sie war dort aber ebenso ohne Resonanz geblieben wie ein etwas umfangreicherer Bericht der Rhein-Neckar-Zeitung vom 22. Oktober 1955 „Der Abtransport badischer Juden. Vor 15 Jahren begann das dunkelste Kapitel – Nur wenige kamen in die Heimat zurück.“ Beide Artikel befassten sich auch weniger mit dem Friedhof in Gurs und dessen Zustand als vielmehr mit dem historischen Tatbestand und der Erinnerung daran. Der unbekannte Schreiber des Mannheimer Morgens mahnte 1948: „Acht Jahre erst – und doch hat heute mancher nur ein Achselzucken übrig, wenn er daran erinnert wird, weil er zu sehr im Mitleid mit sich selbst befangen ist.“[4] Dass es der deutschen Nachkriegsgesellschaft schwer fiel, sich mit ihrer unmittelbaren Vergangenheit kritisch auseinanderzusetzen oder gar eine Kultur des Erinnerns zu entwickeln, ist bekannt. Die Feststellung des Mannheimer-Morgen-Artikels deckt sich auch mit den Beobachtungen der Philosophin und Soziologin Hannah Arendt, die 1949, erstmals nach ihrer Flucht 16 Jahre zuvor, wieder nach Deutschland kam. Sie stellte einen „allgemeinen Gefühlsmangel“ und eine „offensichtliche Herzlosigkeit“ fest, „die manch-

Blick in das Camp de Gurs, das als Internierungslager für aus Spanien geflohene Angehörige der republikanischen Armee eingerichtet worden war. Seit Ende Oktober 1940 wurden hier Tausende Juden aus Baden, der Pfalz und dem Saarland gefangengehalten, rechts im Bild die Lagerstraße. Stadtarchiv Karlsruhe

mal mit billiger Rührseligkeit kaschiert wird.“[5] Ralph Giordano bezeichnete später einmal diese Verdrängung der ersten Schuld nach 1945 als zweite Schuld, die dadurch noch zunehme, dass es weitgehend gelungen sei, die eigene Lebenslüge auf die nachfolgende Generation zu übertragen, die nun so lebe, als habe es Auschwitz nicht gegeben.[6]

Insofern überrascht dieses weitgehende Schweigen über Gurs nicht. Im Folgenden wird dargestellt, wie in Karlsruhe und vielen anderen badischen Städten dieses Schweigen beendet wurde und es bis heute nicht wieder eintrat. Nach einer näheren Vorstellung des erwähnten Artikels „Sind die badischen Juden vergessen?“ stehen die durch ihn ausgelösten Aktivitäten und Bemühungen um eine angemessene Form des Erinnerns durch die Instandsetzung und Pflege des Friedhofs in Gurs im Vordergrund. Die Rollen der badischen Städte und Landkreise sowie die Positionen bzw. Reaktionen der jüdischen und französischen Stellen werden behandelt, ehe kurz weitere Formen des Erinnerns folgen und ein Resümee gezogen wird.

Leben hinter dem Stacheldraht, gefangene Frauen im Lager Gurs Stadtarchiv Karlsruhe

Die Initiative

Peter Canisius brach wie wenige andere vor ihm das Schweigen über Gurs. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern stieß er aber auch auf Resonanz. Er ging als erster näher auf den Lagerfriedhof ein: „Noch verlassener aber als das kleine Dorf im Departement Basses Pyrénées sind die dort zur letzten Ruhe gebetteten 1250 jüdischen Bürger aus Baden. Ihre Gräber sind verfallen. Und zu dem Unrecht, das man Ihnen antat, zu dem Verbrechen, das man unter der Nazi-Barbarei an meist hochbetagten Menschen und ehrenwerten Bürgern unserer Heimat beging, kommt nun noch die Schande, dass man sich nicht einmal um ihre letzte Ruhestätte kümmert. In Baden, in Deutschland, scheinen sie vergessen zu sein.“ Der Artikel geht im weiteren auf die Deportation im Jahr 1940 und das Schicksal der dort gefangenen Menschen ein.[7] Er endet mit dem Satz: „Unser Wiederaufbau und Wohlstand ließ uns viel Unrecht vergessen – und wir merkten nicht, wie neues hinzukam …“ Canisius hatte also schon deutlich die „zweite Schuld“ erkannt, ohne sie expressis verbis als solche zu bezeichnen. Seine diesbezüglichen Bemerkungen sprechen auch dafür, dass der Friedhof tatsächlich bis zu diesem Zeitpunkt in Deutschland weitgehend in Vergessenheit geraten war.

In Karlsruhe stieß Peter Canisius auf offene Ohren. Der Karlsruher Presseamtschef Hans Schlenker notierte am 12. August: „Wie Herrn Oberbürgermeister bereits mündlich vorgetragen, stellt sich … Peter Canisius eine gemeinsame Aktion badischer Städte und des Landes vor, die von Karlsruhe, der ehemaligen Residenz, von welcher der Gauleiterbefehl zur Deportation ausging, veranlasst werden sollte. ‚Die bekannte Tatkraft des Herrn Oberbürgermeisters würde zweifellos Erfolg bringen‘, meinte Herr Canisisus.“[8] Er sollte sich nicht täuschen. Der Karlsruher Oberbürgermeister, der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Artikels in Urlaub weilte und von seinem Büro unterrichtet worden war, bat um Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage bis zu seiner Rückkehr.

Karlsruher Oberbürgermeister war Günther Klotz, auf dessen Ruf als Organisator der Schutträumung nach dem Ende des Krieges und umtriebiger Leiter der Verwaltung in der Zeit der beginnenden Wirtschaftswunderzeit Canisius angespielt hatte.[9] Am 1. Oktober 1957 erschien im Mitteilungsblatt des Oberrats der Israeliten Badens unter der Überschrift „Instandsetzung der Friedhöfe in Südfrankreich“ folgende Notiz: „Herr Oberbürgermeister Klotz und Vertreter der Stadtverwaltung Karlsruhe führten mit dem Oberrat der Israeliten Badens,

vertreten durch Herrn Werner Nachmann und den Sekretär Herrn Heinrich Freund eine Besprechung über die Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Südfrankreich. Die Stadtverwaltung will es sich zur Aufgabe machen, die Gräber der ehemaligen badischen Juden in einen würdigen Zustand zu versetzen. Aus diesem Grund wird Mitte Oktober eine Expedition nach Südfrankreich fahren, um die Friedhöfe dort zu besichtigen und um einen Plan zur Instandsetzung ausarbeiten zu können."[10]

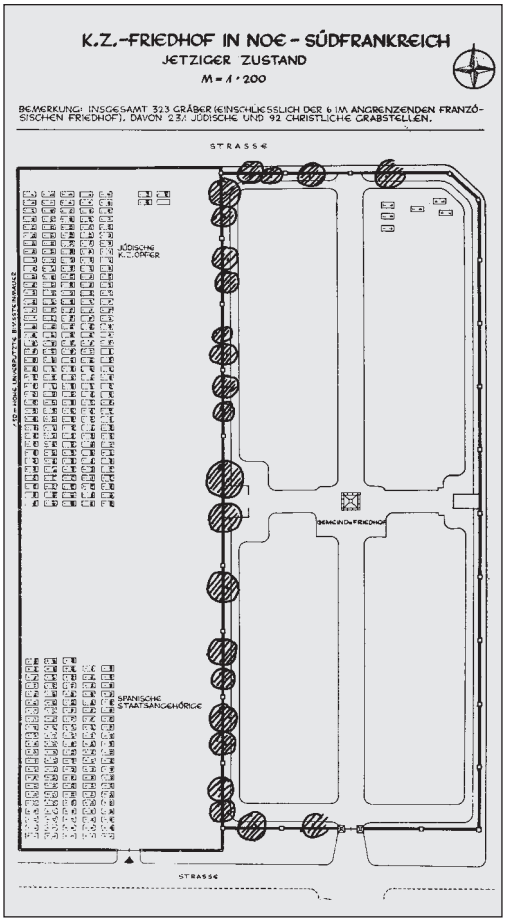
Otto Nachmann hatte auch mit dem Badenia-Verlag Kontakt aufgenommen, der die Badische Volkszeitung herausgab, und mitgeteilt, dass er sich schon wiederholt an die zuständigen Stellen gewandt habe. Er versicherte der Zeitung, die er auch sofort abonnierte, „daß Sie mit Ihrem Artikel die breite Öffentlichkeit interessiert und dieser Sache einen guten Dienst erwiesen haben."[1]

Die Aktion „Deportiertenfriedhof Gurs", wie sie später häufig genannt wurde, war damit gestartet. Mit Oberbürgermeister Günther Klotz war ein Mann gefunden, der sich diese zu eigen machte. Dass es mit der Instandsetzung des mehr und mehr verkommenden Friedhofs in Gurs eine konkrete Aufgabe gab, erleichterte es dem als tatkräftig und zupackend bekannten Politiker, der im „Dritten Reich" nicht zu den Tätern gehört hatte, aktiv zu werden. Die Überzeugung, dass etwas gegen das Vergessen getan werden musste, traf auf eine greifbare Aufgabe. Die Bedeutung von Friedhöfen als Orte des Erinnerns an die zwischen 1933 und 1945 in Deutschland und Europa von Deutschen verübten Verbrechen ist auch schon länger erkannt worden, denn „vielfach sind Gräber die einzigen Erinnerungsstätten, die auf die Zeit des Nationalsozialismus hindeuten."[12]

Noch im Jahr 1957, am 6./7. November fuhr eine Karlsruher Delegation nach Südfrankreich und besichtigte dort die Friedhöfe in Gurs und Noé. Drei städtische Mitarbeiter, Stadtbaudirektor Ernst Krieger vom Tiefbauamt, Gartenbaurat Ernst Liebscher vom Planungsamt und Pressereferent Hans Gustav Schlenker, sowie zwei Vertreter des Oberrats, Werner Nachmann und Heinrich Freund.

Über diese Reise gab der Oberrat wenig später eine Broschüre mit dem Titel „Sie sind nicht vergessen" heraus, der zahlreiche Bilder und eine Liste der Toten enthielt, soweit deren Namen zu diesem Zeitpunkt bekannt waren. Vom Lager Gurs selbst fanden die fünf Herren nur noch die schlammige „Lagerstraße vor, die direkt auf ein großes eisernes Tor zuführt. Dahinter ruhen unsere Brüder und Schwestern. Zusammen mit einem Franzosen, der in der Nähe wohnt und den Friedhof betreut, betreten wir beklommen die letzte Ruhestätte unserer Toten. Ein helle, zwei Meter hohe Mauer umschließt den etwa 8000 Quadratmeter großen Friedhof. Unser Blick bleibt an dem mahnend in den Himmel zeigenden Obelisk hängen, der inmitten der Gräber steht. Auf seiner Spitze steht der Davidstern. Viele Steine, die am Sockel des Denkmals liegen, sprechen für die zahlreichen Friedhofsbesucher. Die eingemeißelte, französische Inschrift lautet: ‚Dem Andenken der 20 000 Juden, die in das Vernichtungslager deportiert wurden und der 1250 Toten, die hier als Opfer der Nazi-Barbaren ruhen'. Der Friedhof selbst ist von Unkraut befreit und der Jahreszeit entsprechend sauber gehalten."[13]

Noch im Jahr 1945 hatte der Verband der jüdischen Gemeinschaften der Basses-Pyrénées das Denkmal zur Erinnerung an die Opfer errichtet. Eine der zahlreichen Zuschriften, die Oberbürgermeister Klotz nach seiner durch die Presse landesweit publik gemachten Initiative erreichten, kam von der inzwischen 82-jährigen Elsa Abel-Feldau aus Heidelberg. Sie hatte noch fünf Jahre nach Kriegsende in Gurs gelebt und die Entwicklung des Friedhofes verfolgt, sie schrieb: „Die Franzosen hatten erst den Friedhof ganz wunderbar hergerichtet – er war so fabelhaft gehalten, dass auf den Wegen nicht ein einziger Grashalm wuchs, die Reihengräber hatten tadellose kleine Schilder mit Namen und Nummer, und der ganz Platz war ein richtiger Friedhof.[14] Nachdem die Franzosen einen Mann zur ‚täglichen' Pflege angestellt hatten, sah das Gelände wunderschön aus. Als die Mauer und alles fertig war, übergaben die Franzosen den Friedhof den Juden – und von da ab fing die Misere und die totale Vernachlässigung an. Ich habe alles versucht, um diesem Geschehen Einhalt zu tun … Endlich gelang es mir, einen Herrn Kling der jüd[ischen] Gemeinde in Pau aufzufinden, der



Vom Stadtplanungsamt der Stadt Karlsruhe gefertigter Plan des Friedhofes Gurs, um 1960 Stadtarchiv Karlsruhe

in rührender Weise – trotz leerer Kassen – sein Möglichstes versuchte."[15] Der zunehmend schlechte Zustand des Friedhofs war also schon länger bekannt gewesen.

Die badischen Städte und Landkreise schliessen sich zusammen

Oberbürgermeister Klotz hatte am 10. Juli 1958 insgesamt 34 Städte und Landkreise, aus denen Juden nach Gurs deportiert worden waren, angeschrieben und ihnen die vom Karlsruher Planungsamt in Zusammenarbeit mit dem Oberrat gefertigten Entwürfe übersandt. Nach der Zahl der Deportierten sollten die Kosten von rund 335 000 DM aufgeteilt werden. In die Planung war auch der jüdische Friedhof in Noé, einem 40 km südwestlich von Toulouse gelegenen Ort, aufgenommen worden. Dort lagen 203 jüdische Opfer begraben, 302 weitere noch im christlichen Gemeindefriedhof Portet Saint Simon begrabene Juden sollten dorthin umgebettet werden. In Gurs selbst waren 1250 Gräber festgestellt worden, von denen in der Broschüre des Oberrats aber nur 872 namentlich bekannt waren. 300 weitere, in den Friedhöfen benachbarter Orte begrabener, Juden sollten nach Gurs umgebettet werden.

Das Schreiben hatte Erfolg, bis auf den Landkreis Pforzheim antworteten alle angeschriebenen Städte und Landkreise positiv vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Gremien. Der Kreisrat Pforzheim hatte dagegen bereits am 12. August beraten und die Beteiligung mit der Begründung abgelehnt, dass dies Angelegenheit des Bundes sei. Nachdem aber der Rundfunk und die Presse diese Ablehnung äußerst kritisch kommentiert hatten, revidierte der Kreisrat Pforzheim seinen Beschluss, so dass Landrat Dissinger am 24. Oktober mitteilen konnte, dass man die 597 DM, die auf den Landkreis entfallen sollten, überweisen werde.

Auch bei der Landesregierung fragte Oberbürgermeister Klotz am 4. September 1958 wegen einer finanziellen Beteiligung an, da er überzeugt war, „dass auch das Land Baden-Württemberg es als Ehrenpflicht betrachtet, in angemessenem Umfang sich finanziell an diesem Vorhaben zu beteiligen." Klotz war auch sicher, dass dies „bestimmt zum Ansehen des Landes Baden-Württemberg im In- und Ausland beitragen" werde.[16] Diese Bemühungen um eine Beteiligung des Landes blieben letztlich erfolglos. Dies überrascht allein deshalb, weil der Befehl zur Deportation von dem badischen Gauleiter Robert Wagner ausging. Rein formal gesehen war Wagner natürlich nicht der badische Regierungschef, dies war Ministerpräsident Walter Köhler, de facto war er aber als Gauleiter und Reichsstatthalter der entscheidende Mann in Baden, eine Beteiligung des Landes wäre also tatsächlich nicht mehr als die von Klotz zitierte „Ehrenpflicht" gewesen.

Klotz bekam aber auch ohne Landeshilfe die erforderliche Summe zusammen. Da es aber wegen der Genehmigung zur Instandset-

zung des Friedhofes erhebliche Zeitverzögerungen gab, informierte Klotz die Oberbürgermeister und Landräte im Frühjahr 1960 über die nach wie vor vorhandenen Hindernisse auf französischer Seite. Nachdem diese aber dann letztlich noch überraschend schnell ausgeräumt werden konnten, beschloss man am 12. August 1960 die an der Spendenaktion beteiligten Städte und Landkreise von dem Erfolg der Verhandlungen zu unterrichten und zugleich die noch ausstehenden Geldbeträge anzufordern. Am 22. September 1960 erschien dann auch ein Bericht in der Allgemeinen Zeitung mit der Überschrift: „Frohe Neujahrbotschaft an die badischen Juden. Gestaltung des Deportiertenfriedhofs gesichert."

Nur einen Teilerfolg hatte eine Initiative des Dipl.-Ing. Werner Goldschmit, die hier kurz gestreift werden soll, da sie eine der Institutionen betrifft, die sich im „Dritten Reich" als allzu gefügig erwiesen hatten. Goldschmit schrieb Oberbürgermeister Klotz am 29. September 1960, dass er sich an Landesbischof Dr. Julius Bender gewandt habe mit der Bitte, dass die Evangelische Landskirche sich an der Ausgestaltung des Friedhofes Gurs finanziell beteilige. Goldschmit hielt dies ebenfalls für eine „Ehrenpflicht", da in Gurs auch zahlreiche Mitglieder der evangelischen Landeskirche begraben seien. Die Kirchenleitung müsste jede Gelegenheit nutzen, „wenigstens für eine würdige Gestaltung der letzten Ruhstätte zu sorgen, nachdem es der Kirche nicht möglich war, diese Menschen vor dem schmählichen Tod zu bewahren. Ohne zu sehr an diese Zeit zu erinnern, sollte doch nicht vergessen werden, dass ein nicht kleiner Teil evangelischer Pfarrer der Lösung der ‚Judenfrage' nicht ablehnend gegenüberstanden, sondern darin eine gewisse Vereinfachung und Beseitigung von etwaigen Schwierigkeiten sahen." Die Kirchenleitung war zwar bereit, 1000 DM zu spenden, doch Goldschmit zeigte sich über dieses Ergebnis eher enttäuscht, denn: „Es ging mir darum, den Ev. Oberkirchenrat zu einer tätigen Mitarbeit und zu einem Bekennen der Mitverantwortung zu bringen. Aber das Unverständnis hierzu ist zu groß!" Wie beim Land hatte der Hinweis auf die „Ehrenpflicht" nicht den gewünschten Erfolg, Klotz nahm diese Spende aber dennoch dankbar an, obwohl die Aktion finanziell grundsätzlich gesichert war. Landkreise hätten ihre Umlage aber nicht in vollem Umfang leisten können, so dass die Summe von 1000 DM diese Lücke verkleinere.

Am 13. März 1961 fuhr eine Delegation der Städte Karlsruhe und Mannheim sowie des Oberrats der Israeliten Baden nach Gurs, um vor Ort die entsprechenden Absprachen zu treffen und die Aufträge zu vergeben. Den Auftrag bekam der in Oleron ansässige Architekt Gilbert Marestin, der nach den Karlsruher Plänen die erforderlichen Arbeiten übernahm. Ein weiteres Problem bestand noch darin, dass vier deutsche Soldaten auf dem Friedhof begraben lagen, die auf den für Südwestfrankreich geplanten Soldatenfriedhof bei Bordeaux umgebettet werden sollten. Da eine vorzeitige Umbettung auf den noch nicht fertiggestellten Friedhof Berneuil nicht möglich war, organisierte der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge schließlich die Umbettung auf den Soldatenfriedhof Niederbronn im Elsass.[17] Die Arbeiten wurden im Frühjahr 1962 begonnen und im Herbst des Jahres abgeschlossen. Die offizielle Einweihungsfeier sollte am 30. Oktober stattfinden. Oberbürgermeister Klotz hatte den Präfekten des Department Basses Pyrénées

Die Karlsruher Delegation auf dem Weg zur Eröffnung des Friedhofs am 26. März 1963, vorne rechts Werner Nachman, in der zweiten Reihe Oberbürgermeister Günther Klotz und seine Ehefrau Hanna Stadtarchiv Karlsruhe.

Kranzniederlegung am Denkmal für die Opfer des Naziherrschaft Stadtarchiv Karlsruhe

Marcel Diebolt dafür gewinnen können, die Schirmherrschaft zu übernehmen. Alle an der Aktion beteiligten badischen Städte und Kreise hatten angekündigt, dass ein Vertreter an der Feier teilnehmen werde. Klotz wies in seinem Informationsschreiben an die Beteiligten auch darauf hin, dass sowohl die französische als auch die deutsche Presse sowie Funk und Fernsehen zugegen sein würden, so dass die Feier „weit über den örtlichen Rahmen hinaus sowohl in Frankreich als auch in Deutschland Resonanz finden“ werde.[18] Die Teilnahme Diebolts signalisierte, dass man französischerseits der Einweihungsfeier große Bedeutung beimaß. Auch persönlich war Diebolt sehr engagiert, denn: „Für ihn bedeutet der 30. Oktober 1962 ein Tag der Erinnerung zum Gedächtnis an die Deportierten, die im Lager von Gurs verstorben sind. Dieser Tag soll auch ein Tag der französisch deutschen Freundschaft sein. Es gehört sich daher, ihm ein möglichst glanzvolles Gepräge zu verleihen. Es wurde französischerseits beschlossen, das Höchstmögliche zu leisten, damit diese Kundgebung auf internationaler Ebene tiefen Widerhall finden möge. Man darf nicht vergessen, dass Monsieur le Préfet Diebolt, der in Frankreich als Präfekt großer Klasse und als Verwalter auf erster Ebene gilt, *auch ehemaliger Deportierter ist*.

Herr Präfekt Diebolt ist völlig damit einverstanden, dass der Friedhof geschmückt wird mit den französischen, deutschen und badischen Farben (Fahnen)“[19], teilte ein in Gurs ansässiger Vertrauensmann mit.

Absagen zur Einweihungsfeier kamen zunächst nur von sieben Landräten. Die Städte Karlsruhe, Konstanz, Mannheim und Offenburg kündigten die Teilnahme der jeweiligen Oberbürgermeister an, die Landkreise Bruchsal, Buchen, Karlsruhe, Lörrach, Mannheim, Mosbach, Pforzheim, Tauberbischofsheim, Wolfach die des Landrats. Außerdem gehörte Landesbischof Bender und für das kath. Stadtdekanat Karlsruhe Pater Franz Störchle der deutschen Delegation an. Auch der Initiator der Klotzschen Aktion Peter Canisius erhielt eine Einladung der Stadt Karlsruhe.

Je näher der Termin rückte, desto mehr zeichnete sich aber ab, dass etliche der Zusagen der obersten Repräsentanten der beteiligten Städte und Landkreise wegen der unmittelbar bevorstehenden Kommunalwahlen am 4. November 1962 große Schwierigkeiten hatten, den Termin am 30. Oktober selbst wahrzunehmen. Trotz weit gediehener Vorbereitungen, die Einladungen waren gedruckt, die Zimmer reserviert, die Presse verständigt, sagte Oberbürgermeister Klotz deshalb kurzfristig am 11. Oktober die Einweihung ab. Präfekt Diebolt zeigte dafür Verständnis, schlug aber vor, die Einweihung erst im Frühjahr des Folgejahres vorzunehmen, da auch in Frankreich Wahlen bevorstünden.

Doch auch die Neuansetzung des Termins verlief nicht ohne Schwierigkeiten, da für viele die Information vom 16. Februar 1963, dass die Einweihung am 26. März stattfinden solle, wiederum zu kurzfristig war. Da der neue Termin aber von Präfekt Diebolt angesetzt war, stimmte man in Karlsruhe schließlich zu. Die Einweihung fand in Anwesenheit der Vertreter aller beteiligten Städte und Landkreise statt, für die Oberbürgermeister Klotz sprach.

Die deutsche Presse berichtete ausführlich. Wie schwierig immer noch der Umgang und die

sprachliche Bewältigung der Probleme war, zeigt ausgerechnet ein Artikel der Badischen Volkszeitung, die ja die Aktion 1957 letztlich erst initiiert hatte. Unter der Überschrift „Versöhnung über Gräbern“ war zu lesen: „Denn so traurig auch der Anlaß war, so war es doch erfreulich, dass von Ressentiments kaum etwas zu spüren war, sondern sich dieser Akt des Versuchs einer Wiedergutmachung des an den jüdischen Mitbürgern verübten Unrechts zu einem Bekenntnis der Verständigung sowohl zwischen den Rassen wie auch zwischen den beiden Nachbarvölkern wurde.“[20] Auch andere Zeitungen berichteten ausführlich, die Badischen Neuesten Nachrichten unter der Überschrift: „Gräber unter fremden Himmel. Der Deportierten-Friedhof – Mahnmal an ein unseliges Kapitel unserer Geschichte.“[21] Die Allgemeine Zeitung für Karlsruhe und Mittelbaden schrieb: „Die geschändete Erde schweigt … Gurser Gräber zeugen von einem schmachvollen Abschnitt der Geschichte“ und „Gurs wurde zu einem Markstein der Völkerverständigung.“[22] Berichtet wurde darüber auch in zahlreichen anderen deutschen und französischen Zeitungen, aber auch Rundfunk und Fernsehen nahmen Notiz. Die Filmaufnahmen des Karlsruher Filmproduzenten Emil Meinzer für den Karlsruher Monatsspiegel, der im Vorprogramm der Kinos lief, wurde auch von den beiden großen Wochenschauen „Deutsche Wochenschau“ und UFA übernommen.[23]

Die Haltung des Oberrats der Israeliten und der beteiligten französischen Stellen

Der Oberrat der Israeliten Baden, heute Oberrat der Israelitischen Religionsgemeinschaft, spielte für den Erfolg der Aktion „Deportiertenfriedhof Gurs“ eine entscheidende Rolle. Wie bereits erwähnt, traf sich der Artikel von Peter Canisius und die dadurch ausgelöste Initiative von Oberbürgermeister Klotz mit Bemühungen des Präsidenten des Oberrats Otto Nachmann. Der Oberrat hatte aber zunächst offensichtlich nicht ausschließlich an eine Instandsetzung des Friedhofes gedacht, sondern fragte bei dem Vorsitzenden der Rabbinerkonferenz der Bundesrepublik Deutschland, dem hessischen Landesrabbiner Dr. Lichtigfeld, an, ob es nach den religiösen Gesetzen gegebenenfalls statthaft sei, die Toten in ihre ehemaligen Heimatorte zurückzuführen. Man hielt nämlich eine laufende Instandsetzung und laufende „Überwachung“ der Friedhöfe für „so gut wie unmöglich.“[24] Von dieser Absicht nahm man aber bald wieder Abstand, zumal Lichtigfeld auch antwortete, dass eine Umbettung nur möglich sei, wenn der Erhalt der Gräber vor Ort tatsächlich gefährdet sei. Es müsse auch gewährleistet sein, dass die umgebetteten Toten auf einen ausschließlich jüdischen Friedhof kämen.[25] Nachdem diese Frage geklärt war, unterstützte man mit allen Kräften die Bemühungen der Stadt Karlsruhe und ihrer Partner um die Instandsetzung.

Der Oberrat verhandelte daraufhin nicht nur mit den französischen Stellen, sondern auch den dortigen jüdischen Organisationen. So sprach sich der Großrabbiner von Frankreich gegen die geplante Instandsetzung aus und teilte Otto Nachmann am 19. März 1959 seine Ablehnung mit – offensichtlich hatte er auch Bedenken gegen die beabsichtigte Umbettung einiger Toter von anderen Friedhöfen nach Gurs, die dann ja letztlich nicht zustande kam. Nachmann zeigte sich davon sehr überrascht und antwortete am 28. April: „Ich verstehe nicht, dass man aus einer Angelegenheit, die für uns eine religiöse Pflicht ist, ein Prinzip machen kann. Nachdem ich nach den gegebenen Verhältnissen und ihrem Brief nicht auf ihre Unterstützung rechnen kann, halte ich es trotzdem für notwendig, Sie davon zu unterrichten, dass ich unsere Regierung bitten werde, sich unmittelbar mit dem französischen Innenministerium in Verbindung zu setzen, um von dort die notwendigen Genehmigungen zu erhalten.“ Nachmann teilte auch mit, dass ihm die badischen Städte und Landkreise die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt hätten, um die Friedhöfe instandsetzen zu lassen und er diesen nicht erklären könne, „dass die jüdisch-französischen Behörden anstatt uns zu unterstützen, uns diese Aufgabe nur erschweren.“ Dem Präfekten des Departement Basses-Alpes schrieb Nachmann am selben Tag, dass der Oberrat nun in der Lage sei, das Grundstück, auf dem der Friedhof sich befinde,

anzukaufen. Nach einigen Nachfragen in Frankreich teilte der Sohn Otto Nachmanns, Werner Nachmann, im Juli des Jahres mit, „dass die grundsätzliche Zustimmung der in Frage kommenden französischen Stellen erreicht worden sei. Die schriftliche Bestätigung hierüber sei bereits im Besitz des Oberrats der Israeliten.“[26] Werner Nachmann trat in dieser Zeit verstärkt in Erscheinung, da Otto Nachmann aufgrund gesundheitlicher Probleme über ein Jahr in „seiner Aktionsfähigkeit gelähmt“ war. Auch eine Mitte Juli des Jahres geplante Reise, die den Kauf des Geländes vorzubereiten sollte, musste Werner Nachmann übernehmen. Er erreichte einen Beschluss des Gemeinderats von Gurs vom 25. Juli 1959, den Friedhof dem Oberrat für 99 Jahre zu verpachten. Damit war aber nur ein Teilerfolg erzielt, denn die notwendige Zustimmung der staatlichen Behörden blieb aus.

Am 5. Januar 1960 fragte Oberbürgermeister Klotz deshalb beim Oberrat an, ob dieser nicht erneut intervenieren könne, da inzwischen einige der bereits eingezahlten Beiträge wieder zurückgerufen worden seien. Klotz selbst reiste im Februar 1960 auf eigene Kosten nach Paris, um dort in der deutschen Botschaft „die festgefahrene Angelegenheit flott zu machen“. Der zuständige Sachbearbeiter für Wiedergutmachungsfragen Monita, selbst Jude, wandte sich daraufhin an das französische Innenministerium und konnte Klotz zwei Tage später mitteilen, „dass er glaube, die festgefahrene Angelegenheit nunmehr wieder in Fluss gebracht zu haben.“ Otto Nachmann erhielt an demselben Tag aus Gurs die Nachricht, dass ein Telegramm des französischen Innenministeriums eingetroffen sei, „nach welchem einer Vermietung des Friedhofsgeländes nichts mehr im Wege stehe.“ Bald zeigte sich, dass der Optimismus, nunmehr den Durchbruch geschafft zu haben, erneut verfrüht war.

Die deutsche Botschaft in Paris teilte am 8. Februar 1960 mit, dass er doch die von den badischen Städten und Landkreisen zugesagten Mittel einer Gemeinschaft, bestehend aus dem „Consistoire Central Israélite de France“ und der „Solidarité des Réfugiés Israélites“, überweisen solle, die dann die erforderlichen Arbeiten veranlassen werde. Man empfahl Klotz, sich wegen der weiteren Schritte mit dem Auswärtigen Amt in Bonn in Verbindung zu setzen. Klotz beauftragte daraufhin sofort zwei seiner Mitarbeiter, Verwaltungsoberinspektor Gallion und Oberrechtsrat Schmitt, die Angelegenheit zu klären. Das Auswärtige Amt wies danach die deutsche Botschaft in Paris an, das französische Außenministerium „um Vermittlung zu bitten, dass dem Oberrat der Israeliten von Baden in Karlsruhe von den zuständigen französischen Stellen die Instandsetzung der beiden Friedhöfe von Gurs und Noé … erteilt wird.“[27]

Das Schreiben des Auswärtigen Amtes geht auch auf die Hintergründe der zögerlichen Behandlung ein: „Die Botschaft hat mit Bericht vom 11. März 1955 … berichtet, dass es der französischen Regierung aus politischen Gründen nicht möglich sei, ein generelles Recht der Pflege der Gräber von Personen einzuräumen, die zu ihren Lebzeiten staatenlos oder jedenfalls nicht deutscher Staatsangehörigkeit gewesen seien, und bei denen in der Mehrzahl der Fälle angenommen werden müsse, dass sie eine solche Betreuung durch deutsche Stellen nie gewünscht hätten.“ Man ging davon aus, dass diese 1955 geäußerte Meinung noch aktuell sei, da sich die französischen Regierungsstellen immer noch nicht auf eine entsprechende Anfrage vom Vorjahr geantwortet hätten.

Auch Peter Canisius hatte 1957 von dem deutschen Außenminister Heinrich von Brentano erfahren, dass man dort von der Verwilderung des Friedhofs wusste, aber bisher nichts habe unternehmen können. Brentano hatte Canisius am 11. November 1957 mitgeteilt, „dass die deutsche Botschaft in Paris wiederholt versucht hat, von französischer Seite die Genehmigung zur Pflege des Friedhofs durch deutsche Stellen zu erlangen. Die französische Regierung hat daraufhin die jüdischen Emigrantenverbände in Frankreich konsultiert. Diese haben erklärt, sie würden die Übertragung der Pflege jüdischer Emigrantengräber auf deutsche Organisationen als unwürdig empfinden und müßten dieselbe daher ablehnen.“[28]

Deshalb begrüßte das Auswärtige Amt auch die Lösung, „den Oberrat der Israeliten von

Baden, der ausschließlich als Träger und Auftraggeber gegenüber den französischen Gemeinden und den heranzuziehenden französischen Unternehmern in Erscheinung treten soll, mit der Durchführung der Arbeiten zu betrauen", da sie geeignet sei, „Ressentiments der französischen Regierung und der französischen Öffentlichkeit auszuräumen."

In dem persönlichen Gespräch waren die Vertreter des Auswärtigen Amtes noch deutlicher geworden. Die französischen Regierungsstellen blockten deswegen ab, weil das Lager Gurs in dem seinerzeit der Vichy-Regierung unterstehenden nichtbesetzten Frankreich lag und man kein Interesse habe, dies in der Öffentlichkeit behandelt zu sehen. Die jüdischen Organisationen wiederum wandten sich gegen die deutsche Initiative, „weil man nicht wolle, dass ‚Mörderhände' die Ruhe der verstorbenen Juden störten."

Tatsächlich wehrten sich die „jüdischen Organisationen in Frankreich", wie es in einem Schreiben des Innenministeriums Baden-Württemberg vom 16. Februar 1959 heißt, gegen die Übernahme der Pflege der Friedhöfe durch deutsche Stellen. Es handelte sich um das „Consistoire Central Israélite de France", die in der französischen Verfassung verankerte amtliche Vertretung der französischen Juden gegenüber dem Staat und die „Solidarité des Réfugiés Israélites", die Organisation ehemaliger Verfolgter des Naziregimes in Frankreich. Das Consistoire hatte einen Ausschuss der in den in Frankreich gelegenen Internierungslager gebildet und ausführliche Berichte über den Zustand der Friedhöfe angefertigt.[29]

Die Vertreter der Stadt Karlsruhe hatten in Bonn ihrerseits klargemacht, dass man die Hilfe der französischen Organisationen Consistoire und Solidarité nicht in Anspruch nehmen werde, „da die eingeholten Erkundigungen zu berechtigten Zweifeln an der Vertrauenswürdigkeit dieser Organisationen Anlass gäben", wie es in dem Schreiben heißt. Das Auswärtige Amt fragte deshalb noch einmal zur Klärung verschiedener Punkte bei der Stadt Karlsruhe an und erhielt von dort die Antwort, dass nie beabsichtigt gewesen sei, die Instandsetzung und Pflege der Friedhöfe selbst zu übernehmen, sondern, dass dies ausschließlich Sache des Oberrats sei. Dieser habe sich auch nicht damit einverstanden erklärt, die zur Verfügung gestellten Mittel den französischen Organisationen Consistoire und Solidarité zu übergeben aufgrund der Erfahrungen, die man mit diesen gemacht habe. Klotz betonte, dass es der Stadt Karlsruhe sowie allen Beteiligten nur um die würdige Gestaltung der Gräber ihrer ehemaligen Mitbürger ginge.

Angesichts dieser komplizierten Gemengelage schien ein Erfolg kaum noch möglich. Klotz antwortete auf eine Nachfrage seines Freiburger Oberbürgermeisterkollegen ganz entgegen seiner Art schon fast resignierend am 20. April 1960: „All die Erfahrungen, die ich gemacht habe, versetzen mich leider nicht in die Lage, die von Ihnen vorgetragenen Bedenken zu zerstreuen. Die Angelegenheit läuft trotz all unserer umfassenden Bemühungen leider nicht in der gewünschten Form." An demselben Tag hält ein Aktenvermerk fest, das ein Schreiben des Oberrats an die Gemeinde Gurs ein Versuch sei, eine Entscheidung herbeizuführen. In Absprache mit der Stadt Karlsruhe hatte der Oberrat dem Bürgermeister von Gurs mitgeteilt, dass man im Mai mit den Arbeiten beginnen wolle und er dafür ein Unternehmen benennen solle, das dann den Auftrag bekäme. Noch am 7. Juni sah man als letzte Hoffnung, dass der Oberrat vielleicht doch noch mit diesem erneuten Vorstoß Erfolg haben werde, rechnete aber wohl schon damit, die inzwischen eingegangenen Beträge von fast 95 000 DM wieder an die Städte und Landkreise zurückzuzahlen.[30]

Doch nur drei Tage später teilte die deutsche Botschaft mit, dass das französische Innenministerium seine Zustimmung signalisiert habe, ohne dass klar wird, was diesen Sinneswandel ausgelöst hatte. Ausschlaggebend dürfte aber gewesen sein, dass der Oberrat als Auftraggeber in Frankreich in Erscheinung treten sollte. Ihm wurden je ein Vertreter der technischen Bauämter von Karlsruhe und Mannheim zur Unterstützung beigeordnet. Der von den französischen Regierungsstellen gewünschte Kontaktmann vor Ort sollte André Charbrerie, der von 1926–1938 „Konsularischer Agent Frankreichs" für die Rheinpfalz gewesen war, und sich 1957 gerade in Gurs niedergelassen hatte.[31]

Dennoch gab es weitere Verzögerungen, da das französische Konsulat sich überraschend bei der Stadt Karlsruhe nach dem Leumund des Oberrats erkundigte. Klotz bestätigte natürlich umgehend dessen „denkbar guten Ruf“. Später hielt dann auch ein Aktenvermerk fest, dass „bei dem zögernden Gang der franz. Verwaltungsbürokratie“ nicht verwunderlich sei, dass ohne ein entsprechendes Nachstoßen die letzten formalen Hindernisse nicht zu überwinden sind.

Dennoch war der Durchbruch gelungen. Die entschiedene Unterstützung des Oberrats und dessen Weigerung, die Instandsetzung und Pflege den französischen Stellen zu überlassen, waren letztlich entscheidend. Das gute Verhältnis zwischen Oberbürgermeister Klotz und dem Vorsitzenden des Oberrats Otto Nachmann war für diese Zusammenarbeit ein ganz entscheidender Faktor. Klotz hatte 1960 wie schon in den Jahren zuvor am Vorabend des jüdischen Neujahrsfestes Nachmann besucht und ihm offiziell in Anwesenheit des Journalisten der Allgemeinen Zeitung die Nachricht überbracht, dass mit der Instandsetzung des Friedhofs begonnen werden könne und gleichzeitig mitgeteilt, dass der Bau einer neuen Synagoge in Karlsruhe sichergestellt sei. Der Journalist bemerkte: „Dieser Besuch des Oberbürgermeisters bei dem Vorsitzenden des Oberrats der badischen Juden war keineswegs routinemäßig. Das herzliche Gespräch, welches das Stadtoberhaupt mit der Familie Nachmann in deren Haus in der Bismarckstraße führte, und dem wir beiwohnen durften, war ein Beweis echter und tiefer Verbundenheit, die schon jahrelang währt und die zu einer schönen Zusammenarbeit führte.“

Hinzu kam eine Entscheidung, die Werner Nachmann 1972 anlässlich der Einweihung einer Gedenkhalle auf dem Friedhof Gurs so formulierte: „Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland hat es als ihre Pflicht angesehen, nach dem Ende des tausendjährigen Reichs, nach dem Zusammenbruch eines Regimes, das nicht nur den Terror und den Massenmord gegen seine jüdischen Mitbürger als Hauptpunkt seines wahnwitzigen Programms ansah, sondern das nicht davor zurückschreckte, die ganze Welt in Brand zu setzen, ich sage die jüdische Gemeinschaft hat ihre Aufgabe darin erblickt, im neuen demokratischen Deutschland mit allen seinen Menschen, die guten Willens sind mitzuwirken, um diesen Staat, trotz allem, was in den vergangenen Jahren geschehen, in die Familie der freien Nationen einzugliedern, in eine Familie, die hier in Europa vielleicht in absehbarer Zeit eine Realität bilden wird.“[32] Nachmann betonte auch, dass er sicher sei, dass die beteiligten Städte und Landkreise die Instandsetzung und Pflege des Friedhofes nicht als eine Pflichtübung verstanden hätten, sondern die Gedenkstätte als ein Mahnmal für Gegenwart und Zukunft sehen würden. Es sei eine Erinnerung, „die vor allem bei unserer Jugend die Krise der tragischen Vergangenheit in allen ihren Phasen wach halten und sie aufrufen soll, niemals in der Verteidigung unserer freien Demokratie zu erlahmen.“

Pflege und Unterhalt des Friedhofs

Nach der offiziellen Einweihung stellte sich zwangsläufig bald die Frage nach dessen weiteren Unterhalt. Charbrerie wurde am 1. August 1963 zum offiziellen Verwalter des Deportiertenfriedhofs Gurs bestellt. Da die Abrechnung der Stadt Karlsruhe ergab, dass von den eingegangenen Geldern ein Rest von 10 150, 98 DM verblieb, war die Pflege im Jahr 1964 sichergestellt – alle Beteiligten hatten sich damit einverstanden erklärt. Der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe bewilligte zudem noch 5000 DM zusätzlich. Klotz ging es aber um die langfristige Sicherstellung der Pflege. Er schrieb deshalb an seine OB-Kollegen in Freiburg, Heidelberg, Mannheim und Pforzheim: „Der Karlsruher Gemeinderat hat anläßlich der diesjährigen Haushaltsberatungen die Einstellung eines jährlichen Unterhaltsbeitrags von 5000 DM einstimmig gebilligt und betrachtet es als moralische Verpflichtung gegenüber unseren in der Deportation umgekommenen jüdischen Mitbürgern, dafür zu sorgen, dass ihre letzte Ruhestätte erhalten bleibt. Ich zweifele nicht daran, dass diese Einstellung auch bei Ihrem Gemeinderat gegeben ist …“. Mannheim sollte demnach ebenfalls 5000 DM beisteuern, Freiburg 3000, Heidelberg und Pforzheim je 2000 DM.

Freiburg antworte am 17. März 1964 positiv, sagte aber nach der Größenordnung der Städte nur 2500 DM zu, Pforzheim signalisierte am 29. April, dass man einverstanden sei, begrenzte die Zusage aber zunächst auf fünf Jahre. Der Heidelberger Oberbürgermeister schrieb Klotz am 17. März 1964, dass er mit ihm der Meinung, dass eine moralische Verpflichtung bestehe, der Finanzausschuss des Gemeinderats Heidelberg war schon seinerzeit der Meinung, „dass es in erster Linie die Aufgabe des Bundes und in zweiter Linie des Landes sein müsse, eine solche Wiedergutmachung über Landesgrenzen hinweg zu finanzieren."

Am 5. Juni 1964 fragte er nach, ob ein örtlicher Verwalter tatsächlich nötig sei. Weiter sei im Heidelberger Finanzausschuss darauf verwiesen worden, „dass in der jüdischen Gemeinschaft eine andere und zu respektierende Art der Einstellung zu den Verstorbenen vorherrsche und gezielte gärtnerische Eingriffe weitgehend unterbleiben, weil eine naturhafte Entwicklung der Friedhöfe bewusst in Kauf genommen werde." Man sei aber bereit, sich mit „einem laufenden quasi symbolischen Betrag von 1000 DM/Jahr zu beteiligen", wenn sich keine andere Stelle finde. Der in der Karlsruher Stadtverwaltung zuständige Werner Galion, Leiter des OB-Büros, kommentierte: „Auf die obigen Ausführungen gäbe es zwar vieles zu erwidern und richtigzustellen. Doch würde auch das zu nichts weiterem führen. Nach Bespr. mit Herrn Oberbürgermeister ergeht einstweilen z. d. A."

In Mannheim musste man am 9. Februar 1965 nachfragen und erhielt dann umgehend die Antwort, dass man selbstverständlich bereit sei, die zugesagten 5000 DM beizusteuern. Die bereits formulierte Zusage vom 11. März des Vorjahres sei aus Versehen nicht abgegangen. Damit war die Finanzierung des Unterhalts bis heute gesichert. Die genannten Städte bezahlen nach wie vor ihre Beiträge, die zwischenzeitlich allerdings mehrfach erhöht worden sind.

Es kam aber noch eine ein weiteres Mal zu einer Gemeinschaftsaktion der Städte und Landkreise. Da man wegen der hohen damit verbundenen Kosten auf die ursprünglich vorgesehene Umbettung von mehr als 400 in anderen französischen Orten begrabenen Juden nach Gurs verzichtete, beschloss man, eine Gedenkhalle auf dem Friedhof zu errichten, in der ein Gedenkbuch aufgelegt werden sollte. Das Hochbauamt der Stadt Karlsruhe fertigte einen Bauentwurf und schätzte die Kosten auf rund 50 000 DM, von denen durch Sonderzuweisungen von Baden-Baden, Offenburg, Konstanz und des Oberrats sowie Restmitteln aus der laufenden Unterhaltung des Friedhofs rund 15 000 DM im Sommer 1971 zur Verfügung standen. Es war also eine neue Umlage proportional zur Zahl in Gurs begrabenen Toten erforderlich, die auch von allen angeschriebenen Städten und Landkreisen zugesagt wurde. Am 14. Mai 1972 wurde die Gedenkhalle in Anwesenheit des deutschen und des israelischen Botschafters in Frankreich, zahlreicher badischer Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte eingeweiht. Der israelischen Botschafter Ben Nathan erinnerte daran, dass Franzosen den Juden behilflich waren, dass man aber gleichzeitig in Vichy einem „leidenschaftlichen Antisemitismus freien Lauf" gelassen habe – „außerhalb jeden Druckes von deutscher Seite."[33] Der französische Abgeordnete Plantier antwortete darauf: „Wir tragen einen Teil der Verantwortung, wie versichern jedoch den israelitischen Behörden unsere Entschlossenheit, die Erinnerung an diejenigen, die hier ruhen, wachzuhalten".

Diese Erinnerung wird bis heute wachgehalten, jedes Jahr findet eine Gedenkveranstaltung in Gurs statt, der Delegationen aus den badischen Städten beiwohnen. Die Federführung hat nach wie vor die Stadt Karlsruhe. Die Nachfolger des Initiators Oberbürgermeister Klotz, Otto Dullenkopf, Gerhard Seiler und Heinz Fenrich setzten diese Tradition bis heute fort.

Am 4. Mai 1965 fuhren erstmals auch 16 Jugendliche aus Mörsch nach Gurs, „16 Hilfskräfte für den Gärtner", wie es in einem Zeitungsartikel hieß. Diese Aktion wurde 1966 wiederholt. Der Karlsruher Landrat Groß antwortete in diesem Jahr auf eine Anfrage, ob er an einem erneuten Besuch in Gurs teilnehmen wolle mit dem Hinweis auf den Besuch der Jugendlichen aus Mörsch: „Eine solche Begegnung gerade von Jugendlichen scheint mir der bessere Weg zu sein als eine Kund-

gebung auch noch so bedeutender, aber älterer deutscher Vertreter."[34] Daran knüpfte eine Gruppe deutscher und französischer Jugendlicher an, die im Jahr 1996 im Rahmen eines Workcamps, welches das auf eine Anregung des Bürgermeisters von Gurs Louis Costemalle zurückging, einige Fundamente der Baracken und Betonplatten des eigentlichen Lagers, von dem bis dahin nichts mehr zu sehen war, wieder freilegten.

Gedenktage der „Mahnung für die Zukunft"[35]

Die so genannte Reichskristallnacht war 1988 in vielen Orten, darunter auch in Karlsruhe, Anlass, die Geschichte der Juden zu verfassen.[36] Den Stammtisch-Parolen „Einmal muss Schluss sein" wirkt eine permanente und alljährlich in einer Gedenkstunde in Gurs ins öffentliche Bewusstsein gerückte Erinnerung entgegen. Einer Erstarrung in Ritualen kann man begegnen durch neue Formen des Erinnerns und vor allem auch durch einen Wechsel der Akteure. Die Einbeziehung von Jugendlichen ist ein Weg, der schon im Schulunterricht vorbereitet werden sollte.

Daneben kann die Erinnerung an Gurs an den jeweiligen Ausgangspunkten mit Sicherheit noch verstärkt werden. In Karlsruhe ist zum 60. Jahrestag am 22. Oktober eine Tafel an dem Teil des Hauptbahnhofs angebracht worden, von dem die Transporte 1940 abfuhren. 1995 gab es in Baden-Württemberg nur in Pforzheim eine Gedenktafel auf dem ehemaligen jüdischen Friedhof, die an die Deportation der Pforzheimer Juden nach Gurs erinnert.[37]

In der von der Bundeszentrale für politische Bildung zum 50 Jahrestag des Kriegsendes und der Befreiung der Konzentrationslager in zweiter überarbeiteter Auflage herausgegebenen Veröffentlichung „Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus" heißt

Am 60. Jahrestag der Deportation am 20. Oktober 2000 reiste eine große deutsche Delegation nach Gurs, vor dem Denkmal der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck, hinter den Denkmal der Karlsruher Oberbürgermeister Heinz Fenrich
Stadtarchiv Karlsruhe

es: „Gedenkstätten zur Erinnerung an die nationalsozialistische Verfolgung und an den Widerstand gegen das NS-Regime sind unverzichtbare Einrichtungen der politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland".[38] Zu dieser politischen Kultur haben die badischen Städte und Landkreise unter Federführung der Stadt Karlsruhe zu einer Zeit beigetragen, als dies anderswo noch gar nicht in öffentliche Bewusstsein war, wo noch weitgehend welches das eingangs zitierte Schweigen bzw. der von Hannah Arendt festgestellte „allgemeine Gefühlsmangel" herrschte. Bis heute und auch künftig leisten sie damit eine Erinnerungsarbeit, die das Kriterium erfüllt, das der damalige Bundespräsident Roman Herzog anlässlich der Gedenkveranstaltung des 50. Jahrestages der Befreiung aus den Konzentrationslagern am 27. April 1995 in Bergen-Belsen aufstellte, dass wir nämlich eine dauerhafte Form des Gedenkens brauchen, die zuverlässig in die Zukunft wirkt.[39]

Anmerkungen

1 Überschrift einer Pressemitteilung des Presseamts der Stadt Karlsruhe, die u. a. in der Badischen Allgemeinen Zeitung und dem Durlacher Tagblatt vom 12. November 1957 veröffentlicht wurde. Akte Stadt Karlsruhe Hauptregistratur (H-Reg), Aktenzeichen (AZ) 752.825. Heft 1.
2 Badische Volkszeitung, 10. August 1957.
3 Für die Überlassung danke ich dem Stadtarchiv Mannheim.
4 Rhein-Neckar-Zeitung vom 22. Oktober 1955.
5 Hannah Arendt: Besuch in Deutschland, Berlin 1993, S. 25.
6 Vgl. Hermann Glaser: Deutsche Kultur 1945–2000, München/Wien 1997, S. 49 f., und S. 304.
7 Zur Geschichte der Deportation und des Lagers Gurs vgl. Gerhard J. Teschner: Die Deportation der badischen und saarpfälzischen Juden am 22. Oktober 1940. Vorgeschichte und Durchführung der Deportation und das weitere Schicksal der Deportierten bis zum Kriegsende im Kontext der deutschen und französischen Judenpolitik, Frankfurt a. Main 2002 (= Europäische Hochschulschriften : Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften Bd. 930), dort auch Hinweise auf die ältere Literatur.
8 Akte Stadt Karlsruhe, H-Reg, AZ 752.825, Heft 1.
9 Vgl. Manfred Koch: Trümmerstadt – Residenz des Rechts – Zentrum der Technologieregion. Wechselvoller Weg in die Zukunft, in Susanne Asche u. a.: Karlsruhe. Die Stadtgeschichte, hrsg. vom Stadtarchiv Karlsruhe, Karlsruhe 1998, S. 519–673, S. 545 ff. und S. 556 ff.
10 Ebenda.
11 Archiv Oberrat der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden.
12 Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Text und Zusammenstellung Ulrike Puvogel, Bonn 1987, S. 11 (= Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 245.).
13 Sie sind nicht vergessen. Bericht über die letzten Ruhestätten der am 22. Oktober 1940 nach Südfrankreich deportierten badischen Juden, hrsg. vom Oberrat der Israeliten Badens, o. O., o. J. [Karlsruhe 1958].
14 „AFried" ist von der Schreiberin in Anführungszeichen gesetzt.
15 Akte Stadt Karlsruhe, H-Reg, AZ 752.825, Heft 1.
16 Ebenda.
17 Akte Stadt Karlsruhe, H-Reg, AZ 752.825, Heft 3.
18 Ebenda.
19 Ebenda, Unterstreichung im Original.
20 Badische Volkszeitung, 30. März 1963.
21 Badische Neueste Nachrichten, 30. März 1963.
22 Allgemeine Zeitung, 5. April 1963.
23 Akte Stadt Karlsruhe, H-Reg, AZ 752.825, Heft 6.
24 Ebenda.
25 Ebenda.
26 Akte Stadt Karlsruhe, H-Reg, AZ 752.825, Heft 2.
27 Ebenda, dort auch die folgenden Zitate.
28 Ebenda.
29 Ebenda.
30 Vgl. ebenda.
31 Akte Stadt Karlsruhe, H-Reg, AZ 752.825, Heft 4.
32 Mitteilungen des Oberrats, 6. Juni 1972.
33 Bericht La Republique des Pyrénées, 15. Mai 1972, Übersetzung in: Akte Stadt Karlsruhe, H-Reg, AZ 752.825, Heft 9.
34 Akte Stadt Karlsruhe, H-Reg, AZ 752.825, Heft 7.
35 Erinnerung heißt Mahnung für die Zukunft. Ansprachen und Erklärungen zum fünfzigsten Jahrestag des Kriegsendes, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1995.
36 In diesem Jahr erschienen die Publikationen Heinz Schmitt/Ernst Otto Bräunche/Manfred Koch (Hrsg.): Juden in Karlsruhe – Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, Karlsruhe 19902 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 8) und Josef Werner: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich, Karlsruhe 1988, Karlsruhe 19902 (= Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 9).
37 Gedenkstätten (wie Anmerkung 12), S. 68.
38 Ebenda, S. 11.
39 Vgl. ebenda, S. 7.

Anschrift des Autors:
Dr. Ernst Otto Bräunche
Institut für Stadtgeschichte
Markgrafenstraße 29
76133 Karlsruhe

Volker Keller

Die Hausfassade J 4, 2a in der Mannheimer Innenstadt

Die Fertigstellung der neuen Suchtklinik am Zentralinstitut für Seelische Gesundheit gab dem Mannheimer Stadtbild ein Stück seines ursprünglichen Aussehens zurück. Die im Juni 2005 eingeweihte Klinik war anstelle eines gründerzeitlichen Wohnhauses erbaut worden, dessen Totalabriss im Jahr 1999 bereits fest beschlossen war. Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Stadt, dem Zentralinstitut (ZI), Stadtbildpflegern und Denkmalschützern konnte schließlich die neugotische Fassade erhalten und in den Neubau integriert werden. Diese Lösung wird inzwischen von allen Beteiligten als optimaler Kompromiss gesehen.

Das „Quadrat“ J 4 war im 18. Jahrhundert ursprünglich nur ein dreieckiger Wohnblock am Rand der Stadt, direkt an die Stadtbefestigung angrenzend. Er war mit winzigen Taglöhnerhäuschen bebaut. Nach der Schleifung der Bastionen um 1800 entstand ein Grüngürtel, auf dem später die planmäßige Bebauung in „Quadraten“ bis zum heutigen Ring weitergeführt wurde. In der Nähe von J 4 wuchs die Mannheimer Zuckerraffinerie auf ehemaligem Festungsgelände aus dem Boden, in deren Nähe sich die dort beschäftigten Arbeiter ansiedelten. Die Zuckerfabrik und die Hafennähe machten dieses „Armeleutviertel“ am Stadtrand zu einem der ersten Arbeiterviertel in der Mannheimer Geschichte. J 4 wurde durch das neue „Quadrat“ J 4a zu einem Rechteck ergänzt; beide „Quadrate“ aber waren durch die schmale Coehornstraße getrennt, die gemäß dem alten Festungsverlauf das Gesamtquadrat schräg zerschnitt. Am Nordosteck von J 4a, dem heutigen J 4e, erbaute um 1905 der Schlossermeister Karl Gordt und seine Ehefrau das Wohnhaus J 4a, 2a.

J 4, 2a vor dem Zweiten Weltkrieg Foto: Holger Dietrich

In der Zeit um den Ersten Weltkrieg erwarb Margarete Köhnlein das Wohnhaus. Die von einem Bauernhof in Rheinhessen stammende Kauffrau unterhielt das Milchgeschäft im Eckladen zusammen mit ihrem Mann Friedrich Köhnlein. In der Erinnerung ihres Enkels Holger Dietrich betrug der Kaufpreis für das Haus 100 000 Mark. Die Milch soll täglich auf einem mit Rottweiler-Hunden bespannten Karren von der Milchzentrale geholt worden sein. Viele Jahrzehnte versorgte das Geschäft die Bewohner der Gegend mit Milchprodukten. In der Notzeit des Zweiten Weltkriegs hatte das Ehepaar die verantwortungsvolle Aufgabe zu entscheiden, wer die streng rationierte Milch bekommen solle. Das Haus wurde im Krieg nicht wesentlich zerstört, weil eine Brandbombe im Dachgeschoss von einem Bett aufgehalten wurde und nicht durchschlug. Der

Dachstuhlbrand konnte rasch gelöscht werden. Nach 1945 diente der linke Teil des Ladens als Lebensmittelgeschäft. Im rechten wurde weiterhin Milch verkauft. 1954 wurde das linke Nachbarhaus J 4a, 2 aus dem Besitz des Elektrohändlers Gordt hinzu erworben. Margarete Köhnlein starb 1961. Ihre Tochter Rosa, verheiratete Dietrich, erbte das Haus.

Sie und viele andere Hausbesitzer der westlichen Unterstadt wurden mit einem Schreiben vom 11. 11. 1970 von der Stadtverwaltung über den „Bebauungsplan für die Quadrate H 4, H 5, H 6, J 4, J 4a und J 5 sowie für die Grundstücke J 6, 1–5 und 12–17“ in Kenntnis gesetzt. Dieser Plan sah die Zwangsenteignung und den totalen Abriss der genannten Quadrate und Grundstücke vor. Er wurde – mit Ausnahme des Abrisses von J 4a, 2a, dem Gegenstand dieses Beitrags – bis zur letzten Konsequenz verfolgt. 1971 gingen alle genannten Quadrate in den Besitz der Stadt Mannheim über. Die bebauten Grundstücke J 4a, 2 und J 4a, 2a wechselten für 535 000 DM den Besitzer. In den Folgejahren wurde die Gegend im wahrsten Sinn des Wortes platt gemacht. Zahlreiche Gründerzeitgebäude, die den Krieg überstanden hatten, selbst Barockhäuser fielen in Schutt und Asche. Das „Henkerhaus“ von 1708 in H 5, 9 beispielsweise war das älteste erhaltene Wohnhaus der Stadt. Ein völlig intaktes Altstadtviertel wurde ausradiert. An seiner Stelle entstanden das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit und der Spielplatz in H 6.

Als einziges Haus blieb J 4a, 2a von der Abrissbirne verschont. Dieses Haus, inzwischen vereinfacht J 4, 2a genannt, da das Quadrat J 4 inzwischen verschwunden war, blieb wie durch ein Wunder stehen. Vielleicht nur aus Versehen. Bei den Behörden war das Haus bereits als abgerissen registriert. In den 1982 erschienenen Inventarbänden von Hans Huth: Die Kunstdenkmäler in Baden-Württemberg, Band 2, S. 1280 ist das Gebäude als im Jahr 1975 abgebrochen beschrieben. Auch in der Fotokartei des Landesdenkmalamts Baden-Württemberg; Außenstelle Karlsruhe, war es als abgebrochen verzeichnet. Die Stadt als neue Besitzerin vermietete das Wohnhaus jedoch noch mehrere Jahre. Die Ladengeschäfte waren in den frühen 70-er Jahren an

J 4, 2a vor dem Zweiten Weltkrieg Foto: Holger Dietrich

die Glaubensgemeinschaft „Jesus People“, später an die griechische Gemeinde vermietet. Seit vielen Jahren stand es jedoch leer.

Das stark herunter gewirtschaftete Hauses ging 1997 durch Kauf an das Zentralinstitut für seelische Gesundheit über. Die Abbruchgenehmigung lag vor. Nachdem bekannt wurde, dass der Totalabriss des Wohnhauses unmittelbar bevorstand, stellte der Verein Stadtbild Mannheim am 3. 3. 1999 beim Regierungspräsidium Karlsruhe einen Antrag auf Einstufung des Gebäudes als Kulturdenkmal nach § 12 Denkmalschutzgesetz. Als Begründung schrieb der Verein: *„… die Fassade des Wohn- und Geschäftshauses J 4, 2a in der Mannheimer Innenstadt bildet den städtebaulich wirkungsvollen Abschluss eines baumbestandenen Platzes in J 3, der erst kürzlich saniert wurde. Das Gebäude, wohl um die Jahrhundertwende entstanden, beeindruckt durch seine reizvolle Fassade, die aus rötlichen Klinkern mit Sandsteingliederung gebildet ist. Sie enthält dekorative Elemente der Neugotik und -renaissance, gleichwohl die*

Der Inhaber des Lebensmittelgeschäfts Karl Dietrich von J 4, 2a, um 1960

Fotos: Holger Dietrich

Bausubstanz dringend einer Instandsetzung bedarf …

Aus uns unerfindlichen Gründen steht das Gebäude nicht unter Denkmalschutz. Die östliche Unterstadt gilt im sehr kriegszerstörten Mannheim als einziges Gebiet der Innenstadt, die noch malerische Altbaufassaden aufzuweisen hat. Das Haus J 4, 2a ist eines der sehr wenigen Beispiele für ein Mietshaus im Neurenaissance-/Gotikstil, das ein schlichtes Bürgertum im Arbeitermilieu der Mannheimer Unterstadt an städtebaulich exponierter Stelle errichtet hat.

Wir teilen die Meinung des Stadtplanungsamtes Mannheim, dass sein Abbruch einen äußerst bedauerlichen Eingriff in die gewachsene Struktur der Stadt darstellen würde.

Wir bitten um Prüfung der Denkmalschutzwürdigkeit.“

Aufgrund dieser Anregung stufte das Landesdenkmalamt Baden-Württemberg am 2. 7. 1999 das Wohn- und Geschäftshaus als Kulturdenkmal ein. Die offizielle Begründung der Denkmaleigenschaft lautete:

„Das Wohn- und Geschäftshaus ist ein Kulturdenkmal nach § 2 DSchG Baden-Württemberg. An seiner Erhaltung besteht ein aus wissenschaftlichen, künstlerischen und heimatgeschichtlichen Gründen ein öffentliches Interesse. Zum Kulturdenkmal gehört sein Zubehör, soweit es mit der Hauptsache eine Einheit von Denkmalwert bildet. Das Wohn- und Geschäftshaus wird in die Liste der Kulturdenkmale von Gemeinde Mannheim, Ortsteil Innenstadt verzeichnet (VwV-Kulturdenkmallisten vom 28. 12. 1983).

Das viergeschossige Eckgebäude liegt am westlichen Ende eines kleinen Platzes, das an der Ostseite in dem Eckgebäude J 2, 13/14 ein Pendant von 1885 hat. Die Nordseite des Platzes wird von Gebäuden aus dem Ende des 19. Jahrhunderts gebildet. Die zurückgenommene Südseite und damit der Platz entstand nach dem Zweiten Weltkrieg. Das viergeschossige Gebäude – ein Ziegelbau aus gelben Klinkersteinen und roten Sandsteingliederungen über massivem Erdgeschoss aus Sandstein – wurde um 1905 errichtet. Das Satteldach ist an der Platzseite erhalten, während an der Straßenseite nach dem Zweiten Weltkrieg ein Schleppgaubenband aufgesetzt wurde. Die Ecke des Gebäudes ist durch den dreigeschossigen Erker aus Sandstein über dem Eingang ins Lokal betont, der Dachaufsatz fehlt. Die asymmetrisch konzipierte Platzfassade ist durch einen Giebelrisalit mit zwei Balkonen auf Sandsteinkonsolen im ersten und zweiten Obergeschoß und einen reich gestalteten Balkon im Anschluß an den Eckerker im dritten Obergeschoß mit Maßwerkbrüstung charakterisiert. Die etwas schlichtere Straßenfassade weist etwas abge-

rückt vom Eckerker drei Balkone auf Sandsteinkonsolen mit Eisengeländer auf. Die Fensterverdachung ist je nach Stockwerk unterschiedlich gestaltet. Historisierende Formen der Spätgotik und Renaissance werden in neuen Proportionen einfallsreich einem asymmetrischen Gestaltungskonzept untergeordnet. Die historische Struktur des Innern ist erhalten. In den Räumen sind Stuckverzierungen erhalten.

Das Gebäude bildet heute verstärkt aufgrund der neueren Platzbildung ein städtebaukünstlerisches Gegenstück zu J 2, 13/14. Es ist ein reich und gut gestaltetes Gebäude um 1905 mit aufwendigem Sandsteindekor. Es ist ein anspruchsvoll gestaltetes Dokument des Bautyps Wohnhaus mit Wirtschaftslokal um 1905 im Arbeiterviertel der Mannheimer Unterstadt Das Laden- bzw. Wirtschaftslokal im Erdgeschoß diente als sozialer Treffpunkt des Viertels und hat somit sozialgeschichtlichen Dokumentarwert. An der Erhaltung des Wohn- und Geschäftshauses besteht deshalb ein öffentliches Interesse aus heimatgeschichtlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Gründen.“

Die Eintragung in die Liste der Kulturdenkmale verursachte eine Folge von Ereignissen, die sich zum Chaos steigerte. Eine aus dem Urlaub zurückgekehrte Mitarbeiterin des Landesdenkmalamtes Karlsruhe versuchte, den Verwaltungsakt ihrer Kollegin rückgängig zu machen. Am 29. 7. 1999 berichtete sie dem Regierungspräsidium schriftlich, dass die Kulturdenkmaleigenschaft eigentlich schon 1994 festgestellt, jedoch nicht aktenkundig gemacht worden sei, da eine ebenfalls nur mündlich ergangene Entscheidung des LDA der „Gesundheitsfürsorge eine höhere Wertigkeit“ vor dem Denkmalschutz eingeräumt habe. Daher bitte sie um die Abbruchgenehmigung. Dieses Schreiben, ein mit menschlichem Verstand wenig nachzuvollziehender Vorgang, beinhaltete es doch die Bitte des Landesdenkmalamtes um den Abbruch eines Kulturdenkmals, gab der Stadtbild e. V. an die Presse weiter. Die skandalträchtige Affäre verursachte im Sommer 1999 einen heftigen Wirbel. Das ZI musste nun, um die Abbruchgenehmigung erneut zu bekommen, ein denkmalschutzrechtliches Verfahren an-

J 4, 2a als Abbruchhaus, 1999 Foto: Volker Keller

strengen; auch ein Rückkauf durch die Stadt wurde in Erwägung gezogen. Der Grünen-Stadtrat Dr. Ulrich Schaefer brachte gar eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Mitarbeiterin des LDA auf den Weg. Schaefer vermisste „nach wie vor das Engagement der Mannheimer Denkmalschützer für den Erhalt von wichtigen Kulturgütern in der Stadt.“ Eine Gruppe von BDA-Mitgliedern (Bund Deutscher Architekten) sprach sich im November 1999 ebenfalls entschieden für die Erhaltung des Hauses aus; der Vorsitzende des BDA-Kreisverbandes Werner Kaltenborn und der Architekt Don Lindemann betonten, das Haus sei ein Juwel am J 3-Platz und ein Abriss „würde der Stadt großen Schaden zufügen“. Viele Leserbriefe nahmen entschieden Stellung für eine Erhaltung des historischen Hauses. Für das ZI kam die Einrichtung einer Suchtklinik im historischen Gebäude aufgrund der kleinteiligen Innenstruktur nicht in Frage. Das Institut hätte das Gebäude ohne Abbruchgenehmigung an die Stadt zurückgegeben. Doch unter dem Druck der Stadt Mannheim hob das Landesdenkmalamt die Einstufung als Kulturdenkmal von 1999 wieder auf. Dies galt für das gesamte Gebäude, denn die Einstufung der Fassaden als Kulturdenkmal ohne die Innenräume lehnte das LDA ab.

Das Wohnhaus J 4, 2a war in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten. Ohne den Antrag des Stadtbild-Vereins und die zahlreichen Presseberichte wäre es im Herbst 1999

sang und klanglos abgebrochen worden. Nun aber griff die Stadtverwaltung das Anliegen der Bürger auf. Zwar machte die fensterlose Ruine zwischenzeitlich als „Taubenhaus“ nochmals negative Schlagzeilen, doch brachte der Beschluss des Hauptausschusses des Gemeinderats im Oktober 2001 endlich den Durchbruch. Für die Mehrkosten zur Erhaltung der Fassaden wurden dem ZI eine halbe Million DM bewilligt. Das Mannheimer Architekturbüro Plattner und Wessely legte die Pläne für die Tagesklinik für Alkoholkranke in den historischen Fassaden vor, im Oktober 2003 wurde die Baustelle eingerichtet.

Im Juni 2005 konnte die neue Tagesklinik eröffnet werden. Das stilvoll sanierte Sandsteingebäude ist ein Schmuckstück der westlichen Unterstadt und ein städtebaulich wertvoller Beitrag zu einer menschengerechten Gestaltung des Quartiers, das namentlich durch die massigen , sich über viele Quadrate erstreckenden Betonbauten des Zentralinstituts entstellt ist. Insbesondere für den Platz in J 3 war die Erhaltung der historischen Fassade die städtebauliche Rettung.

Anschrift des Autors:
Volker Keller
Böcklinstraße 18
68163 Mannheim

Die Baumaßnahmen in J 4, 2a, Mannheim

Das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit, eine Stiftung des Landes Baden-Württemberg, hat im Jahre 1997 von der Stadt Mannheim das seit Jahren leerstehende, an das Institutsgelände grenzende, gründerzeitliche Eckgebäude J4, 2a, im Norden des Mannheimer Stadtzentrums erworben, um hier eine „Tagesklinik für abhängiges Verhalten“ zu errichten. Im darauf folgenden Jahr ist das Gebäude vermessen worden, um Bestandspläne anzufertigen und auf die angedachte Nutzungsänderung vom gründerzeitlichen Wohnhaus, hin zu einem Klinikgebäude zu untersuchen. Die vorhandenen Raumgrößen von durchschnittlich 12–14 m^2 der leeren Wohnräume haben sich jedoch als nicht funktionstüchtig für Therapie- und Gruppenräume erwiesen. Darüber hinaus hat sich die Lage und auch die Größe des Treppenhauses, unter Beachtung der gültigen Bauvorschriften, als nicht mehr verwendungsfähig erwiesen. Die folgenden Gespräche zwischen den Vertretern der Stadt Mannheim und des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit, haben sehr schnell Übereinstimmung darüber gebracht, das Gebäude abzubrechen und an dessen Stelle einen Neubau, der den funktionellen Erfordernissen entsprechen sollte, zu errichten. Jahre zuvor sind die westlich angrenzenden, teilweise ruinösen Gebäude an der Fabrikstraße dem Neubau eines Forschungs- und Verwaltungsgebäudes für das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit gewichen, sodass dieser Denkweise nichts ungewöhnliches anhaftete. Im März 1999 ist der Antrag auf Abbruch des Eckgebäudes gestellt und die Abbruchgenehmigung erteilt worden.

Die Tagesklinik für Suchtkranke J 4, 2a, Innenraum, Juni 2005

Auf Initiative des Vereins „Stadtbild Mannheim“ unter Führung von Hans Freiländer, hat

sich das Landesdenkmalamt Baden-Württemberg mit der Denkmaleigenschaft des viergeschossigen Eckgebäudes, am westlichen Ende eines kleinen Platzes, das an der Ostseite in dem Eckgebäude J 2, 13/14 ein Pendant von 1885 hat, beschäftigt. Auf Grund der neueren Platzbildung ist hier ein stadtbaukünstlerisches Ensemble festgestellt worden. Dem um 1905 errichteten Gebäude ist eine gute Gestaltung mit aufwändigem Sandsteindekor attestiert worden, als anspruchsvoll gestaltetes Dokument des Bautyps Wohnhaus mit Wirtschaftslokal, im Arbeiterviertel der Mannheimer Unterstadt. An der Erhaltung des Wohn- und Geschäftshauses ist ein öffentliches Interesse aus heimatgeschichtlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Gründen, im Rahmen der Stellungnahme vom 2. 7. 1999 festgestellt worden.

Die Stadt Mannheim, Fachbereich Baurecht und Umweltschutz, hat mit Schreiben vom 25. 8. 1999 die Kulturdenkmaleigenschaft festgestellt. Das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit hat in der Folge Einwendungen gegen die vollständige Erhaltung des Gebäudes vorgebracht, mit dem Hinweis, dass ein Neubau an dieser Stelle wirtschaftlicher wäre und dass das Gebäude die Anforderungen an eine Tagesklinik nicht erfüllen kann. Das gründerzeitliche Gebäude besitzt ohne Zweifel eine historisch interessante Fassade.

Dahinter liegen acht Kleinwohnungen, die nach Fläche und Raumgröße heutigen Anforderungen zum Wohnen nicht entsprechen, geschweige denn jenen einer Klinik. Das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit hat sich daher vertragskonform bereit erklärt, das Gebäude an die Stadt Mannheim zurück zu geben. Der Standpunkt der Denkmalschutzbehörden, dass die Einhaltung des Denkmalschutzes die Erhaltung der gesamten Innenstruktur des Gebäudes, der Raumstruktur und den Innenausbau umfasst, hat sich als absoluter Widerspruch zur Aufgabe des Zentralinstitutes für Seelische Gesundheit, hier eine Klinik zu errichten, erwiesen.

Das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit hat daher, im Sinne der gestellten Aufgabe – nämlich eine Klinik zu errichten – gegen den Bescheid des Landesdenkmalamtes Widerspruch beim Regierungspräsidium eingelegt und die Berufungsinstanz hat in der Folge den Denkmalschutz aufgehoben.

Die Tagesklinik für Suchtkranke J 4, 2a, Juni 2005

Nun wäre rein rechtlich gesehen der Abbruch dieses Gebäudes mit der anschließenden Errichtung eines Neubaues möglich gewesen. Dem standen jedoch die berechtigten Interessen aller Beteiligten entgegen, ein Stück traditioneller Mannheimer Baukultur zu erhalten. Es war daher naheliegend, einen Ausgleich zu suchen, der sowohl den berechtigten Interessen der Mannheimer Stadtbildschützer aber auch jenen der Klinikerrichter entsprach. Daher wurde von unserem Büro der Vorschlag unterbreitet, das Gebäude nur teilweise abzubrechen aber die Straßenfassaden zu erhalten und zu restaurieren. Diese Vorgehensweise hat eine Reihe von Vorbildern in den neuen Bundesländern wo durch die Erneuerung der alten Bausubstanz in Verbindung mit Nutzungsänderungen Kompromisse eingegangen werden mussten. Dies wird übrigens von einer Reihe namhafter Denkmalschützer akzeptiert. Deutschlandweit gibt es unter Fachleuten unterschiedliche Meinungen über die Erneuerung der erhaltenswerten Bausubstanz.

Die Tagesklinik für Suchtkranke J 4, 2a, Innenraum, Juni 2005

Die Tagesklinik für Suchtkranke J 4, 2a, Innenraum, Juni 2005

Kostenberechnungen haben ergeben, dass Mehrkosten entstehen würden, da der Abbruch nur schrittweise erfolgen könnte und die dann freistehende Fassade gegen Kippen geschützt werden müsste. Hinzu kämen aufwändige Methoden um die Fassade zu reinigen, die nicht mehr standfesten Balkone statisch aufzuwerten und die Sandsteinteile teilweise zu erneuern. Dieser Mehraufwand wurde sowohl von unserem Büro, als auch von der Mannheimer Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau, die im Auftrage der Stadtverwaltung eigene Berechnungen anstellte, mit rund DM 700 000 beziffert.

Es hat einige Zeit gedauert, bis diese Vorgehensweise zur Lösung der gestellten Bauaufgabe – mit Ausnahme der Denkmalschützer – allgemeine Zustimmung gefunden hat und auch die Finanzierung für ein Suchtzentrum für Forschung und Lehre in der Suchtmedizin, mit angeschlossener Tagesklinik, für 20 Patienten geklärt werden konnte.

Die Mehrkosten für die Fassadenerhaltung übernahmen die Stadt Mannheim und das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit, auf Grund eines eigenen Beschlusses des Verwaltungsrates. Interessante Diskussionen entstanden hinsichtlich der Gestaltung des Dachgeschosses. Dieses sollte, nach dem Wunsch von Fachleuten, als kubischer Glaskörper, der die beiden Seminarräume aufnehmen sollte, gestaltet werden. Seitens des Zentralinstitutes hat man sich jedoch für eine konservative Lösung, mit einem den beiden Straßen zugewandten Seiten ausgebildeten Satteldach, entschieden. Um die gründerzeitliche Fassade nicht zur bloßen Kulisse werden zu lassen, sondern um den beiden Straßenseiten eine homogene Gebäudehülle zu bieten.

Nun konnte endlich der Bauantrag gestellt werden und am 3. 7. 2002 wurde von der Stadt Mannheim die Baugenehmigung erteilt. Die beiden, zum Erhalt vorgesehenen, Straßenfassaden wurden fotogrammetrisch aufgenommen und zum wesentlichen Bestandteil der Ausführungsplanung. Im Sommer 2003 wurden die Bauleistungen gewerkeweise im Staatsanzeiger öffentlich ausgeschrieben. Die Firma Bilfinger Berger AG wurde als Best- und Billigstbieter für die komplizierten Abbruch- und Rohbauarbeiten ermittelt und konnte darüber hinaus durch den kurz zuvor abgeschlossenen Umbau mit Entkernung des Mannheimer Hauptbahnhofes sehr gute Referenzen nachweisen. Im Oktober begann die Firma mit ihren Arbeiten.

Die Abbrucharbeiten verliefen zügig und die Straßenfassaden wurden beidseitig abgestützt. Es erwies sich statisch als Vorteil, beide Fassaden zu erhalten, da diese sich doch gegenseitig durch die Übereckstellung stützten. Vorweg sei gesagt, die Fassaden

konnten original erhalten werden, lediglich der Spitzgiebel an der Ostseite musste geopfert werden, um ihn jedoch später mit den Originalabmessungen wieder aufzubauen. Dank günstiger Witterungsverhältnisse im Winter 2003/2004 konnte zügig gearbeitet – es traten keine Sturmschäden auf – und die Rohbauarbeiten bis zum Sommer 2004 abgeschlossen werden.

Dem Charakter der gründerzeitlichen Fassaden folgend, wurden weiße Holzfenster mit außen liegender Profilierung eingebaut, jedoch nicht als historisch nachempfundene Kastenfenster – dies hätte den finanziellen Rahmen überstiegen – sondern dem Stand der Technik entsprechend, mit Isolierverglasung. Als schwierig hat sich die Reinigung der Fassade erwiesen, da insbesondere die Sandsteinteile in verschiedenen Arbeitsgängen mühsam bearbeitet werden mussten, ohne ihre Oberfläche zu zerstören. Das bedeutet, dass hier keine „neue" Fassade entstand, sondern die historische mit Schönheitsflecken, Einschusslöchern aus den Kriegstagen und allgemeinen Abnützungserscheinungen erhalten ist. Wir haben lediglich die abgebrochenen Bauteile durch neue ersetzt. Der teilweise zerstörte Gebäudesockel musste durch eine neue Sandstein-Verkleidung verdeckt werden.

Die Farbgestaltung im Innenraum orientiert sich an den warmen Farbtönen des Sandsteins und der Klinker und es entstanden helle und zeitgemäße Büro- und Klinikräume. Natürlich mussten Kompromisse eingegangen werden, da die beiden Straßenfassaden die Lage und die Größe der Fensteröffnungen vorgegeben haben, doch durch eine geschickte Möblierung konnten hier gewisse Nachteile aufgefangen werden.

Die Tagesklinik für Suchtkranke J 4, 2a, Innenraum, Juni 2005
alle Fotos: Wessely + Partner

Am 31. Mai 2005 konnte das Gebäude den Nutzern übergeben werden.

Aufgestellt:
WESSELY + PARTNER
Mannheim, den 2. Juni 2005
Dipl.-Ing. Freie Architekten

Rede von Herrn Minister Peter Hauk

anlässlich der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande an Herrn Professor Dr. em. Karl-Friedrich Schreiber

Schiltach, den 11. Juli 2005

Sehr geehrter Herr Professor Schreiber, sehr geehrte Frau Schreiber, sehr geehrter Herr Landrat Dr. Michel, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

mein Vortrag heute über „Problematik und Möglichkeiten zur Offenhaltung der Landschaft“ ist zugleich Anlass, einem Referenten dieser Veranstaltung, Herrn Prof. Schreiber, im Auftrag des Bundespräsidenten Prof. Horst Köhler, das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland zu überreichen. Zu dieser Auszeichnung gratuliere ich Ihnen, sehr geehrter Herr Prof. Schreiber – auch im Namen von Herrn Ministerpräsident Günther Oettinger – sehr herzlich. Sie ist die verdiente Anerkennung für Ihr langjähriges beispielhaftes Engagement zum Wohle der Allgemeinheit.

Im Vorfeld dieser Verleihung habe ich meine Mitarbeiter gefragt, ob denn der Rahmen hier in Schiltach geeignet wäre für die Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz und Ihnen nicht eine separate Feierstunde lieber wäre. Die Antwort war eindeutig: es gibt keinen besseren Anlass dafür, denn für das heutige Thema haben Sie gelebt, hier sind Sie in Ihrem Element.

Ich will mit einem Zitat beginnen: Der österreichische Pädagoge Hermann Gmeiner (1919–1986), Gründer der SOS-Kinderdörfer, hat einmal gesagt: *„Alles Große in unserer Welt geschieht nur, weil jemand mehr tut, als er muss“*. Und mit Prof. Schreiber wird heute jemand geehrt, der seit über 30 Jahren mehr getan hat, als er musste!

Ich will Ihre Vita kurz skizzieren, um deutlich zu machen, wie hoch verdient die Verleihung dieses Ordens ist. Seit Jahrzehnten setzen Sie sich für die Erhaltung der Kulturlandschaft ein. Man kann das Jahr 1975 gewissermaßen als „Startpunkt“ sehen. Damals wurden in Baden-Württemberg in 15 verschiedenen, zur Verbrachung neigenden Landschaften Versuche zur Offenhaltung der Kultur angelegt (sog. Bracheversuche). Und mit der wissenschaftlichen Betreuung wurde Prof. Schreiber (damals an der Universität Hohenheim) beauftragt. Diese Versuche sind im Jahre 2005 mittlerweile eine 30-jährige Erfolgsgeschichte. Ihre Vielfalt und Dauer ist nicht nur in Deutschland, sondern in Europa einzigartig. Sie liefern mannigfaltige Erkenntnisse, wie sich Landschaften mit ihrer charakteristischen Pflanzen- und Tierwelt entwickeln, wenn sie entweder nicht mehr genutzt werden („Nullfläche“) oder mit unterschiedlichen Varianten gepflegt werden. In den letzten 30 Jahren haben die Versuche – leider – nichts an Aktualität verloren. „Leider“ deshalb, weil der großflächige Rückzug der Landwirtschaft aus Grenzertragsflächen durch den WTO-Prozess einen neuen Schub bekommen könnte. Und „leider“ auch deshalb, weil die hohen finanziellen Aufwendungen für die Landschaftspflege in Zeiten dramatisch leerer Kassen keine Ewigkeitsgarantie haben. Versuche zur effizienten Offenhaltung der Kulturlandschaft sind deshalb von allergrößter Bedeutung, um die Qualität und Vielfalt erhalten zu können.

Für diese Versuche setzen Sie sich, Herr Prof. Schreiber, seit 30 Jahren ein, wobei Ihr Engagement stets weit über Ihre Dienstpflichten hinausging und sich bis zum heutigen Tage – 14 Jahre nach Ihrer Emeritierung – fortsetzt. Noch immer führen Sie die Kontrolle und Kartierung der Flächen durch, übernehmen jährliche Exkursionen für Fachleute und Interessierte zu den Versuchsflächen und präsentieren die Versuchsergebnisse auf zahlreichen lokalen, regionalen und nationalen Tagungen und Veranstaltungen, so wie heute auch hier in Schiltach. Ich darf behaupten, dass es Ihrem unermüdlichen Einsatz zu ver-

danken ist, dass die Versuche über solch einen langen Zeitraum fortgeführt werden konnten. Über Ihre tatkräftige ehrenamtliche Arbeit vor Ort hinaus haben Sie die Offenhaltungsversuche auch durch Ihre Publikationen europa- und weltweit bekannt gemacht. Als Diplomanden- und Doktorvater für Studenten und junge Wissenschaftler ist es auch Ihr Verdienst, Herr Prof. Schreiber, dass junge Menschen den Weg zu Landwirtschaft und Naturschutz gefunden haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, dass der Einsatz für den Erhalt unserer Kulturlandschaft durchaus ein Thema ist, das in unserem Gemeinwesen Anerkennung findet. Entscheidend kommt es darauf an, dass wir uns den Wert der Kulturlandschaft bewusst machen und daraus ein aktives Tun ableiten, so wie uns dies bei der heutigen Präsentation der Projekte in anschaulicher Weise vor Augen geführt wurde.

Peter Hauk

„Offenhaltung der Landschaft“

Bilanzierung und Perspektiven

Landschaftsbild

Wenn man sich dem Thema „Offenhaltung der Kulturlandschaft“ nähert, darf man nicht vergessen, dass es dabei nicht um die Frage der unendlichen Nutzung kostenloser Naturgüter geht. Sondern es geht vielmehr um uns selbst und unser Verhältnis zu Schöpfung und Umwelt. Denn wir Menschen haben einen inneren Bezug zur Landschaft, in der wir leben. Sie rufen Empfindungen in uns wach, wie beispielsweise das Heimatgefühl und inspirieren uns auf vielfältige Weise. Was wäre Malerei, Dichtung oder Musik ohne die Inspiration durch die Natur? Und wir alle wissen, welch tiefe Emotionen Landschaftsbilder in uns auslösen können. Ich würde diese Gedanken als Mensch mit starker Bindung zur Natur gerne noch etwas vertiefen, würde damit aber das Feld der Politik verlassen, das zu bestellen heute meine Aufgabe ist. Aber ich hoffe, dass Sie mir abnehmen, dass sich mein persönliches Naturverständnis nicht auf Haushaltsmittel und die Umsetzung von Gesetzen beschränkt, sondern mir auch die andere Perspektive am Herzen liegt. Es wäre auch vollkommen verfehlt, wollte man unsere Landschaft mit einem technokratischen Weltverständnis, mit Zahlen, Daten, Fakten ausleuchten. Denn dabei würde ich die wesentlichen Aspekte der Landschaft vergessen, die nicht in Zahlen ausgedrückt werden können und die keiner betriebswirtschaftlichen Analyse zugänglich sind: Heimat und Schöpfung – das sind Werte, die sich nicht in Anbauflächen, Großvieheinheiten oder Festmetern messen lassen. Hier geht es um mehr, hier geht es um Lebensqualität und Wohlbefinden für die Menschen, die hier leben und arbeiten, hier geht es um eine Nahrungsmittelressource vor der Haustüre und hier geht es, da kommt nun auch die Betriebswirtschaft ins Spiel, um die Attraktivität einer Landschaft für den Tourismus.

Kulturlandschaft – Aufgabe und Herausforderung

Wie ist unsere Kulturlandschaft entstanden? Landschaft ist kein statischer Zustand, sondern vielmehr immer auch ein Spiegelbild der sozialen und ökonomischen Situation eines Landstriches. Mit Beginn der systematischen Besiedelung im Schwarzwald, irgendwann um das Jahr 1000 herum, musste der Wald, damals der „Feind des Menschen“ zurückgedrängt werden, um Ackerfläche und Weiden zu schaffen. Mit wachsendem Bevölkerungsdruck wurden auch wenig ertragreiche Standorte mit einbezogen.

Kriege und Seuchen oder auch klimatische Veränderungen wie die „kleine Eiszeit“ kehrten die Entwicklung wieder um, der Wald holte sich seine Fläche zurück, Ortschaften und Weiler verfielen wieder. So ging es mehrfach hin und her. Eine Zäsur stellt die Zeit nach dem 2. Weltkrieg dar. Gab zunächst die Bekämpfung des Hungers der Bevölkerung, der Landwirtschaft noch einen Schub, so kam es mit fortschreitender Technisierung und Öffnung der Grenzen ab Mitte der 50er Jahre zu einer regelrechten Revolution. Kleine Familienbetriebe konnten wegen fehlender Liquidität die Mechanisierung nicht mitmachen.

Dazu kam im Zuge des „Wirtschaftswunders“ der große Bedarf an industriellen Arbeitskräften. Dieser Strukturwandel hat sich seit damals in unterschiedlichem Tempo fortgesetzt – derzeit scheiden in Baden-Württemberg jährlich rund 2500 landwirtschaftliche Betriebe aus dem Markt aus. Dass der Wald die freiwerdenden Flächen nicht zurückerobern

konnte und die Flächen offen blieben, ist ein Ergebnis unserer Agrarpolitik. Ohne entsprechende Ausgleichsleistungen, mit denen wir die Differenz zu Weltmarktpreisen ausgleichen, wären mehrere 100 000 ha an offener Fläche zu Wald geworden. Nicht, dass mich das als Forstmann stören würde – aber im Kern würde eine Waldzunahme von mehreren 100 000 ha bedeuten, dass der Schwarzwald mit seiner großen Zahl an Grenzertragsstandorten heute weitgehend unbewohnbar wäre. Wer in einer Gemeinde lebt, deren Gemarkung zu über 90% mit Wald bedeckt ist – und davon gibt es schon einige – weiß wovon ich spreche. Was heißt es nun, wenn ich sage, dass wir eine negative Entwicklung mit unserer Agrarpolitik verhindert haben? Es heißt natürlich, dass wir uns das etwas kosten lassen. Und man kann das Wort ruhig selbstbewusst in den Mund nehmen: es sind Subventionen. Aber nicht Subventionen, damit ein paar Landwirte ihre unwirtschaftlichen Äcker und Wiesen bestellen können. Sondern Ausgleichszahlungen dafür, dass wir, die Gesellschaft, diese Landschaft erleben und genießen können und uns mit Produkten dieser Landwirtschaft gut und gesund ernähren können. In der politischen Debatte kommen diese Aspekte häufig zu kurz und in der berühmten „1.30-Sequenz“ eines Interviews kann man gleich gar nicht die Sachlage differenziert darstellen. Es gibt – und da weiß ich mich mit der Wissenschaft auf einer Linie – gerade auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive keine wirtschaftlichere Pflege der Kulturlandschaft als durch die Landwirtschaft. Denn sie hält nicht nur Flächen offen, sondern sie produziert gleichzeitig Nahrungsmittel hoher Qualität. Und was wäre die Alternative, wollte man die Flächen ohne Landwirtschaft offen halten? Mähkolonnen des öffentlichen Dienstes mit anschließender Kompostierung des Grases wären sicher keine Lösung und bezahlbar schon zwei mal nicht! Nun ist mir wohl bewusst, dass das Image der Agrarpolitik besser sein sollte. An Reputation verloren hat die Agrarpolitik durch eine Dekade der Überproduktion. Aber das ist Geschichte, meine Damen und Herren! Seit dem Stichtag 1. 1. 2005 hat eine neue Zeitrechnung in der Agrarpolitik begonnen. Was zuvor in zaghafteren Schritten angegangen wurde, bringt nun eine komplette Wende. Die Fördermittel werden von der Produktion entkoppelt, sprich die Honorierung der Landwirte bezieht sich nicht auf eine bestimmte Produktmenge, sondern alleine auf die Tatsache, dass die Fläche bewirtschaftet wird. Das ist ein Paradigmenwechsel, der unserer Kulturlandschaft gut tun wird. Damit dies gelingt, braucht es quasi zur Feinsteuerung, noch etwas mehr. Denn auch wenn der Landwirt nun unabhängig davon, ob er nun Raps, Weizen oder Mais anbaut, eine Flächenprämie bekommt, muss es ja sein Ziel sein, einen möglichst hohen Ertrag aus der Fläche zu ziehen. Die Gesellschaft wiederum hat aber ein besonderes Interesse an gesunden Nahrungsmitteln und reinem Trinkwasser, deshalb kann es uns nicht egal sein, wie viel Dünger und Pflanzenschutzmittel zum Einsatz kommen. Wenn wir das aber wollen, müssen wir dem Landwirt den Verzicht auf höhere Erträge vergüten. Und genau das tun wir mit unseren Programmen.

Förderprogramme – Modellprojekte

Zum Beispiel mit dem MEKA (Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich), das als Agrarumweltprogramm fest etabliert ist und sich sehr positiv auf Natur- und Umwelt auswirkt. Auch Vertragsnaturschutz nach der Landschaftspflegerichtlinie (LPR) gehört dazu und hilft gerade auf den Grenzertragsstandorten, dass Natur- und Umweltschutz zu ihrem Recht kommen. Sie werden mir sicher Recht geben, dass unsere landwirtschaftlichen Förderprogramme keine Subventionen für private Erwerbstätigkeit sind, sondern vielmehr Ausgleichsleistungen für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Und dennoch: gerade in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen braucht es immer mehr Fantasie in der politischen Landschaft, wenn es darum geht, mit knappsten Mitteln das Maximale zu erreichen. Es geht für mich als verantwortlicher Landespolitiker darum, Zukunftschancen zu sichern und Potenziale zu fördern. Dazu hat das Land seit Jahren verschiedene Offenhaltungs- und Landnutzungsprojekte gefördert und begleitet, zuletzt die aus Mitteln der Glücksspirale

finanzierten Modellprojekte in Schiltach-Schenkenzell, Bad Peterstal-Griesbach und die Böschungspflege am Kaiserstuhl. Verschiedene beispielgebende Projektideen wurden Ihnen heute auf der Veranstaltung präsentiert. Alle Projekte haben eines gemeinsam: Sie brauchen neben einer verlässlichen „Anschubfinanzierung“ menschliche Motoren, mit Ideen, Kreativität und Einsatzbereitschaft. Und oft genügt es dabei schon, wenn die Kommune als „Katalysator“ arbeitet. Das bedeutet, wenn wir uns an den Chemieunterricht erinnern, Reaktionen in Gang zu bringen, ohne dabei verbraucht zu werden. Eine geradezu ideale Vorstellung für einen Politiker …

Bilanz – Perspektiven

Wie sieht nun die Bilanz der Projekte aus? Klar ist: Offenhaltung und Erhaltung der Kulturlandschaft sind keine Gratisveranstaltung, sondern haben ihren Preis. Gerade die vorgestellten Projekte zeigen Lösungsansätze, die über die reinen finanziellen Ausgleichsleistungen und Transferzahlungen hinausgehen. Perspektiven für eine offene Kulturlandschaft gibt es nur, wenn sich das gesellschaftliche Bewusstsein für den Wert unserer Kulturlandschaft weiter öffnet. Und Perspektiven gibt es nur, wenn alle am Prozess Beteiligten an einem Strang ziehen. Klar ist auch, dass es keine landesweit gültigen Lösungsansätze gibt, sondern allenfalls regional und lokal nachahmenswerte Erfolgsbeispiele. In diesem Sinne wurde uns heute ein weiter Bogen von Ideen präsentiert wie: differenzierte Maßnahmen für ein Flächenmanagementsystem für die große Zeitspanne von 30 Jahren, Gründung von Weidegemeinschaften. Einführung von Beweidungssystemen mit unterschiedlichen Tierarten und -rassen, Einbindung der regionalen Gastronomie unter Vermarktungsaspekten, eine Erfolgsstory, die Heuvermarktung.

Modellvorhaben beruhen auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und der Akzeptanz der Bevölkerung zu ihrer Region und deren besonderen Standortverhältnissen. In den Prozess zur Entwicklung einer regionalen Identität und einer darauf aufbauenden Zukunftsstrategie sind alle wichtigen Akteure wie Landwirte/Landfrauen, Handel und Handwerk, Natur-/Landwirtschafts-/Forstverwaltung, Verbraucherinnen und Verbraucher und natürlich die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen.

Ich sehe in der Offenhaltungsthematik eine große Aufgabe für die Bürgergesellschaft. Eine Bürgergesellschaft, die nicht phlegmatisch darauf wartet, dass „Stuttgart“ es schon richten wird, sondern Bürger die anpacken, die ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen. Gerade vor dem Hintergrund der leeren Kassen, wird die Landesregierung verstärkt darauf achten, wie stark das Engagement vor Ort ist – fehlt dieses, dann wird sich auch das Land zurückhalten! Die Landesregierung setzt also auf Initiative vor Ort – und im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe stehen wir dann auch bereit, z. B. für Anschubfinanzierungen.

Schluss

Meine Damen und Herren, ich hatte heute die Gelegenheit, ein wichtiges und überaus umfangreiches Themenfeld vor verständigem Publikum anzureißen. Einfache Lösungen gibt es bei der Offenhaltung der Kulturlandschaft nicht. Jede Seite hat gute Argumente für ihre Sicht der Dinge. Ich setze auf die Vernunft aller Beteiligten, dass wir gute Lösungen für unsere wertvolle Landschaft finden. Und im Besonderen setze ich natürlich auch auf Sie, die sich engagieren aus dem Gefühl der Verbundenheit mit Ihrer Region und Landschaft. Dies können wir nur als Verbündete von Land, Kommunen, Bürgerinnen und Bürger, Verbraucherinnen und Verbraucher ganz nach dem Motto des großen italienischen Dichters Dante Alighieri: „Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andere packt sie kräftig an und handelt“.

Anschrift des Autors:
Minister Peter Hauk MdL
Ministerium für Ernährung und
Ländlichen Raum Baden-Württemberg
Kernerplatz 10
70182 Stuttgart

Aktuelle Informationen

50 Jahre Städtepartnerschaft Karlsruhe–Nancy

Ein schöner Anlass zum Feiern

I. 250 Jahre „Place Stanislas“ in Nancy

Eine Städtepartnerschaft, zumal in Zeiten von Jubiläen, ist eine ausgezeichnete Gelegenheit, das kulturelle Angebot beider Städte zu aktivieren. „50 Jahre Städtepartnerschaft Nancy–Karlsruhe: ein schöner Anlass zum Feiern. Zum Feiern mit Kultur“ (Veranstaltungsprogramm). Auf französischer Seite ist das Jahr 2005 auch und vor allem das Jahr des 250. Jubiläums des restaurierten „Place Stanislas“. Nancy 2005 wird deshalb als Gelegenheit wahrgenommen, die „wiedererlangte Schönheit“ des inzwischen restaurierten und von Autos befreiten „Place Stanislas“ zu feiern, aber auch an die Wertvorstellungen zu erinnern, die das architektonische Ensemble angeregt haben (Programme, Dec 2004 – Dec 2005). Die wichtigsten Ausstellungen waren deshalb auf dieses Jubiläum abgestimmt:

Eine Ausstellung zu „Stanislas, un roi Pologne en Lorraine“ (17. Dezember 2004 bis 28. März 2005) und eine Ausstellung zum Geist der Städte im Zeitalter der Aufklärung (De l’Esprit des Villes. Nancy et l’Europe urbaine au Siècle des Lumiers, 1720–1770).

Die Nancy-Wochen fanden in Karlsruhe vom 17. Juli bis zum 10. Juli statt, eine entsprechende „Deutsche Woche in Nancy“ soll vom 6. bis 16. Oktober in Nancy stattfinden. An Ausstellungen, die noch bei Erscheinen unseres Heftes geöffnet sind, ist die Ausstellung „Emile Gallé – Jugendstilmeister aus Nancy“ (Museum beim Markt, 9. Juli bis 2. Oktober) zu erwähnen.

Die Regionalgruppe Badische Heimat Karlsruhe hat am 22. Juni 2005 Frau Michèle Maubeuge, Nancy, zu einem Vortrag über die Entwicklung des neugestalteten „Place Stanislas“ eingeladen.

Die Stadt Karlsruhe hat in Zusammenarbeit mit den Centre Culturel Franco-Allemand ein vielfältiges Kulturprogramm aus Anlass des 50. Jubiläums der Partnerschaft zusammengestellt und ein zweisprachiges Programmheft herausgebracht.

II. Städtepartnerschaft Karlsruhe–Nancy: Eine private Initiative von unten

„Städtepartnerschaften“ schreibt der Oberbürgermeister Heinz Fenrich im Grußwort zum Veranstaltungsprogramm, „bilden ein Art ‚Außenpolitik der Städte‘ die nicht nur auf große politische oder wirtschaftliche Vereinbarungen setzt und nicht nur von einigen wenigen getragen wird, sondern von allen Bürgern und Bürgerinnen der Städte“. Das gilt auch für die Entstehung der Partnerschaft Karlsruhe–Nancy. Ihren Anfang nahm sie mit einem Besuch der Schülerinnen des Lessinggymnasiums Karlsruhe im Lycée Jeanne d’Arc in Nancy am 10./11. April 1955. Frau Elisabeth Teichmann als Initiatorin hatte einen persönlichen Grund, die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich zu fördern, war sie doch Tochter einer Französin und eines Deutschen. Frau Teichmann realisierte schon im Jahre 1955, was die „Internationale Union der Bürgermeister“ projektiert hatte, nämlich durch Städtepartnerschaften eine Brücke von Land zu Land zu schlagen. Die Städtepartnerschaft Karlsruhe–Nancy ist damit zu einer der ältesten Städtepartnerschaften überhaupt geworden, älter ist wohl nur die Partnerschaft zwischen Ludwigsburg und Montbeliard. Die Idee, die 230 Kilometer entfernte lothringische Metropole zu einer Partnerstadt Karlsruhes zu machen, stammt von dem ehrenamtlichen Mitarbeiter der „Internationalen Bürgermeister Union“, Dr. Friedrich Bran. Er hielt Nancy für den idealen Partner Karlsruhes. Beide Städte haben ihren geistesgeschichtlichen und architektonischen Schwerpunkt im Zeitalter der Aufklärung, die Stadtgründung Karlsruhe 1715 und der Eröffnung des „Place Stanislas“ im Jahre 1755.

III. Von der Versöhnungsjumelage zur Projektpartnerschaft

In den 50 Jahren hat sich die Städtepartnerschaft auf den Ebenen Schulen, Politik, Verwaltung, Kultur und Vereinen durchgesetzt. So ist nach Heinz Fenrich eine neue Phase der Städtepolitik angesagt: Von der Versöhnungsjumelage zur Projektpartnerschaft. Sie konkretisiert sich in dem Bestreben, Nancy und Karlsruhes im Jahr 2005 zu Etappen der Tour de France zu machen oder in dem gemeinsamen Interesse an der Magistrale für Europa (Stadtzeitung).

IV. Publikationen

Das Stadtarchiv veröffentlicht wohl erst im Oktober 2005 „Europa im Herzen. 50 Jahre Partnerschaft Karlsruhe–Nancy“. Der Band soll mit zehn Interviews von Franzosen und Deutschen persönliche Eindrücke in das Leben beider Kommunen geben. Außerdem soll die Publikation einen Rückblick auf die Aktivitäten der vergangenen 50 Jahre geben. Doris Lott veröffentlichte bereits im Info Verlag „Grenzenlose Liebe“. Geschichten aus Karlsruhe und Nancy (11,00 Euro). Leider liegt bisher keine Übersetzung der französischen Werke zum Leben Stanislas Leszczynskis vor. Im Musée des Beaux Arts ist eine deutsche

Fassung „Nancy Royale“ (10,00 Euro) und „Nancy“ (5,00 Euro) erhältlich.

V. Nancy im Festjahr 2005 besuchen

Auch Städtepartnerschaften können ein Stück Heimat sein, sind sie doch ein Fenster auf eine andere Heimat, die auf die eigene positiv verändernd zurückwirken kann. Die Nähe Nancys macht es möglich, von Karlsruhe aus an einem Tage mit der Bahn hin und zurück zu fahren.

Sowohl der Verkehrsverein in Nancy wie ein Karlsruher Reisebüro bieten günstige Übernachtungen und Dienstleistungen an, z. B. zwei Tage, drei Ausstellungen, ein Mittagessen

Office de Tourisme de Nancy,
Place Stanislas, 540011 Nancy.
Tel.: 00 33 (0) 3 83 35 90 09.
Fax: 00 33 (0) 3 83 30 23 39 und
Bonne France, Am Storrenacker 22
76139 Karlsruhe
Tel.: (07 21) 9 67 04 45
Fax (07 21) 9 67 04 20.

Heinrich Hauß

Nancy

Stadt der Wirtschaft und Kultur

Broschüre der Stadt Karlsruhe über die Partnerstädte

Informationen zu Nancy

Das Presse- und Informationsamt der Stadt Karlsruhe hat eine sehr schön gestaltete und reich bebilderte Broschüre über die fünf Partnerstädte – Nancy, Nottingham, Halle, Temeswar und Krasnodar – herausgebracht. Für Redaktion und Konzeption sind Manuela Fretz und Mathias Tröndle verantwortlich. Die Städtepartnerschaften will der Oberbürgermeister Heinz Fenrich als „ein Stück Geschichtsschreibung“ und als ein Zeitdokument über die „kommunale Außenpolitik“ verstanden wissen. Da die Partnerschaft „von unten“ und durch die „Kontakte zwischen den Menschen“ leben, ist eine entsprechende Informationspolitik unerlässlich, um die Möglichkeiten der Städtepartnerschaften den Bürgern und Bürgerinnen immer wieder ins Bewusstsein zu bringen. Die Broschüre mit der Vorstellung der fünf Partnerstädte ist geeignet, das Bewusstsein für Gemeinsamkeiten der Stadt Karlsruhe mit den anderen Städten zu stärken. Aus Anlass des 50-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft Karlsruhe–Nancy weisen wir auf den Textbeitrag zu Nancy hin.

In einer grünen Fluss- und Hügellandschaft gelegen, ist Nancy eine moderne Großstadt mit großer Tradition. Die Randlage im zentralistisch orientierten Frankreich hat Nancy stets mit Selbstbewusstsein ausgeglichen: gegründet vor allem auf seine eigenständige Geschichte, die jahrhundertelang mit dem freien Herzogtum Lothringen verbunden war, und aufbauend auf seine Leistungsfähigkeit als wirtschaftliches und kulturelles Ballungszentrum, das sich im modernen Frankreich zu profilieren weiß. Nancy ist Universitätsstadt, Verwaltungszentrum, Kongressstadt, Finanzzentrum und Mittelpunkt einer Region, deren Schwerpunkt Eisen- und Stahlindustrie um moderne Industriezweige erweitert wurde. Ein Beispiel der jüngsten Geschichte ist der Technologiepark im Südwesten der Stadt, ein Projekt mit futuristischer Dimension.

Nancy ist ein Verkehrsknotenpunkt, etwa gleich weit entfernt von Paris, Lyon, Brüssel und dem Ruhrgebiet (rund 300 Kilometer). Karlsruhe liegt etwas näher (rund 230 Kilometer). Die großen Nord-Süd-Routen und Ost-West-Verbindungen berühren sich hier. Die Nähe zu Luxemburg, Belgien und Deutschland schafft eine ideale Lage im Zentrum Westeuropas. Vielleicht ein Grund für das europäische Engagement, denn die Jumelage Nancy–Karlsruhe ist eine der ältesten deutsch-französischen Städtepartnerschaften überhaupt. Ein Platz in Nancy trägt heute den Namen „Place de Karlsruhe“.

Die zentrale geographische Lage hatte auch Einfluss auf die Geschichte der Stadt Nancy und des Herzogtums Lothringen, das sich lange Zeit zwischen den Großmächten behaupten konnte. Im 16. Jahrhundert gehörte der lothringische Hof zu den glänzendsten Europas. Zuvor war 1477 in der berühmten „Schlacht von Nancy“ der Angriff Karls des Kühnen abgewehrt worden. Das Stadttor „Porte de la Craffe“, das älteste Bauwerk Nancys, ist als Teil der damaligen Festungsanlagen bis heute erhalten geblieben.

Immer waren die Blütezeiten von Nancy verbunden mit architektonischen Glanzleistungen. Das gilt für die Stadterweiterung im 16. Jahrhundert, als neben der bestehenden Altstadt eine „neue Stadt“ mit gerade gezogenen Straßen und italienisch orientierter Architektur entstand. Und dies gilt auch für die prachtvolle Stadtanlage, die nach 1700 unter Stanislas Leszczynski gebaut wurde. Eine Anlage, die der Stadt das Attribut „königliches Nancy“ einbrachte. Der ehemalige polnische König war der Schwiegervater Ludwigs XV. Ihm sind die berühmten Plätze „Place de la Carrière“ und „Place Stanislas“ zu verdanken, die jeder kennt, der einmal Nancy besucht hat. Ein Triumphbogen verbindet die beiden Plätze, die mit den herrlichen vergoldeten Gittern von Jean Lamour und den schönen Fontänen und Brunnen mit barockem Figurenschmuck das charakteristische Lebensgefühl einer Epoche zum Ausdruck bringen.

Nach dem Tode von Stanislas kam Lothringen zu Frankreich. Nancy wurde 1777 Bischofssitz. Erst nach 1871 begann ein neues Wachstum. Das ehemalige höfische Nancy entwickelte sich nun zur Wirtschafts- und Industriemetropole. 1909 fand hier die Weltausstellung statt. Die Kunst aber blieb bis heute ein bedeutender Faktor. Um 1900 entstand die „Ecole de Nancy“ an der Spitze der Jugendstilbewegung, deren progressive Formensprache nach wie vor Gültigkeit hat. Unter den vielen Museen Nancys befinden sich das Musée des Beaux-Arts, das historische Museum mit Zeugnissen aus römischer und merowingischer Zeit, das geologische Museum, das Eisen-Museum und schließlich das zoologische Museum mit dem

tropischen Aquarium, das die reichste Sammlung der Welt beherbergen soll.

Kunst und Wissenschaft sind ständig gegenwärtig. Stanislas gründete einst eine Ärzteschule, aus der die berühmte medizinische Fakultät Nancy hervorging. Heute ist die naturwissenschaftliche Universität Nancys die drittgrößte Frankreichs.

Die Stadt profitiert davon, dass sich ihre Industrie außerhalb befindet und das historische Stadtbild nicht berührt. Es bleibt in seiner vollkommenen Schönheit erhalten. Und es ist ein Magnet für ein breites Publikum, vor allem im Sommer mit den nächtlichen „spectacles son et lumière“ auf dem wohl schönsten Platz der Stadt.

Hrsg.: Stadt Karlsruhe. Presse- und Informationsamt
Verantwortlich: Bernd Wnuck, 76124 Karlsruhe
E-Mail: pia@karlsruhe.de
www.karlsruhe.de
Redaktion und Konzeption:
Manuela Fretz und Mathias Tröndle
Gestaltung und dtp-Realisation:
INFO Verlag, Karlsruhe
Die Broschüre ist im Rathaus (Vorhalle) zu erhalten.

Architektur und Baukunst sind echte kommunalpolitische Führungsaufgaben

ARCHITEKTURZEIT

Veranstaltung der Architekturkammer Baden-Württemberg – Kammergruppe Karlsruhe zur Gründung der „Initiative Baukultur“ am 15. Juli 2005 in der Majolika, Karlsruhe.

Die Architektenkammer hatte zu einer Gründungsveranstaltung einer Karlsruher “Initiative Baukultur“ mit einem Forum eingeladen. Teilnehmer auf dem Podium waren Angela Bezzenberger, Landschaftsarchitektin, Prof. Dr. Karl Ganser, Gründungsmitglied der Bundesstiftung Baukultur, Prof. Dr. Eberhard Syring vom Bremer Zentrum für Baukultur, Much Untertrifaller, Architekt und Dr. Erwin Vetter, der frühere Oberbürgermeister Ettlingens in der Zeit der Sanierung. Die Moderation gestaltete Andreas Rossman (FAZ).

Die Bundesinitiative Baukultur ist im Bundesrat gescheitert, da sie nach den Ministerpräsidenten die Kulturhoheit der Länder tangiere. Ein Grund mehr, solche Initiativen auf lokaler Ebene zu gründen. Die Idee einer „Initiative Baukultur“ geht auf eine bundesweite Initiative zurück, die vor zwei Jahren ins Leben gerufen wurde. Ziel ist, die Planungs- und Baukultur in Deutschland zu verbessern. Die Ziele sollen dann auf lokaler Ebene von unabhängigen Gruppen umgesetzt werden. Die Initiative soll „als fester Bestandteil in der Karlsruher Bürgerschaft verankert“ werden. In dem Papier der Architektenkammer wird deshalb ausdrücklich betont, dass die „Initiative Baukultur“ sich nicht als „Vertretung einer Interessengruppe oder gar eines Berufsstandes“ versteht. „Vielmehr soll sie das Bewusstsein für den Wert einer qualitätsvoll gestalteten Umwelt auf allen gesellschaftlichen Ebenen stärken, Initiativgruppen zusammen fassen und vernetzen“. Im Verlauf der Diskussion kamen dann aber doch auch andere Antriebskräfte zur Sprache. Einmal wurde zur Kenntnis gebracht, dass sich die „Rahmenbedingungen für Architektur“ verschlechtert und „die Zahl der Bauaufgaben“ abgenommen habe (Rossmann). Nicht zuletzt kann auch die „Initiative Baukultur“ zur „Erhöhung des Ansehens der Architekten“ beitragen (Vetter). Die Architekten müssen aber dann sich in erster Linie auf Vermittlungsprozesse einlassen, über Baukultur mit den Bürgern sprechen lernen.

Der Moderator wies zu Beginn der Podiumsdiskussion darauf hin, dass der Begriff „Baukultur“ eigentlich ein Pleonasmus sei. Aus der begrifflichen Verrenkung leitete er die Frage ab: „Wie steht es um das Bauen, wenn man sich der Baukultur versichern muss?“

Dr. Vetter lenkte aus der praktischen Sicht eines Sanierungsbürgermeisters die Aufmerksamkeit auf die Rolle der Kommunalpolitik bei der sogenannten Baukultur. Hauptaufgabe der Kommunalpolitik sei, gleich auf welchem Feld, Kommunikationsprozesse als Vermittlungsprozesse zustande zu bringen. „Baukunst und Architektur müssen eine echte kommunalpolitische Führungsaufgabe sein“, so Vetters Kernthese. Anders gesagt: Baukultur beginnt bei der architektonischen und stadtplanerischen Kompetenz der Bürgermeister und Gemeinderäte! Nach Vetter muss die Kommunalpolitik verständlich machen, worum es bei einem projektierten städtebaulichen Vorhaben geht. “Wir müssen den Bürger mitnehmen!“

Ich weiß nicht ob die Veranstalter bemerkt haben, dass damit die Initiative für Baukultur in erster Linie bei den kommunal Verantwortlichen gesucht wurde. Wenn bei den Entscheidungsträgern keine Sensibilität für Baukultur vorausgesetzt werden kann, hat es jede Initiative, die von außen kommt, schwer, sich durchzusetzen. Dass diese Sensibilität auch stadtgeschichtliche und baugeschichtliche Kenntnisse voraussetzt, zeigte der schöne Satz von Prof Ganser: „Es gibt eine (baugeschichtliche) Geschichte eines Ortes. Man muss diese Geschichte erzählen können“.

Das Programm der notwendigen Diskussion über die Baukultur könne nur heißen: „Unbotmäßigkeit“. „Unbotmäßigkeit – so muss ihr Programm lauten!“ – so spitzte Prof. Ganser, Gründungsmitglied der Bundesstiftung Baukultur, die Zielsetzung der Initiative zu. Motor eines solchen unbotmäßigen Diskurses könnten nicht die Architekten sein, sondern nur „gestandene Persönlichkeiten“ aus allen Bereichen, meinte Ganser weiter.

Die Rede von der „Unbotmäßigkeit“ als beiläufige Bemerkung des Professors verdiente eigentlich keiner weiteren Erwähnung, hätte nicht die regionale Tageszeitung eben dieser Vokabel mit dem Titel „Unbotmäßigkeit – so muss ihr Programm lauten!“ zur exklusiven Aufmerksamkeit verholfen, Unbotmäßigkeit oder mit dem lateinischen Kunstwort „Insurrektion“ ist an ein absolutistisch autoritäres Untertanensystem gekoppelt. Dabei ist der Gegner, dem der Gehorsam verweigert wird, genau auszumachen. Die

Besonderheit unserer heutigen Situation besteht gerade darin, dass eindeutige „Gegner“ nicht mehr ausgemacht werden können. Das „Unbotmäßigkeitsmodell“ suggeriert so eine völlig falsche Einschätzung der Lage, und zwar sowohl gesellschaftlich wie machtpolitisch. Als Handlungsmodell der geplanten Initiative ist es deshalb nicht geeignet! Wenn ich die Initiatoren richtig verstanden habe, geht es vielmehr um die Einübung von Sensibilität für die Architektur, um die Einübung von Artikulationsfähigkeit und letztlich um Bündelung der kritischen Kräfte. Die Initiative wendet sich weniger an eine genau ausmachbare Gegenmacht, die gute Architektur verhinderte, als vielmehr an die Stärkung der eigenen Kräfte, sowohl der Architekten wie der Laien.

Leider wurde auf eine Diskussion der vorgebrachten Argumente verzichtet. Gerne hätte man auch etwas erfahren über Organisation, Einstiegsprojekte und Finanzierung der Initiative. Ein erster Schritt der Initiative soll die Beschäftigung mit einem Pilotprojekt sein. Es soll eine Exkursion nach Bremen vom 1.–3. Oktober folgen. Als weiterer Schritt ist ein „Runder Tisch“ in den Monaten September oder Oktober angekündigt. *Heinrich Hauß*

Reinhold-Schneider-Blätter

Mitteilungen der
Reinhold-Schneider-Gesellschaft

Nr. 17, Mai 2006.
Herausgeber: Reinhold-Schneider-Gesellschaft e. V. Freiburg
Hagenmattenstraße 2, 79117 Freiburg.
Redaktion Dr. Reiner Haehling von Lanzenauer.

Der vorläufige Leiter der Reinhold-Schneider-Gesellschaft, Dr. Pirmin Meier, würdigt den am 14. Dezember 2004 im Alter von 52 Jahren verstorbenen Präsidenten der Gesellschaft, Prof. Carsten Peter Tiede. Tiede war von 1985 bis 2004 Präsident der Gesellschaft.

Der von Prof. Karl-Josef Kuschel (Tübingen) bei der Mitgliederversammlung 2004 in Essen gehaltene Vortrag „Die Tragödie des Papsttums. Reinhold Schneiders Innozenz und Franziskus. 50 Jahre nach der Uraufführung“ wurde im Wortlaut in dem Heft veröffentlicht. „Mit Innozenz (1198–1216) stellt Schneider … den mächtigsten Herrscher auf die Bühne, den die cathedra Petri je gesehen hat.“

Bei Schneider begreift Innozenz aber, was für eine Art von Politik er betreibt. „Warum kann er das? Weil Innozenz von Anfang an ein Zerissener ist“. „Schneider zeigt uns Innozenz denn auch von vornherein als gespaltenen Menschen. Öffentlich ist sein Innozenz ein Herrscher ohne jeden Anflug von Zweifeln, privat aber ein von Zweifeln Beherrschter. Öffentlich ein Triumphator, privat ein Zauderer. Öffentlich ein Fanatiker, privat ein Melancholiker. Öffentlich ein Prediger des Kreuzzuges, privat ein Sucher der Kreuzesnachfolge.“

Reinhold Haehling von Lanzenauer entwirft im letzen Aufsatz des Heftes ein Lebens-Bild Gertrud Luckners (1900–1995) Luckner sah ihre „zentrale Lebensaufgabe in der der dauerhaften Verständigung zwischen Juden und Christen, als Fernziel gar eine Aussöhnumg“. Im Jahre 1933 begann sie mit der Auswanderungsberatung und -hilfe für Juden und wird im März 1943 festgenommen und in das KZ Ravensbrück gebracht. Die Verbindung zu Reinhold Schneider wurde durch einen Gesprächskreis evangelischer und katholischer Christen hergestellt, zu dem Luckner Reinhold Schneider einlud. Von Frau Luckner sind 25 Schreiben an den Dichter erhalten. *Heinich Hauß*

In 44 Bänden ein „unglaublicher Wissensschatz angesammelt“

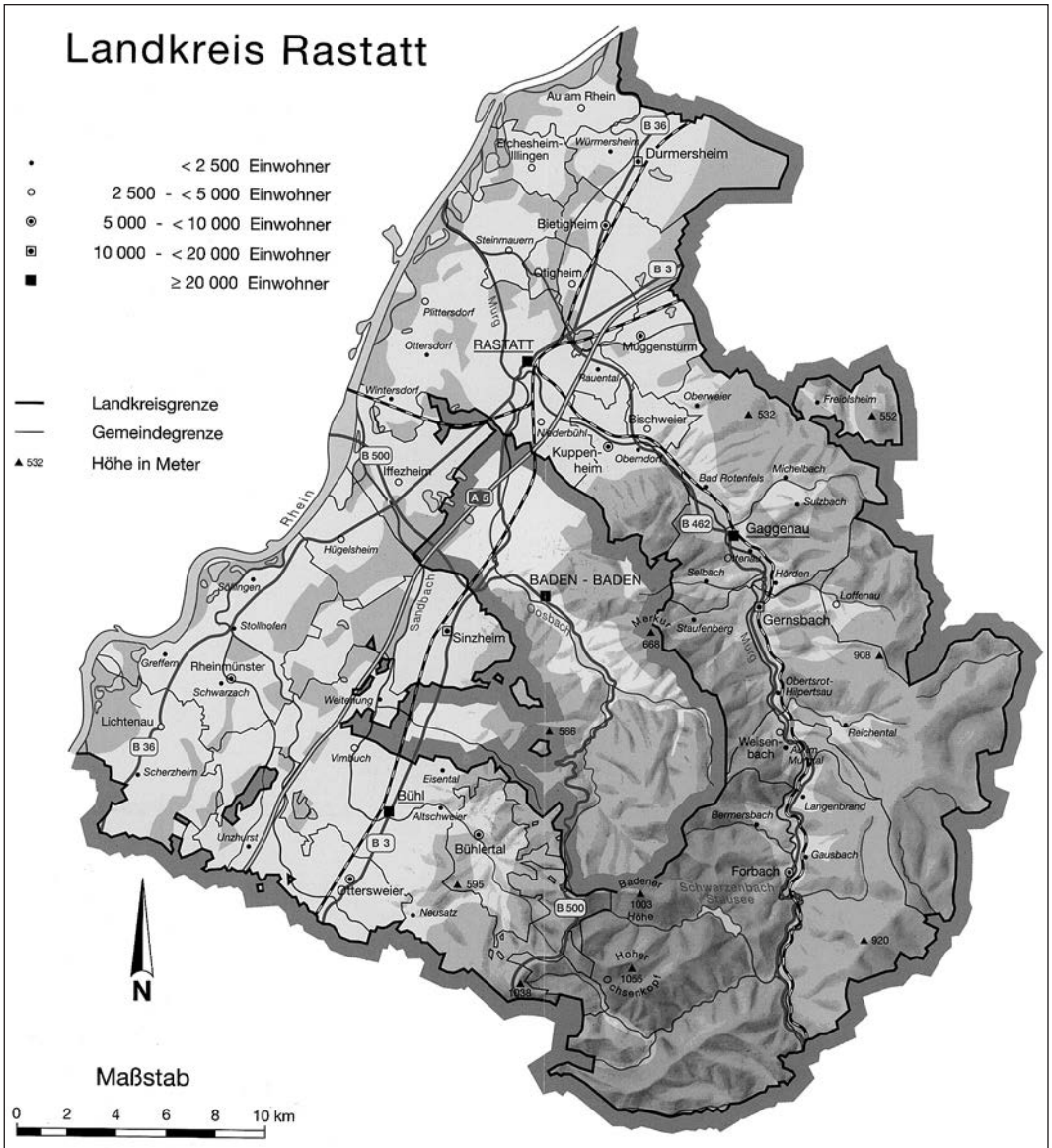
Heimatbuch 2005 des Landkreises Rastatt
Herausgeber: Landkreis Rastatt,
Landrat Dr. Hudelmaier
Redaktion: Martin Walter, Klaus Goebes

Einen Grund auf das Heimatbuch 2005 des Landkreises Rastatt besonders hinzuweisen, ist das Inhaltsverzeichnis aller Bände der Heimatbuchreihe des Landkreises Rastatt (S. 214–224), die ab 1961 unter dem Titel „Um Rhein und Murg“ und ab 1974 als neue Heimatbuchreihe mit insgesamt 44 Bänden erschienen ist. In den 45 Jahren der Heimatbuchreihe „hat sich in 44 Bänden ein unglaublicher Wissensschatz angesammelt, ein unerschöpflicher Fundus für unsere heutigen und zukünftigen Generationen“ (W. Hudelmaier).

Der Hinweis auf das Inhaltsverzeichnis aller vorliegenden Bände ist auch ein Anlass, auf Gestaltung und Aufsätze des Heimatbuches 2005 einzugehen. Die „Aktuellen Informationen: 2004 Highlights und Brennpunkte“ (S. 7–37) sind drucktechnisch vom kulturellen und historischen Teil der Publikation abgesetzt und vom Layout her im Zeitungsstil gestaltet.

Ein besonderer Schwerpunkt des Heftes ist der ausführlich und reich bebilderte Aufsatz von Thomas Hirsch zum Bildhauer Giancarlo Lepore (S. 39–60). Lepore wohnt in der Provinz Pesare-Urbino, zu der der Landkreis Rastatt partnerschaftliche Beziehungen unterhält.

In der Sparte „Persönlichkeiten unserer Heimat“ wird der scheidende Landrat Dr. Werner Hudelmaier gewürdigt (S. 75–81) und die Geigerin Jenny Abel (S. 83–92). Dem Thema „Zur Geschichte unserer Heimat“ werden fünf Aufsätze gewidmet u. a. „Die Schwersten von Neusatzeck“ von Johannes Werner (S. 109 ff.) und „Dr. Otto Gerke: Seine Rolle bei der Durchführung der Euthanasie in der Anstalt Hub“ von Adalbert Menzinger (S. 117 ff.). Unter „Natur und Umwelt“ ist auf den reichbebilderten Aufsatz „Nachtgänger – Tierbeobachtungen im vorderen Murgtal“ von Hans Heid



Große Kreisstädte: Rastatt, Gaggenau, Bühl

Herausgeber: Landkreis Rastatt
Kartographie: Ing.-Büro für Kartographie Michael Weiler
76275 Ettlingen, Kronenstraße 2
Druck: Greiserdruck GmbH & Co. KG, 76437 Rastatt
Nachdruck oder Verfielfältigung nur mit Genehmigung des Herausgebers
© Landkreis Rastatt, 2005

(S. 177) hinzuweisen. Die Publikation „Heimatbuch 2005“ ist von Themensparten, Themen, Bebilderung und Design vorzüglich gestaltet und präsentiert den Landkreis auf vorteilhafte Weise.

Was das „Inhaltsverzeichnis aller Bände der Heimatbuchreihe“ anbetrifft, so wäre wegen der Relevanz der behandelten Themen wünschenswert, wenn es ins Internet eingestellt würde. *Heinrich Hauß*

Archiv „Soziale Bewegungen“ in Freiburg

„Gedächtnis ohne Auftraggeber“

ARCHIV SOZIALE BEWEGUNGEN

Das gegenwärtige Interesse an einer „Erinnerungskultur“ leitet sich unter anderem auch aus den Neuen Sozialen Bewegungen der 60er Jahre ab.

„Wer sich mit den Sozialen Bewegungen in Deutschland seit den 60er Jahren beschäftigt, beschäftigt sich mit dem konfliktreichen Demokratisierungsprozeß, den die gesamte Bundesrepublik in den vergangenen 40 Jahren erlebt hat – mit seinen Voraussetzungen und seiner Notwendigkeit, seinen Erfolgen und seinen Fehlern und Irrwegen. Einige der wichtigsten Ereignisse dieses Prozesses haben sich in Südbaden abgespielt, wie die Auseinandersetzungen um das Atomkraftwerk Wyhl; sie gingen dabei über die Landesgrenzen ins französische Elsaß und die Nordschweiz. Andere haben in und um Freiburg spezifische Ausprägungen erhalten, wie die Radiobewegung, die Studentenbewegung, der Kampf gegen die Häuserzerstörung, die Entwicklung alternativer Lebensformen.

Gerade hier also läßt sich das Zusammenspiel von regionaler, bundesweiter und globaler Demokratiegeschichte besonders gut erkennen, und das Archiv Soziale Bewegungen ist wie keine andere Sammlung in der Bundesrepublik geeignet, dieses Zusammenspiel zu zeigen: die Vielschichtigkeit der Ereignisse und die Kontroversen zwischen den Akteuren, den Einzelnen und den alternativen Gruppen, den Bürgern und den Bauern, den Parteien, den Medien, der Polizei und den Regierungsinstanzen.

Denn in diesem Archiv ist seit 1984 alles gesammelt worden, was an Text-, Bild- und Ton-Materialien aus den alternativen und Bürger-Bewegungen seit 1950 zu finden war, Flugblätter, Broschüren, Plakate, Zeitschriften, Photographien, Filme, Tonbänder, Transparente und Aufkleber.“ (Prof. Dr. Hans Herrmann)

Die „Überbleibsel“ zu sammeln und aufzuarbeiten hat sich das Archiv „Soziale Bewegungen“ in Freiburg zum Ziel gesetzt. Die Initiative ist regional und bundesweit einzigartig. Um unabhängig zu sein und zu bleiben, hat das Archiv keinen spezifischen Auftraggeber. War „Erinnerungskultur“ lange Zeit Sache von Großgruppen wie Staat und gesellschaftlich „relevanten“ Gruppen, so sind die Gruppen seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts in kleinere Gruppen aufgesplittert. Solche Gruppen müssen „Erinnerungskultur“ in einem bescheideneren Rahmen betreiben. Das Stadtarchiv, so die Meinung, kann diese Arbeit nicht leisten. Die Arbeit des Archivs wird vom Freiburger Kulturamt zwar „ohne Abstriche“ positiv bewertet, doch die Stadt hat den Zuschuss gekürzt. Das „Gedächtnis ohne Auftraggeber“ (Badische Zeitung), will es „Unabhängigkeit, Uneindeutigkeit und Mehrdimensionalität“ (Credo des Archivs) weiterhin bewahren, ist auf die Gründung eines Förderkreises angewiesen. Ein Auftraggeber würde bestimmte Gruppierungen von der Erinnerungs-Fähigkeit naturgemäß von vornherein ausschließen.

Archiv Soziale Bewegungen
Adlerstraße 12, Freiburg
Tel.: 07 61/3 33 62
www. soziologie.uni-freiburg.de/asb/

Heinrich Hauß

Regionalgruppe Freiburg

hatte eingeladen zum Besuch bei den Nachbarn links des Rheins

Zur Exkursion der Regionalgruppe zu zwei bedeutenden Zentren der elsässischen Geschichte – nach Ensisheim und Rouffach/Rufach – trafen sich am Samstag, 23. April 05 ungefähr dreißig Personen. Mit PKW ging es in einer Stunde zum 1. Tagesziel: Ensisheim. Mitglied Anton Burkard führte zum ehemaligen Regierungsgebäude der Habsburger, dem heutigen „Hôtel de la Régence“. Schon unter König Rudolf I. von Habsburg erhielt Ensisheim ein Schloss und eine Stadtmauer. Ab 1363 installierte sich dort die habsburgische Verwaltung für die Besitzungen im Elsass, Breisgau und Schwarzwald. 1535–47 wurde das heute noch eindrucksvolle Regierungsgebäude in der Mitte des Ortes, gegenüber der Kirche errichtet. Mehrere Habsburger Kaiser weilten hier mit großem Gefolge, unter anderen Maximilian I., der den 1492 bei Ensisheim niedergegangenen Meteoriten besichtigte. Dieser ist heute im Stadtmuseum, welches zusammen mit dem Museum der Archäologie und dem Bergbaumuseum aus der Zeit des Kalibergbaus im „Hôtel de la Régence“ untergebracht ist, aus nächster Nähe zu besichtigen. Eine Besonderheit bot der Besuch in der heutigen evangelischen Kirche, die in dem verbliebenen Rest der Klosterkirche des ehemaligen Jesuitenkollegs eingerichtet worden ist. 1614 waren

Im Rathaus Ensisheim, Bgm. Bruyère

BH-Gruppe in Rouffach Foto: Walter H. Zügel

Freiburger Jesuiten von der Regierung gerufen worden, um in der ehemaligen Lateinschule ein Kolleg zu gründen. Namhafte Lehrer und Wissenschaftler unterrichteten hier. Nach dem dreißigjährigen Krieg, in welchem die Mehrzahl der historischen Gebäude zerstört wurden und die habsburgischen Besitzungen im Elsass an die französische Krone fielen, wurden die deutschen Jesuiten durch französische aus der Champagne ersetzt. In der Revolution von 1789 wurden die Kollegsgebäude in ein Armenhaus und ein Spital verwandelt und durch Napoleon I. in ein Gefängnis, das bis zum heutigen Tag darin untergebracht ist. Bei einem Stadtrundgang konnten die noch vorhandenen Zeugnisse der glanzvollen Habsburger Zeit, welche die kriegerischen Zeiten des 19. und 20. Jahrhunderts überstanden haben, betrachtet werden. Zum Schluss des Vormittags begrüßte noch der Stellvertretende Bürgermeister, Monsieur Bruyère, die Freiburger und lud zum Vin d'honneur ein. Mit einem wohlverdienten Mittagessen im „Boeuf Rouge" endete der erste Teil der Exkursion.

Am Nachmittag wurde die Gruppe in Rouffach von der Fremdenführerin, Madame Lichtlé, begrüßt und im dortigen Stadtmuseum in die Geschichte des Hauptortes des Oberen Mundats eingeführt. Rouffach war seit dem Merowingerkönig Dagobert Besitz des Bischofs von Straßburg, gehörte aber kirchlich zum Bistum Basel. In der prächtigen Pfarrkirche „Mariä Himmelfahrt" erläuterte Madame Lichtlé die in den Baustilen vom 11. bis zum 19. Jahrhundert entstandene Architektur, die ein anschauliches Beispiel der Baustilkunde sein kann. Hervorgehoben wurden die wunderschöne Fensterrose des Woelfflin von Rufach aus dem 14. Jh., eine Nachahmung der Rosette des südlichen Querschiffs von Notre Dame in Paris, sowie im Chor des 13. Jh. am Eingang zur alten Sakristei die Figuren eines jungen Mannes und einer lächelnden jungen Frau, die „das Lächeln von Rufach" genannt werden. Reich an Kenntnissen und Legenden führte Madame Lichtlé durch den weiten Kirchenraum und im Anschluß daran durch einen Teil der Altstadt. Ihr lebendiger Vortrag fesselte ein aufmerksames Publikum, das reich beschenkt die schöne Hauptstadt des Oberen Mundats Richtung Heimat verließ.

Anton Burkard

Johann Peter Hebel-Gedenkplakette 2005 für Liesa Trefzer-Blum

Liesa Trefzer-Blum las am Vorabend der Verleihung der Johann Peter Hebel-Gedenkplakette im Hebelhaus in Hausen im Wiesental aus ihrem Werk. Foto: Elmar Vogt

Vieles wäre noch zu sagen[1] … –
Oder: Chönnt denn d' Welt no besser si?[2]

Das Geheimnis ist gelüftet: Liesa Trefzer-Blum heißt die Trägerin der Johann Peter Hebel-Gedenkplakette 2005. Sie ist erst die sechste Frau in der langen Geschichte der Auszeichnung, die zum 46. Mal vergeben wurde. Am Vorabend der Verleihung stellte sich die vielseitige Künstlerin, Galeristin und Lyrikerin aus Zell im Wiesental-Gresgen im heimeligen Hebelhaus in Hausen vor und las einige Kostproben aus ihrem lyrischen Schaffen. Im Gespräch mit Elmar Vogt verglich sie ihre drei Bereiche Keramik, Malerei und Lyrik mit „drei Dialekten in einer Sprache".

Als „weltoffen und doch heimatverbunden" charakterisierte Bürgermeister Martin Bühler die kulturell und sozial engagierte Liesa Trefzer, die aus Hausen stammt und quasi mit Hebel aufgewachsen ist. Kunst trägt für sie auch eine soziale Verantwortung: „Denn Kunst kann Grenzen überwinden, spricht alle Sprachen, schafft Erinnerungen, verbindet Menschen und baut Brücken zwischen Kulturen".

In der Keramik hat die 1946 geborene Künstlerin ihr ideales Medium gefunden.

„In dem Moment, wo ich den Ton in Händen hatte, wusste ich: Der lässt mich nicht mehr los." Begonnen hat sie mit traditioneller Bauernkeramik, doch bald schon hatte sie das Bestreben, von der Gebrauchskeramik weg zu kommen hin zum künstlerischen Ausdruck mit dem Material Ton. Eine entsprechende Ausbildung absolvierte sie in der Kunstakademie Geras (Niederösterreich). Gerade das Spiel der vier Elemente Feuer, Wasser, Erde und Luft mit allen Sinnen zu spüren, ist ihr ein Anliegen in ihrer keramischen Arbeit.

Auch in ihre Lyrik fließt das Erleben der Naturelemente mit ein, wenn in den Gedichten aus ihrem Erstlingsband „Feuerflug" in poetischen Sprachbildern von tanzenden roten Feuerzungen oder vom faltigen Gesicht der Erde die Rede ist. Das Schreiben von Gedichten hat für Liesa Trefzer auch viel mit dem Formen von Ton zu tun: „So wie der Ton müssen auch die Texte manchmal gewalkt werden, bis sie die Form haben, die man möchte." Wie gut ihr dieses Formen von Gedanken und Empfindungen in sensible, tiefgehende Sprachbilder gelingt, hörte man bei dieser Lesung aus teils unveröffentlichten Gedichten sowie aus dem Lyrikband „Feuerflug".

Zu den Säulen ihres Wirkens gehört neben der Keramik, der Malerei und der Lyrik auch die *Galerie*

am Brühl in Gresgen, die Liesa Trefzer mit ihrem Mann Dieter 1988 eröffnete. Der Erfolg spricht für diesen mutigen Schritt, auf dem Land eine Galerie zu betreiben. Bisher waren hier gut 50 Ausstellungen mit über 100 Künstlern aus vielen Ländern wie China, Russland, Frankreich, Italien, Österreich, Ungarn und der Schweiz zu sehen. Der Blick über die Grenzen und der Dreiland-Gedanke waren für Liesa Trefzer immer wichtig. *„Kunst macht das Leben menschlicher“,* ist eine ihrer Maximen. Aus diesem Gedanken heraus hat Liesa Trefzer soziale Projekte und Benefiz-Veranstaltungen durchgeführt wie die Hilfsaktion für die Kinder von Tschernobyl. Auch wenn das Thema inzwischen etwas in Vergessenheit geraten ist, liegt Liesa Trefzer diese Hilfe für Kinder von Tschernobyl am Herzen: „Es ist eine wichtige Aufgabe. Noch immer kommen Kinder aus der Ukraine ins Dorf, es gibt noch rege Briefkontakte, wir schicken noch Pakete“.

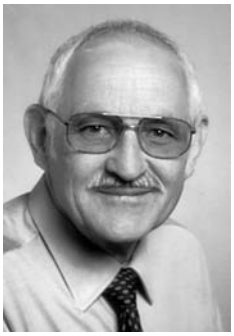
So bekamen die Zuhörer im Hebelhaus viele Einblicke in das Gedankengut, in die ganz eigene künstlerische und lyrische Sprache der jüngsten Hebelplaketten-Trägerin. Und nicht zuletzt verriet sie, was Johann Peter Hebel für sie bedeutet: „Hebel ist ein Begleiter seit frühester Jugend. Der Kontakt mit Hebels Werk hat mich schon geprägt“.

Anmerkungen

1 Aus dem Gedicht „der andere weg“ von Liesa Trefzer-Blum. In: „Feuerflug“, S. 64, Drey-Verlag, Gutach 2004, ISBN 3-933765-17-X.
2 Aus dem Gedicht „Der allzeit vergnügte Tabakraucher“ von Johann Peter Hebel, vierter Vers: „Im Herbst“

Roswitha Frey

„Hebeldank des Jahres 2005“ für Professor Dr. Rolf Max Kully



Der Hebelbund Lörrach e. V. verlieh beim Schatzkästlein am 21. Mai 2005 den „Hebeldank“ des Jahres 2005 an Herrn Professor em. Dr. Rolf Max Kully aus Solothurn.

In der Verleihungsurkunde heißt es hierzu unter anderem: „Der Hebelbund Lörrach ehrt damit einen Mann, der in seinem Leben sowie in seiner beruflichen Tätigkeit in Unterricht, Lehre und Forschung die Sprache und Lebensbereiche der Menschen in den großen weltweiten Zusammenhängen und in der erlebten Lebendigkeit des Lebens im regionalen und kulturellen Nahbereich darstellte und dadurch auch zusammenbrachte“.

Der Geehrte zeigte sich erstaunt über die Auszeichnung, da Hebels Werk nicht so sehr im Mittelpunkt seiner Arbeit stehe. Anhand von Geschichten aus dem „Schatzkästlein“ erläuterte er Hebels Darstellung von Dankbarkeit, um am Ende den Begriff „Hebeldank“ als „schillernde Wortschöpfung des Hebelbundes und Dank im Namen des Dichters, der selbst nicht mehr einschreiten kann“, zu deuten.

„Ich denke, mir steht so eine Ehrung nicht zu“, äußerte sich Rolf Max Kully äußerst bescheiden. „Ich akzeptiere sie aber wie den Sonnenschein, den Gott über Gerechte und Ungerechte verteilt“.

Der am 20. September 1934 in der Ambassadorenstadt Solothurn geborene Rolf Max Kully besuchte nach der Bezirksschule die Mittelschule. Es folgte ein Studium der Fächer Germanistik, Latein, Philologie, Volkskunde, Griechisch, Indogermanisch, Musikgeschichte, Kunstgeschichte und Archäologie an den Universitäten Basel und München.

Seine Dissertation schrieb der Geehrte 1964 bei Heinz Rupp über die „Ständesatire in den deutschen geistlichen Schauspielen des ausgehenden Mittelalters“. In seiner Habilitationsschrift beschäftigte sich Rolf Max Kully mit der Sprache in Johann Peter Hebels „Schatzkästlein“.

In den Jahren 1971 bis 1973 war Rolf Max Kully als Dozent an der Universität Basel. Es folgten Gastprofessuren in Florida und Montreal. Von 1984 bis 1998 leitete er als Bibliotheksdirektor die Zentralbibliothek seiner Heimatstadt Solothurn. Rolf Max Kully hat als Direktor diese reichhaltige Bibliothek in unerreichter Vielfalt genutzt, erforscht, hat darüber publiziert, Forschungen angeregt und bibliothekarische Spuren hinterlassen. Zahlreiche Monographien und Aufsätze stammen aus seiner Feder. Stellvertretend seien nur einige wenige genannt: 1969 erschien in der Sammlung Metzler (Band 80) ein Realienbuch für Germanisten, welches das Leben und Werk Johann Peter Hebels (1760 bis 1826) zum Inhalt hat.

Zusammen mit Heinz Rupp erfolgte 1966 die Herausgabe von Hebels gesammelten Werken. Elf Jahre später erschien das Werk über die Flurnamen der Gemeinde Himmelried im Kanton Solothurn. Ein weiterer Schwerpunkt im Leben des Geehrten ist die Leitung der „Forschungsstelle Solothurnisches Orts- und Flurnamenbuch“.

Zu den weiteren Veröffentlichungen Rolf Max Kully gehören unter anderem 18 Monographien, 6 Beiträge zu Büchern, 54 Artikel über Literaturbeiträge, 62 Rezensionen und Forschungsberichte und 19 literarische Arbeiten. Die Literatur- und Sprachgeschichte haben es Rolf Max Kully angetan. Der Geehrte gehört sicherlich zu den besten Kennern der Literatur- und Sprachgeschichte. Ebenso hat sich Rolf Max Kully wie kaum ein anderer mit der (Flur-)Namenkunde auseinandergesetzt. Seine Vielseitigkeit und die Themenauswahl sind bemerkens- und bewundernswert. So ist es auch nicht verwunderlich, dass er zwei Publikationen und verschiedene Aufsätze über den alemannischen Dichter, Pädagogen und Theologen Johann Peter Hebel geschrieben hat und in den 1970er Jahren der Basler Hebelstiftung als Präsident vorstand.

Dass dem engagierten Philologen und dem unermüdlichen „Ausgräber und Deuter“ von Flurnamen Gesundheit und Gelassenheit erhalten bleiben, wünschen wir Rolf Max Kully – und uns, dass wir noch lange aus den Quellen seiner Kenntnisse schöpfen dürfen.

Und nicht selten ertappt man sich beim Versuch, nachzuschauen, „was Rolf Max Kully dazu sagt …“.

Elmar Vogt

Ausstellung: „Die europäische Post der Thurn und Taxis“

Im Museum für Kommunikation im Elsass im Schloss in Riquewihr/Reichenweier im Elsass
Vom 25. März bis zum 18. Dezember 2005

Das Städtchen Riquewihr/Reichenweier zählt zu den schönsten im ganzen Elsass und besitzt im dortigen Schloss der ehemaligen Herren von Württemberg-Mömpelgard aus dem 16. Jh. ein sehenswertes Postmuseum. Dort findet derzeit die Sonderausstellung über die europäische Post der Thurn und Taxis statt. Dazu gehört die Vorführung eines Dokumentarfilms: „500 Jahre Thurn und Taxis und die Post“ sowie Gegenstände unter vier Themengruppen: Die Familie Thurn und Taxis; das Postnetz; die Belegschaft; und die übermittelten Briefe (mit einer Sammlung herrlicher Briefe zwischen der Reichspost und dem Postdienst des Königs von Frankreich). Die Ausstellung besteht aus Dokumenten und Objekten des Zentralarchivs der fürstlichen Familie in Regensburg sowie aus Museen und Sammlungen in Frankfurt, Nürnberg, Paris, Bonn und Strassburg.

Anfragen können gerichtet werden an: Museum für Kommunikation im Elsass, Post – Postkutschen – Télékom, Château, F-68340 RIQUEWIHR, Tel: 00 33 3 89 47 93 80. Internet: www.shpta.com.

Anton Burkard

Aus und über Meßkirch hinaus

Bei einem grundlegenden Gedanken ankommen: Dem Seinlassen

Zu einem Buch von H. D. Zimmermann: Martin und Fritz Heidegger

Das Buch „Martin und Fritz Heidegger. Philosophie und Fastnacht“ skizziert in 27 kurzen Kapiteln das Leben in der Provinz und „wie man über sie hinauskommt“. „Ich habe versucht, in 27 Skizzen ein Bild der

Provinz von Meßkirch und Freiburg zu zeichnen“ (S. 153). Provinz ist also überall und für manchen mag es eine Lebensaufgabe sein, ihr zu entkommen. Zimmermann erzählt, wie Martin Heidegger aus der Provinz herauskommt und wie Fritz Heidegger, sein Bruder, der in der Provinz ein Leben lang bleibt, geistig über sie gewissermaßen im Stand hinauskommt. Der eine berühmtere braucht dazu eine ausgearbeitete Philosophie, dem anderen scheinen Fastnachtsreden und Gedankensplitter zu genügen. Für Martin Heidegger gilt: „Der Weg eines, der hinaus wollte aus Meßkirch, war von der Kirche vorgezeichnet.“ So mußte Martin Heidegger, wenn er „hinauskommen“ wollte, den Katholizismus und die (thomistische) Theologie hinter sich lassen. „Die Loslösung von der Theologie war die notwendige Voraussetzung seiner eigenen und eigenständigen Philosophie“ (S. 155). „Martin Heidegger machte seinen Weg, weil er sich von seiner Herkunft löste: von der kleinbürgerlichen Enge Meßkirchs und der katholischen Amtskirche“ (S. 66). Fritz Heidegger, dem es wegen seines Stottern versagt war, „seine Talente in einem Beruf voll zu entfalten,“ (S. 156) denkt, in Meßkirch ein Leben lang verbleibend, trotzdem „über Meßkirch hinaus“. „Dies aber mit sich und für sich“ (S. 134). Den Autor faszinieren „die sogenannten kleinen Leute“, die selten Gegenstand einer Untersuchung oder gar einer Biographie sind (S. 156). Sie werden im allgemeinen nicht bekannt, „weil sie keine berühmten Brüder haben“. Fritz, der in der Volksbank in Meßkirch arbeitete, hatte einen solchen Bruder. Es war also durchaus an der Zeit, das Leben der beiden Brüder zu skizzieren. Nun lebten die beiden nicht nebeneinander her. Es gab zwischen Ihnen eine dreifache Verbindung und Bindung, einmal verbürgte „der Bruder ihm (Martin) nicht nur die Ruhe zur Arbeit, er bewahrte ihm lebenslang die Heimat“. (S. 98). Darüber hinaus nahm Fritz Anteil an der Arbeit seines Bruders, indem er seine Manuskripte ab 1938 abschrieb und teilweise Verbesserungsvorschläge machte. So kommt Petzet zu dem Urteil: „Heideggers Arbeiten sind ohne die Assistenz des Bruders gar nicht denkbar, der gelegentlich auch mit abweichenden Meinungen nicht zurückhielt, sich aber nie vermessen hätte, etwa gegen den Philosophen Stellung zu nehmen“ (S. 97). „Fritz wurde als Partner akzeptiert“ (S. 96).

Der Autor skizziert die Lebenswege des Philosophen und des Autodidakten auf dem Hintergrund der Provinz. Bei dem Verfahren kann der Leser sich fragen, was denn mit Martin Heidegger geschieht, wenn man ihn zu seinem Bruder in Beziehung setzt. Hätte der Philosoph das „Hinauskommen“, so wie sein Bruder Fritz auch „einfacher“ haben können? Beide wollen eigenständig denken, Martin mit großem philosophischem Aufwand in einem ihm anfangs wenig geneigten akademischen Milieu. Fritz dagegen denkt als Einzelgänger „nur für sich und mit sich“. Bemerkenswert ist immerhin, dass sich gegen Ende

des Buches herausstellt, dass beide, der Philosoph und der Einzelgänger, zu gleichen „philosophischen“ Positionen gelangen, der „negativen Theologie des Meisters Eckhart“ (S. 156). Zimmermann reduziert gewissermaßen die „Größe“ der denkerischen Arbeit Martin Heideggers auf die Tatsache, dass er „mit neuen Worten, da die alten leer geworden sind, die alte Wahrheit ausspricht“ (S. 158). Beide kommen bei einem grundlegenden Gedanken an: Der Gelassenheit und dem Seinlassen. „Und darin liegt, so scheint mir, seine Größe“ (S. 156), gemeint ist der „Große“ Martin Heidegger.

„Martin Heideggers Leistung wäre nicht weniger originell, wenn sie sich als eine zeitgemäße und darin durchaus kreative Neu-Formulierung einer Position Eckharts herausstellte. … Vielleicht liegt darin die enorme Bedeutung Martin Heideggers, dass er einen alten grundlegenden Gedanken aufs neue den Menschen nahebrachte“ (S. 148).

Der Autor beschäftigt sich auch mit der Frage, was aus Fritz Heidegger hätte werden können, hätte ihn nicht ein Mißgeschick in der Jugend vom Studium abgehalten. Eins scheint mir sicher, Fritz wäre nicht Opfer der Nazi-Ideologie geworden.

Die Provinz hat auch etwas Gutes und die kleinen Leute auch. Denn die Menschen in der (katholischen) Provinz sind nicht so leicht verführbar, sie sind weniger intellektuell und deshalb „gleichgültiger“. Sie sind „in vielen Fällen besser und klüger“ (S. 156). Fritz Heidegger war, im Gegensatz zu seinem Bruder Martin, „einer der sich nicht voll ausleben konnte“ (S. 156). Dafür Fastnacht statt Philosophie. Es sieht fast so aus, als würde Zimmermann für Fastnacht plädieren.

Hans Dieter Zimmermann, Martin und Fritz Heidegger. Philosophie und Fastnacht, C. H. Beck München, 2005. Preis: 17,90 Euro.

Heinrich Hauß

Europäische Metropolregion Rhein-Neckar und Europäisches Städtenetz am Oberrhein

Fehlen eines adäquaten Partners auf der linken Rheinseite

Unter den elf so genannten „Europäischen Metropolregionen“ sind zwei in Baden-Württemberg: Stuttgart und die „Europäische Metropolregion Rhein-Neckar“. Die „Europäische Metropolregion Rhein-Neckar“ umfasst u. a. die Großstädte Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg und die Landkreise der Südpfalz. Die Landkreise der Südpfalz gehören aber auch zur PAMINA-Region. Zur PAMINA-Region gehören noch das Elsaß und die Region Mittlerer Oberrhein mit dem Oberzentrum Karlsruhe. Die Metropol-Region Rhein-Neckar mit den Landkreisen der Südpfalz bedeutet, dass ein Teil der Pamina-Region dem Oberzentrum Karlsruhe „abhanden“ gekommen ist. „Es entsteht darüber hinaus die widersinnige Situation, dass die einheitliche PAMINA-Region getrennt wird“ (M. Obert, FDP). Mehr noch, dem Oberzentrum Karlsruhe fehlt ein „strategischer Partner auf der anderen Rheinseite“. Unter diesen Umständen hat der Karlsruher Gemeinderat zwei Strategien erwogen. Entweder sollte man ein verspätetes Aufspringen auf den Zug der „Europäischen Metropolregion Rhein-Neckar“ versuchen (SPD, FDP/A und Grüne) oder ein „Europäisches Städtenetz Oberrhein“ bilden, das die Potenziale bündelt und projektbezogen kooperiert (OB Fenrich). Der Oberbürgermeister meinte, dass es das Bestreben Karlsruhes sein müsse, „alle links- und rechtsrheinischen Städte am Oberrhein von Basel bis Mannheim in eine Europäische Metropolregion hinein zu bekommen“. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, ist fraglich, denn es besteht durchaus die Gefahr, dass Straßburg eine eigene Metropolregion plant (K. Stapf/Grüne). Deswegen, so meinte die FDP, „müsse Karlsruhe schnellstmöglich in die nördliche Metropolregion eintreten“, „sonst säße Karlsruhe bald zwischen allen Stühlen“.

Heinrich Hauß

In eigener Sache

Frau **Ruth Schmitt**, die bisher die Sonderdrucke für unsere Autoren betreut hat, kann diese Aufgabe aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr wahrnehmen. Die Autoren erhalten deshalb *ab Heft 3/2005* an Stelle von 10 Sonderdrucken ihres Aufsatzes und zwei Heften *vier Hefte*.

Die Badische Heimat dankt Frau Schmitt für ihre hingebungsvolle Arbeit.

Ausstellungen in Baden

Von Jungfrauen und Ungeheuern

Höhepunkte der Schmuckkunst 1840–1940
4. Juni – 25. September 2005

Brosche „Tintenfisch und Schmetterling“
Wilhelm Lukas von Cranach, Berlin, 1899/1900
Gold, Perlen, Diamanten, Rubine, Amethyste, Topas, Email
B 8,3 cm; Inv. Nr. 1979/6

Schmuckmuseum Pforzheim
Jahnstraße 42
75173 Pforzheim
Tel. 0 72 31/39 29 70
Eintritt frei
Di–So 10–17 Uhr

Drei thematische Schwerpunkte zeigt die Ausstellung: Schmuck des Historismus von 1840 bis 1895, gefolgt von Stücken aus der kurzen Epoche des Jugendstils von 1898 bis 1917 und Werken der 20er und 30er Jahre. Der Zeitraum 1840–1940 steht parallel zur Chronologie der Sammlungstätigkeit in Pforzheim, die schon Ende des 19. Jahrhunderts in der Absicht begonnen wurde, historische Originale als Vorbild und Anregung für den historischen Schmuck der Pforzheimer Industrie zu nutzen.

Karl Stretz

Werke aus dem Nachlass
5. Juni – 25. September 2005

Gebäude Kollmar & Jourdan
Bleichstraße 81
75173 Pforzheim
Eintritt frei
Mi–Sa 14–17 Uhr, So 11–17 Uhr

Der Künstler Karl Stretz wurde im Jahre 1900 geboren. Pforzheim hat ihm vor zwanzig Jahren im Lichthof des Alten Rathauses eine umfassende Retrospektive gewidmet und zehn Jahre später, im Frühjahr 1995, seine dokumentarischen Skizzen der zerstörten Stadt im Alten Pfarrhaus auf dem Museumsareal gezeigt. Da sich der umfangreiche Nachlass durch eine Schenkung der Witwe, Else Stretz-Kraft, in kommunalem Besitz befindet, wird nunmehr in der „Pforzheimer Galerie“ die ganze Breite des Stretz’schen Schaffens vor Augen geführt.

Breisach 1945–1954. Zerstörung und Wiederaufbau

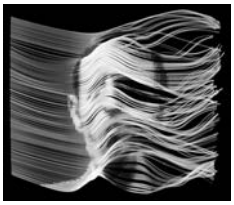
Bis 3. Oktober 2005

Museum für Stadtgeschichte Breisach
Rheintorplatz 1
79206 Breisach am Rhein
Tel. 0 76 67/8 32 65 und 70 89
Eintritt frei
Di–Fr 14–17 Uhr, Sa, So 11.30–17 Uhr

Die Ausstellung mit Photos und Dokumenten aus den Beständen des Stadtarchivs Breisach zeigt einen eindrucksvollen Überblick über die 85%ige Zerstörung der Stadt Breisach am Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 und den noch im gleichen Jahr beginnenden Wiederaufbau, der 1954 bereits weitgehend abgeschlossen war.

Resonanzen. Körper im elektromagnetischen Feld

28. Juli – 9. Oktober 2005



Städtische Galerie Karlsruhe
ZKM Gebäude
Lorenzstraße 27
76135 Karlsruhe
Tel. 07 21/81 00-12 00
Eintritt: 5 / 3 / 2 €
Mi–Fr 10–18 Uhr, Sa, So 11–18 Uhr

Die Ausstellung zeigt eine Auswahl von künstlerischen Werken, die sich mit dem Phänomen des Elektromagnetismus auseinandersetzen. Der menschliche Körper, aber auch andere lebende Organismen fungieren als Quelle, Echo, Sender und Widerstand elektromagnetischer Wellen. In der Ausstellung werden Unterschiede und Ähnlichkeiten untersucht. Zugleich wird die Ausstellung auch einen wissenschaftshistorischen Zugang zum Thema Elektromagnetismus bieten, da Karlsruhe in der Geschichte der Entdeckung der elektromagnetischen Phänomene eine herausragende Stellung einnimmt. Arbeit, Thesen und Studien des Physikers Heinrich Hertz sollen anhand von Dokumenten und wissenschaftlichen Versuchsanordnungen in der Ausstellung vorgestellt werden.

Familienbande

Konstanzer Familiengeschichte(n) aus vier Jahrhunderten
11. Juni – 16. Oktober 2005

Die Familie des Konstanzer Kaufherrn Nikolaus Barxel. Gemalt von Wendelin Mosbrugger 1813.

Rosgartenmuseum Konstanz
Rosgartenstraße 3–5
78459 Konstanz
Tel. 0 75 31/900 245
Eintritt: 5 / 2,50 €
Di–Fr 10–18 Uhr, Sa, So 10–17 Uhr

Eine Ausstellung in den neuen Räumen des erweiterten Rosgartenmuseums erzählt die Geschichte des Familienlebens in den letzten vier Jahrhunderten. Wirtschaftliche, politische oder gesellschaftliche Veränderungen führten immer wieder zu einem Wandel des Zusammenlebens. Am Beispiel von sechs Konstanzer Familien aus verschiedenen Zeiten wird dargestellt, wie Eheleute, Eltern und Kinder miteinander umgingen, wie sie wohnten, ihren Unterhalt bestritten und Feste feierten.

Norbert Prangenberg. Zeichnungen 1978–2004

3. September – 16. Oktober 2005

Zeichnung, 2000 Wasserfarbe, Tusche und Bleistift auf Papier, 20,8 x 29,7 cm

Staatliche Kunsthalle Karlsruhe
Hans-Thoma-Str. 2–6
76133 Karlsruhe
Tel. 07 21/9 26-33 59
Di–Fr 10–17 Uhr, Sa, So 10–18 Uhr
Eintritt: 6 / 4 €

Ob Norbert Prangenberg zeichnet oder aquarelliert – zumeist widmet er sich in seinen Arbeiten auf Papier gelöst und spontan, mit überraschenden und höchst delikaten Ergebnissen der Formfindung. Die staatliche Kunsthalle Karlsruhe zeigt rund 90 Bleistiftzeichnungen, Aquarelle und Gouachen des renommierten Künstlers aus den Jahren 1978–2004 und damit eine Facette seine Schaffens, die bislang noch wenig beachtet wurde.

100 Jahre – 100 Stühle

Miniaturenausstellung „Designmaßstäbe“ des Vitra Design Museums
17. September – 23. Oktober 2005

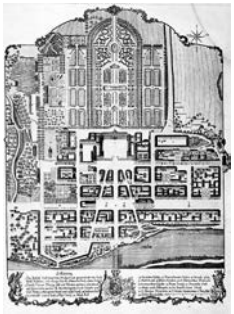
Andreas Sütterlin, Miniatures Collection DKR „Wire Chair“ Design Charles & Ray Eames, 1951

Franziskanermuseum Villingen-Schwenningen
Rietgasse 2
78050 Villingen-Schwenningen
Tel. 0 77 21/82 23 51
Eintritt: 3 / 2 €
Di–Sa 13–17 Uhr
So 11–17 Uhr

Aus aktuellem Anlass zeigt das Franziskanermuseum die Ausstellung „Designmaßstäbe“, die 100 Miniaturen von Stuhlklassikern des Zeitraumes 1800 bis 1990 umfasst. Der Stuhl hat Generationen von Designern beschäftigt. Die verschiedenen Anforderungen wurden von großen Gestaltern als Herausforderung empfunden. Somit kommt den Stuhl in der Geschichte des Designs eine zentrale Rolle zu – als Experiment, industrieller Motor und Ikone. Die 100 Miniaturen der Ausstellung im Maßstab 1:6 setzen sich aus 40 Prototypen und 60 Stuhlminiaturen des aktuellen Miniatures Collection zusammen und ermöglichen es dem Betrachter, sich in der Stilvielfalt des zeitgenössischen Designs zu orientieren und den Verlauf der Geschichte der industriellen Möbelproduktion auf kleinem Raum zu verfolgen.

„Unsere ResidenzStatt“

Rastatt zwischen 1705 und 1771
Ausstellung zum 300jährigen Stadtjubiläum
1. Juli – 23. Oktober 2005



Stadtmuseum
Schloss Rastatt
Herrenstraße 18
76437 Rastatt
Tel. 0 72 22/3 42 44
Eintritt: 8 / 4 €
Fr–So 10–17 Uhr

Ein Jahrhundert der Kriege und Zerstörungen liegen hinter dem Land, als Markgraf Ludwig Wilhelm sich im Winter 1699/1700 entschließt, die alte Residenz in Baden-Baden aufzugeben, um in der Ebene seine neue, auf dem Reißbrett entworfene Residenzstadt erbauen zu lassen. In Rastatt entsteht nun die erste Planstadt am Oberrhein, die von dem italienischen Baumeister Rossi nach geometrischen Grundregeln konzipiert wird. Die Residenzzeit Rastatts wird jedoch keine 66 Jahre dauern. 1771 fällt das katholische Haus der Markgrafen Baden-Baden mangels männlicher Nachfahren an die protestantische Verwandtschaft Baden-Durlach. Die Ausstellung „Unsere ResidenzStatt“ spannt inhaltlich den Bogen von der Stadtgründung bis zum Ende der Residenzzeit.

Emile Gallé

Jugendstilmeister aus Nancy
9. Juli – 23. Oktober 2005

Emile Gallé
Vase Jeanne d'Arc um 1889
Musée de l'Ecole de Nancy

Badisches Landesmuseum Karlsruhe
Museum beim Markt
Karl-Friedrich-Straße 6
76133 Karlsruhe
Tel. 07 21/9 26-65 78
Eintritt: 2 / 1 / 0,50 €
Di–Do 11–17 Uhr, Fr–So 10–18 Uhr

Den großen Emile Gallé (1846–1904), Meister des Jugendstils, würdigt das Badische Landesmuseum in einer Sonderausstellung in seinem Museum beim Markt. Anlass ist das fünfzigjährige Jubiläum der Städtepartnerschaft zwischen Karlsruhe und Nancy. Die Ausstellung zeigt Werke aus allen Schaffensperioden. Sowohl farbenprächtige Stücke aus der bedeutenden Glasproduktion als auch Fayencen, Möbel und Entwürfe verdeutlichen die ganze Bandbreite von Gallés Werk.

Fachwerk im Kraichgau

Hausformen einer Landschaft
26. August – 30. Oktober 2005

Museum im Schweizer Hof
Engelsberg 9
75015 Bretten
Tel. 0 72 52 / 95 76 20
Eintritt frei

Die Ausstellung zeigt rund 120 Fotos und Zeichnungen aus der Sammlung von Prof. Dr. Erwin Huxhold. Dokumentiert werden Fachwerkhäuser aus dem gesamten Kraichgau: von Bauschlott bis Neckarbischofsheim und von Grötzingen bis Sinsheim; Bauten des späten Mittelalters bis hin zum Barock. Die Ausstellung vermittelt einen umfassenden Überblick über eine Bauform, die Jahrhunderte lang charakteristisch für die gesamte Region zwischen Odenwald, Schwarzwald, Rhein und Neckar war.

Umbruch und Erinnerung.

Von Feuerbach bis Dix
3. September – 6. November 2005

Anselm Feuerbach
Studienkopf einer jungen Italienerin; um 1853
Öl auf Leinwand, Privatbesitz

Städtische Wessenberg-Galerie Konstanz
im Kulturzentrum am Münster
Wessenbergstraße 43
78462 Konstanz
Tel. 0 75 31/900 921
Eintritt: 3 / 2 €
Di–Fr 10–18 Uhr, Sa, So 10–17 Uhr

Die Jahre zwischen 1850 und 1930 waren nicht nur in künstlerischer Hinsicht von vielfältigen Auf- und Umbrüchen bestimmt. Diese Ausstellung spürt den Wandel dieser Zeit nach, in der die Kunst einerseits durch das widersprüchliche Streben nach neuem Ausdruckswollen, andererseits durch den verklärten Blick auf Vergangenes geprägt war. Ein historischer Durchgang von Anselm Feuerbach über Ferdinand Keller und Karl Walser bis zu Otto Dix.

Willy-Brandt-Porträts

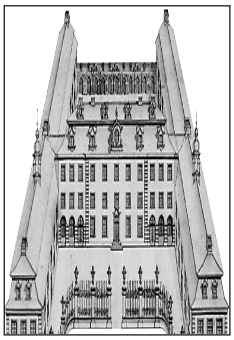
22. Oktober – 20. November 2005

Stadtmuseum Karlsruhe
Prinz-Max-Palais
Karlstr. 10
76133 Karlsruhe
Tel. 07 21/1 33-42 34
Eintritt: 2 €
Di, Fr, So 10–18 Uhr, Do 10–19 Uhr, Sa 14–18 Uhr

Willy Brandt – SPD-Politiker, Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger – stand als einer der wenigen Politiker der Nachkriegszeit immer wieder im Interesse und Blickfeld der Porträtisten. Fotografen, bildende Künstler und Bildhauer hielten Momente und Stationen seines Lebens fest, malten und formten seine Gesichtszüge für die Ewigkeit. Die Wanderausstellung aus dem Willy-Brandt-Haus in Berlin zu Gast im Stadtmuseum Karlsruhe zeigt eine große Anzahl dieser Momentaufnahmen des Lebens Willy Brandts.

Die Rastatter Residenz im Spiegel von Beständen der Historischen Bibliothek der Stadt Rastatt

Ausstellung mit Begleitprogramm
6. Oktober – 20. November 2005



Historischer Bibliotheksaal im Ludwig-Wilhelm-Gymnasium Rastatt
Eintritt: 8 / 4 €
Fr–So 10–17 Uhr

Den Kern der Historischen Bibliothek der Stadt Rastatt bildet die Büchersammlung der Piaristenschule von Rastatt, die im Jahre 1715 von der Markgräfin Sybilla Augusta gegründet wurde. So spiegelt die heutige Bibliothek den allgemeinen Zeitgeist, Lebensgefühl und Wissensstand der Barockzeit wider und repräsentiert daneben die Geschichte der Gründerfamilie des markgräflich-badischen Hauses. Die Ausstellung versucht in der Art ihrer Gestaltung, etwas vom Geiste und Lebensgefühl jener Zeit erfahrbar werden zu lassen, die sie beleuchtet.

100 Jahre Kurt Lehmann – Zeichnungen und Skulpturen

3. Juli – 27. November 2005

Femme debout (stehende Frau), 1972, Bronze, 135 cm hoch

Keramikmuseum Staufen
Wettelbrunner Straße 3
79219 Staufen im Breisgau
Tel. 0 76 33/67 21
Eintritt: 1,50 / 1 / 0,50 €
Mi–Sa 14–17 Uhr
So 11–13 und 14–17 Uhr

Der Bildhauer Kurt Lehmann, der im März 2000 in Hannover verstarb, wäre am 31. August 2005 einhundert Jahre alt geworden. Dieses Ereignis wird von der Stiftung und dem Freundeskreis Kurt Lehmann mit verschiedenen Veranstaltungen gefeiert. Die Stadt Staufen war die letzte Station in seinem schöpferischen Leben. In der Jubiläumsausstellung werden nun Plastiken und Zeichnungen aus allen Schaffensperioden gezeigt.

Kabinettausstellung: Friedrich Eisenlohr und die badische Eisenbahn

6. August – 27. November 2005

Stadtmuseum Karlsruhe
Prinz-Max-Palais
Karlstr. 10
76133 Karlsruhe
Tel. 07 21/1 33-42 34
Eintritt: 2 €
Di, Fr, So 10–18 Uhr
Do 10–19 Uhr
Sa 14–18 Uhr

In dieser Kabinettausstellung des Stadtmuseums wird mit Bildern der Zeit und originalen Planzeichnungen die Arbeit des Weinbrennerschülers Friedrich Eisenlohr für die badische Eisenbahn gewürdigt. Modelle des ersten badischen Eisenbahnzugs aus dem Verkehrsmuseum und des alten Karlsruher Bahnhofs an der Kriegsstraße (heute Standort des Staatstheaters) ergänzen die Schau.

Es muss nicht immer Dürer sein …

26. November 2005 – 8. Januar 2006

Blick in das Gemäldedepot der Städt. Wessenberg-Galerie

Städtische Wessenberg-Galerie Konstanz
im Kulturzentrum am Münster
Wessenbergstraße 43
78462 Konstanz
Tel. 0 75 31/900 921
Di–Fr 10–18 Uhr
Sa, So 10–17 Uhr
Eintritt: 3 / 2 €

Unter dem Motto „Zeigen Sie uns Ihr persönliches Museumsobjekt“ ruft die Städtische Wessenberg-Galerie im Sommer 2005 Interessierte dazu auf, ihr persönliches Museumsstück zu nennen. Eine unabhängige Jury wählt die interessantesten Vorschläge aus, die dann in dieser Ausstellung präsentiert werden. Eine Ausstellung, die gewiss ebenso überraschende wie unkonventionelle und unterhaltsame Aspekte zu Tage fördern, aber auch viele sehr persönliche Geschichten erzählen wird.

Körner, Kult und Küche

Sonderausstellung
26. Juni 2005 – 29. Januar 2006

Adelhausermuseum Natur- und Völkerkunde
Gerberau 32
79098 Freiburg
Tel. 07 61/2 01-25 43
Di–So 10–17 Uhr
Eintritt: 2 / 1 €

Getreide bildet die Nahrungsgrundlage der meisten Menschen. Es symbolisiert die Wiege der Kultur, denn ohne Getreide wären viele unserer heutigen Kulturformen nicht entstanden. Und auch heute noch bedeutet das Fehlen von Getreide Hunger und Not. Das Adelhausermuseum beleuchtet dieses grundlegende Thema der Menschheit von vielen Seiten und aus unterschiedlichen Perspektiven. Die Sonderausstellung bietet Geschichte und Ausblicke, Religion und Naturwissenschaft, Diskussion und Betrachtung, Theorie und Praxis.

SchillerZeit in Mannheim

17. September 2005 – 29. Januar 2006

Die beiden ersten Seiten des Souffliebuches zur Uraufführung von Friedrich Schillers „Die Räuber“ im Mannheimer Nationaltheater am 13. Januar 1782
Foto: rem

Reiss-Engelhorn-Museen
Museum D5
68159 Mannheim
Tel. 06 21/2 93-31 51
Di–So 11–18 Uhr
Eintritt: 7 / 5 €

Knapp zwei Jahre lebte und arbeitete der Dichter Friedrich Schiller in Mannheim. Den 200. Todestag des Schriftstellers nimmt das Reiss-Engelhorn-Museum nun zum Anlass diese entscheidenden Jahre für seinen weiteren Weg als Berufsschriftsteller sowie das Verhältnis des jungen Literaten zu Mannheim und den Menschen in Mannheim näher zu beleuchten. Lebens- und Arbeitsumstände, Freunde, Frauen, Verlags- und Buchhandelswesen, Theaterzustände wie sie Schiller erlebt hat, werden wiederbelebt.

David Teniers 1610–1690

Alltag und Vergnügen in Flandern
4. November 2005 – 19. Februar 2006

David Teniers d. J.: Dorffest, 1648
Öl auf Leinwand
115 x 178 cm
Staatliche Kunsthalle Karlsruhe

Staatliche Kunsthalle Karlsruhe
Hans-Thoma-Str. 2–6
76133 Karlsruhe
Tel. 07 21/9 26-33 59
Di–Fr 10–17 Uhr, Sa, So 10–18 Uhr
Eintritt: 6 / 4 €

Mit David Teniers d. J. stellt die Staatliche Kunsthalle einen der großen flämischen Meister des 17. Jahrhunderts in den Mittelpunkt einer umfangreichen Ausstellung, die die Genremalerei der Rubenszeit umfassend darstellt. Der europaweiten Mode Ende des 18. Jahrhunderts sowohl Gemälde von David Teniers als auch Nachahmungen seiner Werke zu erwerben folgte auch die badische Markgräfin Caroline Luise. Dieser großen Sammeltätigkeit verdankt die Karlsruher Kunsthalle ihren reichen Bestand an Teniers-Gemälden, die mit zahlreichen Leihgaben großer europäischen Museen, diese Ausstellung ermöglicht.

Landesausstellung 2005
Imperium Romanum

22. Oktober 2005 – 26. Februar 2006

Badisches Landesmuseum Karlsruhe
Schloss
76131 Karlsruhe
Tel. 07 21/9 26-65 14
Di–Do 10–17 Uhr, Fr–So 10–18 Uhr
Eintritt: 4 / 3 €

Die Ausstellung mit mehr als 500 hochrangigen Objekten will die wechselvolle Zeit des Umbruchs zwischen dem 3. und 5. Jahrhundert n. Chr. lebendig werden lassen. Einzigartige Exponate, wie der berühmte Silberschatz von Kaiseraugst, versetzen den Besucher in die faszinierende Kultur und Geschichte der spannungsreichen Epoche nach dem Fall des Limes. Die Ausstellung bietet vielfältige Einblicke in die Bereiche Alltag, Handwerk, Kunst, Religion und Kult sowie Handel und Militär.

Die Vasen der Frankenthaler Porzellanmanufaktur

23. Oktober 2005 – 27. Februar 2006

Kurpfälzisches Museum der Stadt Heidelberg
Hauptstraße 97
69117 Heidelberg
Tel. 0 62 21/58-3 40 20
Di–So 10–18 Uhr
Eintritt: 3 / 1,80 / 1,20 €

Anlässlich des 250-jährigen Gründungsjubiläums der Frankenthaler Porzellanmanufaktur (1755–1800) wird dem kostbaren „weißen Gold“, das unter Kurfürst Karl Theodor in einer von ihm gegründeten Manufaktur produziert wurde, eine eigene Ausstellung gewidmet.

Buchbesprechungen

GESCHICHTE

Herrmann, Klaus: Auf Spurensuche. Der Bauernkrieg in Südwestdeutschland. DRW-Verlag, Leinfelden-Echterdingen, 1. Aufl. 1991. 220 S., 72 s/w-Abb., ISBN 3-87181-248-X, 7,90 €.

Der deutsche Bauernkrieg von 1525 – nach Rauke das „größte Naturereignis des deutschen Staates", nach Friedrich Engels der „großartige Revolutionsversuch des deutschen Volkes" – ist schon vielfach dargestellt worden. Hier werden sehr eindrucksvoll einige Hauptakteure vorgestellt: Das Pfeiferhänslein von Niklashausen, Joß Fritz, Hans Müller von Bulgenbach, Thomas Müntzer u. a.

Adolf Schmid

Borst, Otto: Geschichte Baden-Württembergs. Theiss-Verlag, Stuttgart, 1. Aufl. 2004. 440 S., ISBN 3-8062-1730-0, 24,90 €.

Das neueste Werk zur „Geschichte Baden-Württembergs" stammt aus dem Theiss-Verlag, der Autor: Otto Borst, 2001 verstorben. Franz Quarthal und seine Frau Susanne haben das „Lesebuch" bearbeitet und 2004 herausgegeben. Der badische Leser übersieht beim „Altmeister schwäbischer Geschichtsbetrachtung" großzügig manche Feststellung, die nur aus einem „zutiefst württembergischen Geschichtsdenken" herrühren kann (so Quarthal im Verständnis heischenden Vorwort). Dass auch Franken in diesem südwestdeutschen Raum leben, wird vom Historiker „großzügig ignoriert" (Quarthal). Und „Badisches erschien in dieser württemberg-geprägten Perspektive Borsts eher am Rande … Noch ferner als Baden waren ihm (Borst) die kurpfälzischen Traditionen des neuen Bundeslandes" (Quarthal).

Es sind große Zweifel angebracht, ob dieser Beitrag mehr Identität im neuen Bundesland stiften kann. Quarthals Schlussbilanz: „Hier lese man das Plädoyer eines Baden-Württembergers, der seine altwürttembergische Herkunft nicht verleugnen kann und nicht verleugnen will, der ein politisch und historisch stark ponderiertes Geschichtsbild hat, der aber auch anderen Respektiven einen gleichgewichtigen Rang einräumt". Noch deutlicher kann man sich eigentlich in wenigen Sätzen selbst nicht widersprechen.

In über 400 Seiten Borst-Text steht viel Lesenswertes, gemischt mit Erstaunlichem. Gottlieb Daimler wird z. B. genannt als einer „für Hunderte anderer aus dem Südwesten", Carl Benz wird erst in einer Zeittafel am Buchende erwähnt, aber „natürlich" als zweiter Sieger. Oder: Der aus Freiburg stammende Reichskanzler Joseph Wirth wird mit einem (!) Nebensatz präsentiert: „der am 9. Juni 1922 im Konzertsaal der Stuttgarter Liederhalle sprach" – kein Wort von den fatalen Versailles-Folgen für Baden. Und wir registrieren viele solche Details.

Fazit: Hier wird ein schwäbisches Erbauungsbuch angeboten, aber keine brauchbare „Geschichte Baden-Württembergs".

Adolf Schmid

Spitzmüller, Bernd: „… aber das Leben war unvorstellbar schwer". Die Geschichte der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Freiburg während des Zweiten Weltkriegs. Verlag Stadtarchiv Freiburg, 1. Aufl. 2004. 200 S., ISBN 3-923272-30-8, 24,95 €.

Dieses Buch kann – neben der bescheidenen finanziellen Entschädigung – einen wertvollen Beitrag zur Wiedergutmachung leisten. Rund 10 000 Kriegsgefangene und zwangsrekrutierte ausländische Zivilisten waren zwischen 1939 und 1945 in Freiburger Betrieben eingesetzt – zur Unterstützung der „Heimatfront". Eine ergreifende Darstellung dieser Zwangsarbeit in der NS-Zeit, noch dramatischer freilich die Schilderung der Schicksale der Zwangsarbeiter als „Displaced Persons" nach dem Krieg durch Ulrich P. Eckert. Wichtige Grundlagen zum Thema „Repatriierung" erarbeitete Pavel Polian in seinem Beitrag: „Deportiert nach Hause".

Adolf Schmid

Reitzel, Robert: „Ich will nur auf einem Ohre schlafen, damit ich keinen Weckruf zur Freiheit verpasse …", hrsg. von Manfred Bosch. Karin Kramer Verlag, Berlin, 1. Auflage 2004. 269 S. ISBN 3-87956-292-X, 24,– €.

Der Buchtitel macht neugierig auf ein Lebenswerk, das, obwohl in deutscher Sprache verfasst, hauptsächlich in den USA ausgetragen wurde. Robert Reitzel. 1849 in Langenau im Wiesental geboren, wandert mit einundzwanzig Jahren nach Amerika aus, wo er zuerst als Gelegenheitsarbeiter und Tramp die neue Heimat kennen lernt. Nach einem kurzen Theologiestudium tritt er eine Stellung als Pfarrer an. Sein scheinbar in sicheren Bahnen verlaufendes Leben ver-

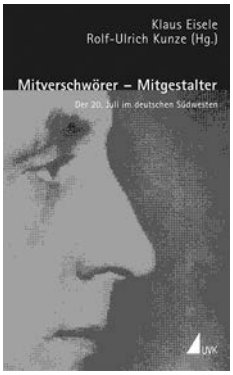
lässt er jedoch bald wieder, da seine Predigten in zunehmendem Maß kritischer und freidenkerischer werden. Wieder hält er sich und seine wachsende Familie mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser.

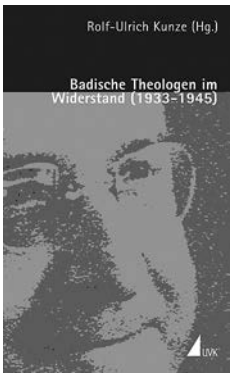
Erst 1884 gründet er mit Unterstützung von Freunden in Detroit die deutschsprachige Zeitschrift „Der arme Teufel“, in der er vierzehn Jahre lang bis zu seinem durch eine schwere Krankheit verursachten frühen Tod im Jahr 1898 – seine wahre Berufung auslebt. Schriftstellerisch wie rednerisch begabt liefert Reitzel in wöchentlichen Beiträgen seine Sicht auf die Welt. Sein wahrheitssuchendes Naturell lässt ihn zu einem immer schärferen Beobachter werden, implizit tradierte Werte hinterfragen und fromme Heuchelei in jeder Form bekämpfen. Dabei zeigen die im vorliegenden Auswahlband versammelten Texte die Bandbreite seines schriftstellerischen Könnens.

Im ersten Text, einer fast die Hälfte des Bandes einnehmenden autobiografischen Rückschau, schlägt er einen stellenweise sarkastischen Ton an. Diese „Abenteuer eines Grünen“ spiegeln im alter ego nicht nur den scheinbaren Taugenichts, sondern enthalten darüber hinaus bereits wichtige sozialgeschichtliche Beobachtungen über Amerika-Einwanderer aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Im Lauf der – leider nicht datierten, sondern nach Themen geordneten Texte – lässt sich eine immer präzisere Form der Beobachtung feststellen. Als herausragend sei seine „Weihnachtspredigt“ genannt, die im Kontrast zur allgemein, gedankenlos verkitschten Weihnachtsstimmung den Skandal des Geschehens, krass und wahrhaftig, schildert. Anekdotisch ist das Kapitel vom „sittlichen Ernst“ gehalten, „Aus den Klassen der Isten“ ist eine sarkastische Abrechnung mit dem Schuhladendenken, im Kapitel „Unser Programm“ endlich schildert er das Anliegen seiner Zeitschrift. Die späten Texte, bereits vom Krankenlager aus geschrieben, weisen zwar einen verengten Beobachtungsradius auf, führen jedoch zur Vertiefung seiner Beobachtungen. Allein um den Abschnitt „Passiflora“ lesen zu können, lohnt sich der Kauf des Buches. Zart und anrührend schildert Reitzel das Leben seiner Katze. Die Sensibilität der Darstellung erschließt sich jedem, der den Gedanken des Autors bis zum Ende folgt. Dies gilt für alle von Manfred Bosch zusammen gestellten Texte. Alles wird verständlich, alles wird Ausdruck seines menschlichen Charakters, der unerbittlich ist in der Treue gegen sich selbst. Robert Reitzels Zeitschrift „Der arme Teufel“ wurde noch bis 1900 von seiner Witwe Anna weiter redigiert. Die kurz vor dem Ersten Weltkrieg im Jahr 1913 herausgegebene Textauswahl des „armen Teufels“ in drei Bänden darf dabei nicht nur als Ausdruck der Verehrung Robert Reitzel gegenüber verstanden werden. Die Bedeutung des „armen Teufel“ liegt in der sehr persönlichen Art Gedankengut des 19. Jahrhunderts einem amerikanischen, noch deutschsprachigen Lesepublikum zu vermitteln.

Robert Reitzels Schreib- und Denkweise orientiert sich exemplarisch an Nietzsche, Heine, auch Fritz Reuter. Durch ihre Authentizität ist sie heute immer noch lesenswert. Das Buch wird der Wiederentdeckung eines originellen Denkers mehr als gerecht. Manfred Bosch traf eine Textauswahl, die erstaunlich lebendig wirkt. Das Nachwort, elegant geschrieben, bietet eine exzellente und lückenlose Zusammenfassung von Robert Reitzels Leben und Werk. Forum Allmende brachte das Buch mit kommunaler Hilfe und Spenden des Museumsvereins und des Kulturfördervereins Lörrach heraus. *Ulrike Falconer*

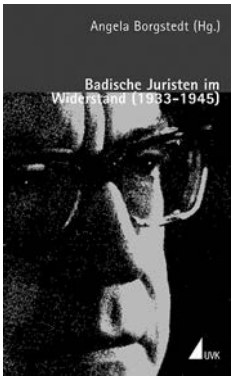
Klaus Eisele, Rolf Ulrich Kunze (Hrsg): Mitverschwörer – Mitgestalter. Der 20. Juli im deutschen Südwesten. Porträts des Widerstands, Band 7, 270 S.
Rolf Ulrich Kunze (Hrsg): Badische Theologen im Widerstand (1933–1945). Porträts des Widerstands, Band 8, 198 S.
Angela Borgstedt (Hrsg): Badische Juristen im Widerstand(1933–1945). Porträts des Widerstands, Band 9, 180 S.
Herausgegeben von der Forschungsstelle Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten, UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz, 2004.





Der erste Band enthält ein Kapitel „Literatur zum 20. Juli 1944: 1984–1993“ von A. Borgstedt und J. Meyer mit 38 Seiten und ein weiteres von K. Schrecke 1994–2003 mit 55 Seiten. Ist mit diesen Hinweisen auf eine Flut von Darstellungen, Aufsätzen, Quellensammlungen zu einzelnen Personen, einzelnen Kreisen, einzelnen Städten nicht fast alles gesagt? Wozu noch drei neue Publikationen der „Forschungsstelle Widerstand“ am Institut für Geschichte der Universität Karlsruhe?

Das Eingangskapitel „Entwicklung in der Widerstandsforschung seit 1994“ von R. U. Kunze gibt die Antwort. Während die Fakten relativ früh gesammelt und erforscht worden sind, variiert die Deutung, die Differenzierung der Hintergründe, die Interpretation der Entwicklung einzelner Personen von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Die Geschichtsschreibung vom Widerstand ist ein Teil der Geschichte deutscher Bewußtseinsbildung des letzten halben Jahrhunderts und ist damit weiterzuschreiben, auch wenn nur noch wenige weiße Flecken der Quellenanalyse oder einzelner Biographien der Bearbeitung harren. Es geht schließlich um die schwierige Beschreibung einer prozessualen Diktatur in ihrer Entwicklung von der Machtübernahme bis zum Kriegsende und das Verhalten Oppositioneller in



diesen Phasen. So unterschiedlich verhielten sich manche zu einzelnen Vorgängen, wie z. B. dem Bejahen der Außenpolitik bis 1938, aber der scharfen Ablehnung der Rassenpolitik oder des Kampfes gegen die Kirchen. Und so findet man unter den Verschwörern wie den Mitwissern, unter Theologen wie unter Juristen Schicksale, deren Entwicklung, deren Probleme, deren Stellungnahmen den Leser immer wieder fragen lassen, wie er sich denn damals verhalten hätte. Stoff und Stil, der die Bücher prägt, entläßt einen nicht aus der Betroffenheit. Es sind sachliche Berichte, die aber gerade deshalb etwas Herausforderndes haben.

Warum aber die landschaftliche Aufgliederung, hier fokussiert auf den deutschen Südwesten? Wenn man sich dabei auf die lokalen Kreise beschränkt, so überwiegt die konservative Grundstimmung, wenn es auch Kontakte zum sozialdemokratischen Widerstand gab. Im Unterschied zu den militärischen Verschwörern, denen – kriegsbedingt – der Kontakt zur Bevölkerung fehlte, wurde in den zivilen Gruppen um die Zukunft nach einem Regierungssturz gerungen. So wurden z. B. im Freiburger Kreis um die Nationalökonomen Walter Eucken, Franz Böhm u. a. wirtschaftspolitische Programme erörtert, in Karlsruhe um Reinhold Frank über den föderalistischen und demokratischen Neuaufbau diskutiert unter Ablehnung einer Militärdiktatur. Auch dem Widerstandskreis in Stuttgart, finanziell getragen von Robert Bosch, ging es vor allem um ein schnelles Gewinnen der Bevölkerung für eine Neuordnung nach erfolgreichem Attentat. Die präzisen Beiträge M. Kißener, J. Scholtyseck) profilieren die Verbindungen und Aktivitäten, die eine breitere Basis als jene der bekannten militärischen Aktionen erkennen lassen. K. Eisele führt in einem eigenen Beitrag all jene Personen auf, die während des II. Weltkriegs vom Südwesten aus mit Carl Goerdeler und Jakob Kaiser in direktem oder mittelbaren Kontakt standen.

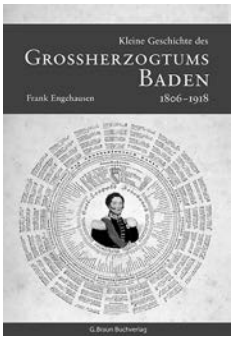
Der Band 9, ebenfalls von R. U. Kunze herausgegeben, vereinigt Porträts von katholischen und evangelischen Geistlichen: Egon Thomas Güß, Karl Dürr, Heinz Kappes, Stephan Blattmann, Albert Bucher und Oskar Deppich, allesamt unterschiedliche Charaktere, aber einig in der Ablehnung der nationalsozialistischen Weltanschauung. Kunze leitet mit einem Überblick zur Geschichte der katholischen und der evangelischen Kirche in Baden 1933–1945 ein, um den regionalen Hintergrund verständlich zu machen. In beiden Kirchen gab es 1933 zunächst Anpassungen, die schon 1934 zu Distanzierungen, ja bald zu Gegenpositionen zum NS-Regime führten. Im Spiegel der Lebensläufe weniger beachteter Kirchenvertreter wird anders als bei den bekannten Persönlichkeiten wie Heinrich Maas oder Conrad Gröber die alltägliche seelsorgerische Tätigkeit unter einer Diktatur deutlich. Diese Biographien stellen keinen programmatischen Beitrag dar, wollen aber die Mentalitätsgeschichte erhellen. Der Beitrag von Peter Steinbach „Der protestantisch motivierte Widerstand gegen den Nationalsozialismus – Bonhoeffer, Poelchau, Moltke, Weißler“ faßt die Kernprobleme christlich motivierten Widerstehens überkonfessionell zusammen – eine mitreißende Rede, 2003 in der Karlsruher Marktkirche vorgetragen, die die Forschungsergebnisse für den Leser emotional noch einmal nachvollziehbar macht.

Wie variantenreich die Positionen von NS-Gegner waren, wird besonders im Band 9 „Badische Juristen im Widerstand (1933–1945)“ deutlich. Zwar erlebt „die Justiz im Nationalsozialismus“ eine Konjunktur, wie die Herausgeberin A. Borgstedt schreibt, und seit 2003 liegt Michael Kißeners grundlegende Habilitationsschrift über badische Richter 1919–1952 vor. Über Juristen im Widerstand ist aber die Literatur schmaler. Die Unterschiedlichkeit in der Motivation wird von den Autoren A. Michel, N. Zerrath, C. Hohmeister und der Herausgeberin deutlich hervorgehoben. Richter, Staatsanwälte und Notare werden in den verschiedenen Wirkungsbereichen für oppositionelles Handeln vorgestellt. Da verkehrte man, obwohl Parteigenosse, im Kreis der Oppositionellen, ja verbarg erfolgreich Juden vor ihrer Verhaftung, und gab sich am Anfang doch angepasst. Da wird deutlich, dass formale Kriterien nicht zur Beurteilung von Schicksalen führen können, die ja in der oft gescholtenen Entnazifizierung auch differenziert beurteilt wurden. Viele der hier porträtierten Juristen gelangten nach 1945 in führende Positionen.

Solche differenzierte Analysen von Lebensläufen belegen die Notwendigkeit, in diesem Abschnitt deutscher Geschichte weiter zu forschen, und die zeitliche Distanz kann eher das Profil schärfen, wenn wie hier Sachlichkeit den Ductus bestimmt. Die ausführlichen Anmerkungsapparate mit vielen Quellenhinweisen, die ausgiebigen Literaturangaben werden als Grundlage für weitere Publikationen einer Erinnerungskultur dienen, die uns noch lange prägen wird.

Leonhard Müller

Frank Engehausen: Kleine Geschichte des Großherzogtums Baden 1806–1918. G. Braun Buchverlag Karlsruhe 2005, 208 S., 14,90 €.



Der Titel ist irreführend. Wie der Verfasser im Vorwort schreibt, ist „die Schwerpunktsetzung einseitig: Es geht im Folgenden nicht um sozial-, wirtschafts- oder kulturgeschichtliche Probleme der badischen Geschichte des 19. Jahrhunderts, sondern um die Entwicklung des politischen Systems im Großherzogtum.“ Nun kennt man die Crux einer Reihe von „Kleinen Geschichten“, wo eben auf schmalem Raum meist differenzierte Vorgänge erzählt und nicht einfach chronikal aufgezählt werden sollen. Erinnert man sich an eine andere Reihe, z. B. die des Heinrich Scheffler Verlags vor 40, 50 Jahren, wo bei gleichem Umfang die Geschichte Englands, Spaniens, Rußlands und anderer Staaten publiziert wurden, dann wundert man sich über eine solche Einseitigkeit. Die Geschichte Frankreichs von Friedrich Sieburg bei Scheffler zu lesen, ist auch heute ein Genuss. Von den

Galliern angefangen bis de Gaulle mit einer dreiseitigen kritischen Literaturangabe, einem Register samt Bildtafeln auf 195 Seiten, das ist eine Kunst der Raffung bei gleichzeitiger stilistischer Brillanz, mit Quellenzitaten und anregenden Kapitelüberschriften durchsetzt. Da wird weder die Wirtschaft noch die Welt der Künstler und Dichter ausgespart.

Nun ist die vorliegende Publikation großzügig gedruckt, sehr handlich und sympathisch im Format, mit zahlreichen Abbildungen und grauseitigen Tableaus aufgelockert, ein Buch, das man gern zur Hand nähme, wenn es etwas mehr böte. Wollte d. Verf. sich von der „Geschichte Badens“ (1992) des Freiburger Historikers Wolfgang Hug unterscheiden, der für die Geschichte des Großherzogtums rund 120 Blätter, freilich bei größerem Seitenumfang, benötigt? Engehausen beginnt bei der Entstehung des neuen Badens alsbald mit der Verfassung von 1818 und verknüpft dieses besondere Ereignis wie auch 1848 und 1870 mit der bundesdeutschen Entwicklung. Dabei wird die liberale Sonderstellung Badens sehr deutlich und das Ringen in diesem Prozess in vielen Einzelheiten anschaulich geschildert. Wer diesen sucht einschließlich einer Parteiengeschichte oder Grundsätzliches zu einer konstitutionellen Monarchie, findet hier zuverlässige Informationen. Aber kann man die Geschichte einer Partei ohne Rückkoppelung an die gesellschaftliche Entwicklung verdeutlichen? Wieso wuchs die Sozialdemokratie Badens im letzten Drittel so stark an, ohne dass man von der Industrialisierung dieses Landes etwas erführe?

Der Heidelberger Kulturhistoriker Eberhard Gothein zitierte um 1890 seinen Lehrer Wilhelm Dilthey, dass es Aufgabe der Geschichte sei, das „Hervorbringen menschlichen Geistes“ zu verstehen. Daher schloss er: „Eine ausschließliche politische Geschichtsschreibung, die nur das Staatsleben behandelt, kann dieser Aufgabe nicht gerecht werden.“ Kann man Baden im 19. Jh. zutreffend charakterisieren ohne auf die Verstädterung hinzuweisen, den Wandel des ländlichen Raumes, die Wachstumsfaktoren, die Lage der Arbeiterschaft? Hug schafft das bei fast gleichem Umfang, und da werden auch noch Personen charakterisiert, die bei Engehausen nur blass erscheinen. Die Großherzogin Luise z. B. wird in einem Nebensatz erwähnt, doch jeder kennt die Bedeutung des Badischen Frauenvereins, der eine patriachalische Alternative zur sozialen Frage war und die Atmosphäre in diesem südwestdeutschen Land prägte. Zudem wird für den Laien die Verfassungs- und Parteiengeschichte schnell trockenes Politikwissen. Wenn man landesfremden Studierenden oder zugereisten Nichtbadenern die Herkunft dieses Landes erklären will, müßte man weiter greifen. Liberalität ist nicht nur eine Verfassungsfrage, sie ist eine humane Lebensform. Und mehr Leben wünschte man sich selbst in „Kleinen Geschichten“ *Leonhard Müller*

Stefan Pätzold (Hrsg): Neues aus Pforzheims Mittelalter. Materialien zur Stadtgeschichte, Band 19. Hrsg. Stadtarchiv Pforzheim. verlag regionalkultur Ubstadt-Weiher 2004, 208 S., 44 Abb., 18,90 €

Anstelle eines Vorworts charakterisiert S. Pätzold als Herausgeber die Erforschung der mittelalterlichen Geschichte Pforzheims, die bis vor ca. zwanzig Jahren

ein unbearbeitetes Feld war, obwohl es an Literatur nicht mangelt, freilich modernen geschichtswissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügend. Erst ab der 80er Jahre erschienen zahlreiche Beiträge, und das vorliegende Buch summiert die Vorträge, angereichert mit sehr ausführlichen Anmerkungen, die auf der Tagung „Pforzheim im Mittelalter – Alte Fragen und neue Antworten“ gehalten wurden. Pätzold selbst schildert unter dem Titel „Für Kommerz, Kommune und Kirche“ anschaulich das Leben von Pforzheims Oberschicht. Da die Quellenlage für die Stadt begrenzt ist, bieten gerade die Stiftungsurkunden, Stifterbilder, Inschriften auf Grabsteinen einige Informationen über diese wirtschaftliche wie politische, religiös wie kulturell einflußreiche Gruppe, die freilich nur einen begrenzten Einblick in die Mentalität der mittelalterlichen Menschen erlauben. Das Leben in den Pfarrgemeinden St. Martin und St. Michael kann der gleiche Autor schon farbiger gestalten. In seinem Aufsatz „Von der Pfarre wegen zu Pforzheim“ wird die Bedeutung der Pfarrgemeinden für die Lebenswirklichkeiten im Spätmittelalter deutlich.

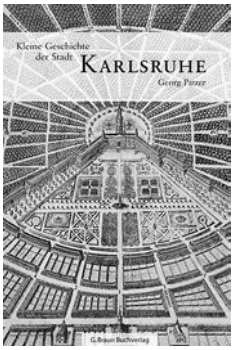
Hansmartin Schwarzmaier verleiht wie in vielen seiner Publikationen auch einem trockenen Stoff wie die Lage Pforzheims, die Reiserouten der Fürsten, dem Einfluss des Klosters Hirsau und anderen Facetten im Beitrag „Pforzheim in der Salier- und frühen Stauferzeit“ einen eigenen Reiz.

Zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Heilig-Geist-Spitals trägt unter dem Titel „Benannt, gegeben und gemacht zu einem Spital armen und elenden Siechen“ Sven Rabeler bei. Rainer Kunze schildert den burgenkundlichen Mikrokosmos „Zwischen Pforzheim und Vaihingen“ und Mathias Köhler schließt mit einer kunsthistorischen Analyse eines bisher nicht gewürdigten, hochrangigen Werks wie dem „Altarkreuz der Pforzheimer Auferstehungskirche“. Insgesamt ein anspruchsvoller Band, der den kundigen Mediävisten interessiert und für den wissenschaftlichen Rang des Pforzheimer Stadtarchivs spricht. *Leonhard Müller*

STÄDTE

Patzer, Georg: Kleine Geschichte der Stadt Karlsruhe. G. Braun-Verlag, Karlsruhe, 1. Aufl. 2004. 208 S., 33 s/w-Abb., ISBN 3-7650-8322-4, 9,90 €.

„Er hatte einen Traum. Er träumte von einer Stadt, fächerförmig angelegt, mit Strahlen nach allen Seiten, im Mittelpunkt sein Schloss. Nach einer langen Jagd hatte sich Markgraf Carl Wilhelm von Baden-Durlach mitten im Hardtwald schlafen gelegt. Als er aufgewacht war, wusste er: Diesen Traum musste er verwirklichen. So wurde Karlsruhe gegründet, die ‚Fächerstadt‘. – So will es die Legende“. Aber Tatsache ist: Am 17. Juni 1715 legte der Markgraf feierlich den Grundstein für den Schlossturm und am 29. Juli 1715 regelte er in seinem berühmten „Privilegienbrief“ die Einwande-



rung. Schon zweieinhalb Jahre später wählten die Neubürger ihren ersten Bürgermeister: Johannes Sembach, einen Metzger aus Straßburg, der in der jungen Stadt die Wirtschaft zum „Waldhorn“ gründete – also auch gleich das Lokal für Ratssitzungen zur Verfügung hatte. Unter Carl Friedrich (1728 bis 1811) wuchs Karlsruhe zu einer richtigen Residenz heran.

Wer die Stadtentwicklung in der nun bald 300-jährigen Geschichte kennen lernen will, wird hier gut geführt, erfährt viel Persönliches, wird vertraut gemacht z. B. mit Reitzenstein, „dem eigentlichen Begründer des badischen Staates“, mit Michael Macklot, der 1756 die erste Nummer des „Carlsruher Wochenblatts“ herausbrachte; 1813 eröffnete Gottlieb Braun (1783–1835) aus Böblingen in Karlsruhe eine Buchhandlung, 1817 veröffentlichte er die „Badische Geschichte“ von Aloys Schreiber, 1828 wurde Gottlieb Braun Karlsruher Hofbuchhändler und Hofbuchdrucker. Noch ein paar wichtige Karlsruher Namen: Friedrich Weinbrenner, Carl Benz – der Autopionier, Tulla – der geniale Ingenieur, Moritz Ellstätter – Sohn eines jüdischen Möbelhändlers, der als badischer Finanzminister 1893 einen wohl geordneten Haushalt hinterließ, Heinrich Hertz – der die elektromagnetischen Wellen entdeckte, Hans Thoma – seit 1899 Direktor der Kunsthalle usw, usw.

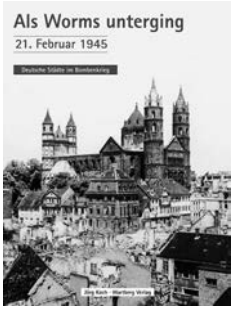
Nimm das Buch und lies! Die Stadt hat „viel vor, viel dahinter“, hat eine erstaunliche kulturelle Vielfalt, bietet einen reichen Fächer von Möglichkeiten, lebendige Vergangenheit und moderne Gegenwart und gute Perspektiven für die Zukunft. *Adolf Schmid*

David Depenau: Die Ettlinger Straßennamen. Beiträge zur Geschichte der Stadt Ettlingen, Bd. 19. Hrsg. Stadt Ettlingen. verlag regionalkultur Ubstadt-Weiher 2004, 110 S., 13,90 €.

Der Verfasser, stellvertretender Direktor des Hotels „Erbprinz“, hat schon verschiedene lokalhistorische Publikationen vorgelegt. Hier handelt es sich um ein Nachschlagewerk für Einheimische und Zugezogene, die ihren Wohnort näher begreifen wollen. Die Benennung von Straßen und Wegen spiegelt in manchen Etappen der Heimatgeschichte wider, sei es durch politisch motivierte Namenswechsel, sei es durch die Wachstumsprozesse einer Kommune. Depenau hat die knappen Angaben zu den Straßen mit einer großen Zahl historischer Fotografien bereichert, die Einblicke in die Atmosphäre des Albstädtchens in früheren Jahren gewähren und damit zusätzliche Anregungen für eine Beschäftigung mit der Ortsgeschichte vermittelt.

Leonhard Müller

Koch, Jörg: Als Worms unterging – 21. Februar 1945. Deutsche Städte im Bombenkrieg, 64 Seiten mit zahlreichen s/w-Abbildungen, gebunden, Großformat, Wartberg-Verlag, ISBN 3-8313-1481-0, 17,80 €.



„Als Worms unterging – 21. Februar 1945“ so heißt der rechtzeitig zum 60. Jahrestag der Zerstörung der alten Kaiser- und Bischofsstadt vorliegende Bildband. Der Wartberg-Verlag hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Zerstörung deutscher Städte in Bildern zu dokumentieren. Nun war Worms an der Reihe, dessen unersetzliches Kulturerbe erst gegen Ende des Krieges im Bombenhagel unterging.

Der Autor Jörg Koch, ein Wormser Lehrer, schickt in Bildern die „glorreiche Vergangenheit“ der Stadt voraus, um dann die systematische Kriegsvorbereitung und den Weg in den Untergang auf lokaler Ebene nachzuzeichnen. In der Anfang 1945 noch relativ wenig zerstörten Stadt wähnte man sich fast schon in Sicherheit, als ein 20-minütiges britisches Bombardement die Altstadt in ein Flammenmeer verwandelte. Am Mittwoch dem 21. Februar 1945 begann um 20.27 Uhr der Abwurf von Spreng- und Brandbomben; die Hauptpost am Ludwigsplatz bildete den Zielpunkt der Bodenmarkierung. In wenigen Minuten verloren 239 Menschen ihr Leben, verbrannten ihre Wohnungen, brannte der Dachstuhl des Doms, brannten Jahrhunderte alte Kirchen nieder, fielen prachtvolle Bauten wie das Rathaus, das Cornelianum, das Städtische Spiel- und Festhaus, der Majorshof und der Heylshof, das „Bergkloster“ und viele Adels- und Bürgerhäuser in Schutt und Asche. Erschütternde Zeitzeugenberichte von jenem verhängnisvollen Abend ergänzen die Bilder, die das Ausmaß der Zerstörungen zeigen. Die Fotos sind eindrucksvoll, jedoch nur selten datiert. Vielleicht hinterließen die Fotografen keine genauen Angaben. Die Luftaufnahme der Alliierten vom letzten Angriff des 18. März 1945 zeigt die rauchende Trümmerlandschaft der Jahrtausende alten Stadt, deren Gesicht unwiederbringlich zerstört war.

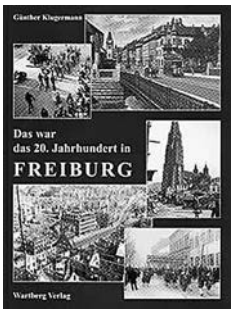
Am Ende wird der Einmarsch der Alliierten am 20. März 1945 beschrieben, die Aufräumarbeiten und der beginnende Wiederaufbau sind durch ausgewählte Fotos dokumentiert. Dass der Fließtext am Ende abrupt abbricht, der letzte Abschnitt wohl beim Umbruch vergessen wurde, wird durch die Aussagekraft der beeindruckenden Fotografien wieder wettgemacht. Der 36-jährige Autor verstand es, den Spannungsbogen vom Leben in der unzerstörten Stadt bis in die Nachkriegszeit zu ziehen. Dem 21. Februar, an dem bis heute alljährlich von 19.45 bis 20 Uhr die Glocken der Dreifaltigkeitskirche und des Doms läuten, gilt natürlich das besondere Augenmerk des Buches. Dieser Bombenangriff hat sich, wie Oberbürgermeister Michael Kissel im Vorwort ausführt, „tief in das kollektive Gedächtnis der Wormser eingebrannt.“

Die in der Einleitung gegebenen Hinweise Jörg Kochs auf überregionale Zusammenhänge des Zweiten Weltkriegs sind allerdings weniger aus-

gewogen. So wird festgestellt, dass Deutschland im Mai 1941 die Luftangriffe gegen das Königreich eingestellt hätte, an anderer Stelle wird die auf Großbritannien abgeworfene Bombenlast bis 1945 aufgezählt.

Mit seinen rund 50 großformatigen schwarz-weiß-Bildern ist der Band eine Bereicherung für jede Wormatia-Bibliothek und eine Mahnung an die künftigen Generationen. *Volker Keller*

Klugermann, Günther: Das war das 20. Jahrhundert in Freiburg. Wartberg-Verlag, 1. Aufl. 2001. 104 S., zahlr. s/w-Abb., ISBN 3-8313-1168-4, 19,80 €.



„Das war das 20. Jahrhundert in Freiburg" – natürlich kann das nur eine subjektive, manchmal auch zufällige Auswahl sein. Aber dem Autor ist es insgesamt sehr gut gelungen, dieses Jahrhundert, das 1900 mit 25 Kanonenschüssen vom Schlossberg und mit Glockengeläute, in seltenen Photos und guten Texten, in Erinnerung zu bringen – mit vielen Fakten, Daten, Namen. Am 19. Mai 1907 – ein Pfingstsonntag – wurde der FFC in Mannheim deutscher Fußballmeister. Am 25. Oktober 1923 kostete ein Pfund Kartoffeln 195 Millionen Mark, am 27. November 1944 wurde Freiburg durch einen Bombenangriff der britischen Royal Air Force zerstört, am 21. April 1945 von der französischen Armee erobert. 1974 vergrößerte sich die Einwohnerzahl nach etlichen Eingemeindungen, am 26. September 2000 verabschiedete der Stadtrat einstimmig die Resolution „Für eine offene Stadt – Gegen Fremdenhass und Rassenwahn".

Ein besonderer Band dokumentiert den „Feuersturm über Freiburg" mit einer erschütternden Bilanz der Bombennacht vom 27. November 1944.

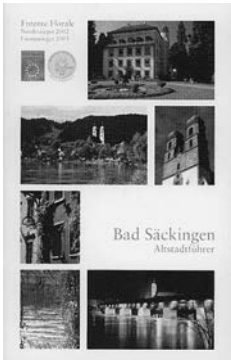
Im Zeitrafferstil präsentiert werden „Die 50er Jahre" und „Die 60er Jahre". Besonders eindrucksvoll auch in diesen Bänden die meisterhaften Photos von Willi Pragher aus dem Staatsarchiv Freiburg. In Verbindung mit den gut lesbaren, sehr informativen Texten in dieser Reihe „Bilder aus Freiburg" eine sehr zuverlässige Sammlung – zu nutzen als Archiv, als Registratur, als Almanach. *Adolf Schmid*

Christel Seidensticker: Das gibt es nur in Lahr. Personen, Erfindungen Ereignisse. Verlag Ernst Kaufmann Lahr, 2004. 10,00 Euro.

„Den Lahrern sagt man einerseits nach, sie seien stolz auf ihre Stadt und das sei unbegründet, andererseits aber wirft man ihnen mangelnde Achtung oder gar Unkenntnis der tatsächlichen Verdienste vor". Das von Christel Seidensticker zusammengestellte Buch will vorführen, dass Lahr sehr viel Vorzeigbares hat. In der badischen Geschichte ist Lahr dafür bekannt, dass dort am 25. Mai 1885 das Reichswaisenhaus

eröffnet wurde. Natürlich auch der 1801 erstmals erschienene „Lahrer Bote". Kaum bekannt dürfte heute noch sein, dass der „Feuergeist des Hambacher Festes", Jakob Siebenpfeiffer, in Lahr 1789 geboren wurde. Liebhaber badisch humoristischer Literatur ist der Oberamtsrichter in Lahr, Ludwig Eichrodt, wohl noch bekannt. Aber Lahr, so demonstriert die Autorin, hat noch viel mehr zu bieten, nämlich „Erfinder und Tüftler, Käuze und Maler, Bildhauer und Musiker, Komponisten und Dichter, Journalisten und Minister, Botschafter und Konsuln, auch Reichtags-Bundestags- und Landtagsabgeordnete, Professoren, Visionäre und Vordenker" (Vorwort). In ungefähr 160 Stichworten wird, alphabetisch geordnet, was Lahr als Ursprungsort für sich beanspruchen kann (z. B. Apothekerschachtel, Bruchbänder, Dachgarten, Künstliche Margarine). Die Idee, im „Nachschlagebüchlein" alphabetisch in kommentierenden Texten zur Sprache zu bringen, was Lahr in der historischen Tiefendimension zu bieten hat, ist ansprechend und geeignet, Vergessenes zu Tage zu fördern. Die Textbeiträge sind teilweise illustriert. *Heinrich Hauß*

Däubler, Ralf: Bad Säckingen. Altstadtführer. 42 S. mit vielen farbigen Abb. und 3 Karten. Kurverwaltung Bad Säckingen 2005, € 2,50



Die Photos stammen von Karl Braun, Michael Rohrer und Günther Nufer; die Texte schrieben Dietmar Findling und Ralf Räuber. Bürgermeister Martin Weissbrodt präsentierte nun mit berechtigtem Stolz einen hervorragend bebilderten Altstadtführer von Bad Säckingen. Unter dem Motto „Unsere Stadt blüht auf" hatte die Stadt bei der „Entente Florale", dem Wettbewerb für Grün und Blumen in Städten und Dörfern teilgenommen, mit Erfolg, der von Jahr zu Jahr wuchs: 2003 durfte Bad Säckingen Deutschland im Europawettbewerb vertreten – und gewann die Goldmedaille in Konkurrenz mit elf anderen europäischen Städten. In diesem Zusammenhang ist dieser gut dokumentierte „Rundgang durch die romantische Altstadt" erarbeitet worden – eine gute Visitenkarte für die Trompeter-Stadt. *Adolf Schmid*

LANDSCHAFTEN

Alpenpanorama vom Belchen. 27 km Föhnsicht vom Säntis bis zum Montblanc. Fotografiert von Gerhard Kolb. Leporello im Pappschuber. Silberburg-Verlag Tübingen 2005. ISBN 3-87407-657-1, 14,90 €

„Heimat“ läßt sich nicht denken ohne die Grenzen, die sie umfrieden. Das mag im Kleinen der mehr oder weniger durchlässig gehaltene „Gartenzaun“ sein, auf dessen einen Seite das Eigene, auf der anderen der hoffentlich freundliche Nachbar haust. Im Großen setzt hier die Natur selbst ihre geomorphologischen Wegmarken: über dem Fluß, im nächsten Tal, hinter Berg und Wald, da endet die „Heimat“ und beginnt das Abenteuer der „Fremde“, das wissen und spüren wir, sobald die Augen den Horizont der eigenen Landschaft abtasten.

Nur wenige Tage im Jahr bietet sich dem Betrachter ein solcher „Heimathorizont“ auf dem Belchen im Südschwarzwald; wenn die Wetterlage sich gnädig zeigt, ist im Süden raumfüllend die majestätische Wucht der Alpen zu sehen, eine steingewordene Welle, die im Anfluten erstarrt scheint. Eine solche Kulisse stiftet an zum Sinnieren und Spintisieren, je nach Gemütsverfassung des Betrachters. Damit aber jene, die das unselige Pech verfolgt, immer gerade an diesiegen oder nebelverhangenen Tagen den Belchen zu besuchen, nicht ganz ohne Vorstellung bleiben von diesem Landschaftsereignis und dieser besonderen Form der „Heimaterfahrung“, sei hier ein kleines Bildwerk angepriesen. Es läßt sich zu der erstaunlichen Breite von 3,20 Meter entfalten und bietet in einer meisterlichen Aufnahme von Gerhard Kolb das gesamte Alpenpanorama bei herrlicher Föhnsicht: 270 km „Grenzerfahrung“ vom Säntis bis zum Mont Blanc. Und was in natura verständlicherweise (oder auch glücklicherweise) mangelt, hier ist es getreu vermerkt: jedem Gipfel ist sein Name beigeordnet, so dass diese liebevolle Edition auch als „Bestimmungsbuch“ dienen kann, sollte man doch einmal das nötige Wetterglück haben, dort oben auf dem Belchen. *Karl Heinz Kees*

„Drei Kirchen im Gemüsebeet“ Insel Reichenau. Erstauflage im Staatsanzeiger-Verlag, 2005 Nr. 1 der Reihe „DenkMal mit!“ Texte von Dagmar Dr. Dagmar Zimdars, Illustrationen von Heike Treiber. ISBN 3-929981-53-X, 12 Euro

Diese kleinen Geschichten, geschrieben für die Kleinen, machen wirklich jeden „reif für die Insel“, für die „reiche Aue“ im Bodensee. Sie sind sachlich korrekt und spannend erzählt, vor allem aber auch kindgerecht, für zehnjährige Leseratten z. B.: Sie erfahren dabei viel Geschichte über das Insel-Kloster, über das Leben der Benediktiner-Mönche nach dem Motto „Bete und Arbeite“! Wer dieses Buch mit Interesse liest, wird die „Welterbestätte“ Reichenau und ihre Kirchen, ihre Schätze rasch für sich selbst entdecken, sich leicht und einfach auf einen Besuch der Reichenau vorbereiten. Wer sich gerne die Zeit nimmt, kann in vier Stunden Gehzeit die Insel umrunden. Aber das besondere Interesse sollte den alten Kirchen gelten, dem Heimatmuseum Reichenau und der Schatzkammer im Mittelzeller Münster. Ein beispielhaftes Kindersachbuch nach dem Grundprinzip des „entdeckenden Lernens!“ *Adolf Schmid*

LITERATUR

Knittel, Hermann (Hrsg.): Heito und Walahfrid Strabo. Visio Wettini. Einführung. Lateinisch-deutsche Ausgabe und Erläuterungen. Mattes-Verlag, Heidelberg, 2. erweiterte Aufl. 2004. 156 S., 10 Abb., ISBN 3-930978-68-7, 14,80 €.

„Dieser Band gibt den Blick frei“ auf die Anfänge der „Literatur der Reichenau“ – so Walter Berschin zum Geleit. Der Klosterlehrer Wetti gehört mit seiner „Vita S. Galli“ zu den kulturellen Pionieren, die wagten, lateinisch zu schreiben. Aber der eigentliche „Durchbruch“ kam erst 824/825 mit Heito und Walahfrid (geb. 807). Abt Heito fasste Wettis Text in schlichter lateinischer Prosa zusammen, Walahfrid (noch nicht einmal 18 Jahre alt) ging daran, die „visio wettini“ in anspruchsvolle lateinische Verse zu gießen. So begann die Reichenau, literaturgeschichtlich für Jahrhunderte die Führung zu übernehmen.

Hermann Knittel gibt in seiner Einführung und Übersetzung sowohl des Wetti-Textes des Heito wie auch der poetischen Version von Walahfrid Strabo und mit vielen guten Erläuterungen beste Voraussetzungen für eine sehr anregende Lektüre. Eine sehr anspruchsvolle Lektüre. *Adolf Schmid*

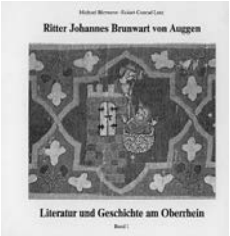
Berschin, Walter und Hellmann, Martin: Hermann der Lahme. Gelehrter und Dichter (1013–1054). Mattes-Verlag, Heidelberg, 1. Aufl. 2004. 114 S., 17 Abb., ISBN 3-930978-67-9, 9,90 €.

Im Rahmen der „Reichenauer Texte und Bilder“ ist der Band 11 Hermann dem Lahmen gewidmet. Walter Berschin übersetzte die „Vita Herimanni“ des Reichenauer Mönchs Berthold und ergänzte den Text mit einer glänzenden Übersicht zu Hermanns Leben und Werk: Hermann wurde geboren am 18. Juli 1013 als Sohn des Grafen Wolferad II. von Altshausen, 1043 wurde er zum Kleriker des Klosters Reichenau ge-

weiht, 1048 begann er die Niederschrift einer Weltchronik; er starb am 24. 11. 1054 auf der „insula felix“ und fand seine letzte Ruhestätte in der Ulrichskapelle in Altshausen. – Hermann wird von Berschin auch gewürdigt als Sequenzendichter, u. a. mit seinen wunderbaren Antiphonen „Salve regina“ und „Alma redemptoris mater“. Die Mahnung Berschins ist berechtigt: „Hermann setzt Sänger, Hörer, Leser voraus, die sich Zeit nehmen“.

Martin Hellmann stellt den „Rechenlehrer Herimannus“ vor, z. B. „Hermanns Regeln, wie man auf dem Abakus Multiplikationen ausführt“ – fröhliche Wissenschaft! *Adolf Schmid*

Bärmann, Michael und Lutz, Eckart C.: Ritter Johannes Brunwart von Auggen. Ein Minnesänger und seine Welt. Schillinger-Verlag, Freiburg, 1. Aufl. 1987. 120 S., 60 Abb., ISBN 3-89155-040-5, 14.– €.



Spätmittelalterliche Musik von regionalen Komponisten stand auf dem Programm des sechsköpfigen Ensembles der „Freiburger Spielleyt“ im Regierungspräsidium Freiburg/„Basler Hof“. Eine besondere Rolle spielte dabei der Minnesänger Ritter Johannes Brunwart von Auggen, der zwischen 1250 und 1300 lebte und von seiner Umgebung als Verfasser und Sänger von Liebesliedern geschätzt wurde. Über seine Texte und seine Herkunft hat Prof. Fridrich Pfaff (der erste Landesvorsitzende der „Badischen Heimat“) bereits 1890 in der „Zeitschrift der Gesellschaft für Beförderung der Geschichts-, Altertums- und Volkskunde“ und wieder 1908 über den „Minnesang im Lande Baden“ wichtige Informationen erforscht und veröffentlicht. Wer über den Minnesänger aus Auggen mehr erfahren will, wird in diesem Schillinger-Band gut informiert.

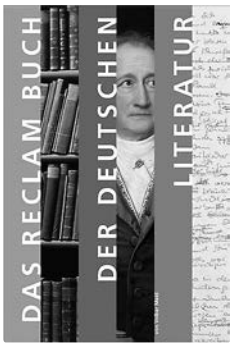
Adolf Schmid

Kopf, Helmut: Männerschlauheit gegen Weiberlist. Kalendergeschichten. Badischer Landwirtschaftsverlag, Freiburg 2004. 27 S., ISBN 3-9801818-55, 14,90 €.

Es ist bereits der dritte Band mit Texten aus alten Volks- und Bauernkalendern der Jahre 1920 bis 1930 und er gibt eindrucksvoll das Lebensgefühl wider – nach dem verlorenen Krieg, nach der Inflation – die Lebenssicht einer Generation, die sich so gerne an die „gute alte Zeit“ erinnerte. Vor allem ist es in diesen 82 Geschichten das ewig ergiebige Thema von Ehebund und Ehejoch, von Mann und Frau, von Heimlichkeiten und Missverständnissen, von Pfiffigkeit und Schläue. Und vor allem stecken hinter diesen Geschichten viel Heiterkeit und Humor, Lebenskunst und Weltklugheit – und sie stabilisieren unsere Gelassenheit.

Adolf Schmid

Volker Meid: Das Reclam Buch der deutschen Literatur. Stuttgart (Philipp Reclam jun.) 2004. 562 S., 606 Abb., 49,90 €.



Epochendarstellungen und Epochenvorlesungen sind im Literaturunterricht und in Vorlesungen an Volkshochschulen, Gymnasien und Universitäten schwierig geworden. Die durch das Vordringen visueller und neuartiger auditiver Medien bestimmten Rezeptionsgewohnheiten junger Leute erschweren den Umgang mit umfänglicheren Texten und weit gespannten ideellen Komplexen. Rasch machen sich beim Leser oder Hörer Ungeduld und Langeweile breit.

Der Reclam Verlag und sein Autor Volker Meid, ein beschlagener Literaturwissenschaftler und sensibler Didaktiker, schlagen mit diesem Band einen neuen Weg ein. Sie verzahnen historische Epochendarstellung und systematische Fragestellungen (poetische Begriffe, Gattungen, Medien, Rezeptions- und Wirkungsformen und manches mehr) miteinander. Die dadurch vorgegebene Stoffülle wird elegant in solcher Weise bewältigt, daß in neun Epochenschritten jeweils nur wenige markante Autoren vorgestellt werden, an deren Werken zugleich zeittypische Gattungen, geistesgeschichtliche Strömungen, Medien u. s. w. in Kürze umrissen werden. Das erlaubt ständigen Rückgang vom Einmaleins literarischer Begriffe zum konkreten Material und umgekehrt. Mit herkömmlichen Literaturgeschichten hat das wenig mehr zu tun, schon weil Volker Meid sich nicht mehr auf den Linien des Höhenkamms der ästhetisch anerkannten Werke entlang bewegt, sondern zum Beispiel im 16. Jahrhundert neulateinische Dichtung und das Kirchenlied, in der Moderne Literaturverfilmungen mit einbezieht, am Maßstab der kulturellen Breitenwirkung gemessen. Auch Verweise auf französische, englische, spanische Literatur werden eingebracht.

Volker Meid hat die aus nicht wenigen seiner Handbücher zur Literatur schon bewiesene Fähigkeit, schwierigste Komplexe in knappen Strichen zu skizzieren. So ist die auf zwei Seiten (178–179) bewältigte Darstellung des säkularen Geschichtsverständnisses der Neuzeit vor der Folie heilsgeschichtlicher Auffassungen zuvor, bezogen auf das barocke Drama und den höfischen Roman, ein Kabinettstück. Und selbst der literaturhistorische Kenner wird bei aller Gedrängtheit der Darstellung gelegentlich überrascht werden. So bei dem Auszug aus dem Tagebuch Casanovas, in dem er seinen Besuch in der Wolfenbütteler Fürstenbibliothek beschreibt. Dieser Bericht steht (S. 173) in einer Randspalte zum Kapitel über das Bibliothekswesen im 17. Jahrhundert, die in anderer Farbe koloriert, in anderen Typen gesetzt ist als der daneben stehende Haupttext. Zusätzlich wird er ergänzt durch die Reproduktion eines Porträts des Besitzers der Bibliothek, Herzog August des Jüngeren von Braunschweig-Lüneburg. Eine kolorierte Zeichnung der barocken Bibliothek des Klosters St. Gallen tritt hinzu. Die Dichte dieser illustrierten Teile – sie nehmen so viel Platz ein wie der Text – ergibt ein

plastisches Bild des literarischen Lebens an Höfen und in Klöstern. Das Gleiche gilt für den Band insgesamt. Sein Schriftbild ist durchgängig durch Randspalten und Wechsel der Schrifttypen aufgelockert. Insgesamt 606 ein- und mehrfarbige Reproduktionen (Photographien von Manuskripten, Titelblättern und Autoren, Kupferstichen und Zeichnungen, Szenenfotos von Dramen) geben ein Panoptikum, angesichts dessen man den Drang zum Blättern kaum unterdrücken kann. Autor und Verlag haben sich damit viel Mühe gegeben, obgleich auf einzelnen Reproduktionen die Schrift von Buchseiten kaum zu lesen ist. Mit einem Sach- und einem Personenregister hat der Autor die Möglichkeit offen gehalten, den Band als Nachschlagewerk zu benutzen. Gewiß, wenn bei jungen Leuten überhaupt noch die Neugierde auf Literatur geweckt werden kann, dann durch diesen schnellen Wechsel vielfacher Reize.

Sicher nicht zufällig steht als erste Abbildung ein Trompe-l'oeil, auf dem ein aufgeblättertes Buch älterer Provenienz abgebildet ist, mit seinen Halteriemen und Goldmajuskeln. Kein Wunder: Es fesselt den Blick und verblüfft. Man kann nur hoffen, daß einfühlsame Dozenten aller Art verstehen werden, ihre Zuhörer über das Blättern und die Verblüffung hinauszuführen.

Walter E. Schäfer

MUNDART

Heim, Alfred Th.: „G'sait ischt g'sait und dau ischt dau" – Anekdoten und Schwänke aus der Gegend um Meßkirch und der schwäbischen Nachbarschaft. Gmeiner-Verlag Meßkirch, 1. Aufl. 2003. 62 Seiten, ISBN 3-89977-200-8, 9,90 €.

Die Sprache ist das Sinnesinstrument, welches den Menschen vom Tier unterscheidet. Der Dialekt ist das untrügliche Zeichen von Zusammengehörigkeit, er schützt seine Träger auch vor allzu zudringlichen Fremden. Hoch hält Alfred Th. Heim aus Meßkirch den heimatlichen Dialekt in seinem im Gmeiner-Verlag Meßkirch erschienenen Buch: „G'sait ischt g'sait und dau ischt dau".

In dieser Veröffentlichung mit gesammelten Anekdoten und Schwänken aus der Gegend von Meßkirch und der schwäbischen Nachbarschaft hat sich Heim sein eigenes Denkmal gesetzt. Es ruht auf aus dem Volk hervorgegangenen sprachlichen Kuriositäten, nichts wirkt angedichtet. Es wird Köstliches wie Groteskes, Erheiterndes, Hintersinniges bis zur krachenden, konsequenzenlosen Beleidigung geboten. Der Stammtisch in Stadt und Land, einst Örtlichkeit sämtlicher trinkfester Stände, ist einer der sprudelnden Quellflüsse hin zu unsteuerbaren Situationen.

Um allein den Titel zu verstehen, muss sich der Leser gleich zwei Paar – hochdeutsche – Stiefel anziehen. „Gesagt ist gesagt", was noch lange nicht heißt „getan ist getan". So muss auf Schriftdeutsch der Titel gelesen werden. Der das Buch aufschlagende hochdeutsch sprechende Leser wird sich beim Lesen einigermaßen schwer tun und nach den ersten Übungen in zungenbrecherisches Unverständnis über das in Buchform gegossene Meßkircherisch fallen.

Die Idee, Anekdoten und Schwänke aus dem heimatlichen Bereich niederzuschreiben und sie so der Nachwelt zu erhalten, entstand dem Vorwort nach im geselligen Freundes- und Bekanntenkreis. „Schreib es auf, bevor alles vergessen wird", diese immer wieder geäußerte Ermunterung hat den Autor dazu bewogen, eine Auswahl alter Erzählungen in Mundart niederzuschreiben. So gesehen gehört die vom Alemannischen und vom Schwäbischen gleichermaßen befruchtete Meßkircher Mundart eigentlich auf die rote Liste der gefährdeten Sprachen und Dialekte gesetzt.

Meßkirch war Amtsstadt, hatte ein Krankenhaus. Ein Kranz von Landgemeinden bezog sich auf die Stadt. Ärzte sicherten die Gesundheit von Stadt und weitem Umland. Darüber hinaus bot Meßkirch alles zum Leben, war Einkaufsstadt mit allein 60 Geschäften und Wirtschaften, hier wirkten alle Handwerke. Meßkirch war eine Stadt fürs Leben. Stadt, Dorf, Welt. An diesem Punkt trafen selbstbewusste Dörfler auf die nicht weniger selbstbewussten Kleinstädter, vermischten sich zu einer Einheit. Bei allen Eigenheiten war die Voraussetzung vom gemeinsamen sich Verstehen die Sprache, ausgedrückt im Dialekt.

Die gelungensten Schwänke spielen in der Vorkriegszeit und in der noch jungen Bundesrepublik und dürften Jung und Alt ergötzen. Geschichten geschrieben haben echte und ein falscher Landrat; einer, der auf dem Fuhrwerk eines ihn mitnehmenden Bauern saß, ließ lieber schlechte Worte still über sich ergehen, als dass er sich wehrte, um deswegen vielleicht vom Fuhrwerk verwiesen zu werden.

Ein anderer „hoher Herr", erfährt wegen beleidigten Herunterschauens nur Hohn und Spott. Die treffen auch so manchen Politiker, Pfarrer und Polizisten, Badener, Württemberger und Preußen. Einen respektablen Ehrenplatz mit mehreren Auftritten hat Heim dem respektlosen Bruder Fritz, vom „oigene weltberihmte Brueder" Martin Heidegger, eingerichtet.

Bei den Geschichten aus der Nachbarschaft glaubt man den Autor heraustreten zu sehen, als wären sie ein Teil seiner Biographie. In den ergötzlichen Kirchenvorkommnissen, wie „Die Trunkenheit am Rauchfass", zeigt sich der einstige Ministrant Heim altarfest, genauso wie in den Beschreibungen über das Leben im Konvikt.

Verschwunden von der Bildfläche sind die bekannten wie unbekannten Gestalten, die Originale, die kantigen, die bös- wie gutartigen Gesichter und die Standhaften, die Handwerker, die Bauern. Sie alle haben das Leben von Meßkirch auf wortreiche Art geprägt.

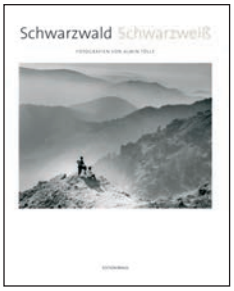
Der frühere Lokaljournalist Heim hat ihnen mit seinem Buch unvergänglichen Raum geschaffen. In der disziplinierten Konsensgesellschaft unserer Tage würde man diese Menschen wohl nicht mehr finden. Wegen ihrer entwaffnenden, manchmal schwierigen Art würden manche sie wohl als roh und gefühllos beschreiben.

Mit dem kleinen, 62 Seiten starken Band mit 45 Lesegeschichten voller Leben ist Heim ein originelles und talentvolles wie seltenes Sprachwerk gelungen. Es wird seine Leser in der Gegend um Meßkirch finden.

Falko Hahn

FOTOGRAPHIE

Schwarzwald Schwarzweiss. Fotografien von Alwin Tölle. Edition Braus im Wachter-Verlag, Heidelberg, 1. Aufl. 2005. 100 S., 80 Duoton-Fotos, ISBN 3-89904-132-1, 29,90 €.



Geboren ist der Bildjournalist Alwin Tölle 1906 in Niedergebra im Harz, in Dresden wurde er zum Berufsphotographen ausgebildet; als redaktioneller Mitarbeiter einer Photozeitschrift kam Tölle u. a. schon vor dem 2. Weltkrieg in den Schwarzwald, um das Leben der Wald- und Bergbauern in Bildern festzuhalten. 1942 erschien in Straßburg seine Dokumentation „Bauernleben im Schwarzwald“ mit einem Kommentar von Hermann Schwarzweber. Nach dem Krieg fand Tölle im Schwarzwald seine Wahlheimat, in Rötenbach. Von dort aus hat er auf vielen Exkursionen „Land und Leute“ in Bildern festgehalten, Schwarzwälder Alltagsgeschichten, Bildstöcke, Wälder, Pflanzen, Höfe, bäuerliche Arbeit in den verschiedenen Jahreszeiten, Brauchtum, Trachten. Dr. Bernhard Oeschger, von der Landesstelle für Volkskunde in Freiburg, hat Alwin Tölle in einer kurzen Biographie gewürdigt. Eine gute und wichtige Dokumentation. *Adolf Schmid*

NATURSCHUTZ

Regierungspräsidium Freiburg (Hrsg.): Die Naturschutzgebiete im Regierungsbezirk Freiburg. Mit 21 neu ausgewiesenen Naturschutzgebieten. Thorbecke-Verlag, Leinfelden-Echterdingen, 2. veränderte Neuauflage 2004. 680 S., 500 farbige Abb., ISBN 3-7995-5174-3, 26,– €.

Es ist die zweite, überarbeitete und erweiterte Ausgabe der Dokumentation der Naturschutzgebiete im Regierungsbezirk Freiburg – und sie ist hervorragend gelungen. „Die Schutzgebiete mit ihren Lebensräumen und den darin vorkommenden besonderen Tier- und Pflanzenarten sind das Tafelsilber unserer reichhaltigen Landschaft“, schreibt im Vorwort Willi Stächele MdL, Minister für Ernährung und Ländlicher Raum. Sie sind natürlich auch „ein bedeutender Faktor für Erholung und Fremdenverkehr“. Dieses Buch ist gut geeignet, Verständnis und Sympathie für den Naturschutz zu fördern. Die Ausweitung weiterer Naturschutzgebiete ist erklärtes Ziel des Regierungspräsidiums: 3% der Fläche ist bereits unter Naturschutz. „Insgesamt tragen die Schutzgebiete zur Lebensqualität für Einheimische und Besucher bei“, stellte der Freiburger Regierungspräsident Dr. Sven von Ungern-Sternberg fest. Jörg-Uwe Meineke, Leiter der Bezirksstelle für Naturschutz und Landschaftspflege in Freiburg äußert die Überzeugung, „dass die attraktive Präsentation von Schutzgebieten nicht zu mehr Belastung, sondern zu ihrem Verständnis und zu Rücksichtnahme beiträgt“.

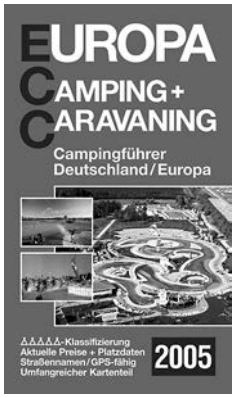
Der rund 680 Seiten starke Band bietet sehr informative Beiträge, gegliedert nach den zehn südbadischen Kreisen, ist hervorragend bebildert. Eine gute Bibliographie hilft bei weiterführenden Studien, ein zuverlässiges Register erleichtert die Suche z. B. nach Betzenbühl oder zum Glaswaldsee. Sehr zu empfehlen!

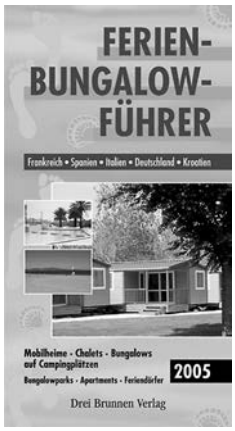
Adolf Schmid

TOURISMUS

Europa Camping + Caravaning. Campingführer Deutschland / Europa. 1008 Seiten, Drei Brunnen Verlag, Plüderhausen 2005. ISBN 3-7956-0286-6, € 14,90.

Ferien Bungalow-Führer. Drei Brunnen Verlag, Plüderhausen 2005. ISBN 3-7956-0288-2, € 12,–.



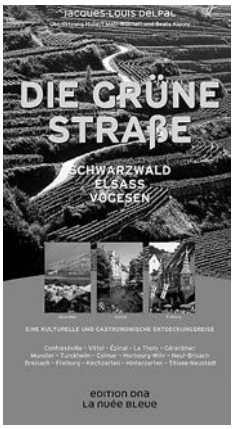


In Zeiten des Internets hat sich mancher angewöhnt, Recherchen jedweder Art den diversen Suchmaschinen zu überlassen, die dort ihren Dienst tun. Jedoch: die Trefferanzeige vermeldet meist eine Unzahl möglicher Links, und bald bewegt sich der Suchende per Mausklick durch ein unendlich sich verzweigendes Labyrinth an Informationen. Fast vergessen scheinen die guten alten Nachschlagewerke, die gänzlich analog zu durchblättern und völlig ohne Stromanschluß zu benutzen sind. Aber noch gibt es sie, glücklicherweise.

Für Campingliebhaber geradezu unverzichtbar etwa ist jener Papierziegel des Drei Brunnen Verlages, der jetzt wieder in einer aktuellen Auflage erschienen ist: der ECC 2005, Campingführer Deutschland/Europa. Wer heimatnah Erholung sucht, findet hier selbstverständlich auch die Campingplätze der näheren Umgebung; vielleicht eine reizvolle Art, fort zu sein und doch daheim. Wen es aber in die Ferne treibt, wird für den umfangreichen Serviceteil, u. a. Angaben zu Fährverbindungen, Alpenstraßen, Mautgebühren etc., sowie die Klassifizierung der rund 5500 Campingplätze dankbar sein, anhand derer er seine Reiseroute vorab planen kann.

Und für diejenigen, die lieber ohne Wohnanhänger oder -mobil unterwegs sind und auch die Tücken des Zeltaufbauens nicht auf sich nehmen wollen, mag sich dafür ein Blick in den „Ferienbungalowführer 2005“ lohnen. Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland und Kroatien sind hierin mit zahlreichen Angeboten an günstigen Ferienbehausungen vertreten, wiederum versehen mit einer Beschreibung zur Ausstattung der Wohnungen wie auch zu weiteren Dienstleistungsangeboten vor Ort. *Karl Heinz Kees*

Delpal, Jacques-Louis: Die Grüne Straße. Schwarzwald, Elsass, Vogesen. Verlag Edition DNA, Straßburg, 1. Auflage 2004. 280 S., 300 farbige Abb., ISBN 2-7165-0633-7, 15,– €.

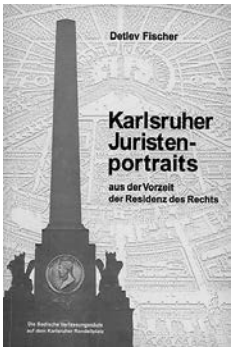


Die „Grüne Straße“ – sicher eine der schönsten Verbindungen zwischen Baden und dem Elsass, 1961 vom legendären Colmarer Bürgermeister Joseph Rey begründet, 224 km lang – und hier von Jaques-Louis Delpal großartig porträtiert und vom Duo Matt-Willmatt/Kierey hervorragend übersetzt. Der Leser wird zu den wichtigsten historischen Orten geführt, mit vielen außergewöhnlichen Persönlichkeiten vertraut gemacht: Von Contréxeville über Gérardmer nach Colmar, Breisach, Freiburg, über Kirchzarten und Hinterzarten nach Titisee-Neustadt – und man lernt dabei wichtige Leute kennen: Künstler und Köche, Winzer und Käseproduzenten. Aber die Geschichte ist hier überall präsent – in mittelalterlichen Städten, in Museen von internationalem Rang. So ist diese Grüne Straße in der Tat viel mehr als nur eine Touristische Verbindung zwischen Schwarzwald und Vogesen: Joseph Rey wollte hier ein Symbol der deutsch-französischen Freundschaft entstehen lassen – auf dieser Straße, die zu vielen Erfahrungen und Begegnungen einlädt. Ein Buch, das wir nur wärmstens empfehlen können. *Adolf Schmid*

JURISTEN

Detlev Fischer: Karlsruher Juristenportraits aus der Vorzeit der Residenz des Rechts. Verlag der Gesellschaft für Kulturhistorische Dokumentation e. V. Karlsruhe. 2004, 92 S., ISBN 3-922596-60-6.

Die Portraits sind überwiegend aus der Reihe „Karlsruher Rechtshistorische Blätter“ hervorgegangen, die hiesigen Rechtsreferendaren einen Überblick von den Lebensläufen bedeutender Juristen vermitteln sollen. Die Reihe solcher Persönlichkeiten ist eindrucksvoll, seien es Johann Georg Schlosser (1739 bis 1799), dem Vorkämpfer für die Unabhängigkeit der Justiz im Zeitalter



des Absolutismus, Nikolaus Friedrich Brauer (1754 bis 1813), dem Verfasser des Badischen Landrechts im Transfer des Code Napoleon, Carl Friedrich Nebenius (1784 bis 1857), Schöpfer der ersten Badischen Verfassung, und Anton von Stabel (1806–1880), dem Vater der badischen Justizreform. Mit dem Ministerialrat Adrian Bingner (1830–1902) stellte Baden den ersten Senatspräsidenten am Reichsgericht in Leipzig. Dem Freirechtler Ernst Fuchs (1859–1929) widmet der Verfasser, selbst Vorsitzender Richter am Karlsruher Landgericht und ehrenamtlicher Leiter des Rechtshistorischen Museums, ein besonderes Augenmerk. Eduard Dietz (1866–1940) wird als prägender Autor der ersten republikanischen Verfassung Badens charakterisiert und Heinrich Wetzlar (1866–1943) als vielseitiger Richter, der sich besonders für den Jugendschutz und die Gefangenenfürsorge eingesetzt hat, 1943 im KZ Theresienstadt ermordet. Es schließen sich Würdigungen der beiden führenden Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime an, Ludwig Marum (1892–1934), erster republikanischer Justizminister Badens, und Rechtsanwalt Reinhold Frank (1896 bis 1945). Drei Skizzen über Dichterjuristen wie Viktor v. Scheffel, Ludwig Eichrodt und Alfred Mombert runden das juristische Tableau. In dem schmalen Band werden die Portraits mit jeweiligen Abbildungen auf die juristische Tätigkeit beschränkt und die Karrieren aufgezeigt, weil man sich auf die Aura des Rechts beschränken wollte. Die Bilder der entsprechenden Gerichtsgebäude samt Erläuterungen tragen dazu bei. Das politische Wirken eines Ministers wie das von A. v. Stabel wird nur gestreift, so dass man sich in der Literatur noch in anderen Publikationen informieren müßte. Immerhin wird im Anmerkungsapparat auf einige hingewiesen. Der knappe Überblick kann das Identitätsgefühl der Karlsruher stärken, dass zu ihrer Geschichte auch die des Rechts gehört. *Leonhard Müller*

FLURNAMEN

Erhard Richter: Die Flurnamen von Inzlingen. Uehlin Print und Medien GmbH, Schopfheim 2004, 276 Seiten und eine Kartenbeilage, 25 Euro, zu beziehen über das Bürgermeisteramt Inzlingen, Riehenstraße 5, 79594 Inzlingen.

Wer an der Regional- und Heimatgeschichte und hier insbesondere an der Geschichte der Flurnamen interessiert ist, stößt unweigerlich auf einen Namen, dem er noch häufiger begegnen wird: Erhard Richter.

Vor wenigen Wochen konnte der pensionierte Oberstudiendirektor aus Grenzach-Wyhlen nach viereinhalbjähriger Forschungsarbeit sein jüngstes Werk der Gemeinde Inzlingen vorlegen.

664 Flurnamen hat der Autor in mehrjähriger Arbeit zusammengetragen und ihre *Bedeutung* und *Herkunft* erklärt. In sieben Archiven ist Erhard Richter fündig geworden und hat mehr als 7000 Inzlinger Flurnamenbelege gesichtet, die selbstverständlich

nicht alle wiedergegeben werden konnten.

Wie es bei einer Flurnamenarbeit üblich ist, werden jeweils nur die *Erst-* und *Letzterwähnungen* eines Flurnamens und die für die Deutung oder Lokalisierung wichtigen Belege angeführt.

Durch seine Dissertation über *„Die Flurnamen von Wyhlen und Grenzach in ihrer sprachlichen, siedlungsgeschichtlichen und volkskundlichen Bedeutung“* (1962) ist Erhard Richter ein ausgewiesener Fachmann und profunder Kenner auf diesem speziellen Gebiet.

Neben der Siedlungsgeschichte bietet die Arbeit aber auch Einblicke in die *Flur-, Rechts-, Orts-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte* der Gemeinde Inzlingen. Den größten Bestand an Namen bilden die eigentlichen Flurnamen, also Bezeichnungen für Teile der Gemarkung, für Äcker, markante Kennzeichen der Flur wie Hügel, Bäche, Senken und Bäume. Viele der aufgeführten Flurbezeichnungen sind heute vergessen oder zum Teil nur noch der älteren Generation bekannt. Die verdienstvolle Arbeit von Erhard Richter macht auch deutlich, dass ein Teil der Namen *nur unvollständig gedeutet werden kann;* Beispiele in der vorliegenden Arbeit hierfür sind die Flurnamen *„Barost“* (Nr. 33) aus dem Jahre 1385 und *„Muggenheu“* (Nr. 408) aus dem Jahre 1301.

Der Wert der Flurnamenforschung für andere Wissenschaftszweige ist bereits seit längerer Zeit erkannt und in zahlreichen Arbeiten berücksichtigt worden. Neben den Flurnamen hat Erhard Richter in dem 276 Seiten umfassenden Buch auch ältere Gebäude und deren Geschichte beschrieben.

Erhard Richter ist schon allein des enormen Aufwandes wegen, der seinen Forschungsergebnissen zugrunde gelegen hat, große Anerkennung zu zollen.

Durch seine Forschungen hat der Verfasser vieles bisher Unbekannte an den Tag gebracht und somit auch wichtige „Mosaiksteinchen“ zur Geschichte der Gemeinde Inzlingen zusammengetragen, die nun ein klareres Bild der Ortsgeschichte erkennen lassen.

Die Gemeinde Inzlingen darf sich glücklich schätzen, in Erhard Richter einen so engagierten Historiker gefunden zu haben. Alles in allem ist das Buch eine wahre Fundgrube mit vielen informativen Beiträgen zur Geschichte von Inzlingen und seiner Umgebung, das es verdient, viele Leser zu finden.

Adolf Schmid

WEINBAU

Hilger, Franz: Die Badische Weinstraße. Aquensis-Verlag, Baden-Baden, 3. Auflage 2004. 128 S., ISBN 3-937978-00-3, 9,80 €.

Der badische „Rebensaft“ ist blumig, vollmundig, harmonisch, rassig, würzig, elegant, fruchtig und vor allem gehaltvoll. Seit 1955 kennt man die „Badische Weinstraße“, die die Weinbaugebiete zwischen Baden-Baden und dem Markgräflerland erschließt.

Die Ortenau ist die jüngste Weinbauregion Badens, die früheste Urkunde über den dortigen Weinbau stammt freilich „erst“ von 1170. Heute hat die Ortenau eine Rebanbaufläche von 2647 Hektar. Älter ist das Weinanbaugebiet Breisgau mit einer Ertragsfläche von 1643 Hektar. Fast dreimal größer ist die Wein-Region Kaiserstuhl-Tuniberg mit so traditionsreichen Namen wie Bötzingen, Burkheim und Riegel; 1333 wurde übrigens der Name „Kaiserstuhl“ erstmals urkundlich erwähnt. Nicht vergessen ist natürlich das Markgräflerland zwischen Freiburg-St. Georgen und der Schweizer Grenze; dort haben wir sogar eine Ersterwähnung aus dem Jahre 670. Und ganz konkret genannt wird Auggen 752, wo heute 400 Winzer eine 290 Hektar große Rebfläche ohne chemische Mittel bewirtschaften und einen hervorragenden Wein verkaufen. Franz Hilger, mit der badischen Landesgeschichte bestens vertraut, hat hier einen zuverlässigen Wegbegleiter durch eine „himmlische Landschaft“ (René Schickele) zwischen Baden-Baden und Weil am Rhein erarbeitet – eben entlang der „Badischen Weinstraße“. Ein kleiner Abstecher an den Bodensee z. B. hätte freilich die badische Weinkarte bereichert. Aber auch in dieser Auswahl findet der Leser beste Informationen und empfindet fast zwangsläufig herzhafte Vorfreude auf badische Gaumenlust.

Adolf Schmid

Badische Zeitung (Hrsg.): Badisch schmeckt's. Leserinnen und Leser der Badischen Zeitung präsentieren ihre besten Rezepte. Rombach-Verlag, Freiburg, 1. Aufl. 2004. 98 S., 34 Fotos, ISBN 3-7930-9428-6, 12,80 €.

Wirsing-Lachs-Strudel auf Weinschaum? Herbstlicher Steinpilzsalat? Rehrücken auf Rosenkohl mit Manteltortellini? Kalbskutteln mit Rieslingsektsauce? Preiselbeermaultäschle? Blutwurst-Apfeltasche?

Auf fast 90 Seiten präsentiert sich hier ein Rezeptbuch „Badisch schmeckt's“, mit je sieben Vor-, Haupt- und Nachspeisen, zusammengestellt von Leserinnen und Lesern der „Badischen Zeitung“. Es ist ein sehr praktisches Kochbuch geworden, Vorschläge für die gut-bürgerliche Küche, vor allem auch gut „machbar“. Also, ran an die Rezepte für die Petersilienwurzelsuppe, für die Schwarzwälder Lammkeule, für die Preiselbeermaultäschle. Gedacht sind diese Köstlichkeiten für die privaten Esszimmer, aber sie würden auch auf den Speisekarten der badischen Gasthäuser sehr einladend wirken.

Adolf Schmid